G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

William Borm, MdB
Nutznießer und Gehilfen

Alfons Vogel
Stabilisierungsgesetze — die Wiedergeburt Brüningscher Notverordnungspolitik

Dr. Felix Rexhausen
Über einige Grundlagen der NPD

Walter Fischer
Zu Gast bei Notstandsexperten

Georg Herde
Die Rolle der Landsmannschaften im politischen Leben der Bundesrepublik

Friedhelm Baukloh
Zur Situation der Volkshochschulen

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

Dezember 12 1966

XI. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats November 1966 1067

Kommentare und Berichte

Bonn muß revidieren! (Prof. Bernard Lavergne, Paris) 1070

Verschärfter Krieg (Heinz Abosch) 1073

Große Koalition — und jetzt? (Paul Neuhöffer) 1077

Prof. Dr. Harold Rasch, Der Konkurs des Konkursverwalters 1082

William Borm, MdB, Nutznießer und Gehilfen 1091

Alfons Vogel, Stabilisierungsgesetze — die Wiedergeburt Brüningscher Notverordnungspolitik 1097

Dr. Felix Rexhausen, Das Unbehagen an der Demokratie — Über einige Grundlagen der NPD 1126

Walter Fischer, Zu Gast bei Notstandsexperten 1131

Georg Herde, Die Rolle der Landsmannschaften im politischen Leben der Bundesrepublik 1136

Friedhelm Baukloh, Politische Volksbildung unerwünscht — Zur Situation der Volkshochschulen 1149

Prof. Dr. Wilfried Gottschalch, Das Bildungssystem der DDR 1155

Fernseh-Spalte

Kolossal-Kulturfilm (E. H. Wahl) 1164

Die politische Satire

Schöne Bescherung! (Dietrich Kittner) 1165

Bücher

Brian Gardner, 1945 oder Die versäumte Zukunft; Gar Alperowitz, Atomare Diplomatie: Hiroshima und Potsdam (Jacques Otto Grézer) 1166

Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa (Harold Rasch) 1171

Dr. Fritz Bauer, Auf der Suche nach dem Recht (Melitta Wiedemann) 1172

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 1173

Historische Texte

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (VII) 1175

Dokumente zum Zeitgeschehen

Offener Brief von Prof. Dr. Werner Hofmann an Willy Brandt 1180

Erklärung des Kuratoriums „Notstand der Demokratie" zur Großen Koalition 1181

Bonn muß revidieren!

Man tut seinen Freunden keinen Dienst, wenn man ihnen die Wahrheit verschweigt. Gegenüber der deutschen Bundesrepublik haben die Vereinigten Staaten alle denkbaren und auch alle undenkbaren Irrtümer begangen. Die amerikanische Politik war und ist ein Unglück für Deutschland, denn sie schuf 1948 seine Teilung durch die Herausgabe einer neuen Währung ohne Zustimmung der Sowjetunion, während der Potsdamer Vertrag eine solche verlangte. Hätten die USA diesen Vertrag nicht verletzt, dann wäre Deutschland von der französischen Grenze bis zur Oder-Neiße vereinigt geblieben, dann wäre es heute ein entmilitarisiertes, entnazifiziertes und kapitalistisches Land. Auf diese Weise hätte man das Problem am vorteilhaftesten für Deutschland selbst und die übrige Welt lösen können. Anstatt Scharfsichtigkeit zu zeigen, häuften die Amerikaner Fehler auf Fehler.

Unaufhörlich waren sie dabei, in der Regierung und in der Bevölkerung der Bundesrepublik die Illusion zu nähren, daß es nicht nur möglich wäre, eines Tages die DDR ganz einfach zu annektieren, sondern auch die Gebiete jenseits der Oder-Neiße zurückzubekommen. Zur Erreichung dieses Ziels und unter Verletzung aller von ihm selber im Potsdamer Vertrag eingegangenen Verpflichtungen verlangte Präsident Truman, unterstützt von Staatssekretär Acheson, seit 1950 von Frankreich und England die Einwilligung zur deutschen Wiederaufrüstung. Von 1954 ab wurde ein neues deutsches Heer aufgestellt. Der damalige Bundeskanzler Adenauer hatte hartnäckig an der Wiedererrichtung einer Armee gearbeitet, im Widerspruch zu seinen vorherigen Erklärungen, daß Deutschland niemals wieder aufrüsten werde.

Nun muß man feststellen, daß der deutsche Militärapparat, nachdem er eine gewisse Stärke erreicht hat, auf die Außenpolitik einen bestimmenden Einfluß auszuüben beginnt. Das trat auch diesmal ein. Da die Bundeswehr jetzt über eine halbe Million Mann und über ein jährliches Budget von 22 Milliarden DM verfügt, ist sie einer der entscheidenden Faktoren der bundesdeutschen Außenpolitik geworden.

Welches auch die neue Regierung sein möge, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das militärische Element einen entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik ausüben wird. Zur gleichen Zeit, da die Bundesrepublik die alten Traditionen wiederbelebt, befinden sich in den Schlüsselstellungen des Staates zahlreiche alte Nazis. Zuerst steckten die Amerikaner viele von ihnen in die Gefängnisse. Nach einigen Monaten wurden sie dann wieder entlassen, als ob diese Zeit ausgereicht hätte, ihre Ideen und Absichten zu verändern. Auf diese Weise begünstigten die USA die Wiederkehr des Nationalismus. Die letzten Landtagswahlen brachten der neonazistischen NPD acht Sitze im hessischen und fünfzehn im bayerischen Landtag ein. So kann man befürchten, daß die beiden Faktoren, Verstärkung des militärischen Apparates und Ausdehnung des nazistischen Einflusses, Deutschland wieder auf den Weg einer unheilvollen Politik bringen werden.

Der erste Grundsatz der Bonner Außenpolitik ist, die Bundesrepublik werde von einer sowjetischen Aggression bedroht. Vielleicht konnte man das befürchten, solange Stalin im Kreml re-

gierte. Aber Stalin starb 1953. Seit Chruschtschow an die Macht gelangte, ist es offenkundig, daß den sowjetischen Verantwortlichen nichts ferner liegt als der Gedanke an irgendeine Aggression. Die unveränderliche Politik der UdSSR zielte überall auf die Erhaltung des Friedens ab. Dieser war das Ziel einer der ersten Verordnungen Lenins im Jahre 1917. Die Sowjetunion hat so viele Beweise ihres Friedenswillens gegeben, daß man entweder die internationale Wirklichkeit vollständig ignoriert oder aber eine beträchtliche Arglist zeigt, wenn man zu behaupten wagt, Westeuropa sei bedroht. Dem früheren britischen Premierminister Macmillan wird folgendes Wort zugeschrieben: „Die NATO ist ein unwirksames Instrument, um einer imaginären Gefahr zu begegnen." Vielleicht gibt es noch etliche Deutsche, die an die Gefahr eines sowjetischen Angriffs glauben, aber in Frankreich sind wir vom totalen Irrtum solcher Ansicht überzeugt.

Zumindest seit 1953 besitzt die NATO keinen militärischen Wert mehr. Zum Glück, denn bräche jemals ein Krieg aus, dann hätte die NATO, mit allen ihren Kräften, keine Wirksamkeit. Die amerikanischen Generale, die zu diesem Bündnis zwangen, haben erklärt, daß die NATO gegenüber den viel zahlreicheren sowjetischen Divisionen nicht anders widerstehen könnte als durch den baldigen Einsatz eines Teils der 5000 in Deutschland unter amerikanischer Kontrolle gelagerten taktischen Atomwaffen. Wie kann man annehmen, daß die Sowjetunion darauf nicht mit noch größeren Raketen antworten würde? Es gibt aber keinen Schutz vor solchen Waffen. Man muß sich die Wahrheit eingestehen: die Sowjetunion ist in der Lage, die ganze Bevölkerung Deutschlands, Frankreichs oder Großbritanniens vermittels einiger Nuklearbomben zu vernichten. Durch ihre verhältnismäßig kleine Fläche sind die europäischen Länder absolut schutzlos. Die amerikanischen Streitkräfte der NATO würden zur gleichen Zeit mit der deutschen Bevölkerung vernichtet werden, wenn es jemals zu einer Katastrophe käme.

Die fortgesetzte Verstärkung der Bundeswehr ist ohne jeden Nutzen, weil die Bundesrepublik sich mit der Atommacht der UdSSR nicht messen kann. Da die NATO von keinem militärischen Nutzen ist, hat sie nur eine Aufgabe: Amerika zu erlauben, auf die westeuropäischen Staaten, solange sie die Erpressung zulassen, einen Druck auszuüben. Bisher war es allein das Frankreich de Gaulles, das der amerikanischen Schirmherrschaft entsagte. Frankreich gab ein Beispiel, daß ein Land seine Unabhängigkeit wieder erlangen kann, wenn es an der Spitze einen entschlossenen Staatsmann stehen hat, wenn es über eine gesunde Währung verfügt, wie die Bundesrepublik und die anderen Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Marktes, und wenn es den Willen besitzt, kein amerikanischer Satellit mehr sein zu wollen. Wenn die Bundesrepublik dem französischen Beispiel folgen sollte, würde es ihr ebenfalls gelingen, sich des amerikanischen Zwanges zu entledigen, der ihr nichts als politischen Schiffbruch einbrachte.

Tatsächlich hat Erhard von seiner letzten Reise nach Washington nichts mitgebracht, trotz der Schmeicheleien gegenüber Johnson. Er erhielt nichts auf dem Gebiet der deutschen Mitbeteiligung an der Atomwaffe, und er erhielt noch nicht einmal das Recht, befragt zu werden, wann diese schreckliche Waffe eingesetzt werden soll. Diesbezüglich wird Bonn nichts von den USA erhalten. Der Grund ist sehr einfach. Wie Frankreich sind auch die USA jetzt von den friedlichen sowjetischen Absichten überzeugt, aber sie befürchten viel mehr die mögliche Aktion der kommunistischen Führer Chinas. Während Washington in der Sowjetunion

fast einen Bundesgenossen erblickt, sieht es in den Chinesen einen virtuellen unversöhnlichen Feind. Man muß befürchten, daß Johnson vor der Wahl im November 1968 vom Pentagon gezwungen wird, durch Atomwaffen die chinesischen Kernwaffenanlagen zu zerstören. Auf diese Weise soll der Widerstand in Süd- und Nordvietnam gebrochen werden. Natürlich würden sich die Amerikaner wieder täuschen. Ein Angriff gegen China würde zehn oder zwanzig Jahre Krieg bedeuten mit einem für die USA mehr als ungewissen Ausgang. Die amerikanischen Generale sind vom Bewußtsein ihrer militärischen Macht derart blind gemacht, daß sie die fatale Entwicklung der Ereignisse keineswegs voraussehen. Zwangsläufig wird ein stark bewaffnetes China die amerikanische Herrschaft in den asiatischen Ländern nicht mehr dulden. Wenn die USA den Wahnsinn eines Angriffs gegen China begehen sollten, wünschen sie, die chinesischen Kernwaffenanlagen zerstören zu können, ohne daß Moskau mit einem Kernwaffenschlag gegen die USA antwortet. Das wollen sie vermeiden, denn es gibt keine Verteidigung gegen einen Kernwaffenangriff. Aus diesem Grunde möchte Washington die sowjetische Neutralität sicherstellen. Es ist also notwendig, Moskau nicht zu verärgern. Nichts könnte das jedoch weniger bewirken als der Entschluß, die Bundeswehr atomar auszurüsten. Daher hat weder Adenauer noch Erhard etwas von den USA erhalten, daher wird auch ein neuer Kanzler auf diesem Gebiet leer ausgehen. Wenn die deutschen Regierenden noch einen gewissen Sinn für die Wirklichkeit haben, dann müßten sie verstehen, daß das amerikanische Nein endgültig ist.

Aus Enttäuschung über diesen Mißerfolg denken die sogenannten gaullistischen Deutschen daran, sich Frankreich zuzuwenden und durch ein neues deutsch-französisches Bündnis zu einer gemeinsamen Atombewaffnung zu gelangen. Das ist ein sehr phantastischer Traum. Wir wissen, daß de Gaulle nicht daran denkt, diese schreckliche Waffe der Bundeswehr auszuhändigen. Glücklich darüber, daß Frankreich seine Atombewaffnung begonnen hat, wird er streben, sie in eigenen Händen zu behalten. Die gesamte Politik de Gaulles verfolgt das Ziel, Deutschland von Amerika zu lösen. Zur Zeit der Kanzlerschaft Adenauers hoffte der Staatspräsident auf die Bereitschaft der Bundesrepublik, daß Frankreich ihre Interessen in der internationalen Politik vertrete. Das war eine große Ambition und es war natürlich, daß die Bonner Diplomatie diesen Plan scheitern ließ. Aber allein aus diesem Grund unterzeichnete de Gaulle 1963 den Bündnisvertrag mit der Bundesrepublik, der übrigens nie Wirklichkeit wurde.

Die Bundesrepublik wird also keine Atomwaffen erhalten. Das wird ein bedeutender Vorteil sein; denn würde sie in ihren Besitz gelangen, könnte eines Tages doch vielleicht irgendein General den Dritten Weltkrieg auslösen, indem er Atomwaffen gegen ein sowjetisches Gebiet einsetzt. Unvermeidlich würde die UdSSR in solchem Falle massiv atomar zurückschlagen, was einen großen Teil der deutschen Bevölkerung vernichten müßte. So wäre für Deutschland nichts verderblicher als die Verwendung der Atomwaffe. Gleicherweise hieße es, sich der Träumerei hingeben, wollte man annehmen, Bonn erhielte durch Drohung mit dieser Waffe die Erlaubnis zur Annexion der DDR oder der polnischen Gebiete jenseits von Oder und Neiße. Entsprechend dem Potsdamer Vertrag wurden fast alle Deutsche, etwa sieben Millionen, aus diesen Gebieten verwiesen. Präsident Truman hatte dieser massiven Maßnahme zugestimmt. Daher befinden sich dort fast keine Deutschen mehr. Niemals wird die UdSSR hinsichtlich dieser Grenze zu irgendeinem Zugeständnis bereit sein. Das käme einer gewaltigen militärischen Niederlage gleich. Gene-

ral de Gaulle hat desgleichen verschiedentlich öffentlich den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Grenze anerkannt.

Natürlich ist es für die Deutschen schmerzlich, daß nunmehr die Ostgrenze von diesen beiden Flüssen gebildet wird. Das ist die Folge der Aggression Hitlers und der grausamen Art, mit der er den Krieg führen ließ. Jetzt stehen wir vor dieser Tatsache. Die USA verspüren keinen Wunsch nach einem Nuklearkrieg, sie wollen um keinen Preis 50 oder 100 Millionen Amerikaner sterben sehen in der wahnsinnigen Hoffnung, Polen zur Herausgabe von Schlesien oder Ostpreußen zu zwingen, wo es dort keine deutsche Bevölkerung mehr gibt. Gegenwärtig wird die Stärke und das Wohlergehen einer Nation nicht durch territoriale Ausdehnung bestimmt, sondern durch industrielle Macht. Obwohl die Bundesrepublik nur 55 Millionen Einwohner zählt und ein kleines Gebiet umfaßt, ist sie die dritte Industriemacht in der Welt. Das Durchschnittseinkommen ist höher als in Frankreich. Die Bundesrepublik muß ihre Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiet fortsetzen, sie soll die glänzende Tradition der Leibniz, Kant, Hegel, Fichte, Goethe, Schiller, Beethoven und Wagner wieder aufnehmen, um nur einige der größten Genies zu nennen, die Deutschland hervorgebracht hat und um derentwillen die anderen Nationen es schätzen. Diesen Weg muß sie gehen und sich abwenden von der nunmehr illusorischen Suche nach militärischer Überlegenheit.

Der Rüstungswettlauf, den die USA durch ihr Beispiel in der ganzen Welt angefacht haben, ist wahnsinnig. Die militärische Rüstung muß sofort überall abgeschafft werden. Präsident Kennedy hat mit Recht erklärt: „Wir müssen die Waffen zerstören, wenn wir durch sie nicht zerstört werden wollen." Die Deutschen müssen wünschen, daß ein Weltkrieg vermieden wird, denn sie wären auf jeden Fall die ersten Opfer. Die friedliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wird nur möglich sein, wenn Bonn die Existenz der DDR anerkennt und ihre politische sowie wirtschaftliche Autonomie berücksichtigt, was keineswegs die Schaffung einer deutschen Konföderation auszuschließen braucht. Diese würde jedem der beiden Mitglieder eine ausreichende Bewegungsfreiheit zugestehen, aber nach und nach immer engere Bindungen schaffen. Das wünschen alle wirklichen Freunde der Bundesrepublik. Man sieht, welche „zerreißende Revision" der Außenpolitik nottut. Solange die Bonner Regierung ihre störrische Haltung, die sie seit 1949 gewählt hat, beibehält, wird sie nichts als Fehlschläge erleiden und überall in Europa wachsendes Mißtrauen hervorrufen. Man hofft, daß die Verantwortlichen endlich der Stimme der Weisheit Gehör schenken mögen.

Prof. Bernard Lavergne, Paris

Verschärfter Krieg

Vor einem Jahr hatte McNamara versprochen, die Boys würden ihren weihnachtlichen Truthahn daheim verspeisen. Diesmal hütete er sich, ein solches Versprechen abzugeben, obwohl es im Laufe der vergangenen Monate an Siegesmeldungen nicht gefehlt hatte. Trotz der ständigen Verstärkung der amerikanischen Truppen auf fast 400 000 Mann hat die Aussicht auf ein positives Ende des Vietnamkrieges keine realere Gestalt angenommen. Diese Aussicht ist heute nicht günstiger als vor einem Jahr. Wie eine Fata morgana scheint sich der Sieg jedesmal dann zu entziehen, wenn die Washingtoner Regierung glaubt, ihn

mit Händen greifen zu können. Im Süden Vietnams ist keine Entscheidung gefallen, und im Norden widersteht der Staat mit unverminderter Stärke, entgegen allen amerikanischen Erwartungen, ununterbrochenen Luftangriffen. Anstelle des Sieges sahen sich die US-Truppen im Monat November mit den offensiven Stößen der Partisanen konfrontiert. Diese zeigten, daß sie keineswegs an Kraft verloren haben. Während ihrer bisher größten Operation erlitten die US-Truppen offiziell als „schwer" bezeichnete Verluste, was besagt, daß sie 60 Prozent übertrafen. Das betreffende Hauptquartier wurde mit Geschossen belegt, während ein amtlicher Sprecher bestätigte, daß es sich um die stärkste Bombardierung von seiten der Partisanen in diesem Krieg gehandelt habe. Zur gleichen Zeit erleidet die Luftwaffe schwere Verluste. Am 22. November meldeten die Agenturen AFP-UP: „Die zahlreichen Operationen der amerikanischen Streitkräfte zur Abwehr der Vietkong-Offensive, die traditionell mit der Rückkehr der Trockenheit einsetzt, scheinen auch dieses Jahr zu keinem großen Ergebnis geführt zu haben. Tatsächlich behalten die Partisanen im größten Teil des Gebietes die Initiative. Und seit der letzten Woche gelang es ihnen sogar, den amerikanischen Truppen genau an den Stellen schwere Verluste beizufügen, wo sie massiv im Einsatz standen, um den Vietkong-Unterbau zu zerschlagen." Das entspricht gewiß nicht dem so häufig verkündeten Sieg. Der amerikanische Botschafter in Saigon, Cabot Lodge, vergaß ebenfalls seine so oft zur Schau getragene Zuversicht und stellte die schwärzeste Diagnose. Nichts Entscheidendes habe sich geändert, meinte er. „Der Prozentsatz der unter der Vietkong-Herrschaft lebenden Bevölkerung hat sich nicht wesentlich verändert." Er ging noch weiter, indem er behauptete, der entscheidende Kampf werde erst beginnen, wenn „das Heer Nordvietnams und die hauptsächliche Streitmacht der Vietkong-Bataillone" besiegt seien. Dann gelange man „in den Mittelpunkt der Angelegenheit: die Tatsache des Bestands von 150 000 im ganzen Lande gut organisierter terroristischer Partisanen, die genauso aussehen wie jeder Zivilist". Diese Aussage eines so hochgestellten und wohlinformierten Vertreters der USA verdient höchste Beachtung, nicht nur weil sie in Widerspruch zu anderen Erklärungen desselben Cabot Lodge steht. Doch hatte Washington bis jetzt behauptet, der Krieg in Südvietnam sei nichts anderes als eine Ausgeburt des Nordstaates. Wenn dieser seine „Subversion" einstelle, gäbe es im gleichen Augenblick keinen Krieg mehr. Nun heißt es, das eigentliche Problem beginne erst, nachdem das Heer im Norden und die Partisanen im Süden vernichtet seien: dann gebe es immer noch 150 000 gut organisierte Terroristen. Das ist eine These, die sich im Gegensatz zu allen bisher bekannten Theorien der Washingtoner Regierung befindet. Sie soll sowohl den Zusammenbruch der aufgebauten Hoffnungen erklären wie die Begründung für einen unendlich langen Krieg liefern. Denn bis jetzt gibt es weder Anzeichen einer Schwächung des nördlichen Heeres noch Symptome einer Niederlage der südlichen Partisanen. Die These von Cabot Lodge führt ganz in eine unbestimmte Zukunft und eröffnet weite Etappen eines langen Krieges. Dabei wird unausgesprochen auf die Ursache verwiesen, die das Eigenartige allein erklären kann: Die größte Militärmacht der Erde vermag den Vietnamkrieg nicht zu beenden, weil sie den Willen eines zwar kleinen, aber zähen Volkes nicht zu brechen vermag. Aus diesem Grunde erwiesen sich die fortlaufenden Erfolgsmeldungen immer wieder als Fehlschläge. Daher sah sich Cabot Lodge gezwungen, die Perspektive eines gleichsam permanenten Krieges zu entwerfen, der sich selbst ständig erneuert, weil an die Stelle jedes gefallenen Partisanen ein anderer tritt, der seinen Kampf fortsetzt.

Dies führt zwangsläufig zu einer Verschärfung des Krieges. Je hoffnungsloser die Lage, umso größer wird der Einsatz. Mitte November begannen Kriegsschiffe die systematische Beschießung der nordvietnamesischen Küste, während das US-Kommando bekanntgab, atomgetriebene U-Boote seien zur Überwachung und „anderen Aufgaben" eingesetzt. Die kalkuliert ungenaue Formel soll Ungewißheit hervorrufen, sie kündigt jedoch zweifellos eine weitere Steigerung der Eskalation an. Diese könnte demnächst die Blockade der nordvietnamesischen Häfen einleiten, was eine dramatische Zuspitzung heraufbeschwören müßte, da diese Häfen auch von sowjet-russischen Schiffen angelaufen werden. Der Oberkommandierende des Expeditionskorps, General Westmoreland, forderte im gleichen Augenblick „mehr Truppen, mehr Hubschrauber und mehr Mittel, um diese Truppen beweglich zu machen", und er unterstrich, daß es notwendig sei, „in den Normen eines verlängerten Engagements" zu denken. Der neu ernannte Direktor der Forschungsstelle des Guerillakrieges im Verteidigungsministerium, Seymour Dietchman, war präziser. Wenn die USA den Krieg in den nächsten fünf Jahren gewinnen wollen, sagte er, dann müßten sie eine halbe Million bis zwei Millionen Soldaten zusätzlich nach Vietnam werfen. Ein solcher Krieg, fuhr er fort, würde die Vietnamesen eine Million Tote kosten, die Amerikaner dagegen nur etwa 30 000. Derart präsentiert, wäre das Abenteuer für die USA durchaus erträglich, mörderisch dagegen für Vietnam, dem totale Vernichtung droht. Auch diese Erklärung ist bemerkenswert, denn es ist unbestreitbar, daß der weitaus größte Teil der eingeplanten Million Toten von der Zivilbevölkerung gestellt würde. Das zerstört eine andere amerikanische These, wonach der Krieg zum Schutz der gleichen Bevölkerung geführt werde, und enthüllt wiederum offen, daß Washington keinen anderen Gegner besitzt als das vietnamesische Volk und daß es diejenigen erbarmungsloser Vernichtung aussetzt, zu deren Wohlergehen die USA angeblich angetreten sind. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Zahl der zivilen Opfer die der militärischen bei weitem übersteigt. Der Aderlaß der Bevölkerung wird demnächst noch grausamer werden, da die US-Truppen sich anschicken, das Mekong-Delta zu „säubern", wo in äußerster Dichte über die Hälfte der Einwohner Südvietnams lebt. Weil die Partisanen seit Jahren in der Bauernschaft tiefe Wurzeln gefaßt haben, ist es nicht möglich, sie zu treffen, ohne das Landvolk in Mitleidenschaft zu ziehen. Schon jetzt erklärte ein amerikanischer Offizier nach einem Bericht der New York Herald Tribune: „Ich will freimütig sein und Ihnen sagen, daß die Regierungstruppen eine große Anzahl von Leuten töten, die Freunde sind." Wie groß das Ausmaß der „Freundschaft" ist, das unter solchen Umständen den bombenwerfenden „Befreiern" entgegengebracht wird, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

So deuten viele Anzeichen auf eine Verschärfung des Konfliktes hin. Allen Mißerfolgen zum Trotz wird an einem Ziel festgehalten, das sich jeden Tag mehr als illusorisch erweist. Die Beteuerung des friedlichen Willens wird durch die tägliche Praxis dementiert. Präsident Johnson hat die Vorschläge, die von verschiedener Seite an ihn gerichtet wurden — von U Thant über de Gaulle bis zum Vatikan —, die Bombardierung Nordvietnams, als ersten Schritt zur Einleitung von Friedensverhandlungen, zu beenden, abgewiesen. Dabei wußte man, daß die Hanoi-Regierung unter dieser Bedingung zu verhandeln bereit wäre, daß sie sich von der extremen Position Pekings distanzierte und der einen Kompromiß suchenden Politik Moskaus mehr Vertrauen entgegenbrachte. Die abweisende Haltung Washingtons bewies, daß es auf keinen Vermittlungsfrieden,

sondern auf einen „Siegfrieden" abzielt. Diese Annahme wird durch einen Bericht des israelischen Generals Dayan bestätigt, dem der amerikanische General Larsen erklärte, die Bombardierung Nordvietnams werde solange fortgesetzt, bis es klar sei, daß die USA im Süden nach eigenem Gutdünken schalten könnten. Während der Krieg sich in Vietnam verschärft, häufen sich die Zwischenfälle an der Grenze Kambodschas, verstärkt sich das amerikanische Militärpotential in Thailand, wo sich bereits 40 000 US-Soldaten aufhalten.

Der politischen Vorbereitung neuer militärischer Aktionen diente die in Manila abgehaltene Konferenz. Sie sollte — kurz vor den amerikanischen Parlamentswahlen — demonstrieren, daß Johnsons Politik mitnichten gescheitert sei und er in Ostasien über zahlreiche Verbündete verfüge. Der Präsident versicherte, die Konferenz solle einen „neuen Treibstoff für die Sache des Friedens" geben. In Wirklichkeit war sie dazu ausersehen, dem Krieg als Stütze zu dienen. Schon vor einigen Monaten hatte Johnson eine „neue pazifische Ära" angekündigt. Ausdrücklich beruht diese auf dem Vietnamkrieg und erfordert als Voraussetzung die Niederzwingung Vietnams. Die neu proklamierte „Ära" sieht die USA als asiatische „Führungsmacht" vor und erinnert vor allem an die einstigen Versuche Japans, sich des gleichen Raumes zu bemächtigen. Die Behandlung, die Vietnam zuteil wird, demonstriert dabei allen Interessierten, welches Schicksal ihnen droht, wenn sie wider den amerikanischen Stachel löcken sollten. Manila bezeugte weniger das Vertrauen, das die USA im Fernen Osten genießen, als ihre Isolierung. Johnsons Allianz vereinigt nur asiatische Partikel, zumeist hörige Satelliten, deren hervorragendstes Beispiel das Saigoner Regime ist. Alles in allem vertreten die größtenteils diktatorialen Machthaber 100 von 1400 Millionen Menschen. Die wichtigsten Länder blieben abseits: Japan, Indien, Indonesien und natürlich China, gegen das sich die Kundgebung vor allem richtete. Die vertretenen Länder, bisher — mit Ausnahme Südkoreas — nur zu einer symbolischen Unterstützung der amerikanischen Kriegsanstrengung bereit, lehnten das Ersuchen nach einem größeren Engagement höflich ab und forderten stattdessen eine Erhöhung der Hilfsgelder Washingtons. So hob die Manila-Konferenz die Isolierung der USA nicht auf: diese sind gezwungen, den Krieg allein fortzusetzen. Johnsons mit allen Schlichen der modernen Werbetechnik inszenierter Schachzug war so brüchig, daß er nicht ausreichte, die Wahlen zu gewinnen, geschweige denn sich bessere Kriegschancen zu verschaffen. Die aus der Taufe gehobene schwächliche Allianz soll den morsch gewordenen Ostasienpakt ersetzen. Bemerkenswert ist es, daß diesmal nicht nur Frankreich, sondern auch Großbritannien fehlte. Die Anwesenheit der beiden Dominien Australien und Neuseeland in Manila legt die Annahme nahe, daß die USA die einst in diesem Weltteil führende britische Macht weitgehend abgelöst haben.

Gesellschaftspolitisch sind die Ziele unverhüllt konservativer Art. Nicht zuletzt geht es darum, antiquierte Zustände zu erhalten und eine moderne soziale Umgestaltung zu verhindern. Der politische und militärische Aufmarsch richtet sich vor allem gegen China, das als Herd revolutionärer Unruhe angesehen wird, was eine Konsolidierung der Machtverhältnisse unter amerikanischen Vorzeichen ausschließe. Zweifellos übt die Volksrepublik diese Funktion, dank dem Beispiel mancher Methoden ihrer wirtschaftlichen Organisation und ungeachtet mancher Verzerrungen, auch aus. Dieses Beispiel verschärft die Widersprüche innerhalb des ohnehin labilen Raumes, bildet den machtvollsten Gegensatz zu den Vorstellungen und Interessen der USA. Washington, seit 1949 in unverminder-

ter Feindschaft zu Peking, vermag die Perspektive eines wirtschaftlich durchorganisierten, atombewaffneten und im Jahre 2000 mindestens 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Chinas nichts als Furcht einzuflößen. Die Versuchung liegt daher nahe, den Gegner zu reduzieren, bevor er unermeßliche Dimension angenommen hat. Diese Konzeption liegt dem Vietnamkrieg zugrunde. Von Beginn an diente er als Warnung an China und verfolgte den Zweck, die militärische Umfassung dieses großen Landes zu vervollständigen. Daher mangelt es in den USA nicht an Stimmen, die, wie Cabot Lodge, den Krieg mit China „lieber heute als in fünf Jahren" auszutragen wünschen. Daß eine chinesische, mit atomarem Sprengkopf versehene Rakete abgeschossen wurde, als man in Manila das Schlußkommuniqué verlas, war ein deutliches Anzeichen für die Anhäufung der Gewitterwolken. China hat, im Gegensatz zu den sehr radikalen Aufrufen, bisher äußerste Vorsicht bewiesen und eher zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht leichtfertig in einen Krieg verwickeln lassen wolle. Dennoch besteht ein solches Risiko. Gute Kenner der Verhältnisse nehmen an, daß die Abwicklung der Eskalation einen Punkt erreichen müßte, der das chinesische Eingreifen unvermeidlich machte. Der Punkt könnte ein Landangriff gegen Nordvietnam sein (wie seinerzeit das Überschreiten der Grenze zwischen Nord- und Südkorea durch amerikanische Truppen) oder ein bevorstehender Zusammenbruch dieses Staates. Die Fortsetzung des Krieges als Mittel einer Konzeption, welche die USA zur selbstherrlichen „Führungsmacht" in Ostasien erhebt, trägt die Keime solcher Ausweitung in sich. Die Alternative wäre der Verzicht auf das superimperialistische Ansinnen, die Anerkennung der Notwendigkeit sozialen Strukturwandels, die Achtung der Unabhängigkeit kleiner Völker, die Anerkennung der chinesischen Volksrepublik. Die Vereinigten Staaten müßten einer Politik entsagen, die, wie Walter Lippmann sagte, allzu deutlich an die Rolle eines „Weltpolizisten" denken läßt. Sie müßten darauf verzichten, große Teile der Erde regieren zu wollen, und stattdessen bereit sein, mit anderen zu leben: mit Völkern, die ganz andere gesellschaftspolitische Vorstellungen besitzen. Dieser kategorische Imperativ gilt nicht nur für ihre Politik in Ostasien und für ihr Verhalten gegenüber China. Er ist anwendbar für das ganze Gebiet der Länder der Dritten Welt, von der Ostasien nur einen Sektor bildet. Noch kündigt nichts eine solche Revision der amerikanischen Außenpolitik an. Dies wäre jedoch der einzige Weg, um den Vietnamkrieg zu beenden und andere Kriege zu vermeiden.

Heinz Abosch

Große Koalition — und jetzt?

„Über die Sachaufgaben (der großen Koalition, d. Verf.) wird noch viel zu reden sein. Zu ihnen gehört vordringlich die Sicherung des Bundeshaushalts für die kommenden Jahre. Zu ihnen gehören die Finanzreform und die Anpassung des Grundgesetzes an die Erfordernisse von morgen, für die es offensichtlich nicht mehr ausreicht. Dazu gehört die Verbreitung der Einsicht, daß wir wahrscheinlich auf manchen liebgewordenen Individualismus in Ländern und Gemeinden werden verzichten müssen, wenn wir die Probleme der Zukunft meistern wollen. Dazu gehört schließlich der Übergang von einer pluralistischen Interessengesellschaft zu jener Formierten Gesellschaft, von der Erhard träumte. Auch hier hatte er die richtige Zielvorstellung, aber er kannte nicht die Methoden, die zu ihrer Schaf-

fung erforderlich sind. Diese Aufgabe scheint uns entscheidend zu sein." („Handelsblatt" vom 2./3. 12. 1966, einen Tag nach Bildung der großen Koalition.)

*

Die große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD ist gegen die Warnung all derer, die ihre verhängnisvollen Folgen früh und vernehmbar genug zur Sprache gebracht haben, gebildet worden. Was ist der Sinn dieser Koalition, die wir zwar seit längerem befürchteten, die aber nun schneller zustande gekommen ist als erwartet? Springers „Welt" schrieb am 26. November 1966: „Vor Monaten sprachen wir von der letzten Chance, die Ludwig Erhard gegeben sei. Heute wagen wir mit einem Blick, der einen längeren Zeitraum zu umfassen sucht, von einer letzten Chance des absoluten parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik zu sprechen ... Formen sind nicht sakrosankt." Im Klartext heißt das: Die CDU/CSU und die hinter ihr stehenden Industrie- und Finanzkreise sind entschlossen, das Ende der vom Grundgesetz gewollten parlamentarischen Demokratie einzuleiten und den autoritären Staat zu errichten.

Diesen Kreisen geht es nicht nur darum, den Einfluß der Verbände der pluralistischen Gesellschaft, vor allem der Gewerkschaften, auszuschalten, sondern auch — und das sollte die FDP illusionslos sehen — um die Entfernung jedes liberalen Elements aus der Politik. Die Instrumente hierzu sind a) die Stabilisierungsgesetze (einschließlich der Finanzreform), die nur mit Brünings Notverordnungen zu vergleichen sind, b) die Notstandsverfassung und die noch nicht verabschiedeten Notstandsgesetze, die in ihrem materiellen Gehalt Hitlers Ermächtigungsgesetz und die Kriegsgesetze des Dritten Reiches in den Schatten stellen, c) ein Mehrheitswahlrecht, das den parlamentarischen Aufstieg jeder demokratischen Opposition verhindern soll. Bei aller Fragwürdigkeit geschichtlicher Parallelen wird man sagen können, daß damit die Bundesrepublik an dem Punkt angekommen ist, vor dem die Weimarer Republik stand, als Brünings Notverordnungsregime eingesetzt wurde. Damals tolerierte die SPD-Fraktion Brünings Konzernpolitik, heute hat Wehner die Fraktion zur aktiven Mitarbeit überredet.

Erhard hatte gehofft, die SPD ohne Aufnahme in die Regierung zur Zustimmung für die Gesetzesvorlagen gewinnen zu können. Weil er das nicht schaffte, entzog ihm die Industrie ihre Unterstützung, warf ihm „Schwäche" vor und drängte auf die große Koalition. Die Kreise um Abs, Adenauer, Strauß, Lübke und Lücke legten es darauf an, die FDP-Fraktion mit einer mittelstandsfeindlichen Haushalts- und Steuerpolitik solange vor den Kopf zu stoßen, bis sie, aus diesem Grunde und auch wegen zunehmender außen- und verteidigungspolitischer Differenzen, die Koalition verließ. Das war die Stunde Herbert Wehners, auf die er seit dem Godesberger Programm hingearbeitet hatte. Alle Wehnerschen Erklärungen der vorausgegangenen Wochen über den Bankrott der CDU-Politik und die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme erwiesen sich wieder einmal als taktisches Gerede. Ihm geht es nicht um die Neuorientierung der Politik und die Rettung der Demokratie, sondern allein um die Fortsetzung des bisherigen Kurses. Denn er sitzt in dem Boot derjenigen, die an dieser Politik interessiert sind, länger, als der SPD-Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit im allgemeinen bekannt ist. Begierig griff er das Argument vom ungedeckten Haushalt auf, geschickt brachte er die durch strukturelle Krisen und auch durch gezielte Manipulationen bewirkte Kurzarbeit ins Spiel, aber nicht, um nach den Ursachen zu fragen, sondern um seinen Parteifreunden klarzumachen, daß sie nun die „Verantwor-

tung mittragen" müßten. Aus dem Bankrott der CDU machte er ein Argument für das Zusammengehen mit der CDU. Dabei wäre die Einleitung einer neuen Politik im Bündnis mit der FDP von der Fraktionsarithmetik her durchaus möglich gewesen. Schließlich regierte Adenauer jahrelang mit einer Stimme Mehrheit. Eine solche Koalition hätte fest mit der Unterstützung der Gewerkschaften und der demokratischen Öffentlichkeit rechnen können. Eine neue Politik wäre vom westlichen Ausland begrüßt worden und hätte in dem Maße, in dem sie die außenpolitische Isolierung überwindet, auch diejenigen Bevölkerungskreise für sich gewinnen können, die einer SPD-FDP-Regierung zunächst skeptisch begegnet wären. Dies um so mehr, als eine kleine Koalition die Mittel zur Sanierung des Haushalts statt durch Steuererhöhungen und soziale Demontage durch die Umorientierung der Bundeswehr auf eine Defensivstrategie hätte gewinnen können. Gewiß hätte sich ein SPD-FDP-Kabinett dem geschlossenen Widerstand nicht nur der CDU/CSU, sondern vor allem auch der entscheidenden Hintergrundkräfte in Industrie- und Finanzwelt gegenübergesehen. Für manchen Abgeordneten der SPD, der einer kleinen Koalition keine Chance gab, mag dieser Gedanke bestimmend gewesen sein. In der Tat hätte eine SPD-FDP-Koalition mit gezielten wirtschaftlichen Störmaßnahmen rechnen müssen, mit dem Versuch der Industrie, etwa durch Finanzmanipulationen Arbeitsentlassungen zu organisieren, um damit die Regierung in Mißkredit zu bringen. Aber ohne eine Eindämmung des politischen Einflusses dieses reaktionärsten Teils der Industrie wird eine dauerhafte Sicherung der Demokratie und die Einleitung einer neuen Politik kaum möglich sein. Und nur dann, wenn diese Auseinandersetzung entschlossen geführt wird, läßt sich verhindern, daß die Beunruhigung der Bevölkerung über die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit nach rechts ausschlägt, statt zum Motor einer politischen Neuorientierung zu werden.

Wehners Argument von der zu schmalen parlamentarischen Basis einer SPD-FDP-Koalition ist aus einem ganz einfachen Grunde irrelevant: weil es nicht logisch ist, aus einer knappen parlamentarischen Basis zur Rettung der Demokratie zu folgern, daß dann das Zusammengehen mit den Zerstörern der Demokratie besser sei.

Noch liegt die neue Regierungserklärung nicht vor. Noch ist nicht bekannt, auf welche taktischen Winkelzüge sich die Koalitionspartner dieser Regierung geeinigt haben, um die hisherige Außenpolitik aus der Isolierung herauszuführen. Wohl aber wissen wir, daß die tonangebenden Kräfte in Wirtschaft und CDU/CSU im Bündnis mit Wehner diese große Koalition nur als ein Instrument zur Forcierung der bisherigen Politik betrachten, das die SPD auch in den letzten Details auf die Linie der CDU bringen und sie in die Konzentration der Rechtskräfte einbeziehen soll. Die Rechtsentwicklung wird durch die systematische Pflege eines vielschichtigen Nationalismus von Springer-Presse und CDU/CSU-Propaganda bewußt gefördert, weil die Industrie im Rückgriff auf den Chauvinismus, der in Deutschland schon immer formierend wirkte, einen Ausweg sieht. Dieser Nationalismus, wird er weiter entfacht, gibt ihr die Aussicht, dem Volke bald erklären zu können, daß uns die Treulosigkeit des westlichen Auslands zur Aufnahme einer eigenen Atomwaffenproduktion zwinge, sollte sich die Strauß'sche Konzeption von einer europäischen Atommacht, wie zu erwarten, als irreal erweisen.

Selbst diejenigen, die den Entschluß der SPD billigten und als einen Ausweg aus der Krise empfahlen, obgleich ihnen bekannt war, daß dies nicht dem Willen der SPD-Wähler entspricht, werden bald erkennen, daß die SPD innerhalb

dieser Koalition nichts zu gewinnen, sondern nur alles zu verlieren hat. Denn alle kurzlebigen Scheinerfolge dieser Koalitionsregierung werden als Erfolge des Richtlinienkompetenzlers Kiesinger gewertet werden, dagegen alle Schwierigkeiten und Mißerfolge, deren es schon bald genug geben wird, als die alleinige Schuld der SPD. Immer aber wird Strauß die jeweils reaktionärste Position klarer formulieren, als es die SPD vermag, und sich somit bis 1969 das Image des großen Retters aufbauen. Für die SPD, bleibt sie in der Koalition, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder den Wettlauf mit Strauß um die reaktionärsten politischen Formeln aufzunehmen oder sich zum farblosen Erfüllungsgehilfen der CDU-Politik zu machen und damit jegliche Attraktivität für die Wählerschaft zu verlieren. Gelingt es nicht, diese Entwicklung zu stoppen und die Koalition wieder aufzulösen, dann kann sich jeder ABC-Schütze ausrechnen, wann die SPD auf der heutigen Position der CDU/CSU, die CDU/CSU auf der Position der NPD und diese auf einer noch rechteren Position als ihrer heutigen angelangt ist.

Sind dies die Aussichten für die SPD in der großen Koalition, so darf andererseits keinesfalls übersehen werden, daß Herbert Wehner sein Spiel noch lange nicht gewonnen hat. Der „Rheinische Merkur", seit geraumer Zeit Verfechter der großen Koalition, bemerkt dazu am 2. Dezember besorgt: „Muß die SPD also eine linke Konkurrenzpartei kaum fürchten, so wird sie doch wieder nicht unberührt bleiben von der zu erwartenden Verstärkung der außerparlamentarischen Opposition auf der Linken, die im Kuratorium ‚Notstand der Demokratie' und in dessen neugegründetem Arbeitsausschuß ein aktionsfähiges Zentrum hat. Denn der Einfluß dieser Gruppen reicht durch personale Verklammerung weit in die SPD hinein, und das darf man umso weniger unterschätzen, als die radikalsozialistischen unter den Industriegewerkschaften ebenfalls sowohl in der Partei wie gleichzeitig in der außerparlamentarischen Opposition starke Positionen halten. Daraus wird sich nicht eine Abschwächung der parteilosen Linkstendenzen, sondern in der neuen Situation eine Stärkung des linken Flügels in der SPD ergeben. Der Führung wird das viel Kummer bereiten, und es wird leider ein Teil ihrer Energie an dieser Front gebunden sein."

Hier weist die Gegenseite ungewollt darauf hin, wo die Chance der Demokratie liegt. Eine neue Politik ist in der Tat nur im Bündnis von SPD, Gewerkschaften, außerparlamentarischer Opposition und FDP möglich. Sie setzt also voraus, daß die SPD aus der Verklammerung mit der CDU/CSU herausgelöst wird. (Deshalb wäre Herbert Wehner heute nichts lieber als die Gründung einer linkssozialistischen Partei, die die Widerstandskräfte aus der SPD absaugen, ihm volle Handlungsfreiheit geben und das bereits entstandene breite Bündnis spalten und einengen würde.) Nach dem formellen Vollzug der großen Koalition wird es zur Aufgabe aller an der Erhaltung der Demokratie interessierten parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte, darauf hinzuwirken, daß die Kooperation der beiden Parteien in den entscheidenden Sachfragen nicht gelingt und die Koalition darüber auseinanderbricht. Kein SPD-Abgeordneter darf länger im unklaren darüber bleiben, daß die Stabilisierungsgesetze, mit welchen faulen Begründungen und mit wieviel Appellen an das „Verantwortungsbewußtsein" sie auch vorgetragen werden, nur den einzigen Zweck haben, der bankrotten CDU-Politik den Ausweg nach rechts zu öffnen und den Übergang zum Notverordnungsregime einzuleiten. Jeder Abgeordnete muß wissen, daß die Notstandsgesetze die Errichtung einer Wehrwirtschaftsdiktatur ermöglichen sollen, in der die gesamte Bevölkerung auf den Ernstfall ausgerichtet wird.

Einer gescheiterten Politik, die nicht umkehren will, bleibt keine andere Wahl.

Unter diesen Perspektiven kommt dem geforderten Mehrheitswahlrecht nur noch die Funktion zu, das Notstandskartell vor jeder demokratischen Konkurrenz abzuschirmen. Die Aufnahme der NPD ins Parlament wäre hingegen ins Belieben der CDU/CSU gestellt, die durch den Rücktritt nur eines ihrer Kandidaten jederzeit eine NPD-Fraktion in den Bundestag holen könnte. Allerdings bedarf es, wenn die Notstandsgesetzgebung durchkommt, dieser Wahlrechtsreform kaum noch. Daher ist nicht die Wahlrechtsänderung, soviel zu ihr auch zu sagen wäre, die aktuelle Gefahr. Die irreversible Zerstörung der Demokratie und die Gefahr für den Frieden droht von den Stabilisierungs- und Notstandsgesetzen. Deshalb muß sich die Aufmerksamkeit aller demokratischen Kräfte darauf konzentrieren, daß diese verfassungsändernden Gesetze, die den Weg in den Notstandsstaat und die Formierte Gesellschaft öffnen sollen, auf keinen Fall die Zustimmung der SPD-Fraktion finden.

Die Opposition in der Bundesrepublik muß sich heute, wenn sie die letzte Chance nicht versäumen will, vereinigen und die Protestkundgebungen, die der Kongreß „Notstand der Demokratie" angeregt hat, unterstützen. Am 29. Januar 1967 finden in verschiedenen Großstädten solche Kundgebungen statt. Es wäre nützlich, wenn es den nach vorn drängenden realistischen Kräften in der FDP gelingen würde, jene Gruppen in ihrer Partei, die den Ernst der Lage noch verkennen, von der Notwendigkeit des Zusammengehens mit anderen Kräften zu überzeugen. Auf den Kundgebungen und Veranstaltungen verschiedenster Art müßte jetzt eine entsprechende Erweiterung des bisher von Gewerkschaften und Intelligenz gebildeten Bündnisses sichtbar werden. Dies könnte auch im Hinblick auf ein Wahlbündnis im Jahre 1969 von Bedeutung sein.

Paul Neuhöffer

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Prof. Dr. Harold Rasch

Der Konkurs des Konkursverwalters

I

Als der alte Adenauer im Herbst 1963 von seinen Parteifreunden genötigt wurde, das Amt des Bundeskanzlers an Ludwig Erhard abzugeben, war seine Politik in ihrem Kern längst gescheitert. Niemand sprach mehr von einer „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch Stärke", das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika war — trotz aller Triumphe, die man Kennedy in der Bundesrepublik bereitete — bereits wesentlich kühler geworden, in der NATO begann es zu kriseln, der deutsch-französische Freundschaftsvertrag war vorläufig nicht mehr als ein Stück Papier, die Entwertung der deutschen Währung — Ausdruck des „Über-die-Verhältnisse-Lebens" — schritt fort. Was der Alte damals hinterließ, war ein Unternehmen, das, obwohl nach außen immer noch ziemlich gut dastehend, im Grunde bereits schwer angeschlagen war. Nur eine Leitung mit neuen Ideen, die bereit war, das Steuer der Geschäftspolitik energisch herumzuwerfen, wäre in der Lage gewesen, die Situation zum Besseren zu wenden. Aber neue Konzeptionen waren den führenden Kreisen der CDU/CSU durchaus unerwünscht („Keine Experimente!"). So mußte das Versprechen einer „Politik der Mitte und der Verständigung", das Erhard damals abgab, eine leere Geste bleiben, so konnte die Rolle, die ihm zugedacht war, nur die eines Nachlaßverwalters, richtiger Nachlaßkonkursverwalters sein. Er hat sie ohne Energie und ohne die schlaue Gerissenheit seines Vorgängers, wenn auch in seiner Art treu und brav gespielt, hat seinen Auftraggebern durch seinen Ruf als der große Wirtschaftswundermann sogar noch einmal zu einem beachtlichen Wahlsieg (1965) verholfen. Nun aber hat er selbst seinen Bankrott erklären müssen, und unsere Karikaturisten haben guten Grund, eine völlig lädierte Lokomotive zu zeichnen, die von Männern mit unverkennbaren Zügen auf einen Schrotthaufen geschoben wird. Der Wunderdoktor ist zum Totengräber geworden.

Wir wollen über die menschliche Seite der Tragikomödie, deren Zeugen wir sind, hier nur wenige Worte sagen. „Es gibt keinen Politiker in Bonn, der glaubt, daß Ludwig Erhard einen Bundeskanzler abgäbe", schrieb ein begabter Journalist im Herbst 1962. „Viele geben vor, es zu meinen; die ganz Treuherzigen versuchen, sich selbst zu überreden — aber es bleibt doch wahr, keiner der maßgebenden Männer der Partei Erhards, niemand unter seinen Freunden, die seine Kandidatur betreiben, glaubt an die Eignung Erhards zum Bundeskanzler." [1]) Wider besseres Sachwissen der führenden Persönlichkeiten also geschah es, wenn er dennoch 1963 zum Kanzler gemacht und zwei Jahre später als der große Wahlschlager der CDU/CSU angeboten wurde, angeboten zu dem einzigen Zweck, die schon im Sinken begriffene eigene Macht der Parteigewaltigen und ihrer Hintermänner zu stabilisieren. Jetzt hat er von denen, die ihn noch vor kurzem in den Himmel gehoben haben, einen Fußtritt nach dem anderen erhalten. Natürlich ist

1) Johann Gross, Lauter Nachworte, 1965, S. 49.

Hans-Peter Schwarz
Vom Reich zur Bundesrepublik

Die Deutschlandpolitik während der Besatzungsherrschaft von 1945 - 1949 ist erstaunlich lange im toten Winkel der Forschung liegengeblieben. Die Arbeit ist ein Versuch, die großen Linien herauszuarbeiten und für die künftige Einzelforschung das Feld abzustecken. Der erste Teil - »Die Sieger und die Deutschen« - informiert über Zielsetzungen, Motive, Argumente u. Richtungskämpfe auf seiten der Siegermächte. Er gibt den Rahmen ab für den zweiten Teil - »Die Deutschen und die Sieger« -, in dem es um die außenpolitische Neuorientierung Deutschlands geht. Die wichtigsten Tendenzen werden an ihren Repräsentanten veranschaulicht. Neben monographischen Darstellungen der außenpolitischen Anfänge Adenauers, Schumachers, Jakob Kaisers, Carlo Schmids stehen skizzenhaft Aufrisse der Konzepte von Roosevelt, Churchill, de Gaulle, Stalin, von den Außenministern Byrnes, Bevin, Bidault, Molotow, von General Clay, John Forster Dulles, Leon Blum u. a. Hinzu kommen Studien über die Publizisten, in deren Büchern und Artikeln die Ideen der Epoche ihren Niederschlag gefunden haben. In vielen Fällen konnte der Autor bisher unerschlossenes Archivmaterial verwenden.

Politica Band 38. Seiten XXXVI/884. Leinen DM 68,-, Studienausgabe DM 38,-.

Politica **Luchterhand**

er nicht unschuldig, weil er die Grenzen seiner Fähigkeiten sträflich verkannt hat, und gewiß ist Politik ein rauhes Geschäft. Aber was wir in den letzten Wochen an feigen Schüssen aus dem Hinterhalt, durchtriebenen Intrigen, scheinheiligem Getue, heimlichen Schmähungen und plumpen Anbiederungen erlebt haben — mögen die Akteure Barzel, Gerstenmaier, Strauß oder wie sonst immer heißen — das konnte beim schlichten Bürger nur Ekel erregen, und die Quittung für die Selbstzerfleischung der Regierung war ja denn auch das Anwachsen der Stimmen der Neonazis bei den Wahlen in Hessen und Bayern (6. und 20. November). Ludwig Erhard hätte nicht einen Tag Kanzler sein, er hätte es nach zwei Jahren des Redens und Reisens, ohne zu regieren, erst recht nicht erneut werden dürfen, aber ein anständigeres Ende hätten wir seiner Laufbahn dennoch gegönnt. Redliches Wollen hat ihm schließlich niemand absprechen können.

II

Unmittelbarer Anlaß des Auseinanderbrechens der Regierungskoalition CDU/CSU-FDP waren Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Finanzpolitik: Die Christlichen erklärten Steuererhöhungen für unerläßlich, die Freien Demokraten lehnten sie ab. Sicher spielten noch andere Gründe, vor allem solche außenpolitischer Natur, mit. Aber die Finanzmisere, in die wir geraten sind, ist so groß, daß schon sie vollauf genügt, ernste Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungsparteien, ja den Bruch der Koalition, zu erklären.

Im November 1964 hatte der Hamburger Finanzsenator Professor Weichmann bei der Beratung des Nachtragshaushalts 1964 im Bundesrat ausgeführt: [2]) „Die in der Diskussion befindlichen Einnahmeausfälle und Ausgabeerhöhungen möge man, einzeln betrachtet . . ., für diskussionsfähig halten, in ihrer Häufung seien sie nach dem Prinzip des Catch-as-catch-can in die Politik getragen worden und eher Symptom einer von Wahlfieber ausgelösten Brachialgewalt als einer mit dem Kopf gestalteten Ordnung im Bereich der deutschen Haushaltswirtschaft. Staatspolitisch bedrücke die Spaltung in der Bewußtseinsbildung rundherum, die sich in der Unbekümmertheit offenbare, zur gleichen Zeit immer mehr vom Staat zu verlangen und ihm immer weniger geben zu wollen, finanzpolitisch stände die Bundesrepublik mehr denn je in Friedenszeiten unter dem Gesetz der steigenden Staatsausgaben." Im ersten Halbjahr 1965 erhöhte sich die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden infolge von Kassendefiziten um 3,2 Milliarden, unter Einbeziehung von Bundesbahn und Bundespost sogar um 4,1 Milliarden DM; von der Gesamtschuld waren fast die Hälfte Verbindlichkeiten auf Grund von Direktausleihungen der Kreditinstitute. Dennoch beschlossen die Regierungsparteien des Bundestags im Sommer 1965, um bei den bevorstehenden Wahlen möglichst viele Stimmen auf sich zu vereinigen, mit weitgehender Zustimmung der „Opposition" neue Milliarden-Ausgaben zugunsten aller möglichen Bevölkerungskreise, ohne sich um ihre Deckung zu kümmern und ohne daß die Bundesregierung — wozu sie nach dem Grundgesetz in der Lage gewesen wäre — ihre Zustimmung verweigerte. Das war nichts anderes als politische Hochstapelei, selbst Adenauer, der nach seinen eigenen Worten niemals „pingelig" war, klagte, es sei erschütternd gewesen, die Endberatungen des Parlaments zu verfolgen. Kaum waren die Wahlen vorüber, da setzten sich denn auch

[2]) Zum folgenden: Rasch, Die Finanzierung des Wirtschaftswunders. Der Weg in die permanente Inflation, 1966, S. 109 ff.

die Sieger zusammen und annullierten ohne Scham ihre Wahlversprechungen, Ja, sogar der Vollzug viel umstrittener Teilstücke der „Notstandsgesetzgebung" (Selbstschutzgesetz, Schutzbaugesetz, Gesetz über das Zivilschutzkorps), deren Verabschiedung man noch kurz zuvor als besonders dringlich hingestellt hatte, wurde für zwei Jahre ausgesetzt.

Aber die Misere der deutschen Finanzen war damit nicht behoben. Schon Ende 1965 war klar, daß der Staat in diesem Jahr in seiner Ausgabenpolitik die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts (etwa 4 Prozent) bei weitem überschritten hatte. Das damals veröffentlichte zweite Gutachten des „Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" kennzeichnete die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand dahin:

„daß die tatsächlichen Ausgaben weit stärker gestiegen sind als die geplanten,

daß die geplanten Ausgaben größer sind als die veranschlagten laufenden Einnahmen,

daß die tatsächlichen Einnahmen zwar über die veranschlagten hinausgehen, aber sehr viel weniger als sonst in Aufschwungjahren, und daß mithin das Kassendefizit des Staates weit größer ist als erwartet.

Inflationsbedingte Mehreinnahmen, die bei einem auf Geldwertstabilität ausgerichteten Verhalten der öffentlichen Hand hätten thesauriert werden müssen . . ., wurden bei der Haushaltsplanung in vollem Umfang zur Ausgabendekkung herangezogen."

Auch diese Mahnung fruchtete nur wenig. Während die Deutsche Bundesbank sich mit einem gewissen Erfolg bemühte, durch Kreditrestriktionen den fortdauernden Preissteigerungen Einhalt zu gebieten, setzte die öffentliche Hand (Gebietskörperschaften und Lastenausgleichsfonds) ihre Defizit- und Pumpwirtschaft, wenn auch in geringerem Umfang, fort; ihre Verschuldung in den ersten neun Monaten dieses Jahres wuchs um 3,7 Milliarden DM (gegen 5,3 Milliarden DM in der entsprechenden Vorjahreszeit).[3]) Der vom Bundesfinanzministerium herausgegebene, am 15. Oktober abgeschlossene Finanzbericht 1967 spricht ganz offen von einem „circulus vitiosus".[4]) „Die inflationäre Entwicklung des Jahres 1965, deren Ursachen schon zum Teil auf das zweite Halbjahr 1964 zurückgehen und die weit in das Jahr 1966 hinein die Preisentwicklung bestimmten, erforderten eine starke Reduktion des gesamtwirtschaftlichen Nachfragewachstums. Die Verlangsamung des öffentlichen Ausgabenwachstums spiegelt so das Bemühen von Bundes- und Länderregierungen wieder, zu der für die längerfristige Entwicklung unbedingt erforderlichen Preisstabilität beizutragen. Da diese Bemühungen jedoch mit einem ohnehin schon abgeschwächten Wirtschaftswachstum und einer bereits abnehmenden Investitionsneigung zusammenfallen, wovon relativ schnell auch die Steuereinnahmen betroffen werden, entstehen trotz erheblicher Ausgabenbeschränkungen Finanzierungsschwierigkeiten." Das ist die nüchterne und zurückhaltende Sprache der Bonner Finanzbürokraten. Deutlicher ausgedrückt, heißt es: die Finanzpolitik der Regierungsparteien hat Pleite gemacht, wobei es diese keineswegs entlastet, daß die Opposition bei alledem weitgehend mit von der Partie war.

---

3) Bericht der Deutschen Bundesbank für Oktober 1966, S. 20.
4) Finanzbericht 1967, S. 33.

DER KONKURS DES KONKURSVERWALTERS

Ende Oktober beschloß die Bundesregierung den Entwurf eines Nachtragshaushalts für das laufende Jahr, in dem Mehrausgaben von über 2 Milliarden DM veranschlagt sind. Davon entfallen gut die Hälfte auf Mehrausgaben im sozialen Bereich, auf Zuschüsse an die Bundesbahn und auf Leistungen an den Steinkohlenbergbau; diese Ausgaben sollen durch Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen des ordentlichen Haushalts gedeckt werden. Eine weitere Milliarde DM ist für Zahlungen an die USA auf Grund des Devisenausgleichsabkommens veranschlagt; hierfür ist eine Erhöhung der Kreditermächtigung vorgesehen.[5])

Völlig in der Luft schwebt bisher (Ende November!) der Haushaltsplan für 1967. Der ursprüngliche Entwurf der Bundesregierung sah ein Haushaltsvolumen von 73,9 Milliarden DM, d. h. eine Ausgabensteigerung von 5 Milliarden DM gegenüber dem Soll für 1966, vor.[6]) Der Bundesrat hat es abgelehnt, diesen sachlich zu erörtern, da er die im kommenden Jahr an die USA zu leistenden beträchtlichen Zahlungen nicht berücksichtige, das voraussichtliche Steueraufkommen um über 1 Milliarde DM zu hoch einschätze und von einer Aufteilung des Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommens auf Bund und Länder (39:61) ausgehe, die durchaus umstritten sei. Die Bundesregierung, zu dieser Zeit ohne voll verantwortlichen Finanzminister, nachdem Rolf Dahlgrün mit seinen Kollegen von der FDP am 26. Oktober das angeschlagene Schiff vorsichtshalber verlassen hatte, war daher schon vier Wochen nach Einbringung ihres ursprünglichen Entwurfs genötigt, den Entwurf eines Ergänzungshaushalts vorzulegen, der u. a. eine Erhöhung der Mineralöl-, Branntwein- und Tabaksteuer sowie der Umsatzsteuer vorsieht. Selbst die „Frankfurter Allgemeine" mußte zugeben, daß es „eine solche finanzpolitische Kurzsichtigkeit in siebzehn Jahren Bundesrepublik noch nicht gegeben hat".[7]) Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß seit Jahren Aufgaben des Bundes durch Heranziehung anderer Stellen (Rentenversicherungsträger, Gesellschaft für öffentliche Arbeiten) finanziert werden.[8]) Wie Bundestag und Bundesrat schließlich mit diesem Etat fertig werden, den die Fachkritik bereits gründlich zerpflückt hat, bleibt abzuwarten.

Doch das eigentliche „dicke Ende" kommt erst noch. Schon im Finanzbericht 1966 hatte das Bundesfinanzministerium in einer Gegenüberstellung der voraussichtlichen Einnahmen mit dem ermittelten Ausgabenbedarf folgende „Finanzierungslücken" errechnet:

1967	1968	1969	1970
	Milliarden DM		
5,6	6—7	6,9—7,9	5—6

„Voraussehen läßt sich bereits", hieß es damals, „daß selbst bei Besserung der Kapitalamarktsituation die bestehenden Finanzierungslücken allenfalls bis zu einem Drittel durch Kreditmarktmittel geschlossen werden können. In den Jahren 1967 bis 1970 ergeben sich danach Deckungslücken von durchschnittlich 4 Milliarden DM jährlich." [9]) Inzwischen ist nach Pressemitteilungen das sogenannte Streichquintett — ein Fünfmännergremium, das nach Möglichkeiten suchen soll, den Haushalt des Bundes in Ordnung zu bringen — zu der Erkenntnis gelangt,

---

5) Bericht der Deutschen Bundesbank, a.a.O., S. 24.
6) Finanzbericht 1967, S. 307.
7) FAZ v. 16./17. November 1966, Nr. 267, S. 19.
8) Institut „Finanzen und Steuern", Heft 85 (Die Ausgangslage für den Bundeshaushalt 1967), S. 73 f.
9) Finanzbericht 1966, S. 97.

daß die bisher errechneten Finanzierungslücken für die Jahre bis 1970 auf der Basis des geltenden Steuerrechts noch um je einige Milliarden DM höher liegen werden und daß sich ein entsprechender Fehlbetrag auch 1971 ergeben wird.

Von dem altväterlich sparsamen ersten Finanzminister der Bundesrepublik, Fritz Schäffer, der aus den Überschüssen des Bundeshaushalts einen „Juliusturm" aufbaute, über Franz Etzel, der nach seinen eigenen Worten „hart am Rande des Defizits" wirtschaftete, und den kurzlebigen Heinz Starke führt ein gerader Weg zu Rolf Dahlgrün, der der Konkursanmeldung nur durch seinen Rücktritt in vorletzter Minute entgangen ist. Ratlos stehen die führende Regierungspartei und ihr bisheriger Partner jetzt vor einem Trümmerhaufen. Jahrelang haben sie das Volk im Glauben gewiegt, das „Wirtschaftswunder" würde ewig andauern, und immer neue und höhere Wechsel auf die Zukunft gezogen. Ob man diese Politik der Illusionen noch als leichtfertige und verantwortlungslose Geschäftsgebarung oder — zum mindesten seit dem Wahljahr 1965 — als plumpen Schwindel bezeichnen will, mag ein jeder selbst entscheiden. Sicher ist, daß die Regierungsparteien versagt, total Schiffbruch erlitten haben. Heute stehen unsere Politiker vor der Wahl, entweder ihre bisherigen Praktiken durch eine noch stärkere Pump- und Defizitwirtschaft erneut eine Zeitlang zu überbrücken oder zu einer entschlossenen Umkehr anzusetzen. Beide Wege werden schmerzlich sein, aber die letzten Wochen haben wenigstens das eine Gute gebracht, daß weitere Kreise unseres Volkes endlich aus einer Lethargie aufgewacht sind, der sie sich nur allzu willig hingegeben haben.

III

Die illusionäre Finanzpolitik der vergangenen Jahre steht in engstem Zusammenhang mit einer ebenso illusionären Außenpolitik, ja sie ist weitgehend durch diese verursacht. Wir wollen Adenauers frühere Leistungen so wenig wie die seines Wirtschaftsministers herabsetzen: In der ersten Zeit seiner Regierung kam es in der Tat darauf an, zunächst einmal bei den westlichen Besatzungsmächten Vertrauen und Ansehen zu gewinnen, und das ist ihm vollauf gelungen. Den Abschluß des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel (1952) rechnen wir ihm sogar besonders hoch an, mag ihn hierzu auch nicht nur das Bewußtsein einer moralischen Schuld Deutschlands veranlaßt haben. Aber seine „Deutschlandpolitik" im weiteren Sinn war von Anfang an unaufrichtig, ohne jedes Verständnis für die Haltung der von uns überfallenen slawischen Nationen und entsprach in ihrer Mischung von scheinjuristischer Rechthaberei und angeblich zu erlangender militärischer Stärke nicht den deutschen Interessen. Wahrscheinlich wäre sie längst viel schärferer Kritik auch seiner Freunde ausgesetzt gewesen, wenn Adenauer es nicht verstanden hätte, die verschiedenen einflußreichen Interessengruppen immer wieder durch großzügig ausgestreute Geschenke zu gewinnen. Reichliche Subventionen an alle möglichen Wirtschaftszweige, insbesondere an die Landwirtschaft, eine „dynamisch" angelegte Sozialpolitik, ein aufgeblähter „Verteidigungs"-Etat, von dem viele profitierten, brachten ihm von einer Wahlperiode zur anderen den nötigen Stimmenrückhalt. Jetzt sind nicht nur die ausgestellten Wechsel fällig geworden, sondern es hat sich außerdem ergeben, daß man mit ihrem Gegenwert zum großen Teil auf Sand gebaut hat. Das ganze Gebäude droht einzustürzen.

Wir haben im August-Heft der „Blätter" [10]) den damaligen Stand der außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik zu unseren westlichen Verbündeten geschildert: peinliche Diskussionen mit Frankreich über die Stationierung seiner Truppen hierzulande, Streit mit Großbritannien über Zahlungen für die britische Rheinarmee, Auseinandersetzungen mit den USA über entsprechende Devisenausgleichsleistungen, hilfloses Lavieren angesichts des Zerfalls der NATO. Inzwischen ist Erhard in Washington gewesen und mit leeren Händen zurückgekehrt: Wir erhalten — glücklicherweise — keinerlei Mitverfügung über Atomwaffen, die USA werden ihre Truppenzahl in Europa allmählich abbauen, bestehen aber gleichwohl auf der Innehaltung der ihnen früher leichtfertig gemachten Zusage, bis zum 30. Juni 1967 für 5,4 Milliarden DM Rüstungskäufe bei ihnen zu tätigen. Eine deutsche Außenpolitik gibt es zur Zeit nur in der Form des erneuten Auflebens interner Kämpfe zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten", zwischen ganz sturen Kommunistenfressern und solchen, die nach einer neuen Deutschlandpolitik wenigstens suchen. Dafür aber wurde uns die Übung „Fallex 66" mit einem Zusatzprogramm vorgeführt, das besonders attraktiv wirken sollte: In einem Bunker des weinfrohen Ahrtals installierte sich ein Notparlament, um für den „Ernstfall", den berüchtigten äußeren Notstand, zu exerzieren. Bundesinnenminister Lücke spielte den Bundeskanzler, der Abgeordnete Benda (CDU) den Parlamentspräsidenten, man beschloß — wohlgemerkt: während eines fingierten Atomkriegs — 17 Gesetze und 29 Verordnungen und bestätigte einander am Ende stolz, das Notparlament sei „voll funktionsfähig" gewesen. Der „Notstand" war überwunden und zugleich die „Demokratie" gerettet, — eine wahrhaft makabre Maskerade.

IV

Das Bonner Treiben, das wir in den letzten Wochen erlebt haben, ist, so unzulänglich Bundeskanzler Erhard auf seinem Posten auch war, keine Krise um eine Person, aber es ist auch keine Staatskrise. Es ist der Ausdruck des Zusammenbruchs der Politik der jetzigen Regierungsparteien, das Ergebnis ihres völligen Versagens in den entscheidenden Fragen. Ludwig Erhard ist nicht gescheitert, weil er etwa die „bewährten Grundsätze" der Politik Konrad Adenauers verlassen hätte, sondern weil er — wenn auch persönlich redlichen Wollens — eine längst obsolet gewordene Politik, zum mindesten durch Nichtstun, fortgesetzt hat. Aber die CDU/CSU hat dies offenbar immer noch nicht eingesehen oder will es nicht wahrhaben, sonst hätte sie schwerlich Kurt Georg Kiesinger zum neuen Kanzlerkandidaten küren können. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob dieser im Grunde ein „alter Nazi" oder nur ein „Mitläufer" war oder ob er als „entlastet" angesehen werden muß. Daß man im Jahre 1966 niemand anders gefunden hat als einen Mann, der vom Anfang bis zum bitteren Ende Mitglied der NSDAP und während des größten Teils des Krieges unter Ribbentrop im Auswärtigen Amt tätig war („dienstverpflichtet", versteht sich), ist zwar bezeichnend für die, die ihn auserkoren haben, soll uns aber nicht weiter beschäftigen. Wir hätten Württembergs geliebten Herrn, den Landsmann des unvergessenen Theodor Heuss, trotz seiner früheren Sünden akzeptiert, wenn er wenigstens die Gewähr dafür böte, daß er nun in Zukunft eine neue Politik treiben wolle und könne. Aber eben das ist von Kurt Georg Kiesinger ganz und gar nicht zu erwarten. War er doch bis zum Jahre 1958 jahrelang Vorsitzender des außenpoliti-

10) a.a.O., S. 672 ff.

schen Ausschusses des Bundestags, wo er mit Eifer und Konsequenz die Außenpolitik Konrad Adenauers vertreten hat, jene Politik, die in ihrer einseitigen Orientierung auf die USA und ihr militärisches Potential schon damals die Keime für unsere heutige außenpolitische Misere gelegt hat. In seiner Stuttgarter Zeit hat Kiesinger nicht gezeigt, daß er inzwischen anderen Sinnes geworden sei. Und ausgerechnet dieser Mann soll nun heute Bundeskanzler werden, wo es darum geht, eine Politik zu liquidieren, deren Zusammenbruch offen zu Tage liegt! Difficile est satiram non scribere.

Was nottäte, ist eine Wendung um 180 Grad, finanzpolitisch sowohl wie in unseren außenpolitischen Beziehungen. Die Subventionswirtschaft mit ihrer Prämiierung der Unwirtschaftlichkeit muß radikal abgebaut werden, auch der Sozialetat darf nicht tabu sein („Keine soziale Demontage" ist eine nichtssagende Phrase, denn die will niemand), vor allem aber ist der „Verteidigungs"-Haushalt — für eine Armee, die nach Adelbert Weinstein „keinen militärischen Auftrag" hat — um Milliardenbeträge zu kürzen. So und nur so kann für die Gesamtheit der totale Bankrott verhindert werden. Und das ist möglich, wenn wir endlich von dem Wahn und seiner Plakatierung ablassen, der böse Osten habe nichts Wichtigeres zu tun, als bei nächster Gelegenheit die arme, friedfertige Bundesrepublik zu überfallen, wenn wir statt dessen selbst eine ehrliche Friedenspolitik zu treiben beginnen. Wir sind es, die die Folgen des von uns begonnenen und verlorenen Krieges nicht wahrhaben wollen, die an den gegenwärtigen Grenzen und Herrschaftsverhältnissen rütteln, den Grenzen und Herrschaftsverhältnissen, durch die unsere Nachbarn ihre Sicherheit gewährleistet sehen, wir sind die Ruhestörer. Machen wir endlich unseren Frieden mit der Welt und mit uns selbst, dann wird man auch uns in Frieden leben lassen. Dann können wir die ungeheuren Beträge, die wir heute alljährlich in eine sinnlose Rüstung stecken, die gewaltigen Energien, die wir nutzlos vergeuden, vernünftigen Zwecken zuführen. Fangen wir wenigstens einmal an.

Die gegenwärtige Führung der CDU/CSU ist zu einer solchen Schwenkung nicht in der Lage, man kann es billigerweise auch nicht von ihr erwarten. Mag die bisherige Koalition unter Erhard noch einige Zeit dahin vegetieren oder mit Kiesinger einen neuen krampfhaften Anlauf nehmen, sie ist am Ende ihres Lateins. Was Winston Churchill im letzten Kriegsjahr mit Bezug auf die Nazis sagte, das gilt jetzt für die Herren Barzel und Gerstenmaier, von Hassel, Höcherl und Jaeger, Krone und Lücke, Schröder und Strauß: Sie sollten im eigenen Saft weiter schmoren (womit beileibe nicht gesagt sein soll, daß sie alle Nazis seien). Um im Bilde der Karikaturisten zu bleiben: nicht nur die Lokomotive, sondern auch die Wagen gehören auf den Schrotthaufen.

Aber hat nicht die CSU soeben erst wieder ihre absolute Mehrheit im Bayerischen Landtag gut behauptet? Gewiß, nur ändert die Entscheidung der bayerischen Wähler nicht das mindeste an den finanz- und außenpolitischen Gegebenheiten. Die Deutschen sind ein merkwürdiges Volk: Wenn sie sehen, daß die Politiker abgewirtschaftet haben, dann rufen sie nach dem „starken Mann", und niemand fragt, für welches Ziel dieser Mann denn nun seine Stärke einsetzen soll. Jetzt haben die einen Franz Josef Strauß, die anderen gleich unmittelbar die Neonazis gewählt, von denen sie sich irgend einen neuen Herkules erhoffen, der den Augias-Stall säubern soll. Der Unterschied ist viel geringer, als die sorgenvollen Äußerungen der Parteibonzen vermuten lassen.

Wir haben aber auch keinerlei Veranlassung, besondere Hoffnungen auf die derzeitige Führung der SPD zu setzen. Allzu lange schon hat diese Partei versucht,

nicht mehr als eine „bessere CDU" zu sein und den großen Bruder „rechts zu überholen". Herbert Wehner hat gewiß durchaus recht, wenn er von der CDU verlangt, den Offenbarungseid zu leisten, aber leider hat er in den letzten Jahren wenig dafür getan, unserem Volk Alternativen zu der verfehlten Außen- und Finanzpolitik der Regierungsparteien aufzuzeigen, und was er jetzt an neuen Gedanken entwickelt hat [11]), geht um die Kernfragen auch wieder herum. Die Forderung nach Ausweitung aller wirtschaftlichen und menschlichen Kontakte zur DDR „bis an die Schwelle der Anerkennung" — wie die neuerdings beliebte Formel lautet — ist reines Wunschdenken: Die Regierung der DDR ist längst stark genug, um ihrerseits zu bestimmen, wo die Schwelle liegen soll, die überschritten werden muß, wenn wir auch nur die geringsten Kontakte wünschen; wir sehen das an dem Gang der neuesten Berliner Passierscheingespräche. Sie sollten Bismarck lesen, unsere Herren Politiker, und dessen Worte beherzigen: „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienst meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an andern", dann werden sie lernen, mit kritischem Verstand, statt mit gefühlsbeladenen Ressentiments Politik zu treiben; Napoleon III., auf den dieser Satz Bismarcks sich bezieht, war für altpreußische Konservative in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht weniger verabscheuungswürdig, als es für unsere Christ- und Sozialdemokraten heute Walter Ulbricht ist. In endlosen privaten Gesprächen hinter verschlossenen Türen, offiziellen Verhandlungen der parteiamtlichen Delegationen, in Zeitungs- und Rundfunkinterviews schleppt sich zur Zeit die Krise der Regierungsparteien hin. Mit scheinheilig-unschuldsvoller Miene versichern die Auguren, daß es zunächst nur um „Sachfragen" gehe, über die man sich verständigen müsse, ehe man an die personellen Probleme herangehen könne. Aber welche Kombinationen auch erwogen werden, die Rechnung geht im Grunde nicht auf. Das besagt nicht, daß nicht schließlich doch irgend eine „Einigung" zustande kommen könnte, — sie wollen schließlich sämtlich an der Krippe bleiben oder an den Futtertrog heran, und in diesem Lande ist schlechthin alles möglich. Eine im Interesse der Gesamtheit befriedigende Lösung kann dabei schwerlich gefunden werden.

Der gegenwärtige Fünfte Deutsche Bundestag ist „legal" gewählt worden, aber seine Entscheidungsgewalt ist nicht mehr legitim. Er verdankt seine Existenz der Verlogenheit unserer Parteien, die alle echten Probleme aus dem Wahlkampf ausgeklammert und das Volk mit platten Phrasen und den Bildern schöner Männer umnebelt haben. Jetzt ist der ganze Schwindel offenbar geworden. Dieser Bundestag kann keinerlei moralische Autorität mehr für sich in Anspruch nehmen.

Bundeskanzler Erhard sollte endlich die Vertrauensfrage stellen. Das ist der einzige Dienst, den er uns noch leisten kann. Dann ist der Bundestag gezwungen, achtundvierzig Stunden später Stellung zu nehmen (Art. 68 Abs. 2 des Grundgesetzes). Spricht er dem glücklosen Kanzler nicht das Vertrauen aus (und das wird er gewiß nicht tun) und wählt er auch keinen anderen mit der Mehrheit seiner Mitglieder, dann ist der Weg für Neuwahlen frei. Eine echte Opposition hätte Chancen, und es läge nur an ihr, sie zu nutzen.

Nekrolog

Bis hierhin war die Niederschrift dieser Zeilen gelangt, als der Rundfunk am 26. November meldete, die Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und SPD

11) Günter Gaus, Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner. Reinbek 1966.

hätten sich auf die Bildung einer „Großen Koalition" geeinigt. Wir haben an vorstehenden Ausführungen nichts zu ändern, wohl aber einiges hinzuzufügen: Sollte es tatsächlich, woran kaum mehr zu zweifeln ist, dazu kommen, daß die Bankrotteure von denen, deren Aufgabe es ist, sie zu entlarven und, wenn möglich, bei den nächsten Wahlen zu schlagen, geschützt und gestützt werden, dann wird erst die Zukunft zeigen können, ob die SPD über ihren Judaslohn in Gestalt einiger Ministersessel hinaus noch etwas weiteres erreicht hat. Mit Sicherheit aber wird die Verfassungsordnung des Grundgesetzes einen neuen, tödlichen Schlag erlitten haben. Man wird nur noch heimlich untereinander packeln, die wesentlichen politischen Kräfte des Landes werden sich gegenseitig neutralisieren, alle fortschrittlichen Tendenzen werden blockiert sein. Etwaige Erfolge wird jeder der beiden Partner dieser Mesalliance sich selbst, die Mißerfolge dem anderen Teil zuschieben, politisch verantwortlich wird niemand mehr sein. Verschwendung und Korruption werden mangels jeglicher wirksamer Kontrolle weiter wachsen, die Entwertung der Währung beschleunigt fortschreiten. Mag sein, daß es auch in Zukunft noch einige mutige Kritiker der schwarz-roten Diktatur geben wird, daß sie auch von der einen oder anderen Gewerkschaft Hilfestellung erhalten, — der „innere Notstand" wird bald dazu herhalten müssen, sie zum Schweigen oder unmittelbar ins KZ zu bringen. (Für die Übergangszeit dürfte sich der Notstandsbunker an der Ahr als politisches Gefängnis empfehlen.) Und das Erbe dieser völlig perversen Herrschaft werden schließlich, unter der Flagge der „nationalen Rechten" segelnd, mit oder ohne Franz Josef Strauss die neuen Nazis antreten. Dann wird der Konkurs des Konkursverwalters mit einem amtlich eröffneten Konkurs der Demokratie seinen angemessenen Abschluß gefunden haben.

William Borm, MdB

Nutznießer und Gehilfen

Die Lautstärke sowohl wie die Dauer des Beifalls nach der Wahl des Herrn Kiesinger zum Bundeskanzler war nicht weniger bezeichnend als das Ergebnis der Wahl selbst. Die CDU/CSU konnte sich bis auf wenige Ausnahmen nicht genug tun. Sie hatte auch allen Grund zur Selbstgefälligkeit. Es war ihr gelungen, aus nahezu hoffnungsloser Lage herauszukommen, nachdem aller Welt offenbar geworden war, daß sie praktisch infolge ihrer ausweglosen inneren Zerrissenheit nicht mehr regierungsfähig war. Wären die Bundesbürger in Demokratie besser bewandert, und hätte nicht insonderheit die Springer-Presse im Interesse der restaurativen und reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik durch Panikmache ständig die große Koalition als den allein noch möglichen Ausweg angepriesen, so hätten diejenigen Kräfte in der SPD, die auf Biegen und Brechen sich der

CDU/CSU ausliefern wollten, ihre Partei kaum auf den von ihnen längst erstrebten Kurs drängen können. Eine Staatskrise bestand nicht, so sehr Axel Springer sich auch abmühte, diesen Eindruck zu vermitteln. Lediglich war die innere Krise der CDU/CSU offenbar geworden. Da diese Partei durch geschickte Manipulationen in den Augen unkritischer Wähler nahezu mit dem Staat Bundesrepublik gleichgesetzt wurde, fiel es allerdings leicht, die Parteikrise zur Staatskrise umzufälschen. Das Verlangen der SPD nach dem Offenbarungseid ihres heutigen Koalitionspartners entsprach der tatsächlichen Situation und hätte einen erneuten Machtanspruch der CDU/CSU auf lange Zeit unmöglich gemacht. Leider war es der SPD mit diesem das Unvermögen der CDU/CSU schonungslos enthüllenden Verlangen nicht wirklich ernst, sondern es handelte sich nur um einen weiteren taktischen Winkelzug auf dem Wege der Anbiederung, etwa in dem Sinne, wie Herbert Wehner anläßlich der Debatte über die Regierungserklärung die geplanten Verfassungsänderungen nicht auf Notwendigkeit und zunächst noch verhüllte Zielsetzung hin untersuchte, sondern nur auf die Unentbehrlichkeit der SPD-Stimmen hinwies, um dann entsprechend um bessere Behandlung nachzusuchen. Dies entging natürlich der CDU/CSU nicht, so daß sie nicht mehr daran zu zweifeln brauchte, daß es gerade die von ihr jahrzehntelang diffamierte SPD sein würde, die ihr frisches Blut zuführen und ihr noch einmal den Weg zur Regierungsführung ebnen würde. Daß die SPD, wie voraussehbar war, sich durch nicht endende innere Auseinandersetzungen erheblich schwächt, bleibt willkommene Beigabe. In der Tat also: die CDU/CSU hatte allen Grund zu lautstarkem Siegesjubel.

Anders die SPD. Daß deren Vorderbänkler und Manager in den Jubel ihres neuen Partners einstimmten, ist nicht verwunderlich, tragen doch die jahrelangen Kotaus und die Parolen von der vielbeschworenen Notwendigkeit, in großen Dingen gemeinsam zu handeln, endlich Früchte, wenn auch madige. Aus den Reihen des Parteifußvolkes war Beifall weniger laut und anhaltend zu vernehmen. Dies war noch bezeichnender als das Wahlergebnis, das zusammen mit den Gegenstimmen der anwesenden FDP-Abgeordneten 138 Absagen an Kiesinger ergab. Berücksichtigt werden muß dabei noch die traditionelle Parteidisziplin der SPD-Mitglieder, die diesmal dennoch die geschlossene Stimmabgabe nicht ermöglichte.

Es wäre nun grundfalsch, und es würde dem Ernst der Situation nicht gerecht, wenn man das Entstehen der unheiligen großen Koalition, ihre Handlungsfähigkeit, ihre Pläne, ihre inneren antagonistischen Widersprüche und ihre vermutliche Lebensdauer nur vom Standpunkt dieser oder jener Partei oder gar von innerparteilichen Gruppierungen aus beurteilen würde. Ein Partner nämlich hatte keine Gelegenheit zu Beifall oder Ablehnung: das ist unser deutsches Volk. Um dieses aber geht es und nicht um eine Partei. Um dieses Volk, um sein weiteres Schicksal machen sich alle jene Kräfte Sorgen, die nicht nationalistische Phrasen herbeten, sondern die offenen Sinnes erkennen, wohin die Reise gehen muß, nachdem die SPD sich dazu hergegeben hat, nun auch ihrerseits den Kräften Vorschub zu leisten, die durch die ihr willfährigen und beherrschenden Kreise in der CDU/CSU schon wesentliche Ausgangspositionen für den Marsch in die unumschränkte, auch politische Machtstellung in der Bundesrepublik errungen haben. Es sind dies: Großkapital, Großindustrie, militante konfessionelle Kräfte (trotz des vatikanischen Konzils) und die ewig Unbelehrbaren, die nicht begreifen wollen, daß die Zeiten rein nationalbedingter Machtansprüche unwiederbringlich vorbei sind und daß Deutschland in zwei Weltkriegen seine Rolle als Weltmacht

verspielt hat. Nur zu leicht wird zudem übersehen, daß die Einbeziehung der BRD in die NATO, die Bundeswehr, die EWG-Mitgliedschaft oder andere internationale Positionen der BRD keine Möglichkeiten geben (was erfreulich ist), nationalistisch zu handeln. Dazu paralysiert die deutsche Spaltung das Potential beider deutschen Teilgebiete, und dieser Zustand entspricht den Kriegszielen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Es gibt keinerlei Anzeichen, daß sich diese Interessenlage in absehbarer Zeit ändern könnte. Leider gelingt es der interessierten Propaganda immer wieder, die deutsche Bevölkerung vergessen zu lassen, daß es neben dem „Westen" auch noch den „Osten" gibt. Von diesem nimmt man nur Notiz, wenn ein weiteres Mal die Furcht vor dem angeblich aggressionslüsternen Kommunismus den Vorwand abgeben soll für die Abwehr des Verlangens nach Rüstungsabbau, für den eigenen Griff nach Atomwaffen oder für die angebliche Notwendigkeit, die Außenpolitik militärischen Gesichtspunkten anzupassen. Als ob es unter den gegebenen Umständen für uns überhaupt eine militärische Sicherheit geben könnte! Auch Millionen Männer unter Waffen könnten die 700 Raketenstellungen an der sowjetischen Westgrenze nicht beseitigen, dies kann nur durch eine den deutschen und europäischen Interessen entsprechende konsequente Beteiligung an einer Entspannungspolitik geschehen, deren Erfolgsmöglichkeiten allerdings, wie zuzugeben ist, verschieden beurteilt werden können. Dadurch würden wir unserem Streben nach Überwindung der deutschen Spaltung zudem den besten Dienst leisten. Es gab eine Zeit, da die SPD die gleichen Gedankengänge als Grundlage ihrer Deutschland- und Europapolitik ansah. Sie konnte sich damit der CDU/CSU nicht nähern, also mußte der „Ballast" richtiger Erkenntnisse über Bord geworfen werden. Den Herren Brandt und Wehner fällt nun die Aufgabe zu, als Koalitionsminister die Quadratur des Zirkels zu versuchen. Sie werden sich weiterhin auf Propagandareden beschränken müssen, in der täglichen Praxis bleiben sie durch das Bleigewicht der CDU/CSU gehindert, den Worten zweckmäßige Taten folgen zu lassen. Es sei deutlich ausgesprochen: wer heute noch vorgibt, an den Machthabern vorbei in kommunistischen Staaten Politik der Propaganda treiben zu können, begeht bewußte Täuschung. Auch die DDR ist ein solcher kommunistisch gelenkter Staat. Die Herren Brandt und Wehner mögen mit den Methoden der CDU/CSU versuchen, an hohen Festtagen den Berlinern Passierscheine nach Ost-Berlin zu verschaffen. Während des Interregnums einer CDU/CSU-Minderheitenregierung wurde über diesen Komplex nicht gesprochen. Die SPD mag sich mit ihrem größeren Partner auch abstimmen, wie sich die Regierung verhalten wird, wenn im Bundestag das Stimmrecht für die Berliner Bundestagsabgeordneten verlangt werden wird. Kronjuristen werden ihr beweisen wollen, daß dies aus vielen juristischen Gründen nicht möglich erscheint. Die SPD wird sich daran gewöhnen müssen, daß, wo kein Wille ist, auch kein Weg gefunden werden darf. Und endlich: wie will die SPD die Beendigung der deutschen Spaltung herbeiführen, wenn sie damit konfrontiert wird, daß die CDU/CSU sich als politischer Exponent von mächtigen Gruppen versteht, deren Interessenlage eindeutig ist. Das Gerede ist bekannt, in der BRD treibe alles auf eine bedenkliche wirtschaftliche Rezession zu. Es wird zielbewußt auch deshalb genährt, weil die Gewerkschaften unter diesen Umständen weniger Rückhalt intern und extern finden mögen. Es bleibt aber festzustellen, daß die Großwirtschaft trotz der Normalisierung der Zuwachsrate noch immer voll ausgelastet ist. Warum sollten dann Manager der Hochfinanz und der Großindustrie enge Tuchfühlung anstreben mit Mächten, die ihnen vom Prinzip her die Daseinsberechtigung absprechen? Warum sollten klerikale Kreise das berüchtigte Gleichgewicht zwischen den Konfessionen in der BRD zu ihren Ungunsten verändern wollen, angesichts dessen, daß in der DDR

die Zahl der protestantischen Christen weitaus überwiegt? Weiß etwa die CDU/CSU nicht, daß bei freier Wahlmöglichkeit in ganz Deutschland die Zahl ihrer potentiellen Wähler aus dem Gebiet der DDR nicht besonders beeindruckend sein würde? Weiß sie etwa nicht, daß damit ihre Rolle als größte (Wähler-) Partei ausgespielt wäre? Die SPD mag sich auch überlegen, wie sie als Exponent der Außenpolitik der BRD weiterhin den Eiertanz gegenüber der DDR mittanzen kann, wenn es um Aufwertung oder Nichtaufwertung geht oder um Anerkennung oder Nichtanerkennung. Wir fragen uns, wer denn diese Dinge überhaupt erst hochgespielt hat. Was wird die SPD tun, wenn die DDR bei den UN in Erscheinung tritt, und was, wenn etwa ein befreundeter Weststaat seinerseits aus Reih und Glied ausschert? Wird die Bundeskasse stets genug Mittel haben, um die finanziellen Konsequenzen bei der Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin gegenüber Drittländern tragen zu können?

Die SPD rühmt sich, daß mit ihrem Eintritt in die Bundesregierung ein neuer Anfang gemacht werde. Dies würde erst glaubhaft werden, wenn in den vorbezeichneten Problemen, die in der Außen-, Europa- und Deutschlandpolitik begründet sind, ein deutlicher Kurswandel von Grund her erkenntlich würde. Solange das nicht eintritt (und wer wüßte besser als ein illusionsloser und liberaler Freier Demokrat, daß es nicht eintreten kann, solange die CDU/CSU die Richtlinien der Politik bestimmen darf), bleibt das Wort vom Neubeginn auch in dem Munde von Sozialdemokraten bedeutungslos und dient nur der Selbsttäuschung. Außenpolitik, Deutschlandpolitik und Europapolitik sind richtig nur zu betreiben, wenn die Innenpolitik hierfür die Voraussetzungen schafft. Deswegen ist es erforderlich, auch diesen Bereich kritisch zu durchleuchten, wenn wir Klarheit darüber gewinnen wollen, ob die innenpolitischen Maximen der CDU/CSU die geeigneten Voraussetzungen schaffen können für eine den wahren Interessen des deutschen Volkes, d. h. seiner friedlichen Entwicklung dienende Gesamtpolitik. Bei der Innenpolitik können wir schon eher Entwicklungstendenzen erkennen als bei der nach auswärts gerichteten Politik, bei der es der CDU/CSU bevorzugt darum geht, unerwünschte Entwicklungen zu verhindern, während bei der Innenpolitik Entwicklungen vorangetrieben werden sollen, die sich eindeutig an den Interessen eben jener Kreise orientieren, für die die CDU/CSU der politische, parlamentarische Exponent ist. Daraus ergibt sich, daß nicht etwa die in der Öffentlichkeit bekannten CDU/CSU-Politiker Wege und Ziele ihrer Parteipolitik bestimmen, sondern Kräfte, die außerhalb des Parlaments zu finden sind, die den Parlamentarismus verspotten und ihn nur solange hinnehmen, als er ihre Sonderinteressen fördert oder mindestens nicht nachhaltig hemmt. Nehmen wir als Beispiel das Verhältnis der CDU/CSU (als der Exponenten jener Kreise) zu den anderen Parteien. Die Deutsche Partei wurde von der CDU eine Zeitlang gebraucht, aber fallen gelassen und ausgetrocknet, als sie für sie überflüssig wurde. Die KPD wurde kurzerhand verboten, wobei die Kommunistenfurcht in der BRD sich als förderlich erwies bei dieser das demokratische Prinzip offenbar strapazierenden Handlungsweise. Die FDP kann man nicht verbieten, deswegen soll ihr höchst legal durch Manipulation mit dem Wahlrecht die parlamentarische Betätigung versagt werden. Die NDP wird die Wahlrechtsänderungen überstehen können, wie wir aus der Zeit vor 1933 von der Hitlerpartei wissen. Sie wird also im Bundestag vertreten sein, wenn anders ihr nicht durch eine wirklich neue und erfolgreiche Politik der Boden entzogen wird. Sie könnte sich, wenn die CDU/CSU, trotz Hilfsstellung durch die SPD, wiederum die absolute Mehrheit verfehlen sollte, als willkommener Koalitionspartner gegen die SPD erweisen, die dann wieder Oppositonspartei würde. Aber diesmal

unter völlig veränderten Umständen, die sie selbst mit herbeigeführt hat! Man könnte der CDU nicht einmal Hinterhältigkeit vorwerfen, wenn sie die große Koalition auflösen würde, nachdem der Mohr seine Schuldigkeit getan hat. Sie hat von Anfang an diese Koalition eine solche nur auf Zeit genannt. Die SPD kann sich nicht darauf berufen, daß dies in erster Linie geschieht, um überängstlichen Wahrern parlamentarischen Stils Einwände zu nehmen. Die SPD hat sich mit dem Eingehen auf die große Koalition die Schlinge selbst um den Hals gelegt. Sie soll verfassungsändernde Gesetze ermöglichen, und damit wäre eigentlich schon die im Sinne der CDU/CSU zu leistende Hauptarbeit getan. Sie soll auf dem Gebiet des Haushalts und der Finanzen einer Neuordnung verfassungsändernd zustimmen, die die föderale Finanzhoheit der Länder und Gemeinden weitgehend beseitigt, weil sie dem zentralen Machtstreben der Großwirtschaft hinderlich ist. Die SPD soll mithelfen, den Bundestag und alle anderen Parlamente weiter zu entmachten, indem durch eine fünfjährige Vorausplanung der Finanzen das Kontroll- und Bewilligungsrecht weitgehend zur Farce wird. Die SPD soll Notstandsgesetze verfassungsmäßig verankern, die für das Volk verderblich sind, für Interessenten an einer Machtposition aber vorteilhaft, weil sie in nur einer willfährigen und abhängigen Hand Vollmachten vereinen soll, die früher oder später gegen die SPD selbst, und gerade gegen sie, wirksam werden dürften. Und endlich soll sie die mit eigener Hand um den Hals gelegte Schlinge auch selbst noch fest zuziehen! Sie soll dem verfassungsmäßig zu verankernden Zweiparteiensystem zustimmen. Sie soll sich selbst die Alternative zu einer immer noch möglichen anderen Koalition verbauen, indem es keine anderen oder nur noch der CDU/CSU willfährige Parteien mehr geben soll, und sie soll damit sehenden Auges für weitere 20 Jahre die CDU/CSU und damit die Reaktion und Restauration in der BRD installieren. Wer solcher Art hinter die Kulissen schaut, dem muß ein fataler Geschmack auf die Zunge kommen, wenn er alle scheinheiligen sogenannten Begründungen lesen muß, die den vorbeschriebenen Weg, und zwar nur diesen, als den Ausweg aus Vertrauens- und anderen Krisen anpreisen. Daß dies zudem noch unter Beifall der SPD als Erfüllungsgehilfe der CDU/CSU geschieht, ist grotesk.

Wir sollten nicht den Beweis für unsere Behauptungen schuldig bleiben! In der Innenpolitik sei er geführt. So wie um 1930 Hugenberg der Herold deutschnationaler und später hitlerischer Täuschungsparolen war, so heute mutatis mutandis Axel Springer. Ob er dabei glaubt, daß er der Schiebende sei, oder ob er weiß, daß er nur das Sprachrohr vorgestriger Anschauungen und Gelüste ist, bleibt unerheblich. Springer ließ bereits vor einigen Tagen in seiner Zeitung „Die Welt" die Katze aus dem Sack. Er ließ schreiben: „Die große Koalition ist die letzte Chance des Parlamentarismus. Wenn sie nicht funktioniert (in welchem Sinne wohl?, W. B.), dann bleibt nichts anderes übrig als die Installation der konstitutionellen Demokratie." Deutlicher geht es nicht! Konstitutionelle Demokratie bedeutet Gaullismus in der BRD. Die Franzosen mögen in Gelassenheit ein derartiges System dulden, sie wissen es zu überspielen, die Deutschen perfektionieren es. Am Ende steht die Diktatur von rechts. Und das bedeutet Krieg, das bedeutet das physische Ende der deutschen Nation.

Aber nicht nur bei Springer ist nachzulesen, wohin es gehen soll. Die Männer der CDU/CSU haben ihrerseits bereits einen Titel für ihr Wollen gefunden, welcher wenig aussagt, aber alles verschleiert. Sie schufen den Begriff der „Formierten Gesellschaft". Die CDU/CSU will die BRD nach dem Interesse der hinter ihr stehenden Reaktion und Restauration formieren. Männer, die in einer solchen Ent-

wicklung ihren Nutzen sehen, und ihre wechselnden Manager sind schon aus den Nürnberger Prozessen bekannt. Sie sind die wahren Nutznießer. Die geschäftig werkelnden Manager in den Parteien sind nur ihre Handlanger. Es trifft nur diese, wenn sie manchmal überziehen, wie vormals Franz Josef Strauß und letztens Barzel. Sie dürfen weiter agieren, wenn sie nur gefällig bleiben.

Aus dem reichen Wortschatz der zu formierenden Gesellschaft sei ein weniges herausgegriffen: „Wo die militärische und politische Macht nicht mehr ausreicht, um die Ziele (der Großwirtschaft, W. B.) zu erreichen, muß die Wirtschaft so gestärkt werden, daß sie durch ihre Überlegenheit dennoch erreicht, was sie für sich selbst als erstrebenswert ansieht. Wirtschaftliche Macht münzt sich um in politische Stärke." (Wirtschaft also bevorzugt als Mittel zur Durchsetzung machtpolitischer Ziele!) „Die Gewerkschaften sollen sich an objektiven Maßstäben und an gesamtgesellschaftlichen Zielen orientieren." Daß dabei Maßstäbe und Ziele gerade im politischen Raum zwischen Managern und Gewerkschaftlern verschieden beurteilt werden, soll eben überwunden werden durch Unterwerfung der Gewerkschaften. „Handlungsfreiheit in der Welt". „Verteidigung deutscher Lebensinteressen." „Wir sind wieder etwas geworden, das deutsche Kräftepotential hat wieder Gewicht innerhalb des Bündnisses." Haben wir derlei nicht schon einmal um 1933 herum gehört? „Den Demagogen muß das Handwerk gelegt werden." „Reformen zur Haushalts- und Finanzpolitik, um die Erreichung unserer politischen Ziele langfristig sicherzustellen." „Reformen der parlamentarischen Arbeit und der Regierungstätigkeit." Die CDU/CSU treibt Polemik gegen die „Restauration der Demokratie durch die Besatzungsmächte". (Man muß es zweimal lesen, W. B.) Und — last not least — immer wieder und als Krönung die Institutionalisierung der Notstandsgesetze! Hier liegt für die CDU/CSU die Möglichkeit, wenn es soweit ist, die Verfassung aus den Angeln zu heben.

Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, wenn wir versuchen wollten, alle Gefahren, den wahren Notstand unserer Demokratie, der bereits eingetreten ist, hier noch weiter auszubreiten. Es darf vorausgesetzt werden, daß in großen Zügen die Probleme bekannt sind. Wo dies nicht der Fall sein sollte, sei auf die reichlich vorhandene Literatur hingewiesen, die überall erhältlich ist.

Die Aufzeigung der Gefahren wäre in ihrer Wirkung beeinträchtigt, wenn nicht noch ein Hinweis angefügt würde, wie dem allem zu begegnen ist.

Dem liberalen Verfasser sei es gestattet, sich eines Gedankens von Friedrich Naumann, dem Lehrmeister der liberal-sozialen Gedankenrichtung, zu erinnern. Naumann sagte: „Die Rechte in Deutschland wird solange ihre antinationale Politik betreiben können, bis die Linke sich zusammenfindet und eine Wende der Politik erzwingt."

Wieder einmal stehen wir vor der Tatsache, daß es die Reaktion verstanden hat, ihre bereits aussichtslos gewordene Position zu festigen. Erschütternd daran ist, daß dies nur durch die Hilfe der Sozialdemokratie gelingen konnte, die bereitwillig gewährt wurde. Es verdient, wiederholt hervorgehoben zu werden, daß innerhalb der Sozialdemokratie dies nicht ohne Reibungen, bis zur Zerreißprobe hin, durchgesetzt werden konnte. Aber immerhin, zur Zeit scheidet die Partei als solche als Gegenpart gegen die CDU/CSU und die hinter ihr stehenden Drahtzieher aus, sie steht vielmehr in deren Lager. Es kann nicht Aufgabe Außenstehender sein, den Meinungsstreit in der SPD unmittelbar zu schüren.

Das ist den Gegnern der heutigen Politik in der Partei selbst zu überlassen. Es sollte vielmehr an den mit ziemlicher Sicherheit zu erwartenden Zeitpunkt gedacht werden, zu dem die Zumutungen, welche die CDU/CSU ihrem Partner ständig stellen wird, unerträglich geworden sein werden. Es sollte Vorsorge getroffen werden, daß die enttäuschte und ernüchterte SPD eine Auffangstellung vorfindet, die ihr eine Alternative zur völligen Kapitulation und die Möglichkeit zu einem wirklich neuen Beginn läßt. Sie könnte das Ihre dazu beitragen, wenn sie sich in der FDP einen potentiellen Koalitionspartner im Bundesparlament erhält und wenn sie nicht durch Wahlgesetzänderung das parlamentarische Ende dieser Partei heraufbeschwört. Sie sollte zudem den Föderalismus in der BRD nicht verkümmern lassen, indem sie in den Ländern nach Möglichkeit eine Koalition anstrebt, die ein Gegengewicht gegen das Bonner Modell bildet. Sie sollte sich stets bewußt bleiben, daß die CDU/CSU in allen entscheidenden Fragen unserer deutschen Politik den Anschauungen entgegenstehen muß, von denen wir bisher glaubten, annehmen zu dürfen, daß sie die Grundhaltung der SPD wären. Alle Kräfte aber, die nicht resignieren wollen und dürfen, die dem Gedanken der Freiheit anhängen, die wollen, daß die Politik der BRD nach außen sich einfügt in die vom Überlebenwollen geprägte verantwortungsbewußte Politik der Entspannung und die im Innern anstelle der vom Vorgestern geprägten eigensüchtigen Bestrebungen die Schaffung eines Staates wünschen, der den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft gemäß den Pluralismus zur Grundlage hat — alle diese Kräfte müssen sich zusammenfinden und kooperieren. Ein Mittel dazu könnten die verschiedenen Kongresse sein, die als Proteste gegen die Notstandsgesetze oder gegen die neuerliche gefährliche Entwicklung auf Bundesebene und darunter abgehalten werden. Sie sollten nicht nebeneinander arbeiten, sondern einmünden in eine einzige große außerparlamentarische Arbeitsgemeinschaft und Aktion. In diesem Gremium sollte der Gedanke wachgehalten werden, daß Freiheit und Demokratie gerade soviel wert sind, wie der Einzelne dafür zu leisten bereit ist. Diese Aktion würde steter Kraftquell uid Rückhalt für alle jene sein, die im parlamentarischen Leben und auch im außerparlamentarischen Raum immer wieder mit ansehen müssen, daß Eigennutz und Heuchelei stärker sind als guter Wille. In der Tat: Wille ohne Macht ist ein Ärgernis. Verhelfen wir unserem Willen also zur Macht!

Alfons Vogel

Stabilisierungsgesetze — die Wiedergeburt Brüningscher Notverordnungspolitik

Die Diskussion um die Stabilisierungsgesetze ist in Politik und Presse nun ein rundes Jahr lang im Gange. Aber kaum einer am Familientisch, in der Betriebspause oder am Stammtisch wird ernstlich dieses Thema anfassen; man überläßt es weithin den Politikern und Experten. Man gibt sich indes der beruhigenden

Vorstellung hin, die der Titel des Gesetzes auf den ersten Blick erweckt und wohl auch bewußt erwecken soll: Stabilisierung der Preise, des Geldes, Sicherung des Einkommens und des Arbeitsplatzes, kurz, Stabilisierung der Wirtschaftslage.

Doch wäre in der Tat nichts unklüger, ja in den Konsequenzen für jedermann von unabsehbaren Folgen, als wenn die deutsche Öffentlichkeit allein dem verführerisch schönen Schein vertrauen wollte. Schon das grobe Profil dieses Gesetzgebungswerkes, das sich mit wenigen Worten zeichnen läßt, müßte vielmehr jeden aufmerksamen Betrachter um den ruhigen Bürgerschlaf bringen: Mit Hilfe der weitreichendsten Grundgesetzänderung seit Bestehen der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland soll die Bundesregierung mit außerordentlichen Ermächtigungen ausgestattet werden; sie würden dem Bund in Zukunft die formalrechtliche Handhabe liefern zu weitestgehenden, möglicherweise effektiv diktatorischen Eingriffen in das gesamte öffentliche Leben, zu Eingriffen in die elementaren Hoheitsrechte der Bundesländer sowie in die Verwaltungsautonomie der Städte und Gemeinden, in die Funktionen und den Verantwortungsbereich der Parlamente, selbst in die Finanzgebarung der Rentenversicherungen und endlich auch in die private Wirtschaft. Wozu solche Ermächtigungsgesetze?, ist hier zu fragen. Was hat unsere Verfassung mit der Kaufkraft der Mark zu tun? Oder steht etwa die bundesstaatlich-parlamentarische Demokratie der wirtschaftlichen Stabilisierung plötzlich im Wege?

Seltsame Eile

Nicht genug damit: Bonn kann offenbar nicht schnell genug in den Besitz dieser gesetzlichen Sondervollmachten kommen. „Die Schnelligkeit des Handelns ist hier von ausschlaggebender Bedeutung", so beschwor Ludwig Erhard im August 1966 die eiligst aus den Parlamentsferien zusammengetrommelten Ländervertreter und trieb in gleicher Weise die Abgeordneten (in der späteren Bundestagsdebatte über diese Gesetzesvorlage) an, die Regierungsentwürfe „so schnell wie möglich zu verabschieden". Erstes Befremden muß sich zu hellwachem Mißtrauen verdichten, wenn man erfährt, daß diese überstürzte Hast der Verwirklichung eines Gesetzes gilt, unter dessen Herrschaft nach den eigenen Worten des damaligen Bundeskanzlers „zugleich ein Teil der Freiheit verlorengeht", und von dem der Hamburger Senatspräsident Professor Weichmann entsetzt schrieb, es „ließ uns — gelinde gesagt — die Haare zu Berge stehen" (SPD-Pressedienst vom 8. 9. 1966). Soviel ist also klar: Hier geht es für jeden von uns nicht allein ums Geld; es geht zugleich um die Freiheit. Grund genug, sich rechtzeitig Klarheit darüber zu verschaffen, wozu die Bundesregierung in aller Eile so schwere Geschütze aufzufahren beabsichtigt.

Im Widerspruch zur hektischen Eile, mit der die Bundesregierung unermüdlich die parlamentarische Abfertigung der Stabilisierungsgesetzgebung forciert, trägt Bonn andererseits einen erstaunlichen Konjunkturoptimismus zur Schau. „Wir sind über den Berg", heißt es mit entwaffnender Nichtachtung wirklichkeitsnaher Daten der Wirtschaftsstatistiken. Aus Schmückers Wirtschaftsministerium verlautete erst jüngst, „die Preisstabilität sei in greifbare Nähe gerückt". Nun, jeder, gleichviel wo er im täglichen Leben mit der Wirtschaft in Berührung kommt, schließlich jede Hausfrau, die mit dem Einkommen der Familie wirtschaften muß, weiß es besser. Tatsächlich wurde in den ersten acht Monaten

dieses Jahres der stärkste Anstieg des Lebenshaltungsindex' seit der Koreakrise notiert. Die entsprechenden Monatswerte des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, ergaben einen Preisauftrieb von 3,9 Prozent, der damit die bereits überdurchschnittliche Teuerungsrate von 3,4 Prozent des gesamten Vorjahres noch übertraf. Seit die Konjunktur im Herbst 1965 unter gleichzeitiger Beschleunigung des allgemeinen Kaufkraftschwundes abzubröckeln begann, häufen sich in der Volkswirtschaft der Bundesrepublik die Symptome konjunktureller Abflachung, vervielfältigen sich die strukturellen und mit ihnen die sozialen Probleme. Die Verlangsamung des industriellen Produktionswachstums ist an der erheblichen Verminderung der Steigerungsquote abzulesen: Die entsprechende Wachstumsrate sank von 7,5 Prozent im ersten Quartal 1965 inzwischen auf den Stand von gegenwärtig um 2,6 Prozent ab. Im Revier des Steinkohlenbergbaus ist die Krise eklatant. Aber auch in weiteren, nicht minder wichtigen Produktionsbereichen — bei Stahl und Eisen, Textil, Schiffsbau, Landwirtschaft und im Bauwesen — machen sich zunehmend teils konjunkturbedingte, teils strukturelle Krisensymptome bemerkbar.

Unzweifelhaft ist die volkswirtschaftliche Gesamtlage voller gefährlicher Spannungen. Unter den Bedingungen des fortschreitenden weltweiten Prozesses wirtschaftlicher, technischer, wissenschaftlicher und politischer Veränderungen sind auch die außenwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in Bewegung geraten. Der internationale Wettbewerb der Volkswirtschaften hat sich verschärft. Trotz ständiger hoher Investitionsraten ist die seit Jahren behauptete Spitzenposition der westdeutschen Industrieproduktion in der Rangliste der westlichen Industrienationen heute keineswegs mehr unumstritten. Neue scharfe Konkurrenten auf dem Weltmarkt, vor allem Frankreich, Italien, Japan, haben weit aufgeholt und drängen nach vorn. Die Veränderungen der internationalen Marktbedingungen konnten insbesondere bei den engen Verflechtungen ökonomischer und politischer Art nicht ohne Folgewirkungen auf die binnenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik bleiben. Sie überlagerten und addierten sich mit den Auswirkungen der sich noch immer im Fluß befindlichen technischen Revolution, mit dem Vordringen neuer Rohstoffe und Energiequellen. Rationalisierung und Automation haben neue volkswirtschaftliche Daten gesetzt. Die ökonomischen Probleme von heute werfen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche, letzten Endes politische Fragen auf. Sie legen zugleich aber auch die Frage auf den Tisch: Wie war es möglich, daß die Volkswirtschaft der anerkannt zweitstärksten Industrienation der westlichen Welt von den Höhen des „Wirtschaftswunders" in die Niederungen der heutigen Wirtschaftsmisere geriet, daß in rund zehn Jahren die gewaltige Finanzreserve des Juliusturms verwirtschaftet wurde und die Staatsfinanzen gegenwärtig vor dem Bankrott stehen?

Es ist keine vernünftige Antwort darauf, sondern platte Schutzbehauptung, wenn die politisch Verantwortlichen in Bonn — von den Wirtschaftspäpsten darin immer wieder lautstark unterstützt — unentwegt darauf beharren, „an allem schuld" seien die „Maßlosigkeit" der Konsumgesellschaft, die Lohnpolitik der Tarifpartner und pauschaliter die „haushaltswirtschaftliche Verantwortungslosigkeit" der öffentlichen Hände. „Haltet den Dieb!" ruft hier, wer allen Grund hat, Aufmerksamkeit und Zorn der öffentlichen Meinung von sich auf andere abzulenken. Aber wer macht denn im modernen Industriestaat die Wirtschaftspolitik, die das wirtschaftliche Geschehen verantwortlich lenkt? Wo werden die übergeordneten politischen Akzente gesetzt, die die wirtschaftspolitischen Grundlinien, und damit am Ende das gesamtwirtschaftliche Schicksal, entschei-

dend bestimmen? Gewiß nicht „im Laden um die Ecke" durch den Verbraucher; auch nicht am Verhandlungstisch der Tarifpartner; genausowenig aber auch in den Haushaltsberatungen der Länder, Städte und Gemeinden. Sie alle sind doch im Grunde nichts anderes als Objekte der amtlichen Wirtschaftspolitik — und, wenn sie fehlschlägt, ausnahmslos ihre Opfer. Die Verantwortung für das, was heute ist, liegt vielmehr nirgendwo anders als dort, wo (entsprechend dem politischen Konzept) die Wirtschaftspolitik gemacht wird, in Bonn.

In Bonn freilich, wo diese Politik konzipiert und von wo aus sie gelenkt wird, gehen die Repräsentanten des Industrie- und Finanzkapitals, die Manager der großen Wirtschaftsverbände, nicht umsonst ein und aus. Diese Tatsache muß man in ihrer vollen Bedeutung sehen, um eine wirklich schlüssige Antwort auf die Zentralfrage nach den Ursachen, Kausalzusammenhängen und maßgebenden Triebkräften zu erhalten, die letztlich das Schicksal unserer Volkswirtschaft bestimmen.

Das Kollektiv der Macht

Daß der lautlose, von Staats wegen mehr geförderte als ernstlich in Schranken gehaltene Prozeß wirtschaftlicher Konzentration zu einer gefährlichen ökonomischen Machtballung geführt hat, ist die besorgniserregende Wirklichkeit der Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Volkswirtschaft. Das Potential gewaltiger industrieller Produktionskapazitäten ist wiederum (wie schon in den Wilhelminischen und Weimarer Zeiten) in den Händen eines kleinen „Herrenklubs" omnipotenter Wirtschaftsführer zusammengefaßt; sie verfügen — in vielfach verflochtener Personalunion mit der Hochfinanz — über große Teile der nationalen Bodenschätze und der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung sowie über ein Heer von Arbeitnehmern; und sie wissen ihre exklusiven Querverbindungen zur politischen Führungsspitze im Regierungsapparat wie in der Parteienoligarchie souverän ihren Zwecken dienstbar zu machen. Zur Autorität, mit der das Kapital nach der Formel „Geld ist Macht" ohnehin schon ausgestattet ist, kommt die wesenhafte Interessenharmonie mit den maßgebenden politischen Führungskräften: Der dem Großunternehmertum im Blut liegende Hang zum maximalen Gewinn, sein Wille zur permanenten Ausdehnung der Marktbeherrschung nach innen und außen und der Anspruch auf soziale Dominanz kooperieren einträchtig mit den offenkundig großmachtpolitischen Ambitionen innerhalb der Bundesregierung und der Generalität. Die politische und wirtschaftliche Hegemonie im großeuropäischen Raum ist das kaum notdürftig verschleierte Ziel einer gemeinschaftlichen Strategie, die in den übereifrigen Engagements der Bundesrepublik innerhalb der atlantischen und westeuropäischen Institutionen wie NATO, EWG, Euratom, Eldo und im Bereich der Entwicklungshilfe der westdeutschen Volkswirtschaft heute schon in mancher Hinsicht teuer zu stehen kommt. Aus diesen Zusammenhängen wird unschwer ersichtlich, wer hinter der Fassade unserer pluralistisch-parlamentarischen Demokratie in Wahrheit die innen- und außenpolitischen Fäden zieht und damit auch die Wirtschaftspolitik macht: ein anonymes Kollektiv der Macht, bestehend aus Großmachtpolitikern, Wirtschaftsmagnaten und Militärs.

Auf Kosten der wirtschaftlichen Stabilität

Wo immer man die Probe aufs wirtschaftspolitische Exempel macht, werden die verheerenden Folgen dieses Sachverhalts für unsere Nationalwirtschaft und

Staatsfinanzen sichtbar. Das beginnt beim finanziellen und personellen Aufwand für Aufbau, Ausbau und Unterhalt des überdimensionierten Militärapparates: Nimmt man zum Kostenblock des Verteidigungsetats den zusätzlichen ökonomischen Schaden aufgrund des Arbeitsausfalls aller Bundesangehörigen im produktiven Sektor unserer Volkswirtschaft, so ergibt sich nach einschlägigen Schätzungen allein bis Ende 1965 ein Rüstungsaufwand von insgesamt rund 220 Milliarden DM (Finanzbericht 1966 des Bundesfinanzministeriums). In diesem Zusammenhang ist ferner zu berücksichtigen, daß für jeden in der Bundeswehr Beschäftigten (rund 600 000 Personen, gemäß Bericht des Bundesverteidigungsministeriums, Bulletin des Bundesfinanzministeriums Nr. 4 v. 11. 1. 1966) nach der Faustregel mindestens drei Erwerbstätige für Ausrüstung, Unterhalt und Ernährung der Bundeswehr beschäftigt sind und somit für die zivile Bedarfsdeckung ausfallen. Diesem ständigen Verlust an — zum Teil hochqualifizierten — Arbeitskräften und entsprechender ziviler Produktionsleistung entspricht im monetären Bereich die Tatsache, daß die Milliardensummen des Militäretats völlig unproduktive Güter erzeugen; also dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden müssen und demzufolge hochgradig inflationär den Währungs- und Geldwert binnenwirtschaftlich unaufhaltsam unterwühlen.

Das ist die volkswirtschaftliche Kehrseite der Medaille, mit der sich die Bundesregierung so gern brüstet, indem sie noch renommiert mit ihren überproportionalen Rüstungsausgaben als „höchstem NATO-Beitrag aller europäischen Staaten", der „nur von den Vereinigten Staaten übertroffen" werde (Bulletin BFM Nr. 11, v. 11. 1. 1966). Damit nicht genug, ließ das Bundesverteidigungsministerium inzwischen — während sich endlich ein paar „verwegene" Stimmen mit einem Kürzungsvorschlag zum 20-Milliarden-Militäretat hervorwagten — bereits vorsorglich wissen, daß in den kommenden Jahren wiederum „höhere Kosten unabwendbar" seien. Wen wundert das angesichts des manischen Verlangens Bonner Kreise, das stärkste Militärpotential Westeuropas um jeden Preis möglichst auch noch nuklear auszurüsten (ohne Rücksicht darauf, daß die alsdann ins Gigantische sich aufblähenden Kosten allein schon volkswirtschaftlich schlichten Selbstmord bedeuten würden).

Dabei ist das rein Militärische nur ein Teil — wenn auch der Hauptposten — der ruinösen volkswirtschaftlichen Belastungen, die auf das Konto politisch-wirtschaftlicher Expansionspolitik gehören. Da steht des weiteren mit rund zwei Milliarden DM die als „verteidigungspolitisch wichtig" im Haushalt deklarierte Bundeshilfe für Berlin, das heißt für die „Frontstadt" zu Buche. Da ist die neokolonialistisch orientierte sogenannte Entwicklungshilfe mit einem für das laufende Rechnungsjahr um 100 Prozent (von 865 Millionen auf rund 1,6 Milliarden DM) erhöhten Einzeletat. Inzwischen hat der Finanzminister diese enorme Etatsteigerung um ganze 100 Millionen DM vermindert, was „der Bundesregierung besonders schwergefallen" ist, wie Bundesminister Schmücker in seiner Etatrede am 9. November 1966 betonte (während er auf der anderen Seite ohne erkennbare Gewissensqualen Streichungen, Ausgabenkürzungen und Verbrauchssteuererhöhungen von zusammen weit mehr als 2,5 Milliarden DM zur Defizitdeckung des Bundeshaushalts 1967 vorschlug). Schmückers Argumentation hierzu charakterisiert hinreichend die politische Zwecksetzung: „Man muß sehen, daß ein weiteres Aussteigen aus der Entwicklungshilfe eine politische Selbstbeschränkung darstellt, die bis in die Deutschlandfrage hineinreicht" (Bulletin der Bundesregierung Nr. 144 v. 9. 11. 1966). Dem Bericht der Deutschen Bundesbank (Februar 1966) ist zu entnehmen, daß der Kapitalexport für die (öffentlichen und

privaten) Aufwendungen für die Entwicklungshilfe im Dreijahreszeitraum von 1963 bis 1965 insgesamt rund 8,2 Milliarden DM betrug. Da ist last not least die drückende Milliardenlast rückständiger, laufender und zukünftiger Zahlungsverpflichtungen der Bundesregierung aufgrund der Devisenausgleichsabkommen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien zum Kostenausgleich für die amerikanische und britische Truppenstationierung (wie zu hören ist, will auch Belgien demnächst entsprechende Forderungen in Bonn anmelden). Ob es am Ende um Barleistungen geht oder um die Abnahme zusätzlicher Rüstungsgüter, — in jedem Falle muß hier unser Geld dazu herhalten, fremde Zahlungsbilanzen künstlich zu stützen. Dies gilt in erster Linie für die am Vietnamkrieg schwer krankende US-Zahlungsbilanz. „Dieser Verpflichtung", meint Schmücker in seiner Etatrede, „kann sich die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die gewaltigen finanziellen Aufwendungen, die unsere amerikanischen Freunde für die Verteidigung der Freiheit der westlichen Welt und für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland aufbringen, schon aus moralischen Gründen nicht entziehen" (zitiert aus dem Bulletin Nr. 144 der Bundesregierung). So werden also auf diesem finanziellen Umweg die amerikanischen Napalmbomben auf Nordvietnam ganz offen von Bonn aus westdeutschen Steuergeldern mitfinanziert. Für diesen „moralischen" Kriegszweck und zugleich, um ja keinen NATO-Soldaten an der westdeutschen Frontlinie des Kalten Krieges zu verlieren, scheint Bonn zu jedem Finanzopfer entschlossen zu sein. Was der ohnehin bereits defizitäre Bundeshaushalt für 1967 — trotz rücksichtsloser Kürzungen bei den gesetzlichen Ausgabeverpflichtungen und Sozialausgaben — auch mit Gewalt nicht mehr hergeben kann, das wird, nach den Haushaltsvorschlägen der Bundesregierung, kurzerhand dem erschöpften Kapitalmarkt entnommen. (Die unaufhörlich gepredigte Zurückhaltung der öffentlichen Hand am Kreditmarkt gilt, wie dieses Beispiel demonstriert, demnach im Ernstfall nur für Bundesländer, Städte und Gemeinden, keineswegs dagegen für den schrankenlosen Kreditbedarf des Bundes zur Durchsetzung seiner politischen Ambitionen.)

Nicht zuletzt gehen diese laufenden politischen Zahlungsverpflichtungen fühlbar zu Lasten der Devisenbestände bei der Zentralbank, die durch künstliche Forcierung des devisenbringenden Exports wieder aufgefüllt werden sollen. Wie immer wieder von Regierung und Unternehmerverbänden zu hören ist, liegt alles Heil zukünftiger sparsamer Haushaltspolitik im Abbau der untragbaren Subventionslasten, wobei man auch vor sozialpolitischen Härten nicht zurückschreckt, „um Wirtschaft und Währung zu sichern". Das hindert die Verantwortlichen jedoch nicht, im gleichen Atemzug jene staatlichen Subventionsleistungen sogar noch erheblich zu erhöhen, die der Großwirtschaft mit billigen Krediten zur Erweiterung ihrer Exportoffensive, zu leichteren und höheren Gewinnen und zur weiteren Expansion ihrer Marktmacht im Auslandsgeschäft verhelfen. Die Folgen am Binnenmarkt — Verminderung des Inlandsangebots und inflationistische Preisentwicklung — sind offenbar kaltblütig einkalkulierte Möglichkeiten. Ebenso währungspolitisch bedenklich ist die Politik der „festen Wechselkurse", an der die Bundesregierung vorwiegend zur Stützung des inflationsgeschwächten Dollars festhält. Daß jedoch nach übereinstimmenden sachverständigen Feststellungen die starren Wechselkurse „importierte Inflation" bedeuten, macht in Bonn nicht den geringsten Eindruck. Die Bundesregierung war selbst durch die eindeutigen Warnungen im Gutachten der Wirtschaftssachverständigen nicht zu bewegen, die westdeutsche Währung durch Umstellung auf das System der flexiblen Wechselkurse wenigstens gegen die aus dem Devisenausland eindringenden Inflationswirkungen abzuschirmen. Die Sorge, Amerika

angesichts der „drohenden" Nonproliferation um jeden Preis bei Stimmung zu halten, wird in Bonn sichtlich ernster genommen als die Pflicht, die Stabilität unserer Währung zu schützen.

Die Indizien zur zentralen volkswirtschaftlichen Schuldfrage lassen sich nicht mehr länger wegdiskutieren: Diese hier notwendig beschränkte Aufzeichnung einiger harter Fakten und Daten steht repräsentativ für die weitgreifenden Schadensfolgen einer Wirtschaftspolitik, die vornehmlich in den letzten fünfzehn Jahren im stillschweigenden Handlangerdienst dominierender politisch-wirtschaftlicher Machttendenzen ungestraft Raubbau an den nationalökonomischen Kräften treiben konnte, die den Bundeshaushalt Schritt für Schritt schlechthin zu einem Miliärhaushalt umformte und fortschreitend die Fundamente der Währung unterminierte. Die an sich natürlichen Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft funktionierten unter dem Einfluß der Interessenverfilzung innerhalb der beiderseitigen Führungsspitzen überwiegend einseitig zum Nutzen dieser kooperierenden Mächte. Im Treibhausklima forcierter militärischer Hochrüstung und politischer Entwicklungshilfe, unter dem staatlichen Schutz konzernfreundlicher Steuer-, Subventions- und Exportpolitik blühte der großwirtschaftliche Weizen. Gewinne und Dividenden schossen kräftig ins Kraut; Wirtschaftskonzentration und Preisdiktat deformierten die Marktsituation.

Wechsel ohne Deckung

Scheinbar krisenfest schwamm diese Politik Jahre hindurch auf einer allzu trügerischen Erfolgswoge von Boom zu Boom. Aber heute, seitdem die Welle der Hochkonjunkturen unaufhaltsam zurückzulaufen beginnt, treten die mißachteten Riffe und Untiefen zutage, an denen das Schiff zu kentern droht. Die Zeiten sind vorbei, da die Bundesregierung zur Ausweitung ihrer Hegemonie im politischen und wirtschaftlichen Raum unbegrenzt aus dem Vollen schöpfen konnte. Inzwischen sind die ökonomischen Kraftreserven aufgezehrt, die Milliarden aus dem Finanzsilo des „Juliustums" verwirtschaftet. Für eine exaltierte Großmachtpolitik, die weder politisch noch wirtschaftlich Boden unter den Füßen hat, werden jetzt in Bonn die fälligen Wechsel präsentiert. Aber, es ist nicht mehr zu vertuschen, die Deckung fehlt. Die Haushalte des Bundes, der Länder, Städte und Gemeinden kommen aus den Defiziten und Schulden nicht mehr heraus; sie nehmen vielmehr in der Etatvorausschau immer erdrückendere Dimensionen an. Die Staatswirtschaft treibt — wenn es so weier geht — auf eine Finanzkatastrophe zu. Die Preise klettern weiter, der Kreditmarkt ist trotz hart angezogener Restriktionsbremsen immer noch nicht funktionsfähig; die Schatten der Stagnation und Massenentlassungen ziehen herauf. Der kritische Punkt ist da: Die Wirtschaft der drittgrößten Industrienation der Welt ist überfordert.

Was die Stunde geschlagen hat, weiß niemand besser als die Verantwortlichen in der Bundesregierung, im Zentralbankrat, in Wirtschaft und Hochfinanz. Uneingestanden sind sie sich des drohenden Anwachsens massierter Krisensymptome sehr wohl bewußt. Doch sie weigern sich weiterhin in unfaßbarer Verstocktheit, aus dem selbstverschuldeten wirtschaftspolitischen Dilemma die längst fälligen Konsequenzen zu ziehen und den Konkurs ihrer Politik anzumelden. Sie denken nicht daran, jetzt endlich das Steuer herumzuwerfen und auf realpolitischen Kurs zu gehen. Statt dessen machen sie alle Anstalten, mit der Fiktion einer „Stabilisierungspolitik" vor den drängenden Problemen die „Flucht nach vorn" zu ergreifen. Aber es ist ein schizophrenes Unterfangen, einerseits im

offenen Gegensatz zum sichtbaren Wandel in den internationalen Bedingungen und Entwicklungstendenzen die festgefahrene, wirtschaftlich wie politisch überholte „großdeutsche" Expansionspolitik fortzusetzen, zugleich aber andererseits die Instabilitäten in Währung und Wirtschaft überwinden und nicht zuletzt einen führenden Platz in einer verschärften weltweiten Konkurrenz behaupten zu wollen, in der es um den wirtschaftlichen, technischen, geistigen und gesellschaftlichen Fortschritt geht. Die Stabilisierungspolitiker bereiten sich in ihrer Ausweglosigkeit auf den vermessenen Versuch vor, diese „Quadratur des Kreises" mit der Brachialgewalt einer neuen Wirtschaftspolitik lösen zu wollen, die sich mit radikalen Verfassungsänderungen offenbar den Weg zu neuen Finanzquellen brechen soll. Der rechtliche und materielle Inhalt der geplanten „Stabilisierungsgesetze" läßt für den, der zu lesen versteht, keine Zweifel daran, was in Wahrheit stabilisiert werden soll.

Erster Schritt: Verfassungsverstümmelung

Wer sich in den 22 Paragraphen des „Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität" — im Junktim verbunden mit einem „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes" — umsieht, wer vollends die weitreichenden Möglichkeiten bedenkt, die der staatlichen Zentralgewalt im Vollzug einer Fülle von Ermächtigungen und neuen gesetzlichen Maßnahmen ausgeliefert werden sollen, braucht sich dabei nur noch der unzweideutigen programmatischen Äußerungen der Offiziellen in Politik und Wirtschaft zu entsinnen, um endgültig zu wissen, wohin die Reise geht. Die erste ernüchternde Aufklärung über die Reiseroute verschafft die Frage, die ihrer vitalen Bedeutung wegen an die Spitze jeder sachkritischen Erörterung des Gesetzesinhalts gehört: die Frage nach der verfassungsrechtlichen Tragweite der geplanten Ermächtigungen der Exekutive im Sektor der öffentlichen Finanz- und Haushaltswirtschaft. „Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig"; in diametralem Widerspruch zu diesem in Artikel 109 GG formulierten fundamentalen Grundprinzip der bundesstaatlichen Ordnung unserer parlamentarischen Demokratie sieht die entsprechende „Änderung des Grundgesetzes" die faktische Unterwerfung der Bundesländer (und im weiteren auch der Gemeinden und Gemeindeverbände) in ihrer Finanz-, Haushalts- und Kreditwirtschaft unter die Zentralgewalt der Bundesregierung vor. Mit dieser umwälzenden Verfassungsänderung wird ein spezifisch dirigistisches Eingriffsrecht für die Bundesregierung in den bislang ausdrücklich grundgesetzlich geschützten Raum lebenswichtiger Hoheitsrechte der Gebietskörperschaften statuiert. Im Effekt werden damit zugleich den Bundes- und den Länderparlamenten bis herunter zu den kommunalen Volksvertretungen in Stadt und Land legitime Entscheidungsrechte und Kontrollbefugnisse zur Wahrung des öffentlichen Wohls partiell entzogen.

In welchem materiellen Ausmaß die Bundesregierung in Zukunft von dieser exzessiven Machtausweitung Gebrauch zu machen vermag und nach Vorstellung der Gesetzesinitiatoren auch machen soll, ist schon daraus ersichtlich, daß die einschlägigen Bestimmungen in den §§ 1 bis 18 (des Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität) den weitaus größten Raum des Gesetzentwurfs beanspruchen. Unter der prinzipiellen Verpflichtung von Bund und Ländern auf die rein deklamatorische Formel des zum Quadrat ausgebauten „magischen Dreiecks" — „Wahrung des Geldwertes bei hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und angemessenem Wirtschaftswachstum" (§ 1) — beherrscht der Bund praktisch über die Finanzhoheit der Länder und die Selbst-

verwaltungsautonomie der Gemeinden hinweg die gesamtstaatliche Finanzmasse und ihre Verwendung auf allen politischen Ebenen der Bundesrepublik (gemäß §§ 2, 10 und 11).

Der Bund kann unter dem handlichen Vorwand „währungs- und konjunkturpolitischer Notwendigkeit" weitgehend verbindliche Direktiven für alle öffentlichen Haushalte geben, was ihn praktisch befähigt — ohne Rücksicht auf bestehende Ausgabenverpflichtungen oder vordringliche öffentliche Belange — nicht allein den Bundeshaushalt willkürlich umzuplanen, sondern darüber hinaus auch in die Haushaltsgestaltung der Länder, Städte und Gemeinden einzugreifen, das Etatvolumen jeweils nach Gutdünken auszudehnen oder einzuengen und dem Vollzug ordnungsgemäßer parlamentarischer Ausgabenbeschlüsse in den Weg zu treten. Der Bund vermag ferner im Rahmen der vorgesehenen „mehrjährigen Finanzplanung" (§§ 5 ff.) die gesamte öffentliche Ausgabenwirtschaft unter dem Motiv der „Anpassung an das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen" nach ausschließlich zentralistischen Prioritätswünschen zu dirigieren. Der sogenannten „Konjunkturausgleichsrücklage" (§ 4) sind die durch Zwangseingriff seitens der Bundesregierung jeweils „eingesparten" öffentlichen Haushaltsmittel zuzuführen; über deren Verwendung verfügt (nach § 4 Abs. 2) allein die Bundesregierung. Schließlich bestimmt der Bund nach den Vorschriften über die Kreditlimitierung der öffentlichen Hände (§§ 13 bis 18) auch über Rahmen, Art und Umfang der Mittelbeschaffung der Länder und Kommunen am Kapitalmarkt.

Brüningschen Zwangsgesetzen nachempfunden

Die unverhüllte Tendenz zur zentralen Verwaltungswirtschaft unter dem dirigistischen Zepter des Bundes springt hier ins Auge. Sie nimmt besonders krasse Form in der vorgesehenen kreditpolitischen Bevormundung der Gebietskörperschaften an, womit zugleich auch den regionalen und kommunalen Parlamenten die pflichtgemäße Haushaltsgestaltung und Ausgabenkontrolle de facto entzogen und der Bonner Zentralgewalt unterworfen ist. (Die „Zustimmung des Bundesrates" ist erst in der „verbesserten" zweiten Fassung des Regierungsentwurfs eingeplant.) Ob, wann und inwieweit jedoch die formalrechtliche Situation gegeben ist, in der ein antizyklisches Eingreifen des Bundes in die öffentliche Haushaltswirtschaft wegen „Gefährdung des währungs- und gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" nach dem Gesetz geboten sein soll, das liegt faktisch im Ermessensspielraum der Bundesregierung, die damit zum Schiedsrichter in eigener Sache bestellt ist. Die Bindung an die Zustimmung des Bundesrates ist dabei kaum mehr als eine „demokratische" Verzierung. Jedenfalls geben Äußerungen wie die des Ministerpräsidenten Goppel in der Bundesratsdebatte zu den Stabilisierungsgesetzen Anlaß zu berechtigten Bedenken: „Hier sind wir Bundesorgan ... Hier machen wir ein Bundesgesetz, und wir stimmen zu." Mißverstandene „Bundestreue", wie Goppel sie hier vor dem Thron der Regierungspartei schwor, dürfte kaum die Gewähr dafür bieten, daß die föderativen Rechte im Ernstfall vor dem zentralistischen Zugriff des Bundes gebührenden Schutz im Bundesrat finden werden. Mit der Finanzhoheit der Länder steht aber ein wichtiges Element des föderalistischen Staatsaufbaus, den das Grundgesetz gesichert wissen will, auf dem Spiel. „Der Kerngedanke dieses Gesetzentwurfes" ist in der lapidaren Formulierung des Bundeswirtschafts- und zur Zeit amtierenden Bundesfinanzministers Schmücker die unzweideutige Absicht des Bundes, „an die Quellen der öffentlichen und der privaten Nachfrage heranzugehen" (Bericht über die Bundesratssitzung vom 5. 8. 1966). Hier ist es offen ausgesprochen: Der

Bund will über den zentralistisch-autoritären Steuerungsmechanismus der Stabilisierungsgesetze ein Maximum der bundesstaatlichen Finanzmasse — und damit indirekt einen Teil des privaten Verbrauchs — unter die eigene Regie bringen, um sie nach Bedarf auf die Mühlen der Bonner Politik umzuleiten. Der Kautschukbegriff der „währungs- und konjunkturpolitischen Gefährdung" macht es dem Bund leicht, beispielsweise zur Finanzierung dringlicher Sozialinvestitionen eingeplante Mittel in Land und Stadt stillzulegen und auf dem Umweg über die Konjunkturausgleichsrücklage für politisch „vorrangige" Bundeszwecke abzuzweigen. Das mag ein bequemes Mittel sein (und es ist im Instrumentarium der Stabilisierungsgesetze nicht das einzige), um die ständigen Löcher in den Bundesfinanzen hier und da notdürftig zu flicken. Aber es geht in jedem Falle auf Kosten der produktiven öffentlichen Aufgaben, die in ihrem Schwergewicht von den Ländern und Städten zu erfüllen sind. Was aber allein verfassungsrechtlich von diesem Gesetzgebungskonzept zu halten ist, drückte der Hamburger Professor Weichmann noch gelinde aus, indem er vor dem Bundesrat in herber geschichtlicher Reminiszenz dazu bemerkte: „Es ist faktisch ein Epigone des Artikels 48 der Weimarer Verfassung und legitimer Anlaß zu der Frage, ob auch der Zweck die Mittel heiligt . . ." Deutlicher wurde Weichmann in seiner Regierungserklärung vor der Hamburger Bürgerschaft, in der er das Gesetzeswerk mit der klaren Begründung ablehnte, das sei die „Institution der reinen Kanzlerdiktatur", ohne Kontrolle durch Bundesrat und Bundesparlament, unter Ausschaltung auch der Länderparlamente. Damit werde der „Notstand des Wohlstands" ausgerufen, und diese „Notstandsgesetzgebung im Wege reiner Kanzlerentschlüsse" stelle konstitutionell wie materiell sogar die Brüningsche Notverordnungspolitik in den Schatten (FAZ vom 16. 6. 1966).

Diese Feststellung des gewiß nicht zur Panikmache neigenden Hamburger Senatspräsidenten trifft den Nagel auf den Kopf. Die Zwangsgesetze der Brüningschen Notverordnungswirtschaft, die Weichmann in den vorliegenden Gesetzen in ihrer Tragweite noch übertroffen sieht, leiteten mit dem Abbau wichtiger Verfassungsfunktionen als unmittelbare Vorstufe zum totalitären Staat Hitlers die dunkelste Epoche deutscher Geschichte ein. Es war die Zeit, als zum Entsetzen der ganzen zivilisierten Welt den Herrschenden in Deutschland wahrlich jedes Mittel heilig war, um ihrem schrankenlosen Machtbedürfnis brutal Geltung zu verschaffen. Die Klugheit gebrannter Kinder rät darum, wachsam zu sein, wenn solche Erinnerungen geweckt werden. Dies umso mehr, als Bonn von vornherein kaum verheimlicht hat, daß die wahre Pointe der Stabilisierungsgesetzgebung keineswegs das ist, was sich schlichter Bürgerverstand nach dieser Bezeichnung davon versprechen mag: nämlich die zügige Wiederherstellung und solide Absicherung der Geld- und Wirtschaftsstabilität.

„Strukturveränderungen" der inneren Politik

In seinen Grundsatzausführungen zur geplanten Reform der Haushaltspolitik definierte Ludwig Erhard vor dem Bundestag wörtlich, was die Stabilisierungsplaner letzten Endes wirklich im Sinn haben: „Wenn wir diese Reform vollziehen, stecken wir die Ziele viel weiter: wir tun einen Schritt hin zu einer Strukturänderung unserer inneren Politik" (Protokoll der Bundestagssitzung vom 3. März 1966). In der Tat, weitab vom öffentlichen Dringlichkeitsanliegen einer umfassenden Sanierung der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes zielt die geplante Strukturänderung unserer inneren Politik vielmehr offenkundig darauf ab, im finanz- und haushaltspolitischen Staatssektor die unbequeme Eigen-

ständigkeit der Länder (und Kommunen) ohne allzuviel Aufsehen in ein „modernes föderatives Verfassungssystem" (Ludwig Erhard) einzuebnen. „Kooperativer Föderalismus" heißt dieser Zentralismus neuen Stils in der maßgeschneiderten Terminologie der politischen Meinungsbildner in Bonn. (Ludwig Erhard: „Man merke sich diese Begriffsbildung, denn sie wird nicht mehr untergehen.") Aber man sollte sich von nebulosen Wortneuschöpfungen nicht düpieren lassen, die dazu angetan sind, dem faktischen Verstoß gegen tragende Prinzipien unserer Verfassung das fadenscheinige Mäntelchen einer neuen Ideologie umzuhängen. Es kann nicht genug davor gewarnt werden, unter dem Vorwand des „wirtschaftlichen Gemeinwohls" den Kern der föderalistischen Staatsidee langsam aufweichen zu lassen. In der verfassungsmäßig sanktionierten Dezentralisation der Staatsmacht und deren Aufteilung auf eine Mehrheit von Entscheidungsträgern kommt der bewußte Wille der Schöpfer des Grundgesetzes zum Ausdruck, belehrt durch die Erfahrungen einer autoritären Vergangenheit jeder erneuten zentralistischen Machtballung im Staat vorzubeugen sowie die Freiheit des Staatsbürgers und die Wahrung seiner Lebensinteressen im regionalen und kommunalen Bereich grundgesetzlich gegen zentralstaatliche Willkür abzusichern. Jeder Versuch zur Einschränkung dieses demokratischen Freiheitsraumes muß demnach als Versuch zur staatspolitischen Restauration autoritärer Machtverhältnisse, das heißt als offener Verfassungsverrat aufgefaßt werden und Vollalarm auslösen.

Nicht minder von Herzen verhaßt wie der gewaltenteilende Föderalismus ist den engagierten Rufern nach einer stärkeren Autorität der Bundesgewalt offensichtlich auch die demokratische Institution des Parlamentarismus, die gleichfalls unter die Planierungsraupe der Stabilisierungsgesetze zu geraten droht. Es sei hier nur an die haushaltspolitische Ermächtigung der Bundesregierung erinnert, beispielsweise die Verfügung über bestimmte Ausgabenmittel oder die Übernahme von Haushaltsverpflichtungen für kommende Rechnungsjahre von der Einwilligung des Bundesfinanzministers abhängig zu machen, das Recht der Bundesregierung, über die in der Konjunkturausgleichsrücklage angesammelten öffentlichen Mittel nach Ermessen zu verfügen und schließlich die Sonderermächtigung des Bundesfinanzministers, über die im Haushaltsgesetz erteilten Ermächtigungen hinaus Kredite bis zu 5 Milliarden DM aufzunehmen. Die mit diesen Ermächtigungsrechten praktizierte Ausschaltung der verfassungsrechtlichen Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse der Parlamente bedeutet fallweise die Entmündigung und läuft schließlich auf die Liquidation des Parlamentarismus überhaupt hinaus.

Im Vollzug einer zentral gesteuerten „mehrjährigen Finanz- und Haushaltsplanung" laufen die demokratischen Volksvertretungsorgane aller drei politischen Ebenen unter diesen Aspekten Gefahr, zu willenlosen Erfüllungsgehilfen der jeweiligen Regierungsmacht in Bonn und ihres jeweiligen politischen Konzepts degradiert zu werden. So präzisierte Ludwig Erhard in seiner vorerwähnten Bundestagsrede wohl hinreichend deutlich: „Die Notwendigkeit, einen mehrjährigen Finanzplan verbindlich zu beschließen, wird ... das Parlament mehr als bisher in den Stand setzen, die höheren und umfassenderen Ziele der Politik zu debattieren und die Fragestellungen der Fachausschüsse noch mehr als bisher den politischen Gesamtzielen zu- oder auch unterzuordnen." Diese Tendenzen — das sollte man über allem vordergründigen Koalitionsgezänk keinen Moment aus dem Auge lassen — liegen offensichtlich auf der Ziellinie jenes nach wie vor gültigen innenpolitischen Programms zur „Reform der Demokratie", das Ludwig Erhard

als Schritt zur „Formierten Gesellschaft" feierte (bevor man ihn, nicht jedoch dieses Programm, in die Wüste schickte).

Sinnvolle Kooperation der gesellschaftlichen Kräfte aller bundesstaatlichen Ebenen auf der Basis einer dem wohlverstandenen Gemeinwohl dienenden Realpolitik, das wäre einem modernen Industriestaat angemessen. Das wäre unstreitig eine gute Sache. Freilich bedürfte es dazu wohl einer breiteren demokratischen Grundlage, also alles anderen als einer geradezu umstürzenden Änderung unserer Verfassung. Die Erzväter des „kooperativen Föderalismus", die hingegen auf der „Reform" der Demokratie so penetrant bestehen, schielen jedoch zu offensichtlich auf die Kassen der Bundesländer, der Städte und Gemeinden (und außerdem, wie der notenbankpolitische Teil des Gesetzentwurfs noch zeigen wird, auf die der Rentenversicherungen); sie mögen darin bereits die zukünftigen stillen Finanzreserven zur Unkostendeckung für die militär- und außenpolitische Machtpolitik sehen. Versicherte doch kein geringerer als Bundestagspräsident (und zeitweiliger Kanzlerkandidat) Dr. Gerstenmaier auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie: „Ganz allgemein gehört zu einer attraktiven und beweglichen Außenpolitik die Möglichkeit, notfalls auf disponible finanzielle Mittel in einem Umfang zurückgreifen zu können, der uns nicht mehr gegeben ist." Gewiß, der Juliusturm ist leer, und Hochkonjunkturen sind vorbei. Und die Kosten für eine auf Nuklearwaffen erpichte Rüstungspolitik, dazu Entwicklungs-, Vietnam- und Berlinhilfe, Devisenausgleichszahlungen, Notstandsplanung — alles das wächst weiter in die ungezählten Milliarden. Herr Gerstenmaier und seine politischen Freunde täuschen zwar sich selbst und die deutsche Öffentlichkeit, wenn sie diese Politik immer noch für „attraktiv" halten; aber daß sie „Geld, viel Geld kostet", wie Gerstenmaier überflüssigerweise betonte, ist um so sicherer.

Öffentliche Finanzen am Rande des Ruins

Wen könnte es darum noch überraschen, daß man in Bonn mit hektischer Ungeduld weiter auf Verabschiedung der Stabilisierungsgesetze drängt, deren finanz- und haushaltspolitischer Teil das „Sesam-öffne-Dich" zur Erschließung neuer Finanzquellen bedeutet. Peinlich genug ist das trübe Schauspiel auf der Bonner Bühne, wo man Monate lang einen sinnlosen Eiertanz um das unlösbare Problem aufführt, einen Bundeshaushalt künstlich ins Gleichgewicht zu bringen, der — wie viele seiner Vorgänger — durch ursächlich politisches Versagen hoffnungslos kopflastig geworden ist. Die Krisen jagen sich: Kanzlerkrise, Koalitionskrise, Regierungskrise. Doch das ist spektakulärer Vordergrund. Ludwig Erhard mußte gehen. Aber die Politik, die seinen Namen trug (oder in seinem Namen gemacht wurde), blieb. Und mit ihr bleibt die Misere der Bundesfinanzen, die Gefahr einer kommenden Finanzkatastrophe. Der Bundeshaushalt für 1967, dessen Volumen noch im August dieses Jahres vom Kabinett auf 73,9 Milliarden DM „begrenzt" worden war, wurde schon zwei Monate später auf nunmehr 75,28 Milliarden erhöht. Die haushaltspolitischen Auspizien für die Rechnungsjahre bis 1970 sind denkbar finster: Finanzierungslücken von durchschnittlich 6 Milliarden DM im Jahr.

Während das Dilemma der erschöpften Bundesfinanzen viel Bonner Staub aufwirbelt und die wirtschaftspolitische Pleite immer deutlicher wird, liegt indessen das Konzept einer vorgeblichen Stabilisierungspolitik auf dem Tisch, vorerst ein umstrittener Entwurf. Noch sind jene gesetzlichen Handhaben,

die es dem Bund leicht machen, in die Kassen der Gebietskörperschaften (und Rentenversicherungen) zu fassen, die Mittel der „Konjunkturausgleichsrücklage" anzugreifen und bis zu fünf Milliarden DM zusätzlicher Kredite aufzunehmen, nichts als ein Plan auf dem Reißbrett unserer politischen Zukunft. Und noch verhüten letzte verfassungsrechtliche Sperren den möglichen weiteren Zugriff auf jene „disponiblen finanziellen Mittel", die nach Gerstenmaiers offenen Worten der kostspieligen Bonner Politik fehlen, um sie im bisherigen Stil fortzusetzen. Aber es bedarf keiner ausschweifenden Phantasie, sich vorzustellen, welchen Gebrauch von diesen vorgesehenen Ermächtigungen eine Bundesregierung notfalls zu machen imstande wäre, um der drängenden eigenen Finanzprobleme — auf Kosten der zu „kooperativem Föderalismus" und neuem „Gemeinsinn" Zwangsverpflichteten — Herr zu werden und in Zukunft weiterhin aus dem Vollen zu wirtschaften.

Die Gretchenfrage der Haushaltspolitik

Recht instruktives Anschauungsmaterial liefert dazu jedenfalls der wochenlange Streit der Parteien und Gruppenmeinungen um die unaufschiebbare Beantwortung der finanzpolitischen Gretchenfrage, wie die klaffende Finanzlücke im Bundeshaushalt 1967 (möglichst beispielgebend auch für die Zukunft!) geschlossen werden soll. Wenngleich die Diskussion bei Abschluß dieser Arbeit noch im Fluß ist, so haben sich doch längst eindeutig richtungbestimmende Tendenzen herausgebildet, die erkennen lassen, welche Interessen den haushaltspolitischen Ton angeben und — nach dem Stand der Dinge — im Schußbild der einzelnen Etatsummen auch Schicksal und Charakter des nächsten Bundeshaushalts maßgebend gestalten dürften. Die im Vordergrund der Debatte stehenden und durch die Regierungsvorlage des Finanzplanungsgesetzes sowie des Steueränderungsgesetzes 1966 noch erheblich verschärften Vorschläge der Bundesregierung zur Verminderung der Staatsausgaben und andererseits zur Einnahmensteigerung stellen eher einen Katalog betrüblicher „Mutproben" zur Bonner Politik der unpopulären Maßnahmen dar als ein ernstzunehmendes Zeugnis volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch verantwortungsbewußter Finanzpolitik. Bezeichnend ist, in welchen Bereichen der Rotstift der Sparkommissare teils durch Kürzungen, teils durch Streichungen vornehmlich aufgeräumt hat: In der Hauptsache ist es die öffentliche Sparförderung, der Soziale Wohnungsbau, die Ausbildungsbeihilfe, die sogenannte „Kilometer-Pauschale", die Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung. Dazu zählen auch die im Finanzplanungsgesetz vorgesehenen Einsparungsmaßnahmen bei den Personalausgaben des Bundes, die sich gegen die Ruhestandsbeamten des einfachen und mittleren Dienstes beziehungsweise ihre Hinterbliebenen — insgesamt rund eine Millionen sind betroffen — richtet. Berücksichtigt man dazu, daß dieser Personenkreis dabei Renteneinbußen bis zu 250 DM monatlich erleiden würde, auf der anderen Seite aber lediglich eine Einsparung von 7,5 Millionen DM im Ausgabenetat für 1967 erzielt wird, so bleibt für das in dieser Härte praktizierte Motto „Kleinvieh macht auch Mist!" kein Verständnis mehr übrig. Nicht minder fragwürdig ist die Orientierung auf die zur zusätzlichen Einnahmevermehrung ins Auge gefaßten Steuererhöhungen (neben der Aufhebung oder Einschränkung bisher gewährter steuerlicher Erleichterungen). Da sind in erster Linie die Erhöhungen auf dem Gebiet der Verbrauchssteuern zu nennen, die den Konsum von Tabak, Branntwein und Mineralöl verteuern sollen. Wenn man außerdem von einer Heraufsetzung des Umsatzsteuersatzes von vier auf 4,25 Prozent für solche Betriebe spricht, die mehr als 15 Millionen DM Jahresumsatz machen, so ist man fast versucht, an einen ungewöhnlichen

Fall wirklich angewandten Prinzips steuerlicher Gleichbehandlung zu glauben, der auch „die Großen" nicht vergißt. Aber diese Illusion zerplatzt sofort an der rauhen Wirklichkeit der Praxis, wonach gerade die großen Unternehmen leichter als alle anderen Steuermehrbelastungen dieser Art im Preis weiterwälzen können. Wiederum sind es auch hier die Verbraucher, die als letzte in der Reihe die Hunde beißen. Selbst von der fälschlich angenommenen „konzentrationshemmenden" Wirkung dieser „Großbetriebssteuer" kann de facto keine Rede sein. Besser als Wirtschaftsminister Schmücker scheint sich jedenfalls die „Frankfurter Allgemeine" in den Gepflogenheiten der Konzernwirtschaft auszukennen, wenn sie in einem Artikel von Klaus-Peter Krause („Progression bei der Umsatzsteuer") gegen den angeblichen „Anti-Konzentrationseffekt" sachlich zutreffend argumentierte: „Denn solange der Innenumsatz mehrstufiger Unternehmen unbesteuert bleibt, muß jede Umsatzsteuererhöhung (vor allem, wenn sie die ‚Großen' trifft) zu weiterer Ausschaltung und Zusammenfassung von Wirtschaftsstufen geradezu herausfordern." Anstelle einer angemessenen Heranziehung der Großbetriebe zur Überwindung des staatlichen Finanznotstandes fiel der Bundesregierung tatsächlich also nichts Besseres ein als ein zusätzliches steuerpolitisches Stimulans zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses.

Auf der ganzen Linie ist diese Methode Bonner Spar- und Steuerpolitik nackter Hohn auf das allgemeine Anliegen einer realen Währungs- und Wirtschaftsstabilisierung. Der einzig sichere Effekt der geplanten Haushaltsmaßnahmen, mit denen die vorhandene „Deckungslücke" finanziert werden soll, ist die Tatsache, daß das Volumen der privaten Spareinlagen — ein unentbehrliches Finanzpolster der Kreditinstitute — spürbar einschrumpfen und einmal mehr die Geldmarkmisere verschlimmern muß; daß sich demzufolge der bisherige freiwillige Konsumverzicht des nunmehr vergrämten Sparers prompt in zusätzlichen Verbrauch verwandeln wird, und daß ferner die Steuererhöhungen auf Verbrauch und Umsatz (der Großbetriebe) über die Preise weitere Inflationsstöße erwarten lassen.

Die Politik der sozialen Härten

In der gleichen Stunde, da der amtierende Finanzminister Schmücker in der Etatrede vom 8. November 1966 dem Bundestag die Deckungsvorschläge zum Bundeshaushalt 1967 mit den Worten vorlegte: „So sehr also ein harter Kurs nötig ist, so wenig darf er zu Lasten nur e i n e r oder weniger Gruppen unseres Volkes gehen" (Bulletin der Bundesregierung Nr. 144 v. 9. 11. 1966), wurde dieser Satz an der haushaltspolitischen Wirklichkeit zur hohlen Phrase. Diese Härte, mit denen Bonn heute den finanziellen und wirtschaftlichen Folgen einer hoffnungslos verkorxten Politik zu begegnen versucht, trifft mit ihrer vollen Breitseite hauptsächlich die unteren und mittleren Einkommensschichten. Während der Staat den schwächsten Gliedern der Wirtschaftsgesellschaft die Masse der ökonomischen Lasten aufbürdet, ziehen andererseits die finanzstarken Großunternehmen aus den steuerpolitischen Maßnahmen sogar noch ihren Nutzen zum Ausbau der konzernwirtschaftlichen Marktmacht. „Nicht Nachgiebigkeit gegenüber allen noch so berechtigten Forderungen . . ., sondern Härte und Prioritätsentscheidungen", wie Schmücker in der oben bereits zitierten Etatrede die „Devise einer guten Politik" erläuterte, ist die offensichtliche Grundeinstellung der Bundesregierung zur sozialpolitischen Seite der staatlichen Finanzwirtschaft. Darin geht sie jedoch nach Ansicht der interessierten Industriellenkreise noch längst nicht weit genug; sie versäumen daher nicht, Bonn im passenden Augenblick den

nötigen Feuerschutz zu leisten. So hieß es mit vernehmlich aufmunternder Kritik im „Industriekurier" (vom 10. November 1966): „Zwar gab Schmücker in seiner Haushaltsrede mit mutig klingenden Worten dem Parlament zu erwägen anheim, sobald wie möglich alle ausgabewirksamen Gesetze unter den gesetzlichen Generalvorbehalt der haushaltsmäßigen Möglichkeiten zu stellen; zwar betonte er weiter die Notwendigkeit eines harten Kurses, der es nicht gestatte, den Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik auf die Dauer als finanzpolitisch tabu anzusehen; bei allem, was er sagte, schimmerte jedoch die Sorge durch, wirtschaftlich und politisch Porzellan zerschlagen zu können, wenn der Rotstift mit der eigentlich notwendigen rücksichtslosen (!) Entschiedenheit gebraucht werde." Geradezu provozierend deutlich wird dieses Sprachrohr der Wirtschaft, indem wenige Zeilen weiter gewissermaßen als verderbliche Schwäche angeprangert wird, daß eine Regierung „im Urteil der Massen nichts riskieren kann und mit dem Blick auf Koalitionsverhandlungen und Wahlen es für nötig halten muß, sich gegen Schlagworte wie ‚soziale Demontage' und ‚Stabilisierung zu Lasten des kleinen Mannes' vor dem Forum des Bundestages zu verteidigen." Wie recht hatte Schmücker doch, als er dem Parlament so treuherzig versicherte, die Bundesregierung erwarte zu ihren haushaltspolitischen Lösungsvorschlägen „keineswegs freudige Zustimmung". Nicht einmal die Großen der Wirtschaft, die weiterhin ungestört ihre Steuerprivilegien genießen und die ungekürzten, ja teilweise noch beträchtlich erhöhten staatlichen Subventionen (Exportförderung, Strukturhilfen, Stillegungsprämien usf.) kassieren, also nicht einmal die Nutznießer dieser Haushaltspolitik wissen ihr dafür Dank. Umso schärfer muß demgegenüber aber eine solche Haushaltspolitik von jedem abgelehnt werden, der sie an den objektiven Maßstäben der gesamtwirtschaftlichen Interessen mißt und zu seiner Enttäuschung erkennen muß, daß sie — schonend ausgedrückt — weder konjunkturkonform noch sozialgerecht genannt zu werden verdient.

Die Bundeshaushaltsprobleme von heute wurden damit zum Testfall und Lehrbeispiel für die Stabilisierungspolitik von morgen. Das Ergebnis dieser Vorübungen auf die geplante neue Finanz- und Wirtschaftspolitik sollte Warnung genug sein, es nicht erst auf die verfassungsrechtliche Verwirklichung dieser Gesetzentwürfe ankommen zu lassen. Daß es jedoch den „Stabilisierungspolitikern" damit umso mehr pressiert, je fataler die Finanzsituation der Bundesregierung wird und je mehr sich Vertrauensschwund und Staatsverdrossenheit im Lande ausbreiten, ist freilich begreiflich. Würde doch die Bonner Exekutive mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erst in diesem Ausmaß in den Brennpunkt finanz- und wirtschaftspolitischer Verlegenheiten geraten sein, wäre sie bereits früher in der Lage gewesen, unter Anwendung der vielseitigen gesetzlichen Ermächtigungen die riesige Last der selbstverschuldeten Finanzprobleme in gewünschter Weise überwiegend auf die Gebietskörperschaften abzuwälzen. Von gleicher Ungeduld erfüllt, zitiert der „Industriekurier" vom 19. November 1966 nach einem IK-Gespräch den prominenten Bankier Dr. Hans Christoph Freiherr von Tucher: „Mehrere Jahre zu spät ist das Stabilisierungsgesetz auf die politische Tagesordnung in Bonn gesetzt worden." Tucher, den das Blatt als Repräsentanten eines im Industriegebiet stark engagierten Instituts herausstellt, sieht in dem Sabilisierungsgesetz allem voran die Möglichkeiten, die Ansprüche der öffentlichen Hand zu steuern."

Und kein Geld für Gemeinschaftsaufgaben

Wohin es aber führen wird, wenn Bonn mit dem vorgesehenen Instrumentarium zur „Steuerung" der öffentlichen Haushalte (mittelfristige Finanzplanung, Aus-

gabenbegrenzung, Konjunkturausgleichsrücklage und Kreditlimitierung) die eigenen Probleme auf Kosten der Länder und Kommunen löst, darüber machen sich offenbar die Verantwortlichen in Regierung und Wirtschaft keinerlei Gedanken. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern über den Finanzbedarf der Länderhaushalte in den kommenden Jahren ließ der nordrhein-westfälische Finanzminister Pütz im Namen der Länderfinanzminister erklären, es würde sich verhängnisvoll auswirken, wenn man entsprechend der Auffassung des Bundesfinanzministers Einsparungen vorwiegend auf Kosten der Länder und Gemeinden erzielen wolle. Hierbei ist zu bedenken, daß die Gebietskörperschaften im Vergleich zur Zentralregierung die weitaus größere finanzielle Last und Verantwortung für das Verkehrs-, Schul- und Bildungswesen, im Gesundheitswesen und in der Wohnungsbauförderung zu tragen haben: An der Gesamtlast der Sozialinvestitionen ist der Bund nur zu einem Sechstel beteiligt, während auf die Länder rund ein Drittel, auf Städte und Gemeinden sogar nahezu 50 Prozent entfallen. Schon oft hat es in der Vergangenheit um die Verteilung der Aufgaben und Lasten ebenso wie um das Beteiligungsverhältnis am Gesamtaufkommen der Steuern zwischen Bund und Ländern böses Blut gegeben, weil der Bund die Gewichte zwischen den Ausgabenverpflichtungen und Einnahmeanteilen mehr und mehr zum Nachteil der unteren politischen Ebenen verschob. Dieser Einstellung entspricht denn auch die heutige Haltung der Bundesregierung in dem zur Zeit wieder aktuell gewordenen Steuerstreit. Ungeachtet der nicht mehr zu leugnenden, durch Aufgabenvermehrung, Einkommensminderung, Inflation und Restriktionspolitik bedingten Haushaltsschwierigkeiten der Länder besteht der Bundesfinanzminister nach wie vor auf Weitergeltung des Beteiligungsverhältnisses von 39 zu 61 Prozent. Der Bundesrat, der dem entgegen die Auffassung vertritt, daß ab 1. Januar 1966 das zuvor geltende Verhältnis von 35 zu 65 Prozent automatisch wieder in Kraft zu treten habe, machte gegen das von der Bundesregierung vorgelegte „zweite Beteiligungsgesetz" in der Bundesratsdebatte nachdrücklich geltend, daß bei einem Bundesanteil von 39 Prozent eine Deckungslücke in Höhe von 8,7 Milliarden DM bei Ländern und Gemeinden entstehe, eine Summe, die ein Vielfaches des im Bundeshaushalt ungedeckten Betrages ausmache.

Unter der Devise, der Bundeshaushalt müsse im Interesse der Währungs- und Wirtschaftsstabilisierung ins Gleichgewicht gebracht werden, ist die Bundesregierung auf dem besten Wege, sich zum Schaden der Länder und Gemeinden zu bereichern. Am härtesten sind dabei die Kommunen, insbesondere die im gegenwärtigen System des Finanzausgleichs benachteiligten großen und mittleren Städte von dieser Finanzpolitik betroffen. In der im November 1966 veröffentlichten Entschließung des Deutschen Städtetages wird darauf hingewiesen, daß sich die kommunalen Finanzen in der „ernstesten Krise seit Kriegsende" befinden. Damit sah sich der Städtetag nach seiner ersten alarmierenden Denkschrift im Januar dieses Jahres nun zum zweiten Mal genötigt, an die Öffentlichkeit zu treten, weil, wie ein Vertreter dieser Institution in einem Fernsehinterview erklärte, die Lage sich inzwischen noch erheblich verschärft habe. Diese Warnung sollte der Öffentlichkeit die Augen öffnen über den Weg, den die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung schon seit Jahren geht, und den sie in Zukunft überdies noch mit den Ermächtigungsgesetzen ihrer sogenannten Stabilisierungspolitik zu pflastern gedenkt. Von der ausreichenden Finanzkraft nicht allein der Länder, sondern unmittelbar auch der Städte hängt die Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung und für den Bestand einer modernen Industriegesellschaft ab, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen ist.

Mit vollem Recht weisen die Sprecher der Städte darauf hin, daß nicht zuletzt auch die Wirtschaft es zu spüren bekommen wird, wenn den Kommunen der Finanzhahn weiter zugedreht wird, so daß sie nicht mehr imstande sind, die wichtigsten Infrastrukturen zu leisten. Schon jetzt mahnen in vielen Städten die „Stabilisierungsruinen" begonnener und kurzfristig eingestellter öffentlicher Bauprojekte. Die erzwungenen Sparmaßnahmen der Länder zur Einschränkung des Förderungsvolumens für den öffentlichen Wohnungsbau wirken sich bereits so drastisch aus, daß nach Ansicht des Städteinstituts, Bonn, im kommenden Jahr voraussichtlich nur noch etwa 100 000 Sozialwohnungen (gegenüber 260 298 im Jahre 1964) gebaut werden.

Jährlich 10 Milliarden für Notstandsplanung

Während demnach die Länder, und möglicherweise in noch gesteigertem Grade die Städte, jetzt schon nicht mehr die Erfüllung ihrer öffentlichen und gemeinschaftswichtigen Aufgaben aus eigener Finanzkraft gewährleisten können, kommen mit dem zukünftigen Kostenaufwand aus der Notstandsgesetzgebung noch weitere unabsehbare Belastungen politischer Natur auf die öffentlichen Haushalte zu. Zur Frage der volkswirtschaftlichen Gesamtbelastungen, die sich nach dem gegenwärtigen Stand der Zivilschutzplanung ergeben, hat die Prognos AG, Basel, im Auftrag der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. eingehende Kostenermittlungen unternommen, deren jüngstes Ergebnis in einer zweiten Analyse der Öffentlichkeit im September 1966 übergeben wurde (Verlag E. S. Mittler & Sohn, Frankfurt). Da diese wissenschaftliche Expertise aus einer ausländischen, demnach sachlich neutralen Quelle stammt, ist dem vorgelegten Zahlenmaterial fraglos ein optimal zuverlässiger Aussagewert beizumessen. Nach den von dieser Schweizer Gesellschaft zusammengestellten Schätzungsergebnissen belaufen sich die Gesamtkosten der Zivilschutzgesetze für die nächsten zehn Jahre (bis 1975 einschließlich) in den Mittelwerten auf insgesamt 83 Milliarden DM. Nach einer kurzen Anlaufzeit ist dabei mit einem laufenden Aufwand von jährlich 10 Milliarden DM zu rechnen, wovon anteilmäßig weit über die Hälfte der Kostensumme dem privaten Sektor zur Last fallen wird, während der Rest sich auf Bund und Länder verteilt. Zu Lasten des Fiskus entstehen außerdem zusätzlich bis 1975 Steuerausfälle in mittlerer Gesamthöhe von 1,9 Milliarden DM. Zur Höhe dieser Zahlenergebnisse ist im übrigen der Hinweis der Verfasser zu berücksichtigen, daß zukünftige Preissteigerungen durchgehend (mit Ausnahme der speziellen Schutzbau-Kosten) außer Ansatz geblieben sind, so daß bei weiter anhaltendem Geldwertverfall in Wirklichkeit mit entsprechend höheren Realkosten gerechnet werden muß.

So zeichnet sich auf der ganzen Linie eine zukünftige Entwicklung ab, die geeignet ist, den Staatshaushalt selbst über das bereits heute erreichte Maß hinaus schon in absehbarer Zeit zu Erliegen zu bringen. Wenn man der Finanzvorausschau des Bundeskabinetts vom November 1966 Glauben schenken will, ist bereits jetzt ein weiteres Anwachsen der jährlichen Deckungslücken bis zur Höhe von fast elf Mililiarden DM im Rechnungsjahr 1970 zu erwarten. Aufgrund des unveränderten Prioritätsanspruchs der gesamten Rüstungs- und Militärpolitik der Bundesregierung wird durch die weitere skrupellose Ausweitung des Ausgabenvolumens auf diesem Kostensektor der bisher noch verbliebene Spielraum zur Finanzierung der infrastruktur- und sozialpolitischen Staatsaufgaben immer weiter eingeengt werden. Angesichts dieser Eskalation der rüstungsbedingten Kosten ist der Zusammenbruch der Finanzwirtschaft eigentlich nur noch eine

Frage der Zeit. Den Ernst dieser Situation kennzeichnet wohl am besten die Tatsache, daß nach allzu langem Schweigen endlich auch vereinzelte kritische Stimmen im offiziellen parlamentarischen Raum laut werden. Professor Weichmann durchbrach alle gehüteten Tabus der Bonner Politik, als er in der Bundestagsdebatte über die Stabilisierungsgesetze erklärte: „Bei allen Vorwürfen auf die Wirtschaft der öffentlichen Hand wird ein Faktum anscheinend mit besonderer Diskretion verschwiegen. Ich meine jene rund 20 Milliarden DM, die für die Verteidigung aufzuwenden sind." Mindestens von der ökonomischen Unfruchtbarkeit dieses überbordenden Haushaltspostens überzeugt, stellte Weichmann zu dieser Ausgabenseite nüchtern fest: „Sie schafft keinen echten Produktionszuwachs und muß notwendig über eine Beschränkung des Konsums oder den Preis ziviler Güter finanziert werden" (Bundesratssitzung vom 5. August 1966). Aber solange in Bonn die finanzpolitischen Entscheidungen von wirklichkeitsblinder Machtpolitik diktiert werden dürfen, bleibt der vereinzelte Appell zu wirtschaftlicher Vernunft eine verlorene Stimme in der Wüste. In welche Bedrängnis die öffentliche Verantwortung der Länder unter solchen Bedingungen in der Ära der Stabilisierungsgesetze geraten müssen, sprach in der gleichen Bundesratssitzung der hessische Ministerpräsident Zinn aus: „Man kann nicht den Schulbau oder den Krankenhausbau eine Zeitlang ruhen lassen, um eine Konjunkturausgleichsrücklage zu bilden."

Das Panorama nüchterner Fakten läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß die finanz-, haushalts- und kreditpolitischen Lenkungsmöglichkeiten der Stabilisierungsgesetzgebung offensichtlich dazu geschaffen sind, um im gesamten Verantwortungsbereich der öffentlichen Hände in erster Linie den Sozialkonsum an die kurze Leine der Bonner „Sparpolitik" zu nehmen, um die Masse „disponibler" Mittel für die politischen Zielsetzungen freizumachen. Um das systematische „Einfrieren" der Sozialmittel geht es jedoch nicht nur im indirekten Wege über die öffentlichen Haushalte und die Konjunkturausgleichsrücklage, sondern auch ganz direkt und offen im Zugriff des Bundes auf die flüssigen Gelder der Sozialversicherungsträger, der mit § 21 des Stabilisierungsgesetzes legalisiert werden soll. Aufgrund der vorgesehenen Ermächtigung kann die Bundesregierung — ohne daß es der Zustimmung des Bundesrates bedarf — „zur Wahrung der Währungsstabilität" jederzeit durch Rechtsverordnung bestimmen, daß die Träger der Rentenversicherung bis zu 60 Prozent einer durchschnittlichen Monatsausgabe (bis zu 1,62 Milliarden DM) und die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Betrag bis zu einem Drittel ihrer Rücklagen in Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren der Bundesbank festlegen.

Bund legt Hand auf Rentenversicherungsgelder

Man fragt sich vergeblich, welchen Stabilisierungseffekt die zwangsweise Stillegung erheblicher Vermögensteile der Sozialversicherungsträger haben soll. Tatsache ist, daß die Rentenversicherungen mit ihrer Rücklage (gegenwärtig 27,6 Milliarden DM) bisher eine wesentliche Stütze des Kapitalmarkts bedeuteten; ihr Vermögen wuchs zeitweise um zwei Milliarden Mark im Jahr. Die Kalamität am Kapitalmarkt wird durch Anwendung dieser Maßnahme („zur Wahrung der Währungsstabilität") zwangsläufig verschlimmert statt gemildert oder behoben. Die Logik dieser Tatsachen führt zu dem zwingenden Schluß, daß die gesetzliche Begründung nur ein Vorwand ist, ebenso wie die amtliche Motivierung der Kreditlimitierung für die öffentliche Hand nichts anderes als Mittel zum Zweck sein dürfte. Und dieser Zweck heißt nicht „Stabilisierung", sondern Schaffung einer

Art „Sonderfonds", der außerhalb der Kontrolle des Parlaments zur freien Verfügung des Bundes stehen soll. Zur Verfügung wozu? Die Frage beantwortet sich von selbst, wenn man beispielsweise hört, daß in Bonn die Anregung der Deutschen Bundesbank diskutiert wird, jene 750 Millionen DM, die die gesetzlichen Rentenversicherungen im Vorgriff (!) auf das Stabilisierungsgesetz im kommenden Jahr bei der Bundesbank stillegen sollen, für die Devisenhilfe an die USA zu verwenden. Nach § 21 Abs. 2 des Gesetzes soll „die Zahlungsfähigkeit der Versicherungsträger nicht angetastet werden". Die Praxis sieht heute bereits anders aus: Nach jüngsten Meldungen muß damit gerechnet werden, daß die Rentenversicherungen bereits im kommenden Jahr ihre Reserven angreifen müssen, da ihre Finanzlage äußerst angespannt ist, wenn sie, wie im Bundeskabinett geplant, die gesetzlichen Bundeszuschüsse in Höhe von 1,25 Milliarden DM nicht in Barleistung, sondern in Form von Schuldbuchforderungen erhalten und 750 Mililonen DM in Mobilisierungspapieren bei der Notenbank festlegen sollen. Die Sprecher der Sozialversicherungen wiesen im Gespräch mit Arbeitsminister Katzer ausdrücklich darauf hin, daß durch diese zwangsweise Stillegung vornehmlich die Betriebsmittel betroffen werden. Da in der Praxis immer eine Monatsausgabe liquide gehalten werde, reduziere die vorgesehene Stillegung den disponiblen Verfügungsbetrag derart, daß einige Landesversicherungsanstalten in große Liquiditätsschwierigkeiten geraten müßten. Diese Finanzmanipulationen auf Kosten der Sozialversicherungen riefen inzwischen selbst die CDU-Sozialausschüsse auf den Plan. Den Gedanken, die Probleme der Haushaltssicherung mit solchen Methoden lösen zu wollen, nannte der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Hoffmann, unumwunden „soziale Demontage", die an den Grundlagen der Gesellschaftsordnung rüttele. Im Grunde werden durch diese Praktiken der Staatsführung (für durchsichtige politische Zwecke zusätzliche Finanzmittel aus der Bevölkerung herauszustampfen) böse Erinnerungen aus großdeutscher Vergangenheit wachgerüttelt: „Wehrbeitrag" hieß es 1913. „Vierjahresplan" nannte es 1936 Adolf Hitler. In beiden Fällen hieß der wahre Finanzierungszweck hinterher: „Kanonen statt Butter!" In beiden Fällen haben, wie erinnerlich, die Kanonen weder Frieden, noch Freiheit, noch Wohlstand geschützt, sondern alles, was es angeblich zu verteidigen galt, restlos am Boden zerstört. Daran sollte man sich heute rechtzeitig erinnern, wenn die politischen Führer von „Stabilisierung" sprechen, an den „Gemeinsinn" und die „Opferbereitschaft" appellieren, während ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Verantwortung der Moloch „Rüstung" unentwegt mit höheren Milliardensummen gemästet wird.

Dirigistische Kreditpolitik

Mit dem von den Bonner Interpreten als „Kernstück" herausgehobenen umfassenderen Teil der Stabilisierungsgesetzgebung sind in der Tat auch bereits die wichtigsten Weichen für die vorgesehene Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik gestellt: Danach kontrolliert die Bundesregierung über die Gesamtheit der öffentlichen Haushalte die Länder- und Gemeindefinanzen und damit weitgehend den gesamten Staatsverbrauch, verfügt über erhebliche Vermögensteile der Sozialversicherungsträger und ist somit in den Stand versetzt, über föderalistische und parlamentarische Rechte hinweg die gesamtstaatliche Finanzmasse und den Sozialkonsum nach ihrem machtpolitischen Zielvorstellungen zu „programmieren". Da es nach dem Wortlaut der Begründung des Gesetzentwurfs darum geht, daß „die gesamtwirtschaftliche Nachfrage an ihren Quellen erfaßt wird", beschränken sich die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen jedoch

nicht allein auf den Sektor der öffentlichen Ausgaben (die allein 39,3 Prozent des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen ausmachen), sondern greifen mit den Bestimmungen der §§ 19 und 20 auch in den Bereich der privaten Wirtschaft ein. Hier handelt es sich um eine Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums, das eine zentrale Steuerung auch der privaten Investitionstätigkeit durch das Mittel variabler Abschreibungssätze, ergänzt durch eine notenbankpolitische Kreditplafondierung, erlaubt. Demnach ist die Bundesregierung ermächtigt, steuerliche Zusatzabschreibungen bis zu 30 Prozent bei beweglichen Wirtschaftsgütern (Maschinen) und bis zu 15 Prozent bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern (Gebäude) einzuräumen, umgekehrt auch alle steuerlichen Sonderabschreibungen befristet auszuschließen, sofern sie dies im Interesse einer antizyklischen Wirtschaftssteuerung für geboten hält. Dem gleichen Zweck soll auch die vorgesehene Erweiterung der währungspolitischen Vollmachten der Deutschen Bundesbank dienen, mit denen sie „zur Beeinflussung für die Kreditgewährung" der Banken verfügen kann.

Rein formal gesehen könnte dieses gesetzliche Regulativ der Abschreibungs- und Kreditpolitik einen durchaus fruchtbaren Einfluß auf die konjunkturelle und strukturelle Entwicklung der Wirtschaft ausüben, so beispielsweise folgenschwere Fehlinvestitionen der Vergangenheit (wie sie heute nicht allein im Steinkohlenbergbau auszubaden sind) korrigieren. Dies setzt aber voraus, daß die entsprechenden steuerlichen und kreditpolitischen Maßnahmen unbedingt gleichmäßig auf die Investitionsentscheidungen aller Unternehmer ohne Ausnahme einwirken. Gerade diese Prämisse ist jedoch in der wirtschaftlichen Praxis nicht gegeben. Unternehmen in der Größenordnung der Konzerne sind zur Finanzierung ihrer Investitionen keineswegs allein auf die Möglichkeiten der Abschreibungen und der Mittelbeschaffung auf dem innerdeutschen Kapitalmarkt angewiesen. Selbstverständlich würden der Großwirtschaft zwar alle Vorteile erweiterter Abschreibungen und verbesserter Kapitalmarktbedingungen zu Gebote stehen, und sie wird sich sicher nicht genieren, diese Chance voll auszuschöpfen. Bei restriktiver Anwendung des Gesetzes haben dagegen die Großunternehmen vielseitige Ausweichmöglichkeiten zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs: durch Kapitalerhöhung, durch Verschuldung im Ausland, durch Lieferantenkredite und gewiß nicht zuletzt durch die Selbstfinanzierung über die Preise. Allein die mittleren und kleineren Unternehmer, Geschäftsleute und Handwerker, die in der Regel auf den Bankkredit als einzige Finanzierungsquelle angewiesen sind, würde eine fiskal- und notenbankpolitische Restriktionspolitik mit voller Wucht treffen. Zahlungsschwierigkeiten, Geschäftszusammenbedarfs: durch Kapitalerhöhung, durch Verschuldung im Ausland, durch Liefebereitschaft bei der in die Enge getriebenen selbständigen Unternehmerschaft, — unausbleibliche Konsequenzen solcher Art passen jedoch auffallend genau in das konzernpolitische Interessenkonzept: Ausschaltung der kapitalschwächeren Konkurrenz zum Ausbau der eigenen preisbestimmenden Marktmacht und zur Förderung der wirtschaftlichen Konzentration sowie Nutzbarmachung einer „gewissen Arbeitslosigkeit"; Stärkung des „Herr-im-Hause"-Standpunktes für kommende Auseinandersetzungen in Fragen der Lohntarife und der betrieblichen Mitbestimmung.

Vorgriff auf Kriegswirtschaftsplanung

Der hintergründige Charakter der Stabilisierungsgesetze als zukünftige Rechtsgrundlage für eine perfekte Kriegszwangswirtschaft offenbart sich auf dem Ge-

biet der geplanten Kredit- und Notenbankpolitik mit bezeichnender Deutlichkeit, wenn man die entsprechenden Vorschriften der vorliegenden Notstandsgesetze zum Vergleich heranzieht. Im „Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs" („Wirtschaftssicherstellungsgesetz") vom 24. August 1965 lauten die entsprechenden Bestimmungen im Abschnitt „Sicherstellung für Verteidigungszwecke" (§ 1 Abs. 2) wörtlich wie folgt: „Um die Zwecke der Verteidigung, insbesondere zur Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte sicherzustellen, können durch Rechtsverordnung Vorschriften erlassen werden über

1) die Vornahme von Bank- und Börsengeschäften durch Kreditinstitute und die Geschäftstätigkeit an Wertpapierbörsen.

2) die Schließung von Kreditinstituten und Wertpapierbörsen."

Demnach stellen die einschlägigen Vorschriften im Entwurf der Stabilisierungsgesetze in der Tat nicht weniger als die gesetzliche Vorstufe zu einer heute bereits eingeplanten Kriegsbewirtschaftung des gesamten Kredit- und Geldwesens dar.

Dies alles aber hindert die Spitzenverbände der Wirtschaft keineswegs, ihre grundsätzliche „Aufgeschlossenheit" gegenüber diesem Gesetzesvorhaben zu bekunden. Trotz gleichzeitig betonter Bedenken gegen die „Gefahren eines konjunkturpolitischen Dirigismus" versäumen sie keinen Anlaß, in Interviews und Verbandserklärungen gerade die Dringlichkeit der Stabilisierungsgesetze „zur Sicherung der Währung und des wirtschaftlichen Wachstums" zu unterstreichen. Eine in diesem Sinne gehaltene Grundsatzerklärung, die, wie es in der Begründung heißt, „aus staatspolitischer Verantwortung" das Ja-Wort der Wirtschaft zum Gesetzentwurf erteilte und zudem auf eine „Konzentration der öffentlichen Hände" drang, gab im Juli 1966 der Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft heraus (dem zur Zeit 14 Spitzenverbände angehören). Immerhin standen die bekanntesten Namen der westdeutschen Finanz- und Wirtschaftswelt hinter dem Beschluß dieses Gemeinschaftsausschusses, die damit die Bonner These vom untrennbaren Zusammenhang zwischen den Ansprüchen der Politik und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft unterstrichen: Es waren im einzelnen die Verbandspräsidenten und -vorsitzenden: Professor Balke (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Fritz Berg (Bundesverband der Deutschen Industrie), Professor Schneider (Deutscher Industrie- und Handelstag), Dr. von Falkenhausen (Bundesverband des privaten Bankgewerbes), Fritz Dietz (Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels) sowie Josef Wild (Zentralverband des Deutschen Handwerks). Es sind klingende Namen aus dem Kreis derer, die gleichwohl der Ansicht sind, daß die Demokratie (z. B. in der Mitbestimmung) bis zu ihrem Fabriktor und keinen Schritt weiter geht, daß die Politik in ihre souveränen Unternehmerentscheidungen nicht hineinzureden hat. Wenn es aber darum geht, im politischen Raum unternehmerische Vorteile und Machtpositionen zu sichern, dann entsinnen sie sich plötzlich ihrer „staatspolitischen Verantwortung", einer am „Gesamtwohl" orientierten Haltung, die, wie Kurt Pritzkoleit formuliert, „das allgemeine Beste mit dem Gruppeninteresse des Unternehmertums identifiziert". Mit diesem Geist gesalbt waren auch die Worte, mit denen Fritz Dietz in seiner Eigenschaft als Präsident der IHK Frankfurt vor der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Kammern erklärte: „Politik und Wirt-

schaft gehören zusammen, und wirtschaftspolitische Entscheidungen können nur in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft getroffen werden." Auch die hessischen Kammern wollen sich für eine schnelle Verabschiedung der Stabilisierung einsetzen. Wenn der Bundeskanzler postuliert: „Wirtschaftliche Kraft münzt sich um in politische Stärke", so versteht die Wirtschaft dies auf ihre Art: „Eine Hand wäscht die andere!" Von einer Gesetzgebung, in der sich offensichtlich politische Macht und großunternehmerischer Profit die Hand reichen, ist jedoch alles andere eher zu erwarten als stabiles Geld und dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum bei gesicherter Vollbeschäftigung.

Zusammenfassung

Der Inhalt der Stabilisierungsgesetze läßt sich in folgendem Fazit zusammenfassen:

1) Durch ein umfassendes System von Ermächtigungen sowie haushalts-, finanz- und kreditpolitischen Gesetzesvorschriften verfügt die Bundesregierung über die Kontrolle und eine eminente zentrale Verfügungsgewalt im Bereich des gesamten Staatsverbrauchs, über die öffentlichen Finanzen des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Die entsprechenden Hoheitsrechte der Länder und Gemeinden und die Kompetenzen der Parlamente sind durch die Ermächtigungen der Bundesregierung insoweit außer Kraft gesetzt.

2) Die Bundesregierung kann aufgrund entsprechender Ermächtigung liquide Geldmittel der Rentenversicherungsträger für bestimmte Zeiträume bei der Bundesbank stillegen lassen. Die stillgelegten Mittel der Versicherungen stellen praktisch einen weiteren finanziellen Reservefond dar, auf den die Bundesregierung für politische Zwecke zurückgreifen kann.

3) Mit fiskal- und kreditpolitischen Mitteln kann die Bundesregierung schließlich auch in die private Wirtschaft eingreifen, um die unternehmerische Investitionstätigkeit dirigistisch zu kontrollieren. Die vielseitigen Ausweichmöglichkeiten der Großwirtschaft machen es dieser hingegen möglich, sich gegen Restriktionsmaßnahmen zu sichern. Einschränkungen der Finanzierungsmöglichkeiten würden die Gruppe der mittleren und kleineren Unternehmer und vor allem die Arbeitnehmer treffen. Beschleunigung der wirtschaftlichen Konzentrationsbewegung, steigende Entlassungsziffern und negative Auswirkungen auf die Vollbeschäftigung müssen in diesem Zusammenhang als gefährliche Folgen berücksichtigt werden.

Und demnächst die große Finanzreform

Nicht zuletzt die Bonner Regierungs- und Kanzlerkrise — gekennzeichnet durch die unüberhörbare Forderung nach Ablösung des „schwachen Kanzlers", nach dem „starken Mann', nach einem Kabinett, das endlich wieder „regiert" und mit dem „Mut zur Unpopularität" dem Volk unerbittlich Opfer abfordert, um angeblich Währung und Konjunktur zu sichern, — dieser Ausbruch Bonner Diadochenkämpfe hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß die Ungeduld des radikalen Flügels im Lager der politischen und wirtschaftlichen Führung nicht mehr zu zügeln ist, nun endlich das Instrumentarium der Stabilisierungsgesetze in die Hand zu bekommen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß der Regierungsentwurf — in der vorliegenden Fassung bereits mit den Merkmalen eines finanzpoliti-

schen Zwangsgesetzes gezeichnet — eine zwar ernüchternde, aber keineswegs vollständige Vorstellung davon vermittelt, was die Bundesregierung als Finanzpolitik der Zukunft plant und in der Schublade bereitliegen hat.

Aufgrund wiederholter und eindeutiger Äußerungen aus Bonn sind die in der Regierungsvorlage präsentierten Gesetze lediglich als ein Vorgriff auf die längst eingeplante „große Finanzreform" zu verstehen. Das detaillierte Konzept dazu liegt im „Gutachten über die Finanzreform" vor, das, im Regierungsauftrag von einer Sachverständigenkommission unter Vorsitz des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Dr. Troeger, erstellt, inzwischen die prinzipielle Zustimmung der Bundesregierung gefunden hat. Die Grundgedanken des Troeger-Gutachtens, soweit sie sich auf den engeren Komplex der Fiskal- und Kreditpolitik beziehen, dienten bereits als programmatische Vorlage für den Entwurf zur Stabilisierungsgesetzgebung, mit der demnach ein Teil des vorgesehenen Reform-Konzepts zeitlich vorweggenommen werden soll. Es muß angenommen werden, daß Bonn diesen Weg aus rein taktischen Erwägungen gewählt hat: Unter Ausnutzung der herrschenden wirtschaftlichen Krisenstimmung hofft die Bundesregierung, mit den Stabilisierungsgesetzen die noch relativ schwache und ungefestigte Front der Kritik überfahren und mit einem wichtigen Teil des endgültigen Reformplanes in nächster Zeit bereits operieren zu können. Damit hätte der Bund nicht nur Zeit, sondern auch erheblich an zusätzlicher Autorität gewonnen, um mit größerer Erfolgsaussicht in die Endauseinandersetzung um die große Finanzreform zu gehen, die mit Sicherheit unter härterem Widerstand der indessen wachsam gewordenen Länder, Parlamente, Gewerkschaften und der öffentlichen Meinung im Lande geführt werden müßte.

Zehn Verfassungsänderungen

Die im Gutachten zur Finanzreform konzipierte Festlegung der gesamten finanzpolitischen Linie für die weitere Zukunft der Bundesrepublik sieht nicht weniger als zehn Grundgesetzänderungen vor, die in ihrem Gewicht zu einer erheblichen Verformung der bestehenden Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik führen werden (geändert, ergänzt beziehungsweise neugefaßt werden im einzelnen folgende Artikel des Grundgesetzes: 75, 85, 90, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 113). Soweit es in wenigen Sätzen möglich ist, seien hier einige Schwerpunkte dieses umwälzenden Reformvorhabens aufgezeichnet. Die den Katalog finanzpolitischer Neuordnung beherrschende Leitidee ist der „kooperative Föderalismus", die bereits die zentralistische Grundstimmung der Stabilisierungsgesetze ideologisch verhüllt. Unter diesem dominierenden Grundgedanken soll das Zusammenwirken von Bund und Ländern, sollen die Kompetenzverhältnisse und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einer „neuen Ordnung" zugeführt werden. Im Vordergrund dieser finanzpolitischen Neuordnung steht die Umverteilung der bundesstaatlichen Aufgabenzuständigkeit und Ausgabenverantwortung, verbunden mit einer umfassenden Neuverteilung der gesamtstaatlichen Finanzmittel und schließlich eine Neuordnung der sanierungsbedürftigen Finanzverhältnisse der Kommunen durch eine Gemeindefinanzreform.

Worauf diese radikale Neuverteilung und Umschichtung der öffentlichen Produktions- und Geldmittel, der Kompetenzen und Zuständigkeiten im politischen Endeffekt hinausläuft, ist in der Tat die systematische Zentralisierung dieser entscheidenden Machtfaktoren beim Bund; um die Finanzreform-Gutachter zu

zitieren: „Dazu ist es nötig, die planenden und koordinierenden Funktionen, namentlich des Bundes, stärker als bisher auszubilden." Wie es an anderer Stelle des Gutachtens heißt, geht es ganz offen um eine „bundesstaatliche Kräftekonzentration, die den höchsten Wirkungsgrad des öffentlichen Mitteleinsatzes gewährleistet." Dagegen wäre nicht das geringste einzuwenden, wenn diese Mittel und Kräfte planvoll für den echten ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt eingesetzt werden sollten. Aber weit entfernt davon, soll diese Kräftekonzentration eindeutig politischen Machtzwecken dienen. So argumentieren die Reformväter: „In einer Zeit der Spannungen und Konflikte, umgeben von Völkern, die eine starke Dynamik entfalten, muß sich die Bundesrepublik großen Zukunftsaufgaben gewachsen zeigen. Es geht dabei nicht nur um ihre äußere Sicherheit, sondern um die Gestaltung einer inneren Ordnung, die eine erfolgreiche Außenpolitik tragen kann." Gleichzeitig ist die öffentliche Finanzwirtschaft so zu führen, „daß sie zur Verwirklichung der Zielsetzungen des modernen Industrie- und Sozialstaates ... in möglichst hohem Maße beiträgt", jener Ziele wirtschaftlicher Machtexpansion nämlich, für die sich die Verbände der Großindustrie in „staatspolitischer Verantwortung" mit dem ganzen Gewicht ihres politischen Einflusses einzusetzen pflegen.

Diesen Zielsetzungen steht die verfassungsmäßige Gewaltenteilung zwischen Bund und Gliedstaaten, die in der föderativen Staatsidee einen Fundamentalsatz unserer bundesstaatlich-demokratischen Ordnung bildet, offensichtlich im Wege. Das Finanzgutachten begründet dies so: „die moderne Wirtschaftsentwicklung, vor allem die zunehmende internationale Verflechtung, wirkt der Idee des Föderalismus entgegen". Darum sollen die finanziellen und wirtschaftlichen Potenzen des Staates wie der Volkswirtschaft, zentral gelenkt, der überregionalen Interessenpolitik in EWG, Euratom und NATO unmittelbar dienstbar gemacht werden. Die Eigenstaatlichkeit der Länder stört sowohl die „Durchführung wichtiger nationaler Aufgaben" als „auch die europäische Integration, die ohne Eingriffe in die staatsrechtliche Stellung des Bundes und der Länder nicht erreichbar" sei. An die Stelle des „antiquierten" Föderalismus soll wiederum eine allmächtige Exekutivgewalt mit einem zentralen Befehlsmechanismus treten. Professor Hettlage, beratendes Mitglied der Finanzkommission und Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, tritt für den Abbau der Verfassungsrechte der Länder und Gemeinden mit der Begründung ein: „Der Selbstverwaltungsgedanke muß hinter den Gemeinschaftsaufgaben zurücktreten." Nach Ansicht Hettlages wäre es das „Ideal", wenn „die öffentlichen Aufgaben zentral geregelt und dezentral ausgeführt" würden. Damit ist die zukünftige Funktion der Gliedstaaten und Kommunen als Erfüllungsgehilfen der Bundeszentralmacht eindeutig definiert.

Schon der unverhüllte Sinn dieses Abbaus der demokratischen Rechtspositionen der Kommunalkörperschaften schließt jeden Gedanken daran aus, daß die Finanzreform andererseits der materiellen Besserstellung der Länder und Gemeinden dienen könnte. Allein die im Gutachten zur Finanzreform aufgestellte Tabelle über die Änderung der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern weist im Saldo eine Mehrbelastung der Länder von 458,8 Millionen DM auf, um die andererseits die Bundeskasse in voller Höhe entlastet wird. Da diese Zahlen sich lediglich auf die „bisher schon gemeinsam finanzierten Gemeinschaftsaufgaben" beziehen, dürfte klar sein, daß dieses Beispiel nicht mehr als ein Muster ist für die prinzipielle Tendenz der zukünftigen Lastenverteilung, wenn es beispielsweise um die Kostenbeteiligung der Bundesländer, Städte und Gemeinden bei den

politischen „Gemeinschaftsaufgaben" der Rüstung, der Notstandsplanung, Entwicklungshilfe, Devisenausgleich oder Vietnamhilfe geht. Es bedarf keines Adam Riese, um sich auszurechnen, daß unter diesen Aspekten zukünftiger Finanzpolitik von den im Gutachten geforderten zwei Milliarden zur besseren Finanzausstattung der Städte und Gemeinden nichts übrig bleiben wird. Die kommunalen Finanzkämmerer werden stattdessen ihren Bürgern nur noch den mageren Rat erteilen können, im Interesse des zentral geregelten „Gesamtwohls" den Gürtel enger zu schnallen.

Kein Platz für Föderalismus

Das Fazit jeder nüchtern-kritischen Betrachtung dieser wirtschafts- und finanzpolitischen Zukunftsvorstellungen muß alarmieren. Diese „moderne Form unserer Gesellschaftsordnung" bietet den Errungenschaften der pluralistischen Gesellschaft und ihren legitimen Zukunftserwartungen nichts an Bestand und Perspektive; sie setzt vielmehr alles für politischen Wahnwitz aufs Spiel, was sie zu sichern vorgibt und was das wahre Gemeinwohl ausmacht: Währungsstabilität, Vollbeschäftigung und gesundes Wirtschaftswachstum, den geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt, die Freiheit des einzelnen, die nationale Sicherheit und die Chancen einer friedlichen politischen Entwicklung. Im Grundkonzept der Stabilisierungsgesetze und der Finanzreform sind statt dessen die Leitlinien einer Entdemokratisierung der bundesstaatlichen Ordnung in Politik und Wirtschaft abgesteckt. Die Länder, Gemeinden und Parlamente — und demzufolge das Wohl der Gesamtheit, haben nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren, wenn Föderalismus und Parlamentarismus im Schmelztiegel dieses Reformsystems zu einer pseudo-demokratischen Bundesstaatlichkeit eingeschmolzen werden. Wirtschafts- und finanzpolitische Stabilisierungspolitik, wie sie das öffentliche Interesse erfordert, ist etwas anderes als die Summe staatlicher Eingriffe zur ausschließlichen Stabilisierung einer staatlichen Zentralgewalt neuen, autoritären Stils, zur Mehrung des Unternehmergewinns und zur Stabilisierung privatwirtschaftlicher Besitzstände.

Es ist kein Zufall, wenn neben diesem restaurativen wirtschafts- und finanzpolitischen Aktionsprogramm die Notstandsplanung im Bonner Zeitplan an oberster Stelle steht. Was in diesem Herbst erstmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte vom Eifeler Bunker der „Notstandsregierung" mit Fallex 66 am Sandkasten geprobt wurde, war die brutale Wirklichkeit der Notstandspolitik. Hier wurde die praktische Funktionsfähigkeit der gesamten Notstandsgesetze, einschließlich der geheimen „Schubladengesetze", bereits kriegsmäßig durchexerziert. Es muß unter diesen Aspekten geradezu als frivol empfunden werden, wenn der „Notstandskanzler" Lücke offen seine Befriedigung zum Ergebnis dieses Manövers erklärte, dessen Übungszweck es war, als Exempel für den „Ernstfall" unter Ausschaltung unserer Verfassung mit spezifisch autoritären Zwangsmaßnahmen zu regieren, nämlich das gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Leben, den gesamten Staatsapparat bis zur letzten Gemeindeverwaltung gleichzuschalten. Die Unterwerfung der Bundesrepublik unter ein perfektes System totaler Militarisierung würde in diesem Falle freie Bahn haben.

Die Übereinstimmung der autoritären Tendenzen in den Grundzügen der Stabilisierungsgesetze (und in der Finanzreform als finanzpolitische „Endlösung") einerseits und in der Notstandsgesetzgebung auf der anderen Seite ist zu evident, um übersehen werden zu können. Beide Konzepte sind in Programm und

Wirkung offensichtlich synchron geschaltet und auf gegenseitige Ergänzung abgestimmt. Sie sind geeignet, den Prozeß jener „innerpolitischen Umstrukturierung" einzuleiten, dessen Endprodukt die vollendete Entdemokratisierung in der „Formierten Gesellschaft" von morgen wäre.

Eine neue Politik tut not

Noch ist Zeit zur Besinnung. Es ist zu hoffen, daß sie rechtzeitig genutzt wird, um zu verhüten, daß es soweit (wieder einmal) kommt. Die Zahl und das Gewicht der Kräfte in unserem Land, die die Zeichen an der Wand erkannt haben, wächst. Der Kongreß der 22 000 Notstandsgegner, der am 30. Oktober 1966 in Frankfurt den „Notstand der Demokratie" ausrief, war ein ermutigendes, weithin sichtbares Signal. Die dort Versammelten, Männer und Frauen der Gewerkschaften und Wissenschaft, wissen, worum es heute geht. Das Auftreten der 22 000 bestätigte in einer ermutigenden Demonstration vor der deutschen Öffentlichkeit, daß es keineswegs unser unabwendbares Schicksal sein muß, zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert in der Nacht des Faschismus zu versinken, — wenn wir nicht wollen. In Frankfurt erschöpfte man sich freilich durchaus nicht in Resistenz und Negation; hier sprach man es leidenschaftslos und klar aus, daß nur eine von Grund auf bereinigte, neue Politik die wirkliche Stabilisierung gewährleisten kann. Unabdingbare Voraussetzung dazu ist freilich die aufrichtige Bereitschaft, den irrealen Ansprüchen auf politische und wirtschaftliche Hegemonie abzuschwören und die gewandelten Entwicklungsbedingungen in der Welt zu begreifen. Das ist der einzig gangbare Weg, der aus der politischen Isolierung der Bundesrepublik und damit zugleich auch aus der finanz- und wirtschaftspolitischen Sackgasse herausführt.

Es ist kein Zufall, daß diese kritische Analyse eines geplanten Gesetzeswerkes, das auf eine tiefgreifende Umwälzung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesrepublik angelegt ist, oft rein politisches Gebiet betritt und in ihren letzten Konsequenzen zum kategorischen Imperativ der Notwendigkeit einer völlig neu durchdachten Politik führt. Das ergibt sich vielmehr zwingend aus den vielfältigen Beweisen der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Geschicke jeder modernen Industriegesellschaft von der Willensrichtung und den entscheidenden Impulsen der herrschenden nationalen Politik. Allein aus diesem Kausalzusammenhang erklärt sich das Bild unserer bundesdeutschen Wirtschaftssituation, wie es sich in einer zusammenfassenden Schlußbilanz darstellt: Die Volkswirtschaft der Bundesrepublik ist weder „fast über den Berg" (nachdem Blessings Restriktionspolitik die öffentlichen Hände finanziell lahmlegte), noch ist sie (nur weil die Gewerkschaften gerechte Löhne fordern und soziale Errungenschaften verteidigen) dem „sicheren Untergang geweiht". Diese propagandistischen Wechselbäder zwischen plumper Gefahrenverniedlichung und gezielter Krisenmache erweisen sich gegenüber den unverrückbaren Tatsachen als die Behandlungsmethode politischer Kurpfuscher, die über ihr schuldhaftes Versagen hinwegzulaborieren suchen. Die westdeutsche Wirtschaft, deren materiell und geistig fundierte Leistungskraft international bislang hoch im Kurs stand, befindet sich nur darum heute in einem Zustand zunehmend ernster Existenzgefährdung, weil sie durch eine unsinnige politische Kostenbelastung — Hochrüstung, Stationierungskosten, NATO-Verpflichtungen, Entwicklungs- und Vietnamhilfe, Zivilverteidigung und Notstandsplanung — hoffnungslos überfordert ist. Die Finanz- und Wirtschaftskrise Westdeutschlands ist in Wahrheit die Krise der Bonner Politik.

An dieser Politik sind Ludwig Erhard und sein Kabinett gescheitert (und die Koalition zerbrochen), wie vordem sein Amtsvorgänger Adenauer aus dem glei-

chen Grunde scheiterte. Ebenso wird jede künftige Bonner Regierung — wie immer sie zusammengesetzt sein mag und wie auch immer der „starke Mann" an ihrer Spitze heißen wird — mit tödlicher Sicherheit wiederum scheitern, wenn sie politisch so (oder ähnlich) weitermacht. Damit wäre aber zwangsläufig auch das Schicksal unserer Wirtschaft besiegelt, ihr Untergang unaufhaltsam. Denn unter dem fortgesetzten Aderlaß zusätzlicher politischer Mehrausgaben ist auch die Volkswirtschaft der Bundesrepublik — bei allen vorhandenen und noch entwicklungsfähigen Potenzen — den gesteigerten ökonomischen Anforderungen nicht gewachsen, denen sie sich in unserer Zeit rapiden technologischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts sowie unter den veränderten Bedingungen neuer wirtschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse in Europa zu stellen hat.

Einzige Alternative: mehr Demokratie

Das Kriterium dieser Situation ist jedoch keineswegs „Ausweglosigkeit", sondern die erstaunliche Einsichtslosigkeit der verantwortlichen politischen Führung. Warum, so muß man sich fragen, unterschlägt die offizielle Politik der Öffentlichkeit immer noch — obgleich man in Bonn vorgibt, pausenlos über die „Sachfragen" zu beraten — die sich aufdrängenden alternativen Möglichkeiten zu einer wirksamen Stabilisierung der Gesamtlage — wenn nicht aus unzweifelhaft berechtigter Furcht, zugleich die Haltlosigkeit der Argumente für die Stabilisierungsgesetze eingestehen zu müssen, und sich damit auch jeder Rechtfertigung für die beabsichtigte Verstümmelung der Verfassung zu berauben. Aber auch auf diese Weise ist der Konkurs der bisherigen Politik nicht mehr aufzuhalten. Denn je verzweifelter ihre Lage wird, umso unabweislicher stellt sich die Forderung nach einer Ablösung dieser Politik: Die Entkrampfung der herrschenden Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik muß jeder durchdachten finanz- und wirtschaftspolitischen Neuordnung in der Bundesrepublik notwendig vorausgehen, wenn sie auf einem tragfähigen Fundament aufgebaut werden soll. Darum sollte ein neuer Geist in unserer Politik ohne Respekt vor Tabus reinen Tisch machen, indem er sie endlich von der Rückständigkeit großdeutscher Hegemonialansprüche entrümpelt; sie sind darum nicht weniger restaurativ und aggressiv, weil sie heute in schlauer neuzeitlicher Tarnung „europäisch" oder auch „atlantisch" auftreten. In einer politischen Umwelt, wo die führenden Weltmächte zu begreifen beginnen, daß die totale Zerstörungsgewalt der atomaren Vernichtungstechnik den Krieg endgültig zum untauglichsten Mittel der Politik gestempelt hat, und daß vielmehr in der koexistenzbereiten Verständigung auch zwischen den unterschiedlichsten Systemen die einzige reale Überlebenschance für alle liegt, — in dieser Umwelt ist die forcierte Rüstung, jede irgendwie geartete Spekulation auf Atombewaffnung und die Manie politisch-militärischer „Vorwärtsstrategie" genau so entrümpelungsreif wie das herausfordernde Beharren der Bundesrepublik auf irrealen Gebietsansprüchen und antiöstlichen Doktrinen, die sich im nüchternen Geschichtsablauf überlebt haben. Die folgerichtige Neuorientierung unseres Sicherheitsdenkens würde dagegen eine drastische Herabsetzung der Iststärke der Bundeswehr sowie der Wehrdienstzeit ermöglichen; sie würde darüber hinaus auch eine fühlbare Verringerung — und in der Folge den Abzug — der in der Bundesrepublik stationierten Fremdstreitkräfte ohne jede Beeinträchtigung der notwendigen nationalen Friedenssicherung zulassen. Dafür aber würde die Außenpolitik der Bundesrepublik in der Ära einer aktiven und uneingeschränkten Verständigungsbereitschaft (auch in den ungelösten Fragen der Ostpolitik) wieder die Hände frei haben, um sich zukünftig

in Sachen der EWG- und NATO-Politik wie auch im diffizilen Bereich der Entwicklungshilfe ungebunden entscheiden und sich damit von ebenso überflüssigen wie untragbaren Verpflichtungen lösen zu können. (Frankreich hat dafür ein beachtenswertes Beispiel gesetzt.)

Eine derart modernisierte Außenpolitik schafft, wie gesagt, auch im Innern erst die rechte Ausgangsbasis für eine gesunde, zukunftsbildende Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. In ihrem Wirkungsbereich ist alsdann freilich kein Raum mehr für restaurative „Reformen" am verfassungsrechtlichen Aufbau unseres demokratischen Gemeinwesens. Aufgabe einer regenerierten Finanzpolitik kann es vielmehr nur sein, in bewußter Loyalität gegenüber den föderalistischen und parlamentaristischen Verfassungsprinzipien eine richtig verstandene Kooperation zwischen Bund, Länder und Kommunen zum Vorteil des Staatsganzen zu verwirklichen. Ferner wäre es an der Zeit, jene seit Jahren vergeblich von den Bundesländern geforderte echte Finanzreform in Angriff zu nehmen, das heißt eine finanzpolitische Flurbereinigung, die — im Gegensatz zum vorliegenden Entwurf der Troegerkommission — den Gebietskörperschaften einen aufgabengerechten Anteil am gesamtstaatlichen Steueraufkommen einräumt, um die ordnungsgemäße Erfüllung der gesellschaftswichtigen Gemeinschaftsaufgaben und Infrastrukturleistungen auch auf regionaler und kommunaler Ebene sicherzustellen. Die föderativen Gliedstaaten und parlamentarischen Körperschaften sollten zukünftig nicht zu Erfüllungsgehilfen eines zentralstaatlichen Verwaltungsapparates degradiert, sondern als tragende Elemente einer lebensfähigen demokratischen Ordnung respektiert werden.

Materiell gesehen, würde die gesamtpolitische Neuorientierung fraglos bedeutende Finanzmittel sowie volkswirtschaftliche Kräfte freisetzen, die bis zur Stunde noch im unproduktiven Rüstungsprozeß (im weitesten Sinne) gebunden sind und an eine sinnlos gewordene Politik verschwendet werden. Die Staatsfinanzen wären buchstäblich „aus dem Schneider". Statt in Defiziten und Schulden zu ersticken, mittel- und machtlos vor unlösbaren Problemen zu kapitulieren, könnte der Bund künftig einen ohne Tricks und Gewaltakte, sondern einwandfrei ausgeglichenen Haushalt vorlegen (was unter flagrantem Verstoß gegen die einschlägigen Verfassungsvorschriften seit Jahren nicht mehr geschehen ist).

Die öffentlichen Hände verfügen unter diesen Umständen wieder über die ihnen rechtmäßig zustehenden Mittel, um mit einem angemessen ausgestatteten Finanzprogramm — ohne dazu den Kapitalmarkt über Gebühr zu strapazieren — die vielfach bereits ins Stocken geratenen Grundinvestitionen durchzuführen und den zumal in den Großstädten angelaufenen Nachholbedarf zu decken. (Mit Recht weist die jüngste Entschließung des Deutschen Städtetages vom 6. Oktober 1966 erneut auf das katastrophale Ausmaß der kommunalen Finanznot hin. Der Bau von Schulen, Krankenhäusern, Verkehrseinrichtungen, Wasser- und Energieversorgungsanlagen werde nicht aus „kommunaler Verschwendungssucht", sondern zur Förderung des volkswirtschaftlichen Produktivitätsanstiegs sowie zur Sicherung der elementaren Lebensbedürfnisse der Bürger betrieben; die einseitige Drosselung dieser Grundinvestitionen müsse sich in kürzester Frist bitter rächen.)

Um dieser Finanznot in Stadt und Land wirksam zu begegnen, wäre eine Sofort-hilfe in einer geordneten Finanzwirtschaft unschwer realisierbar. Nicht zuletzt

könnten in vermehrtem Umfang disponible Haushaltsmittel dort produktiven Einsatz finden, wo sie zur planmäßigen Bekämpfung akuter Strukturkrisen und Konjunkturschwächen sowie zur vorsorglichen Verhütung sozialpolitischer Schadensfolgen gegenwärtig noch bitter fehlen.

Eine neue, verantwortungsbewußte Finanz- und Wirtschaftspolitik ist schließlich aber nur denkbar, wenn sie nicht länger die Domäne einer kleinen Hundertschaft allmächtiger Wirtschaftsmanager und Finanzmagnaten ist, die zum Nachsehen der Gesamtheit tabuisierte Vorrechte genießt und über Steuerprivilegien und Staatssubventionen aus dieser Umverteilung des Volkseinkommens Sondervorteile zieht, vom Staat dagegen verlangt, daß er mit bedenkenloser Härte die mittleren und kleinen Einkommensgruppen zur Finanzierung der Haushaltsdefizite heranzieht, indem er bevorzugt die Sozialleistungen abbaut. Unvereinbar mit der Zielsetzung auf eine stabilisierte Volkswirtschaft ist nicht minder die schrankenlose Ballung wirtschaftlicher Macht in den Händen einer Minderheit, die letzten Endes Marktlage, Preise und Beschäftigungsstand bestimmen; nicht minder auch die überhandnehmende Kapitalüberfremdung, die ausländischen, vor allem amerikanischen Geschäftsinteressen einen nicht zu verantwortenden Einfluß auf die innerdeutsche Wirtschaftsgestaltung einräumt. Noch halten einige wenige Konzernchefs die Fäden dieses Systems fest in der Hand. Sie machen heute noch ihr cleveres Gewinnstreben zur Sache der Staatsraison („Konsumeinschränkung im Interesse der volkswirtschaftlichen Stabilität und internationalen Konkurrenzfähigkeit"), und wirtschaftspolitische Machtexpansion wird unter ihrer lautlosen Regie zum bestimmenden Prinzip der großen Politik.

Demokratie auch in der Wirtschaft

Wenn die Bundesrepublik wirklich zu neuen Ufern der Wirtschaftspolitik aufbrechen will, dann müssen zuvor diese Rudimente einer morschen Geisteshaltung beiseite geschafft werden. Es ist begreiflich, wenn die Vertreter dieses Wirtschaftsfeudalismus nicht bereit sind, kampflos die Vorzüge ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellungen preiszugeben. Aber wenn die Verteidiger des wirtschaftlichen Machtmißbrauchs sich in der Abwehr gegen den gewerkschaftlichen Anspruch auf erweiterte Mitbestimmung und Demokratisierung dazu versteigen, von einem „volkswirtschaftlichen Verbrechen" zu reden, so äußert sich darin mehr Hysterie als Überzeugungskraft. Die andere Seite hat nun einmal die besseren Argumente. Was der Vorsitzende der Gewerkschaften, Ludwig Rosenberg, auf der Kundgebung vom 6. Oktober 1966 als Grundgedanken der Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung darlegte, kann nicht als Angelegenheit eines egoistischen Gruppeninteresses abgetan werden; es ist die Äußerung eines neuen Wirtschaftsgeistes, der alle angeht: „Eine wahre Demokratie beschränkt sich nicht auf den politischen Sektor. Man kann nicht gleichzeitig im politischen Bereich ein freier Bürger und im wirtschaftlichen Bereich ein Untertan sein. Gerade im täglichen Leben, im Betrieb und allen jenen Funktionen, die unseren Wirtschaftsablauf vor allem bestimmen, muß die aktive Mitwirkung aller sich nicht nur im Tun, sondern auch im Planen und Bestimmen darstellen. Wenn es wahr ist, daß die Wirtschaft unser Schicksal ist, so ist es notwendig, daß wir alle über unser Schicksal mitbestimmen." Mit diesem klaren Postulat vertreten die Gewerkschaften ein legitimes Selbsterhaltungsrecht nicht allein zum Schutz der Arbeitnehmer, sondern darüber weit hinaus aller Schichten unserer demokratischen Gesellschaft. Im übrigen bietet die angewandte demo-

kratische Kontrolle der ökonomischen Macht auch aus rein sachlicher Sicht die beste Gewähr für die volle Entfaltung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft: Sie vermag bei rationellem Einsatz aller materiellen und gesellschaftlichen Kraftquellen zugleich auch die Prinzipien des sozialen Rechtsstaats tatsächlich zu verwirklichen.

Unter welchen Aspekten auch immer man die wirtschaftlichen Gegenwartsfragen prüfen wird, am Ende wird sich zeigen: Wirtschaftspolitik unter Ausschluß der Demokratie hat keine Zukunft. Darum kann das autoritäre Konzept der Stabilisierungsgesetzgebung (und Finanzreform) — gekoppelt mit den Zwangsgesetzen der Notstandsplanung — keine Antwort auf die Finanzmiseren und Wirtschaftsprobleme der Bundesrepublik sein. Die Stabilisierung unserer Währung. Vollbeschäftigung, krisenfestes wirtschaftliches und soziales Wachstum wollen, heißt eine vorbehaltlos demokratisierte Wirtschaft wollen und gegen alle Beschwörungsformeln der Restauration durchsetzen.

Dr. Felix Rexhausen

Das Unbehagen an der Demokratie

Über einige Grundlagen der NPD

Am Tag nach der Landtagswahl 1966 in Hessen gab der Sprecher der damaligen Bundesregierung, der Staatssekretär von Hase, eine vornehmlich für das Ausland bestimmte Erklärung seiner Regierung ab. Darin hieß es zum Wahlerfolg der NPD, die Bundesregierung habe seit 1949 eine Politik verfolgt, die die internationale Zusammenarbeit mehr gepflegt habe als nationalstaatliches Denken, und werde darin von der Mehrheit der Wähler nach wie vor unterstützt.

Diese Bonner Wahl-Anmerkung ist eine rechte Halbwahrheit. Ja, die Regierung hat internationale Zusammenarbeit gepflegt, wenigstens nach einer Seite — aber was heißt „mehr gepflegt als"? Denn dem nationalstaatlichen Denken wurde mehr als eine Konzession pro Monat gemacht.

In Italien, so schrieb der Korrespondent der „Welt" Mitte November zur Reaktion auf die Bonner Regierungskrise, sage man, „das Volk in der Bundesrepublik habe zwei Jahrzehnte lang einer Reihe von politischen Illusionen angehangen: der Illusion von der Wiedervereinigung, der Illusion von der Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen, der Illusion vom Heimatrecht und der Illusion von der vollen militärischen Gleichberechtigung, die man auch die Illusion von der Atombewaffnung nennen könnte." Der Grund für die Bonner Krise sei, nach dieser Meinung, „die Konfrontation mit der Wahrheit".

Diese Überlegungen sind eine ganz feine Ergänzung zu der genannten Regierungserklärung. Denn all das, was da in Rom „Illusionen" genannt wird, das sind „nationalstaatliche" Illusionen. Haben die drei Bonner Parteien all die Jahre etwas dagegen unternommen oder haben sie diese Illusionen gestützt, durch Worte, durch Politik? Nach und nach machen die Fakten um uns den illusorischen Charakter dieser Vorstellungen einem jeden offenbar — da reichen die illusionierenden Bemühungen der etablierten Parteien nicht mehr aus, da braucht man die NPD.

Saß nicht im November 1964 der Parteivorstand der SPD auf dem Karlsruher Parteitag unter einer Karte des „Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937"? Ja, er saß. 1950/51 hätte die Bundesrepublik mangels eines entsprechenden Potsdamer Machtworts 1945 die Gebiete östlich von Oder/Neiße abschreiben müssen, öffentlich, feierlich. Innerdeutsche Schockwirkungen hätten so verheerend nicht sein können. Heute aber ist's nahezu unmöglich geworden, nachdem 20 Jahre lang „Rechtspositionen" eingenommen worden sind.

Und so haben die Parteien in diesen Dingen immer getan: mit Unklarheiten, Rechtspositionen und Verschwommenheiten operiert, und vermieden, irgendein national bis nationalistisch gesonnenes Herz zu kränken. „Volksparteien" müssen das Volk auf der Rechten ja auch mitrepräsentieren. Und diesen Tendenzen rechts kam der irrationale Kommunistenfimmel der Parteien ebenso entgegen wie der Gott sei Dank wiederbelebte Große Zapfenstreich.

Zudem konnten wir einiges nationale Selbstbewußtsein ziehen aus der Behauptung der „Stärkst-Bedrohtheit". Daß uns die Pflege dieses Selbstgefühls was kosten mußte, von der Bundeswehr bis zu den Devisenhilfen, wurde gern übersehen. Und Illusionen taten das Ihre. Wären aber die Amerikaner unsere Freunde, hätten sie dann nicht am 13. 8. 63 mit Kriegsgewalt den Mauerbau verhindert? Das hätten wir doch erwarten können.

Nun freilich sind wir mit unsern diversen Illusionen gänzlich isoliert. Die DDR ist doch ein Staat, die Amerikaner träumen doch nicht von den alten Reichsgrenzen, die Engländer doch nicht von unserer Atombewaffnung. All solche Illusionen sind Jahr um Jahr hier gepflegt worden — sei es, weil die Herren ihnen selbst anhingen, sei es, weil sie nach den rechten Wählergruppen schielten.

„Die Nachkriegszeit ist zu Ende", sagte Erhard in seiner Regierungserklärung 1965. Wohl wahr. Aber während dieser ganzen Nachkriegszeit haben es die gewählten Parteien tunlichst vermieden, die Leute in der Bundesrepublik mit dem gesamten Umfang, dem gesamten Schmerz der Niederlage von 1945 zu konfrontieren, haben sie es an Nüchternheit und Ehrlichkeit fehlen lassen — sei's aus Unvermögen, sei's aus Berechnung. So belehrt und so eingelullt müssen die Wähler doch nun ärger auf die rechte Pauke hauen, denn „die Bonner schaffen's ja nicht". Nein, sie schafften nur den Dunst, über dessen Niederschlag sie sich jetzt wundern.

So schrieb denn der Innenminister Lücke nach der Hessenwahl in der „Welt", daß eben „die Ungeduld zur Frage der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit" wachse und daß gerade die Jugend auf „Appelle an ein recht verstandenes Nationalbewußtsein" warte.

Vom ersten Republiktage an wurde das „nationale Ziel Wiedervereinigung" als fast schon erreicht hingestellt, dank der Bonner Politik. Wenn auch Politiker

und Wähler wenig Interesse an den Leuten und Problemen, an der Wirklichkeit der DDR hatten, so wurde „die Not der Teilung" doch zur dauernden nationalen Wunde stilisiert, wurde von der Lösung dieser einen Frage der eigentliche Wert und Sinn Deutschlands und jedes einzelnen Deutschen abhängig gemacht.

Aber „mehr wurde internationale Zusammenarbeit gepflegt". Und die Bürger waren wirklich für Freundschaft mit anderen Völkern — besonders wenn diese Völker nicht im Osten wohnten und wenn man persönlich nichts mit ihnen zu tun hatte. Wer wäre nicht für Frieden und Freundschaft nach Westen? Aber konkret war diese Freundschaft für den einzelnen genauso eine Wolke wie die Verbundenheit mit den „Brüdern und Schwestern jenseits der Zonengrenze".

Halbheiten und Verschwommenheiten der Politiker ließen, ungeachtet aller „internationalen Zusammenarbeit", das sogenannte nationale Empfinden auch auf andere Weise sprießen. Die Demokratie war es ja, die das Dritte Reich anprangerte; die Leute wollten aber nicht alle schlecht gewesen sein in einem Deutschland, das „an allem schuld" war, und so verlor, psychologisch, diese Demokratie an Wert, indes die Nazi-Zeit aufgewertet wurde. Die Leute wollten nicht Unrecht gehabt haben: Das Dritte Reich und seine Übel — das war ein Verhängnis, ein schicksalhaftes. Und wenn Springers „Hamburger Abendblatt" am Tag nach der Hessenwahl auch Klage führte über den „mondänen Hang zu penetrant-bußfertiger nationaler Selbstentäußerung", so wird man doch sagen müssen: in Wahrheit haben es unsere Politiker nach 1945 und 49 im Hinblick auf die Jahre davor an Entschiedenheit fehlen lassen. Entschiedenheit des Neu-Anfangs, Radikalität des „Vorbei", Betonung, daß etwas ganz Neues, ganz Anderes komme, daß jetzt neue Fundamente für eine neue Historie gelegt würden — das alles kam nie. Dafür kam Globke, und nicht er allein. Allzuvieles blieb vage; nie wurde dem „Gestern" ein für allemal und rundum der Abschied gegeben. Noch nicht einmal der Erpresser-Erfolg von München 1938 wurde abgetan. So kam es zu fortwährenden und mehr als einmal spitzfindigen Auseinandersetzungen mit der Zeit vor 1945, die man mit einem Bibelwort hätte erledigen müssen: „Laß die Toten ihre Toten begraben." Und es hätte jemand sagen müssen: der Krieg, das Sterben — das war von Anfang an sinnlos und umsonst.

Nationale Illusionen und nationale Komplexe durften aufwachsen — und schadeten der Demokratie, gegen die es in Deutschland sowieso von jeher ein starkes Mißtrauen gab. Und dieses Mißtrauen wurde nicht zurückgewiesen, sondern die Parteien und ihre Politiker machten und predigten — bewußt oder unbewußt — eine Politik, die den Vorbehalten gegen die Demokratie folgte, ihnen zustimmte. So wurde das Selbstverständnis dieses Staates ideologisch nicht etwa aus „Demokratie" gewonnen, sondern aus „Antikommunismus".

Demokratie ist so'ne Sache. Da gibt's viel „Unordnung", „Durcheinander", „Unklarheit". Daß all das positiverweise zur wirklichen Demokratie gehören muß und kann, kein „Schönheitsfehler" ist, wurde den Deutschen nie beigebracht. So kommentierte die „Bild"-Zeitung die Hessenwahl denn auch: „Ein Protest gegen das politische Durcheinander in Bonn ... Wir brauchen eine starke Regierung unter einem starken Kanzler."

Es hat all die Jahre seit 1949 einen starken Widerstand gegen solches Durcheinander gegeben. Aber angesichts des wirtschaftlichen Wohlergehens und der „Stabilität" der Bonner Regierungsordnung war den Leuten diese Demokratie

ziemlich egal und machte ihnen wenig Ärger. Natürlich, „manche Sachen hätt's unter Adolf nicht gegeben."

Immerhin, unter Adenauer herrschte „relativ Ordnung". Sein autoritatives Gehabe, seine Art, mit Freund und Feind umzugehen und, zumal in Bonn, sie „gerissen zu übertölpeln", das gefiel den Leuten ganz gut (und darum sind Adenauer-Anekdoten, wo das alles vorgeführt wird und man „diesen Kerl nur bewundern kann", Bestseller).

Sein Nachfolger wollte nicht Premier der Regierungspartei sein, sondern „Volkskanzler", über dem „Parteiengezänk". Eben. Ihm war bei der Demokratie so unbehaglich wie vielen Volksgenossen: „Alles, was heute noch so voller Spannung im politischen Raume steht, das wird sich besser gliedern, das wird sich formieren lassen", sprach er 1965.

Die SPD ihrerseits hat, solchem Unbehagen nachgebend, seit Jahren scharfe Parlamentsdebatten und -auseinandersetzungen vermieden, ja, noch nicht einmal durch das Vortragen von Alternativen „Durcheinander" aufkommen lassen. Waren die Wähler für die regierende Partei, dann durfte die SPD sich nicht mutwillig ihre Chancen verderben. Schon diese allen Parteien gemeinsame „Einstellung auf den Wähler" war eigentlich — mit verschiedenen Mitteln — der Versuch, eine künftige NPD „rechts zu überholen". Und auch die SPD verzichtete, indem sie auf demokratische Auseinandersetzung verzichtete, darauf, diesem Volk zu zeigen, was Demokratie denn eigentlich sei.

Was den Wählern an der Demokratie gefiel, das war die Möglichkeit zur „Kritik an oben". Und dieses Wohlgefallen entsprang und entspringt bestem deutschen Obrigkeitsdenken und Untertanengeist: „Die da oben", Parlamente eingeschlossen, sind unsere „geborenen Feinde". „Volks-Vertreter? Daß ich nicht lache!" Die da oben machen doch bekannterweise, was sie wollen. Dazu kam, daß die Abgeordneten nach 1945 alle ältere Leute waren, „von den Besatzungsmächten eingesetzt" — diese ganze Demokratie entstand nicht aus dem Volke (wo sie ja vielleicht auch nicht entstanden wäre), sondern blieb ein Fremdkörper.

Die wahren demokratischen Tugenden waren den Parteien etwa so unbehaglich wie den Wählern. Aus der CDU kam das Verfolgungs-Komitee „Rettet die Freiheit" ebenso wie die Attacken gegen „Linksintellektuelle" und „Gammler". Gegen derlei lautstark protestiert hat die SPD nie, die ihrerseits SDS und SHB zum Schweigen bringen wollte. Denn die SPD wollte ja mit diesem Volk an die Macht, statt verantwortungsvollerweise Wächter des demokratischen Gedankens zu sein gegen dieses Volk. Der Satz, daß irgendwo eine „gewissenlose Clique gegen unsere nationalen sittlichen Werte" handelt, leuchtete manchem Bonner Herren schon ein, bevor er im NPD-Manifest zu lesen stand.

Unbehagen an demokratischer Unruhe zeigte sich nach der Hessenwahl auch bei Dechamps von der FAZ: „Vielleicht wird nun mancher etwas nachdenklicher, der mit interessant machender Kritik an allem und jedem unbedenklich die Reaktion der Falschen herausforderte." Zur gleichen Zeit sah es die CSU ähnlich: „... eine ernste Warnung für alle jene, die sich nicht genug tun können, aus vordergründigen parteitaktischen Absichten die bisherigen Leistungen herabzusetzen..."; und Bruno Heck empfahl, die Politiker sollten sich „in der Öffentlichkeit nicht mehr gegenseitig runtermachen". Vermutlich aus demselben Grunde war „Bild" mit Springer so emphatisch für die große Koalition.

Zweifellos bieten die Parteien kein ideales demokratisches Bild: Verantwortung für das Ganze wird kleingeschrieben, Gruppen- und Parteiegoismus so groß, daß der Glaube, „die Parteien machen alles unter sich", nicht widerlegt wird. Die Wähler haben nur eine Bedeutung, eine Funktion: zu wählen. Die Bonner Krise hat's von neuem gezeigt — ihre „Lösung" nicht minder.

Zum Stimmenzuwachs der NPD in Hessen und Bayern war vielfach zu lesen, dies seien eben „Protestwahlen" gewesen, die Wähler wollten eine effektive Opposition. Sie wollen einfach welche, die laut „dagegen" sind — ob links oder rechts, ist ihnen egal? Journalisten sind groß darin, dem Wähler ihre eigenen rationalen Überlegungen zu unterstellen. „Verzweiflung an der Demokratie" angesichts des Mangels an lebendiger Demokratie? Gar der Wunsch, den Parteien mal einen Schrecken einzujagen? Doch wohl ganz einfach: das altwehrwürdige Gefühl, daß es mit der Demokratie nichts ist — Gründe hin, Gründe her.

Wer die rechte „Alternative" nicht wählen will — was soll der wählen? Er kann nur zusehen, wie die Bundestagsparteien, weil nicht rechts genug, Stimmen an die NPD verlieren. Eine neue Partei links bliebe ziemlich sicher in hoffnungsloser Minderheit. Denn wir müssen unserem Stumpfsinn treu sein, heißt unsere Ehre doch Treue.

Gewiß gibt es in allen Demokratien Rechts-Parteien und Rechts-Haltungen. Aber man darf nicht übersehen, daß die Bonner Parteien wirklich nicht von linken Gedankens Blässe angekränkelt sind; mehr Nationalismus und Zurückhaltung gegenüber der Demokratie hätte ihnen noch besser getan. Was anderswo rechtsextrem wäre, kommt dem deutschen Wähler extrem gelegen.

Häufig meinten Kommentatoren auch, die NPD sei „ein Rest, kein Anfang", und hatten sogar Beweise dafür. Zum Beispiel: Die NPD hatte in Hessen mehr Wähler zwischen 45 und 60 als jede andere Partei — 33 Prozent (CDU: 26 Prozent). Aber dafür hatte sie mit 25 Prozent eine Reihe weniger Wähler über 60 als die FDP (26 Prozent) und die CDU (33 Prozent). Außerdem ist dieser „Rest" zwischen 45 und 60 noch ca. 20 Jahre lang eine Wählerschicht — und erzieht gegenwärtig Söhne und Töchter. Diese Mannengeneration zwischen 45 und 60 war 1940 19 bis 34 Jahre alt, und sie sah das Dritte Reich doch wohl hellwach — denkt man heute so, aber sie ist auch unter der nationalsozialistischen „Weltanschauung" erwachsen geworden.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß so wenig junge Leute NPD wählten. Wahr ist, daß der Prozentsatz der NPD-Wähler unter 30 von 1965 auf 1966 noch etwas stieg (auf fast 16 Prozent), obwohl doch die NPD-Stimmen im ganzen sich verdreifacht hatten (bei den anderen Parteien stellen die Wähler unter 30 Jahren 15 bis 19 Prozent). Für diese jungen Leute ist das Dritte Reich Geschichte. Sie fühlen nur, wieder, daß das „System" nichts taugt. Ihre Väter zwischen 45 und 60, Kriegsgeneration, sind nach dem Krieg erst mit Beschimpfungen und dann mit Illusionen gefüttert worden.

Illusionen, die uns heute isolieren. Illusionen, die es 1965 unmöglich machten, den 8. Mai als Untergang eines Regimes zu feiern. „Der Untergang Deutschlands" — als ob daran am 8. Mai und nicht am 30. Januar oder 1. September zu denken wäre! Und diese Nicht-Feier des 8. Mai war begründet in der originär rechten Haltung der Regierenden, nicht in Taktik. Aber es gibt in der Bundes-

republik keinen Tag, an dem die Demokratie als Demokratie gefeiert wird, nur einen Tag antikommunistischer nationaler Besinnung.

Bonn wird Lehren aus den Erfolgen der NPD ziehen. Bonn wird sich künftig besser auf die Deutschen einstellen. Bonn wird das mit einer großen Koalition schon schaffen. Bonn wird mit Straußens Hilfe die Erkenntnis (7. XI.) von Leo Wagner (CSU) in die Tat umsetzen: „Wir müssen zum Ausdruck bringen, wo unsere nationalen Lebensinteressen liegen." Bonn wird, das gehört dazu, auf des deutschen Wählers Unbehagen an der Demokratie stärker Rücksicht nehmen; hoffentlich nützt das was, gegen diese NPD.

Walter Fischer

Zu Gast bei Notstandsexperten

Auf dem Weg zu einer durch Notstandsgesetze reglementierten Gesellschaft ist die Bundesrepublik bereits weit fortgeschritten. Wo sie heute steht, wurde deutlich auf einer Informationstagung des Ringes Wehrpolitischer Hochschulgruppen (RWPH), zu der öffentlich eingeladen worden war. Sie fand vom 27. bis 30. 9. 1966 in Waldbröl in der Bundesschule des Bundesluftschutzverbandes (BLSV) statt.

Der Ring Wehrpolitischer Hochschulgruppen wurde 1959 von Reservisten der Bundeswehr gegründet. „Sie sahen das bisherige Versagen der parteipolitisch orientierten Studentengruppen auf dem Gebiet der Wehrpolitik. Sie beobachteten die linksradikalen Grüppchen." [1]) Die verbreitete „Kritikwilligkeit junger und älterer Kommilitonen bis zur offenen Destruktion" [2]) war ihrem staatstreuen Bewußtsein zuwider. Ihr Gegenkonzept: „Erklärte Zielsetzung ist die wehrpolitische Öffentlichkeitsarbeit in der Studentenschaft..." [3]) Sie fordern die „Wiederherstellung eines gesunden sozialen Selbstverständnisses", lehnen Kritik der gegebenen gesellschaftlichen Ordnung ab und halten Forderungen nach Konfliktbeseitigung in unserer Gesellschaft mit an Carl Schmitt erinnernder Argumentation für „ideologisch begründeten Harmonisierungsglauben".[4]) Sie plädieren für eine „gesamtgesellschaftlich getragene Abwehrstrategie", Wiedervereinigung, Atomwaffenmitbestimmung, und konstatieren: „Sinnvolle Wehrpolitik, d. h. aktive Landesverteidigung, kann heute nur noch von einer Vergesellschaftung des Abwehrwillens ausgehen; Bundesdienstpflicht und wirksame Koordinierung militärischer und ziviler Anstrengungen unter Berücksichtigung von Notstandsbedingun-

---

1) W. Reineke/D. Schössler, Wissenschaft und Sicherheit. Ein Beitrag zur Vergesellschaftung der Abwehr. Verlag Politik und Strategie, Heidelberg 1966, S. 32.
2) Reineke/Schössler, S. 32.
3) Reineke/Schössler, S. 36.
4) Reineke/Schössler, S. 36.

gen sind Voraussetzung der Gesamtverteidigung. NATO-Verbände, Territorialverteidigung und Zivile Verteidigung sind auf lückenlose Zusammenarbeit zur Garantierung wirksamster Schutzfunktion angewiesen."[5])

Auf Einladung ihres Zivilschutzreferenten Bachmann (Würzburg) fanden sich etwa ein Dutzend Mitglieder des Ringes Wehrpolitischer Hochschulgruppen und einige Gäste, die der öffentlichen Einladung gefolgt waren, im geschichtsträchtigen Bau der Bundesschule des BLSV zusammen. Robert Ley, Führer der Arbeitsfront, ließ das Gebäude Anfang der vierziger Jahre errichten. Das große Projekt freilich, dessen Teil es war — ein Traktorenwerk von den Ausmaßen des VW-Werkes — blieb Torso, weil die Kriegsereignisse den Plan überrollten. Das bereits fertiggestellte Repräsentationsgebäude wurde zum KdF-Heim degradiert. Heute erinnern nicht allein die Freitreppe von Nürnberger Ausmaß, der abgeschabte Marmorprunk und das Mosaik in der Vorhalle, ein Geschenk Mussolinis an Ley, an das Dritte Reich; auch in den Aussprüchen mancher BLSV-Männer spukt die „große Zeit" nach: „Wenn der Ley noch hier wäre, dann sähe es anders aus . . ." Ley ist nicht mehr; auch Hitler nicht. So verfallen die nahegelegenen Grundmauern der unfertig gebliebenen Adolf-Hitler-Reichsparteischule weiter, und die Nische, die einst des Führers Bildnis barg, steht leer.

Daß 1945 nur das Dritte Reich zertrümmert wurde, die Ideologie hingegen, auf der es gebaut hatte, überlebte, zeigten die Vorträge des Schulleiters Meyer und des aus Köln (dort ist der Hauptsitz des BLSV) herangereisten Referenten Wunner. Der BLSV, der jetzt in Bundesselbstschutzverband umgetauft werden und insgesamt 30 Millionen Menschen nach dem Selbstschutzgesetz drillen soll, hat, wie die Notstandsplanung insgesamt, bereits eine lange Geschichte. Er wurde schon 1951 auf Betreiben des Innenministeriums gegründet. Ein Jahr später bildete er die ersten Landesstellen und führte, zunächst in Hennef an der Sieg, Lehrgänge durch. Anfangs konnte er nur als Verein von Privatpersonen existieren, da das Kontrollgesetz Nr. 23 des Alliierten jeden Luftschutz verbot; nach der Suspension dieses Gesetzes im Jahre 1952 wurde die Satzung geändert: es konnten lediglich Organisationen und Körperschaften dem Verband angehören. Dem Innenministerium nun nicht nur de facto, sondern auch de jure unterstellt, erhielt der BLSV von diesem Zeitpunkt an offiziell die Gelder, die ihm zuvor über Privatkonten zugeschoben werden mußten, weil das Unternehmen sich außerhalb der Legalität bewegte (der Etat des Jahres 1951 betrug ca. 450 000,— DM) [6]). Der BLSV wuchs in der Folgezeit rasch. Stolz verkündete der Referent die Bilanz: neben der Bundesschule existieren zehn Landesschulen, denen je eine fahrbare Ausbildungsstätte beigegeben ist, der Aufbau der Ausbildungsstätten auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene geht zügig voran, schon heute kann der Verband als von der ministeriellen Spitze bis zum kleinsten Dorf straff durchorganisiert angesehen werden.

Die Herren Fachlehrer der Bundesschule reden gern von „ihrer Leistung". Wie klein haben sie damals angefangen, wie groß liegt heute die Zukunft voller Notstandsgesetze vor ihnen! „Es hat bedeutende Bewegungen gegeben, die noch kleiner angefangen haben", lautete ein unmißverständlicher Hinweis des Herrn Wunner. Allerdings rechnet man noch mit Schwierigkeiten. Einmal, weil die Durchführung der Notstandsgesetze wegen Haushaltsschwierigkeiten „leider" aufgeschoben wurde, zum anderen, weil die Bevölkerung für den Zivilschutz nur

5) Reineke/Schössler, S. 45.
6) Referent Hoffschild (BLSV) auf der Informationstagung des Ringes Wehrpolitischer Hochschulgruppen.

schwer zu erwärmen ist. Laut wurde der Mangel an Opferbereitschaft, Einsicht und Hingabe beklagt. Auf die Universitäten ist man besonders schlecht zu sprechen. Dort herrsche ein starker Drang nach links, zur Humanistischen Studentenunion, zur Kampagne für Abrüstung und anderen ärgerlichen Organisationen. Die ständigen „Schreie der Professoren an die Gewerkschaften" treffen hier auf empfindliche Ohren. Gerade unter diesen Umständen sei der Ring Wehrpolitischer Hochschulgruppen ein Verbündeter „von außerordentlichem Vorteil". In Erregung geraten die Herren über das „monopolistische Fernsehen"; sie bedauern, daß es keine Möglichkeit gibt, die Leute vom PANORAMA und MONITOR als „gesetzesfeindlich" zu denunzieren — „aber die arbeiten leider zu geschickt". So ballen sie einstweilen nur die Faust in der Tasche. Bis zu dem Tage, an dem sich niemand mehr der gesetzlichen Reglementierung durch sie wird widersetzen können und die Pressekommissionen die „Journaille" mundtot gemacht haben.

Welche Erbitterung über die aufgeschobene Durchführung der Notstandsgesetze herrscht, zeigte die Diskussion, die auf das Referat des Ministerialdirigenten Kirchner über „Die politische und praktische Bedeutung der sogenannten einfachen Notstandsgesetze" folgte. Vorgesehen war, daß die Teilnehmer der Tagung Fragen stellten. Dazu kam es indes kaum. Mit einem Schwall von Vorwürfen stürzten sich die BLSV-Leute auf den Vertreter des Innenministeriums: Wie es habe geschehen können, daß die Mittel für den Zivilschutz gekürzt worden seien? Ob man sich im Ministerium über die treue Arbeit des BLSV im klaren sei und wisse, was für diese Arbeit unzureichende Mittel bedeuteten? Wisse man ihren Einsatz recht zu würdigen, ihre tägliche Plackerei im Dienst der Volksaufklärung? Die Wogen der Empörung gingen hoch. Die „alte Garde" war zornig, der Ministerialdirigent in der Klemme, der Bundesschulleiter peinlich berührt ob dieses Zwischenfalls. Verlegen und mühsam suchte er zu vermitteln, doch die Stimmung der Einmütigkeit war dahin.

Nach einem Rundgang durch das Gelände der Schule, Besichtigung der Feuerspritzen, Schutzhelme, Planspielanlagen, nach Begutachtung des Übungsgeländes im Freien und der Bunker im Garten brach die Tagung nach Meinerzhagen auf, um eines der 10 zentralen Warnämter der Bundesrepublik zu besuchen. Der Leiter des Warnamtes IV erklärte den Aufbau des Alarmsystems: Das Bundesgebiet ist aufgeteilt in 10 Warnbereiche, deren Grenzen ungefähr mit denen der Länder zusammenfallen. In jedem dieser Bereiche wurde ein Warnamt errichtet, dessen hauptamtliches Personal aus 32 Personen besteht, zu denen im „Ernstfall" 173 Freiwillige hinzukommen. Diese Freiwilligen erhalten bereits jetzt ihre Ausbildung. Um Sabotage und Spionage zu verhindern, werden sie „von den zuständigen Stellen überwacht". Über ein besonderes Rufsystem können sie jederzeit alarmiert werden; Transportmittel stehen bereit, um sie sofort zum Warnamt zu bringen. Die Warndienstverbindungsstelle bei dem entsprechenden Luftverteidigungsabschnitt der NATO-Luftstreitkräfte gibt den 10 Warnämtern die Luftlage durch. Die Warnämter entscheiden auf Grund der einlaufenden Meldungen selbständig darüber, ob Alarm gegeben wird oder nicht. Auf genaues Befragen der Tagungsteilnehmer mußte der Leiter des Warnamtes zugestehen, daß hier der schwache Punkt des Systems liege: es könne überrascht werden. Neben der Warnung durch Sirenen kann den örtlichen Behörden über Richtfunk und UKW gesondert der Alarmzustand mitgeteilt werden. Jedem Warnamt sind vier bis fünf Leitmeßstellen angeschlossen, welche die ABC-Lage zu erfassen und an das Warnamt weiterzugeben haben; sie arbeiten mit je 30 Mann Personal. Innerhalb der Leitmeßbezirke wiederum befinden sich im Abstand von 12 bis 15 km ABC-Meßstel-

len, deren jede mit drei Mann besetzt ist. Die Zahl der Meßstellen im Bundesgebiet soll 1296 betragen, von ihnen sind bereits 986 fertiggestellt. Daß der Ausbau des Warn- und Alarmsystems schon soweit fortgeschritten ist, liegt daran, daß mit seinem Ausbau schon begonnen wurde, bevor überhaupt eine gesetzliche Grundlage vorhanden war. Die gesetzliche Grundlage wurde erst 1957 durch das Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung geschaffen, die Arbeit begann jedoch — nach den Worten des Warnamtleiters — „außerhalb der Legalität" schon 1955. Im „Ernstfall" zieht sich die etwa 200 Mann starke Besatzung des Warnamtes in einen dreistöckigen unterirdischen Bunker zurück und alarmiert, bzw. entwarnt von dort aus. Der Bunker des Warnamtes Meinerzhagen ist 15 m tief bei einem Grundriß von 30 mal 40 m. Die reinen Baukosten betrugen 10 Millionen DM, die Ausstattung nochmals 8 Millionen. Allein für die 10 Warnamtbunker wurden also bereits 180 Millionen DM ausgegeben; was die Leitmeß- und Meßstellen sowie die Installierung der über 50 000 Sirenen, der UKW-Anlagen etc. gekostet haben und noch kosten werden, wurde nicht gesagt.

Am folgenden Tag wurde die Bundesschule des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) in Ahrweiler besichtigt. Der LSHD ist ein „Provisorium", er soll später in das Zivilschutzkorps und den Zivildienst umgewandelt werden. In 22 Gebäuden werden hier in 23 verschiedenen Lehrgängen die künftigen Führungskräfte der geplanten Organisationen geschult. Der Leiter der Schule, Feydt, nannte einige Zahlen: bis heute verfügt der LSHD über 60 000 Freiwillige; das Zivilschutzkorps soll 220 000 Mann stark werden, der Zivildienst 500 000 Personen umfassen. Das dem LSHD angeschlossene Technische Hilfswerk besteht aus 70 000 Freiwilligen und Ehrenamtlichen, die eng mit Angehörigen anderer Organisationen zusammenarbeiten (Feuerwehr, Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfalldienst, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Vereine für Schutz- und Gebrauchshunde u. a. m.). An einem „besonders gefährdeten Luftschutzort", der Hauptstadt Bonn, wurde mittels einer großen Wandkarte demonstriert, wie der LSHD arbeitet. Die Karte zeigt die Stadt und die nähere Umgebung in großem Maßstab. Eingezeichnet ist die Grenzlinie, welche den nördlichen Stadtteil (Abschnitt A) vom südlichen (Abschnitt B) trennt. Jeder Abschnitt ist unterteilt in fünf Unterabschnitte. Ein Druck auf die verschiedenen Knöpfe am Kartenrand läßt in unterschiedlichen Farben aufleuchten: Unterkünfte des örtlichen und überörtlichen LSHD (letzterer ist außerhalb des Stadtgebietes stationiert), Lager, Polizeidienststellen, Feuerwehrunterkünfte, Befehlsstellen etc. Anhand dieser Karte, auf der im „Ernstfall" die Bombenschäden, die brennenden Viertel, die verseuchten, überschwemmten oder „vertrümmerten" Gebiete eingetragen werden, wird über Funk der Einsatzbefehl an die verschiedenen Einheiten gegeben. — In der Nähe der Schule liegt das Übungsgelände. Hier stehen die Spezialfahrzeuge: Rettungswagen, Brandschutzwagen, Entgiftungskolonnen, Wasseraufbereitungsanlagen (fahrbar). Mittelpunkt des Geländes ist die „Trümmerstraße", wo an etwa 12 sorgfältig erbauten (!) Häuserruinen das Suchen und Bergen von Verletzten, Brandbekämpfung, Entgiftung und Trümmerbeseitigung geübt wird. Die Imitation der Endzeit des Zweiten Weltkrieges ist vollkommen, die Erbauer haben an alles gedacht: zerstörte Lastwagen stehen auf der Straße, zerbeulte Gaslaternen verrosten langsam, die beschädigte Kanalisation ist ebenso vorhanden wie das defekte Stromnetz, in den Trümmern der Häuser liegt Mobiliar vom Bilderrahmen (barock) bis zum Flügel, die zerschlagenen Gliedmaßen lebensgroßer Puppen, mit blutroter Farbe beschmiert, ragen zwischen niedergebrochenen Betondecken und Trümmerstücken hervor. — Wenige hundert Meter weiter steht das „Waldlager". Da die Zivilschützer offenbar selber nicht von der Wirksamkeit ihrer sonstigen Maßnahmen überzeugt sind, bauen sie

hier im Wald verschiedene Typen von Laubhütten, provisorischen Kochstellen, Waschräumen und Abortanlagen auf, die der Bevölkerung, sollte sie ihre zerstörten Städte eines Tages wieder verlassen müssen, als Anreiz zur Selbsthilfe dienen sollen. Um zu zeigen, daß an alles gedacht wurde, sei aus einer hektographierten Dienstanweisung des LSHD zitiert, die den Tagungsteilnehmern in die Hand gedrückt wurde:

„Die Hauptforderung, die an die AA" — die Abkürzung steht für Abortanlagen — „gestellt werden muß, ist die unbedingte Abschirmung gegen Fliegen ... Die Goldfliege und die stahlblaue Schmeißfliege, die von Auswurfstoffen und Aas leben, die Bremse und die Biesfliege sind die größten Feinde jeden Lagerlebens ... Für die Verrichtung der Notdurft muß jedem Lagerinsassen die ausschließliche Benutzung der erstellten AA zum Zwang gemacht werden ... Die Klassifizierung der AA nach Gesellschaftsklassen ist von vornherein ausgeschlossen ... In Not- und Kriegszeiten kann bei fettarmer, kartoffel- und gemüsereicher Kost täglich mit 300 g Kot und 1500 ccm Harn für einen Erwachsenen gerechnet werden. Nach diesen Zahlen ist bei einer Lagerbelegung von 1000 Menschen täglich mit 1500 l Harn und 30 kg Kot zu rechnen. Das sind Höchstzahlen, da 5 Prozent der Belegungsstärke Kinder sein werden ... Die Kübel müssen bei ca. 60 cm Ø und 80 cm Höhe (ähnlich einem Benzinfaß) ein Fassungsvermögen von 200 Litern = 200 kg besitzen ..." Diese Anweisung umfaßt sechs Seiten. Hat man bei der Ausarbeitung solcher Richtlinien vielleicht auch an die „Gemeinschaftsunterkünfte" des kommenden Zivildienstes gedacht oder an Kriegsgefangenenlager?

Zum Abschluß der Tagung wurden die Teilnehmer zur „Bauschau Bonn" nach Bonn in die Baunscheidtstraße gefahren. 300 m von der SPD-Baracke entfernt hat die Industrie aufgebaut, was sie schutzbedürftigen Bürgern an präfabrizierten, nur noch im Garten einzugrabenden Schutzraumprototypen zu verkaufen hofft. Zehn verschiedene Bunker können hier besichtigt werden, weitere sollen in Kürze eintreffen. Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz hat hier bereits 3500 Fachleute der Bauaufsichtsbehörden mit der auf sie zukommenden Arbeit vertraut gemacht, 1000 freiberufliche Architekten und Ingenieure gingen bis heute durch die „Planungsseminare". Der Andrang ist so groß, daß das Bundesamt nicht alle Interessenten teilnehmen lassen kann. Ein kürzlich gegründeter Fördererkreis für Bauwesen und Zivilschutz wird das Bundesamt in Zukunft unterstützen und die „Informationslücke" zu schließen suchen. — Dipl.-Ing. Oehme gab bereitwillig auf alle Fragen der Besucher Auskunft. Nach seinen Angaben werden sich die Kosten, die sich aus dem Schutzbaugesetz ergeben, pro Person auf 500 bis 1000 DM belaufen — je nach Schutzraumtyp. Auf die Erkundigung, ob es nicht rentabler sei, nach schwedischem Muster Großraumbunker zu errichten, anstatt für jedes Haus einen separaten Schutzraum zu bauen, wurde geantwortet, daß Schweden selbst von diesem Prinzip abgerückt sei, und zwar aus folgenden Gründen: die Großbunker seien leicht zu sabotieren, bei den extrem kurzen Warnzeiten könne ein Teil der Bevölkerung die weit auseinanderliegenden Räume nicht rechtzeitig erreichen, zudem sei bei vielen Personen die Gefahr der Panik zu groß. An den Verkehrsknotenpunkten der großen Städte würden allerdings auch in der Bundesrepublik Schutzräume für mehrere tausend Personen gebaut. Doch halte man sich hier an den Grundsatz, daß diese Räume auch in Normalzeiten benutzbar sein müßten, etwa als Garagen. So wurden in letzter Zeit in Frankfurt und Wiesbaden je zwei, in Bonn und Dortmund je eine Tiefgarage errichtet, die verbunkert sind. Da man mit 1500 bis 2000 schutzsuchenden Personen je Bunker rechnet, mußte eigens ein Stockwerk für Lebensmittelvorräte, sanitäre Anlagen etc. eingezogen werden. Die

Kosten für dies zusätzliche Geschoß — etwa 10 Millionen DM — werden vom Bund getragen. Auch Fußgängerunterführungen wurden in jüngster Zeit zunehmend als Bunker angelegt (in Würzburg z. B.). In Normalzeiten versenkte Stahltüren können den Durchgang in kürzester Frist zum geschlossenen Raum machen. Ein dritter Typ der „unterirdischen Mehrzweckbauten" sind die U-Bahnen, die augenblicklich an verschiedenen Orten der BRD gebaut werden. Da es zu teuer ist, Strecken und Bahnhöfe zu verbunkern — wie dies in Leningrad der Fall ist —, werden nur die Bahnhöfe verstärkt gebaut, die Strecken sollen als unterirdische Fluchtwege dienen. Vorbild für diese Entscheidung war die U-Bahn in Rotterdam. Von dort will man auch das Prinzip übernehmen, die Schienen, ähnlich wie bei der Straßenbahn, in den Boden zu senken; liegen die Schwellen offen, ist an rasches Fortkommen nicht zu denken ...
Wie sagte doch der damalige Verteidigungsminister v. Hassel: „Im Ernstfall kann nur funktionieren, was schon im Frieden funktionierte."

Georg Herde

Die Rolle der Landsmannschaften im politischen Leben der Bundesrepublik

„Für Polen ist die Grenzfrage wichtig, während die Tschechen in ihren Gesprächen immer wieder auf die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik hinwiesen... Man muß in Deutschland verstehen, daß die osteuropäischen Staaten eine Furcht vor Deutschland haben. Diese Furcht muß beseitigt werden... Die Bundesrepublik muß selbst etwas tun. Man muß in Deutschland erkennen, daß die Grenzfrage für Polen entscheidend ist und für die Tschechoslowakei das Vertriebenenproblem." Das sind Auszüge aus einem Interview, das der dänische Außenminister Per Haekkerup der Hamburger Tageszeitung „Die Welt" (22. 10. 1966) über die Erfahrungen seiner jüngsten Besuche in der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und in anderen ost- und südosteuropäischen Ländern gab.

So wie Haekkerup wurden und werden auch viele Westdeutsche, die nach Polen oder der CSSR, nach Ungarn oder Bulgarien reisen, auf die Umtriebe der revanchistischen Landsmannschaften in der BRD angesprochen. Ob Politiker oder Kaufleute, Touristen oder Künstler, Teilnehmer von Jugenddelegationen oder Wissenschaftler — übereinstimmend mußten sie bei ihren Reisen in Volksdemokratien oder in die Sowjetunion die Erfahrung machen, daß dort die Tätigkeit der Landsmannschaften mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und als wichtiges Symptom einer revisionistischen und nationalistischen Politik in der BRD beurteilt wird.

Die Hinweise auf die Bedeutung und Gefährlichkeit der Tätigkeit dieser Organisationen werden von Politikern und Journalisten in der BRD vielfach negiert, als übertrieben hingestellt, oder es wird versucht, die Landsmannschaften und ihr Treiben zu verniedlichen.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich Tschechen, Polen oder Sowjets mit Erklärungen, wie sie z. B. der führende Sozialdemokrat MdB Helmut Schmidt am 4. 6. 1966 in einem Interview der in Prag erscheinenden deutschsprachigen „Volkszeitung" gab, zufrieden geben. Schmidt verglich die in der Bundesrepublik tätigen Landsmannschaften mit Vereinen von in Südamerika lebenden Deutschen und meinte, daß es nur einige wenige der Führer wären, die die Landsmannschaften in den Geruch brächten, friedensgefährdende „revanchistische" Organisationen zu sein. Auch in der Politik kann man nicht auf die Dauer mit Erfolg Tatsachen nicht wahrhaben wollen oder sie verniedlichen. Tatsache ist, daß in der BRD ein weit verzweigtes Netz von Organisationen aufgebaut wurde, deren primäre Aufgabe es war und ist, die Beseitigung des Status quo in Europa zu propagieren; davon kann auch dadurch nicht abgelenkt werden, daß die Vertreter dieser Organisationen schon die bloße Nennung dieser Tatsache stereotyp sogleich als „Hetze" bezeichnen. Diese Organisationen entstanden in der Aera der Dulles'schen roll back-Politik, der als letzter Nachtrab Bundesregierung und CDU/CSU-Führung heute noch anhängen, weil sie durch sie die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu erreichen hoffen.

Die politische Bedeutung der landsmannschaftlichen Organisationen wird an den Teilnehmerzahlen der wichtigsten Landsmannschaftstreffen des Jahres 1966 deutlich:

14. Mai: „Deutschlandkundgebung" des Bundes der Vertriebenen in Bonn, Teilnehmer ca. 80 000;

17.—19. 6.: „Sudetendeutscher Tag" in München, Teilnehmer ca. 350 000;

19. 6.: Bundestreffen der Landsmannschaft Westpreußen in Münster, Teilnehmer ca. 20 000;

24.—26. 6.: Bundestreffen der Landsmannschaft der Oberschlesier in Düsseldorf, Teilnehmer ca. 120 000;

2.—3. 7.: Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Düsseldorf, Teilnehmer ca. 180 000;

19.—21. 8.: „Deutschlandtreffen" der Landsmannschaft Pommern in Kiel, Teilnehmer etwa 70 000;

3.—4. 9.: „Tag der Donauschwaben" in Sindelfingen, Teilnehmer ca. 12 000.

Neben diesen Bundestreffen veranstalteten die Landsmannschaften im Jahre 1966 noch einige hundert Landes-, Gebiets-, Heimatkreis- oder Patenschaftstreffen mit Teilnehmerzahlen zwischen 300 bis 15 000. An den landsmannschaftlichen Treffen des Jahres 1966 nahmen insgesamt mehr als 1½ Millionen Menschen teil. Auf allen diesen Veranstaltungen wurden in Reden und Entschließungen die Revision der in Europa bestehenden Grenzen und fast überall die Beseitigung der Gesellschaftsordnung in den Ländern Ost- und Südosteuropas gefordert.

An allen Treffen nahmen als Redner oder Gäste offizielle Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierungen und bei den örtlichen Treffen Repräsentanten der Kommunalverwaltungen teil. Jedem der Bundestreffen der Landsmannschaften und anderen großen Treffen übersandten die Bundestagsparteien Glückwunschadressen, in denen sie ihre Solidarität mit der Tätigkeit und den Zielen der Landsmannschaften ausdrückten.

Es wäre falsch, die Millionenzahl der Teilnehmer an den Landsmannschaftstreffen als stramme Parteigänger der militant antikommunistischen revisionistischen Landsmannschaftsführungen zu werten. Die meisten dieser Menschen, die zu Bundes- oder Regionaltreffen der Landsmannschaften fahren, wollen dort allein mit Verwandten, Freunden und Bekannten aus den ehemaligen Heimatdörfern und -städten zusammenkommen, um Erinnerungen an die Vergangenheit und Berichte über das in der neuen Heimat Erreichte auszutauschen. Die Mehrzahl der Teilnehmer der Landsmannschaftstreffen nimmt weder an den politischen Kundgebungen teil, noch bekundet sie Interesse für das dort Gesagte.

Aber die Tatsache ist, daß Bundesregierung und Bundestagsparteien die Landsmannschaftsführer bis heute als „Sprecher" und „Repräsentanten" aller ehemaligen Flüchtlinge und Vertriebenen und deren Kinder und Kindeskinder anerkennen und fördern. Und weiter darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Millionen ehemaligen Sudetendeutschen, Ostpreußen, Schlesier usw., die den Einladungen zu den Landsmannschaftstreffen — ganz gleich aus welchen Motiven — folgen, sich im politischen Einflußbereich der revisionistischen, militant antikommunistischen Führungskräfte bewegen.

Wer führt die Landsmannschaften?

Der Bund der Vertriebenen — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) ist die 1959 gegründete Spitzenorganisation der 19 Bundeslandsmannschaften, der landsmannschaftlichen Jugendorganisationen (vereinigt in der „Deutschen Jugend des Ostens") und der landsmannschaftlich orientierten Studentenorganisationen (vereinigt im „Ostpolitischen Deutschen Studentenbund"). Um die Landsmannschaften herum gruppieren sich in großer Zahl Kulturräte, Verbände, Vereinigungen und Ausschüsse, die auf den verschiedensten Sektoren des politischen und kulturellen Lebens tätig sind. Die Vielzahl der Verbände, Organisationen, Kulturräte, Arbeitsgemeinschaften für Ostkunde usw. usf. haben mit den im BdV vereinigten Landsmannschaften zwei Dinge gemeinsam:

1) sie sind bemüht, Stimmung für die Rückgewinnung der durch den Hitlerkrieg verlorengegangenen ehemaligen deutschen Ostgebiete zu machen, und

2) sie erhalten allesamt für diese revisionistische Tätigkeit Zuwendungen aus den Etatmitteln der Bundesregierung, der Landesregierungen oder der Kommunen.

Von seiten des Bundes der Vertriebenen wird die Mitgliederzahl der Vereinigten Landsmannschaften und Landesverbände mit 1,8 Millionen angegeben. Die politische Bedeutung der landsmannschaftlichen Organisationen und ihrer Tätigkeit wird besonders deutlich, wenn man die Frage untersucht: Wer führt diese Verbände, die nicht nur in Ost- und Südosteuropa als Stoßtrupp der revisionistischen Politik der BRD angesehen werden?

Dem BdV-Präsidium gehören an: Als Präsident Wenzel Jaksch (MdB/SPD) [1]; als Vizepräsidenten: Helmut Gossing (Staatssekreätr a. D., CDU), Erich Schellhaus (Minister a. D., CDU), Reinhold Rehs (MdB/SPD) und Rudolf Wollner (MdL/BHE). Weitere Mitglieder des Präsidiums sind u. a.: Bundesminister Seebohm (CDU) [2], Dr. Hans Edgar Jahn (MdB/CDU), Willi Homeier (MdL/FDP), Dr. Herbert Hupka (SPD), Dr. Hans Matthee (CDU).

Die größten Landsmannschaften werden geführt von: Landsmannschaft der Ostpreußen: Sprecher Reinhold Rehs (MdB/SPD) — Pommersche Landsmannschaft: Sprecher Oskar Eggert, Präsident der Pommerschen Landesversammlung Hans Edgar Jahn (MdB/CDU) — Landsmannschaft Schlesien: Bundesvorsitzender Erich Schellhaus (CDU), Stellvertreter Herbert Hupka (SPD), Vizepräsident der Schlesischen Landesversammlung Clemens Riedel (MdB/CDU) — Landsmannschaft der Oberschlesier: Bundesvorsitzender Dr. Herbert Czaja (MdB/CDU), Sprecher Dr. Otto Ulitz (CDU) — Sudetendeutsche Landsmannschaft: Sprecher Bundesminister Seebohm (CDU), stellvertretender Vorsitzender Dr. Walter Becher (MdB/CSU). Es gibt keine zweite Organisation oder Vereinigung in der BRD, die so wie der BdV mit vier Präsidiumsmitgliedern im Bundestag vertreten ist. Insgesamt sind es 25 Funktionäre der verschiedenen Landsmannschaften, die als Abgeordnete Sitz und Stimme im Bundestag haben.

Das politische Gewicht der Landsmannschaften wird nicht nur durch die Anzahl ihrer Funktionäre im Bundestag demonstriert. Führende Funktionäre der Landsmannschaften bekleiden Minister- und Staatssekretärsämter in den Landesregierungen und hohe und höchste Beamtenpositionen in der Ministerialbürokratie des Bundes und der Länder.

Die personelle Verflechtung der Landsmannschaftsführungen mit den politischen Parteien, wie mit Bundes- und Landesregierungen weist ebenso wie die Finanzierung der Landsmannschaften durch die öffentliche Hand mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß diese Organisationen keine Außenseiter im politischen Leben der Bundesrepublik sind, sondern als Interpreten der Politik der derzeit führenden Kräfte in der BRD angesehen werden müssen.

Das Verhältnis zwischen der Bundesregierung Erhard und den Landsmannschaften formulierte der jetzige CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Walter Becher (stellv. Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dort verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit) auf dem BdV-Mitarbeiterkongreß am 5. 9. 1963 wie folgt: „Wir dürfen nicht davon ausgehen, daß die Bundesregierung Erhard schlecht ist. Sie ist besser als ihr Ruf. Die Bundesregierung hat ihre Aufgabe, der BdV und die Landsmannschaften die ihrigen. Aber der BdV muß zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden könne."

Territoriale Ansprüche gegenüber der CSSR

Die Bundesregierung erklärte des öfteren, daß sie keinerlei Gebietsansprüche an die CSSR habe. In der „Friedensnote" vom 25. 3. 1966 heißt es: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das Münchener Abkommen aus dem Jahre 1938 von

---

1) Der Aufsatz wurde kurz vor dem tödlichen Unfall Wenzel Jaksch's verfaßt, d. Red.
2) Inzwischen als Bundesminister ausgeschieden, d. Red.

Hitler zerrissen wurde und keine territoriale Bedeutung mehr hat. Sie erhebt daher, wie sie mehrfach erklärt hat, gegenüber der Tschechoslowakei keine territorialen Ansprüche; sie betont, daß dies die verantwortliche Darstellung der deutschen Politik ist."

Daß diese „verantwortliche Darstellung der deutschen Politik" in der CSSR — aber auch bei allen, die sich etwas gründlicher mit den Umtrieben der Landsmannschaften und deren Verbindungen zu Regierungen und Parteien beschäftigen — nicht sehr überzeugend wirken konnte, das dürfte anhand der folgenden Zusammenstellung von Aussagen der Männer um Seebohm deutlich werden.

Anläßlich des 25. Jahrestages des „Münchener Abkommens" schrieb der persönliche Referent Bundesminister Seebohms (in dessen Funktion als Sprecher der SL), der Hauptsachbearbeiter für Heimatpolitik beim Bundesvorstand der SL, Albert Karl Simon, im Funktionärsorgan der Sudetendeutschen Landsmannschaft „Mitteilungsblatt der SL" Nr. 8/63 folgendes:

„Mit diesem völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Akt (Münchener Abkommen) wurde nicht nur das Großdeutsche Reich vollendet, sondern es wurde auch das Vertragswerk von Versailles und St. Germain revidiert und das Selbstbestimmungsrecht zum staatsgestaltenden Prinzip in Mitteleuropa erhoben ... Worum ging es 1938 wirklich? Das deutsche Volk im wiedererstarkten Deutschen Reiche und sein Führer und Kanzler waren bestrebt, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker alle Deutschen in einem Reiche zu vereinen. Der Führer und Reichskanzler war weiter bestrebt, im Zuge seiner Ostpolitik die Tschechoslowakische Republik als einen Satelliten der Sowjetunion und Frankreichs zu beseitigen... Wenn die Sudetendeutschen im Anschluß damals nicht nur einen Sieg des Selbstbestimmungsrechtes, sondern darin auch eine historische Tat des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler gesehen haben, ... so muß man auch dies aus der Lage vom Jahre 1938 verstehen, denn diese Einstellung war damals voll berechtigt. Aus all diesen Gründen ist der Vertrag von München für die Sudetendeutschen auch heute noch ein entscheidender Vertrag zur Legitimierung ihres Heimatrechtes ..."

Diese grundsätzliche Darstellung des persönlichen Referenten Seebohms, die einiges von dem nazistischen Geist aussagt, der in den Landsmannschaften herrscht, ist auch heute noch die Grundlinie der Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Bundesminister Seebohm schrieb für das Programmheft des „Sudetendeutschen Tages 1966" einen Aufsatz „Das Münchener Abkommen als historisches und politisches Problem". Im Gegensatz zu der Erklärung der Note der Bundesregierung vom 25. 3. 1966, daß das Münchener Abkommen von Hitler zerrissen wurde, schrieb Seebohm u. a.:

„Der Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich war völkerrechtlich legitim und ist staatsrechtlich ordnungsgemäß vollzogen worden... Mit der 1939 erfolgten Zerschlagung der Tschechoslowakei hat das Münchener Abkommen nichts zu tun."

Und Wenzel Jaksch sagte als Redner der Hauptkundgebung des „Sudetendeutschen Tages 1966": „Man sollte endlich auch in Bonn einsehen, daß es keine Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei geben kann, solange das Regime Novotny und das Ulbricht-Regime in Pankow auf Gedeih und Verderb

miteinander verbunden sind... Dem Herrn Bundeskanzler fehlen offenbar sachkundige Berater... Er glaubt mit der Formel auszukommen, daß das Münchener Abkommen vom Jahre 1938 von Hitler zerrissen wurde. Das trifft nicht den Kern der Sache. Was hat das mit unserem Heimatrecht zu tun, daß Hitler am 15. März 1939 in Prag einmarschierte? Die Schaffung des ‚Protektorats Böhmen Mähren' war ein Akt der Reichspolitik Hitlers..."

In diesem Zusammenhang sei die Stuttgarter Grundsatzerklärung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die während des „Sudetendeutschen Tages 1965" verabschiedet wurde, zitiert. Dort heißt es u. a.: „Wir wollen in unsere Heimat zurückkehren und als freie Menschen unser Selbstbestimmungsrecht ausüben, nicht aber dort als geduldete Minderheit unser Leben fristen. Deshalb fordern wir die Rückgabe des deutschen Heimatgebietes in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien an das rechtmäßige sudetendeutsche Heimatvolk."

A. K. Simon schrieb am 30. 6. 1966 im offiziellen Organ der SL, der „Sudetendeutschen Zeitung", nach dem „Sudetendeutschen Tag 1966" u. a. folgendes: „Der XVII. Sudetendeutsche Tag hat bewiesen, daß wir noch unnachgiebiger als bisher unsere Forderungen vor der Weltöffentlichkeit anmelden müssen... Unsere Parole, mit der wir uns für den XVIII. Sudetendeutschen Tag rüsten, wird deshalb heißen: Wir geben nicht auf! Wir bieten den Heimaträubern und Rechtsverzichtlern Paroli! Wir glauben an die geistige und politische Auferstehung des deutschen Volkes und die Erneuerung seiner politischen Führung!"

Dr. Emil Franzel, ein führender Mitarbeiter der der SL zugehörenden sudetendeutschen „Ackermann-Gemeinde" und ständiger Leitartikler mehrerer CSU-Organe, schrieb in seinem Bericht über den „Sudetendeutschen Tag" in der CSU-Wochenzeitung „Bayern-Kurier" vom 25. 6. 1966: „Heute besteht die Möglichkeit, einen Ersatz für Österreich (das alte Habsburg-Österreich, d. Verf.) zu schaffen. Ein föderativ geeinigtes Europa kann die geschichtliche Aufgabe Österreichs übernehmen. Darauf zielt die Politik der sudetendeutschen Volksgruppe wie die der vorausblickenden Staatsmänner der Gesamtnation. Die Voraussetzung für diese Lösung wäre die Befreiung der Tschechen von der kommunistischen Gewaltherrschaft. Und dies erkennen die Sudetendeutschen besser als viele vor der Konsequenz geschichtlich-historischen Denkens zurückschreckende gesamtdeutsche ‚Koexistenzialisten'. In diesem Sinne durfte Jaksch die Sudetendeutschen als ‚Kerntruppe gesamtdeutscher Zuverlässigkeit' bezeichnen."

Die Landesversammlung der Landesgruppe Bayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft (der weitaus stärkste Landesverband) forderte in einer Entschließung am 15. 10. 1966 die Bundesregierung auf: „... bei allen künftigen Verhandlungen mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik dem klaren Rechtsstandpunkt Rechnung zu tragen, daß die deutsch-tschechoslowakische Grenze erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden kann..."

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gab der „Sudetendeutschen Zeitung" ein Interview, das am 21. 10. 1966 veröffentlicht wurde. Auf die Frage: „Würde eine alsbaldige Annullierung des Münchener Abkommens die Zustimmung der CSU finden?" antwortete Strauß u. a.: „Eine Annullierung des Münchener Abkommens ‚von Anfang an' würde bedeuten, ein völkerrechtlich absolut gültiges Dokument als juristisch nicht existent zu bezeichnen. Eine solche Betrachtungsweise würde niemals die Zustimmung der CSU finden. Das Münchener Abkom-

men ist nun einmal ein völkerrechtlich wirksamer Vertrag, der auch dann rechtsgültig bleibt, wenn er von einem Vertragspartner — nämlich von Hitler, als er im Frühjahr 1939 die Rest-Tschechoslowakei durch deutsche Truppen besetzen ließ — willkürlich und in eindeutiger Absicht gebrochen wurde."

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie wenig überzeugend die feierlichen Erklärungen der Bundesregierung in Regierungserklärungen und „Friedensnoten", keine territorialen Ansprüche an die CSSR zu haben, wirken können, wenn der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU Strauß [3]) und Bundesminister Seebohm genau das Gegenteil propagieren.

Zu welchen Mitteln man greift, um die Mitgliedschaft in den Landsmannschaften zusammenzuhalten, das zeigte die Rede Bundesminister Seebohms während der Bezirksvertretertagung der SL am 28. 8. 1966 in Neugablonz (Kaufbeuren). Er sagte dort u. a.: „Als Menschen haben wir uns über alle sonstigen Unterschiede hinweg in der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusammengefunden. Diese Gemeinschaft zu verlassen, wäre ein Verrat an dem Auftrag, den wir von Gott bekommen haben."

Die Tätigkeit der Landsmannschaften belastet mit der Politik der Gebietsforderungen, die weit über die Forderungen der Bundesregierung nach den Grenzen von 1937 hinausgehen, nicht nur das Verhältnis zur Sowjetunion, Polen und der CSSR. Welche Drohungen gegenüber Ungarn oder Jugoslawien laut werden, mögen folgende Beispiel zeigen:

Im „Bundesorgan der Heimatvertriebenen aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn", „Der Donauschwabe", der meistverbreiteten Wochenzeitung im Raum der Donauschwäbischen Landsmannschaften, ist in der Ausgabe vom 12. 6. 1966 ein umfangreicher Spitzenartikel von Dr. Fritz Zimmermann, einem führenden Funktionär der Donauschwäbischen Landsmannschaften, veröffentlicht. Aus diesem Artikel spricht ein solcher Haß gegen das ungarische Volk, daß man glauben möchte, den „Stürmer" in der Hand zu haben. Dem ungarischen Volk wird zum Vorwurf gemacht, um das Jahr 900 als nomadisches Reitervolk der Madjaren „durch gigantischen Massenmord, also durch ein in der Geschichte Europas beispielloses Genocid", sich im Donau-Theißbecken eine Heimat geschaffen zu haben. Wörtlich heißt es dazu: „Inwiefern die madjarische Landnahme in Innerungarn — ob sie nun mit mehr oder weniger Blutvergießen erfolgte — einen völkerrechtlich anerkennenswerten Titel zur Heimatgründung darstellte, wollen wir nicht untersuchen." An anderer Stelle heißt es: „Wenn in der ungarischen Geschichte, Politik und Literatur der letzten 200 Jahre soviel von Assimilierung, Angleichung, Einschmelzung usw. die Rede ist, so sei hier klargestellt, wer sich zu assimilieren hat. Nämlich ausschließlich das Madjarentum. Man hat von ihm keine rassische und keine sprachliche Assimilierung verlangt, sehr wohl aber die kulturelle. Und das gilt auch heute noch... Ein Madjarentum, das als Spitze des turanischen Schwertes in und gegen Europa gelten will, hat in Europa keine Existenzberechtigung." Am Schluß dieses Artikels heißt es dann: „Platz in Europa ist bedingungslos für ein Stefansreich des Bekenntnisses zum Abendland, aber nicht für eine turanische Horde. Es geht hier... um europäisches oder antieuropäisches Denken. Und wenn nicht sowohl das offizielle Ungarn wie die madjarische Emigration beweisen, daß sie sich zu Europa bekennen, darf es niemand

[3]) Inzwischen wieder Bundesminister geworden, d. Red.

übelnehmen, wenn wir uns das Ziel setzen, alle Kinder unseres eigenen Stammes samt ihrem Anteil an Grund und Boden wieder in die Gemeinschaft zurückzuführen, der sie von Natur aus angehören."

„Der Donauschwabe", dessen Herausgeber, Dr. Konrad Theiss, stellvertretender Vorsitzender des „Verbandes heimatvertriebener Verleger e. V.", kürzlich mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, bedient sich bei der antikommunistischen Hetze gegen die sozialistischen Balkanländer des öfteren auch Autoren aus der Führungsclique der in die BRD emigrierten faschistischen Ustaschaleute. So schrieb in „Donauschwabe" vom 16. 10. 1966 Stjepan Buć, ein Mann, der als Ehrengast und „Vertreter Kroatiens" auf den Bundestreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und anderen Veranstaltungen vorgestellt wird, u. a. folgendes: „Wir dürfen nie die wichtige Tatsache aus den Augen verlieren, daß die Bundesrepublik Deutschland nach der Zerstörung Europas eine ‚antemurale occidentis", bzw. ein Bollwerk gegen Asien und den Balkan geworden ist. Diese Rolle hatte bis 1918 die Donaumonarchie gehabt. Nach ihrer Zerstörung (durch außereuropäische Kräfte!) ist Deutschland der Gefahr der Balkanisierung (oder Asiatisierung) viel näher gerückt... Und was kann man heute de facto beobachten? Die Tatsache, daß wir selber — ohne es zu fühlen oder uns dessen bewußt zu sein — jene Balkanisierung auf verschiedene Weise fördern, bzw. unterstützen! Man muß sich stets vor Augen halten, daß der Serbe, bzw. Montenegriner der Abstammung nach ein Asiate ist. Vom Standpunkt des ‚homo europaeus' aus ist er unzurechnungsfähig und unberechenbar (wie der Moskowit). Gegenüber dem Verhalten eines solchen Menschen muß man stets das Dante-Wort im Sinn haben: ‚Guarda e passa!' Mit seiner Moral, mit seiner Kultur, haben wir nichts gemeinsam, ganz im Gegenteil: Wir müssen uns davor hüten... Der europäische Mensch kann mit jenem rassisch-montenegrinischen Typ gar nicht verglichen werden. Unser europäischer Mensch kann mit jenem Asiaten, seiner pathologischen Machtgier, seiner List, seiner Grausamkeit usw. einfach nicht auskommen. Das hat die Geschichte der letzten Jahrzehnte klar bestätigt. Wir haben die stärkste Waffe in den Händen, um unseren Todfeind zu bekämpfen."

Die hier zum Ausdruck kommende fanatische, pathologische Rassenhetze verstößt eindeutig gegen das Grundgesetz der BRD.

Umtriebe in Südtirol

Die Tätigkeit der Landsmannschaften belastet nicht nur die Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Nachbarländern.

Erst kürzlich wurden führende Funktionäre der Landsmannschaften, so Wenzel Jaksch, der FDP-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Sudetendeutschen Rates Zoglmann und andere durch italienische Politiker und Publikationsorgane der Einmischung in Südtirol bezichtigt. Nachweisbar ist, daß die Landsmannschaften und deren Nebenorganisationen schon seit vielen Jahren Südtirol als politisches Exerzierfeld betrachten und mit den verschiedensten Mitteln und Methoden bemüht sind, die Südtiroler Bevölkerung nationalistisch aufzustacheln. So wurde das von italienischer Seite als „Münchener Zentrale" bezeichnete „Kulturwerk für Südtirol" (KfS), das laut italienischen Presseberichten hinter den antiitalienischen Umtrieben in Südtirol stehen soll, im Jahre 1956 von Funktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft gegründet. Die Geschäftsstelle des KfS befand sich bis zu dem Zeitpunkt, als die ersten Kritiken an der Tätigkeit dieses

Kulturwerks laut wurden, in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle der SL in München, Karlsplatz 11. Bis zum Jahre 1960 war der Bundesvorsitzende der SL, der ehemalige Leiter des NSDAP-Gaugerichts Sudetenland, Dr. Böhm, auch erster Vorsitzender des KfS. Auch die Landesorganisationen des KfS wurden von Landsmannschaftsfunktionären und -mitarbeitern ins Leben gerufen. Von Ende der fünfziger Jahre an wurden in Südtirol Schulungsstätten für die „Deutsche Jugend des Ostens" und die Landsmannschaften errichtet, Patenschaften durch Landsmannschaftsorganisationen für Ortschaften in Norditalien übernommen und ständige Exkursionen landsmannschaftlicher Gruppen bis in die abgelegensten Orte des norditalienischen Berglandes durchgeführt.

„Grenzlanderlebnis Südtirol", unter dieser Überschrift berichtete der „Witiko-Brief" schon im Jahre 1958 in Folge 6 über Ablauf und Zielsetzung solcher Exkursionen. Dort heißt es: „Mit 48 Angehörigen von 12 Korporationen der Deutschen Burschenschaft war unser Kamerad Dr. Fleißner am 30. 4. zu einer mehrtägigen Südtirolfahrt von München aufgebrochen. Es ging darum, das Grenzlanderlebnis jungen kritischen, vielleicht auch etwas zu intellektuellen Studenten von heute in besonderer Weise zu vermitteln und dabei mitzuhelfen, die Voraussetzungen eines volksbewußten Denkens zu schaffen... Wie selten einmütig und in der Überzeugung gefestigt, kehrten die Teilnehmer der Grenzlandfahrt nach 4 Tagen nach München zurück, wo wenige Tage später vor einem nunmehr auf fast 100 Teilnehmer angewachsenen burschenschaftlichen Arbeitskreis für gesamtdeutsche Fragen unser Kamerad Dr. Strosche über Böhmen und Bayern sprach. Die im Süden gewonnenen Anschauungen bezüglich der Grenzlandaufgabe erleichterte es dem Referenten, den Blick der jungen Studierenden nach Osten zu richten."

Der hier zitierte „Witikobrief" ist das interne Mitteilungsblatt des „Witikobundes", einer der sogenannten Gesinnungsgemeinschaften in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In dieser völkischen Gesinnungsgemeinschaft „Witikobund" organisierten sich vorwiegend die ehemals führenden NSDAP-, SS- und SA-Funktionäre des NS-Gaues Sudetenland und des „Protektorats Böhmen und Mähren". Der bayerische Staatsminister a. D. Walter Stain (ehemals hoher HJ-Führer), ein führender „Witikone", charakterisierte den „Witikobund" wie folgt: „Der Witikobund war bisher eine Gemeinschaft, die vor allem als ein Protest gegen die Traditionslosigkeit der Fünfundvierziger zustande kam. Da es in den Jahren nach 1945 ein echtes Sich-Wiederfinden der völkischen Kräfte auf der politischen Ebene nicht gab, so konnte es auch nicht anders sein, als daß der Witikobund im Vergleich zu den anderen Gesinnungsgemeinschaften eine mehr oder weniger lose Zusammenfassung von Menschen gemeinsamer Vergangenheit, aber auch noch lange beabsichtigter gemeinsamer Zukunft darstellt."

Die engsten Mitarbeiter Henleins und Karl Hermann Franks, die sich im „Witikobund" zusammenfanden, sind die lenkende und leitende Kraft der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Sudetendeutschen Rates. (Sie stellen im Bundesvorstand der SL die absolute Mehrheit.) Durch gegenseitige Hilfestellung erklommen die im „Witikobund" organisierten Altnazis wichtige Positionen in der BRD. Im folgenden sind einige wenige der im „Witikobund" zusammengeschlossenen Ehemaligen aufgeführt:

Zu den „Witikonen" gehört Dr. Viktor Aschenbrenner, Regierungsrat im Hessischen Kultusministerium; früher Gauwart der „NS-Gemeinschaft Kraft durch

Freude" und Gaustellenleiter der NSDAP; heute Mitglied des Bundesvorstandes der SL. — Dr. Walter Hergl, bis Erreichung der Altersgrenze im Juli 1965 Regierungsdirektor im bayerischen Arbeitsministerium; ehemals Gauhauptstellenleiter der NSDAP und Leiter des NS-Gauamtes für Kommunalpolitik im Sudetenland, SS-Hauptsturmführer. — Franz Karmasin, Mitglied der Bundesversammlung der SL und des Sudetendeutschen Rates, Geschäftsführer des „Witikobundes"; ehemals NS-Volksgruppenführer und Stellvertreter des Führers in der Slowakei, Staatssekretär in der Tiso-Regierung; (in der CSSR in Abwesenheit wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt). — Dr. Fritz Köllner, Oberregierungsrat im Bayerischen Arbeitsministerium; ehemals Reichstagsabgeordneter der NSDAP, Gauorganisationsleiter der NSDAP und Stellvertreter des Gauleiters der NSDAP, SA-Brigadeführer. — Sepp Schwarz, Staatssekretär in Baden-Württemberg, Mitglied der SL-Bundesversammlung; ehemals Leiter der NS-Gauschrifttumskammer Sudetenland. — Siegfried Zoglmann, FDP-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender; ehemals HJ-Gebietsführer im Gau Sudetenland und Beauftragter des Reichsjugendführers beim Reichsprotektor für Böhmen und Mähren.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft erklärte kürzlich entgegen der hundertfachen Beweise, daß sie sich in die Südtirolfrage nie eingemischt habe und nicht einmische. Nur ein Beispiel als Gegenbeweis:

In dem offiziellen Organ der SL, „Sudetendeutsche Zeitung", vom 26. 4., 3. 5. und 10. 5. 1963 berichtete der „Witikone" und Landsmannschaftsfunktionär Fritz Graas über 11 Vortragsreisen mit insgesamt 42 Veranstaltungen, die er durch Südtirol unternommen hatte. In der Ausgabe vom 10. 5. 1963 berichtete Graas, wie er in Branzoll-Südtirol nördlich von Salurn eine Jugendgruppe aufzog. Wörtlich heißt es: „Die Schar ist fast auf ein halbes Hundert angewachsen, auch eine kleine Mädelgruppe entstand, und im Vorjahr kamen 17 Buben mit einigen älteren Kameraden der ‚Heimatbühne' als Gäste der ‚Sudetia' auf drei Tage nach München, und wir pferchten sie voll mit Erlebnissen. . " An anderer Stelle heißt es: „Als der unvergessene, nun verewigte Landsmann Hans Rückel Wind davon bekam, daß ich öfter gen Südtirol fuhr, er, der ja Bundesorganisationsreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft war, bekam ich von ihm den Auftrag, in Südtirol lebende Landsleute zu ‚sammeln'."

Die der CSU eng verbundene Wochenzeitung der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde „Volksbote" (Herausgeber Hans Schütz, bayerischer Staatsminister) vom 14. 4. 1962 schrieb u. a.: Nicht umsonst sind unter den hartnäckigsten Gegnern Italiens in Südtirol eine Reihe von Männern, die von Herkunft eindeutig ‚Sudetendeutsche' sind." Und weiter: „Die Sudetendeutschen sind also wirklich Fachleute in der Beurteilung nationalistischer Unterdrückungspolitik, und wir verstehen, daß Italien sie fürchtet. Es sollte achtgeben, daß die Sache in Südtirol nicht doch noch so endet wie die Beneschs. . ."

Internationale Zusammenarbeit der Reaktionäre

In jüngster Zeit sind die Landsmannschaften dazu übergegangen, eine enge Aktionsgemeinschaft mit den rechtsextremistischen Kräften in Frankreich zu bilden. Auf Einladung des Bundes der Vertriebenen weilten am 1. und 2. Oktober 1966 mehr als 100 französische Gäste bei den vom BdV veranstalteten „Heimattagen 1966" in Kehl/Rhein. Neben dem rechtsextremistischen Präsidentschafts-

kandidaten (1965) und ehemaligen Staatssekretär der Vichy-Regierung Tixier-Vignancour und anderen Mitarbeitern der rechtsradikalen „Republikanischen Allianz für Freiheit und Fortschritt" waren es Vertreter und Mitarbeiter der sogenannten französischen Vertriebenenverbände, der ANFANOMA, unter Führung des Oberst Battesti, die sich als Verbündete der Landsmannschaften in Kehl vorstellten.

Es ist bezeichnend für die politische Situation in der BRD, daß die Landsmannschaftsführer auf einer durch Staatsmittel subventionierten Veranstaltung ausgerechnet jene französischen Kräfte als „Verbündete im Kampf um das Selbstbestimmungs- und Heimatrecht der Deutschen" vorstellten, die durch Waffengewalt und Terror das algerische Volk und andere Völker an der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts zu hindern suchten.

Tixier-Vignancour und seine französischen Gesinnungsgenossen gestalteten gemeinsam mit den Männern um Wenzel Jaksch die Kehler „Heimattage" auch zu einer politischen Demonstration gegen die Politik General de Gaulles und seiner Regierung.

Der baden-württembergische Innenminister Filbinger (CDU), der als Vertreter der Landesregierung in Kehl sprach, bezeichnete die Verbrüderung der Rechtsextremisten mit den Landsmannschaftsführern als „verdienstvoll" und „ehrenhaft" und behauptete, daß „die Vertriebenen durch klare Willensbekundungen dieser Art klischeehaften Verleumdungen, die sie als Nationalisten oder Revanchisten brandmarken möchten, jeden Rückhalt nehmen."

Mit Hilfe der durch die Landsmannschaftsführungen gegründeten „Deutschen Stiftung für europäische Friedensfragen", Bonn (sie wurde kürzlich bezichtigt, die antiitalienische Bewegung im Zusammenhang mit dem Südtirol-Problem zu finanzieren), und der „Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft", Bad Godesberg, ist man in Gemeinschaft mit militant antikommunistischen, erzreaktionären amerikanischen Gesinnungsfreunden bemüht, durch abwechselnd in den USA und der BRD organisierte Tagungen sich mit den antikommunistischen Ideologen und Ostexperten aus aller Welt abzustimmen und so der Welt naiv vorzugaukeln, die westdeutschen Landsmannschaften seien in internationale demokratische Gemeinschaften integriert und schon deshalb ungefährlich. Die letzte von der „Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft" (Präsident Wenzel Jaksch) gemeinsam mit der „Foundation for Foreign Affairs", Chicago, veranstaltete „Internationale Konferenz" fand in der Zeit vom 6. bis 9. September 1966 in Wiesbaden im Haus des Hessischen Landtages statt. Star unter den über hundert „Ostexperten" war der US-Senator Thomas J. Dodd, der in seinem Referat die Atombewaffnung der NATO forderte und gegen die westliche Handelspolitik gegenüber dem Osten zufelde zog, „welche wirtschaftliche Hilfeleistungen ohne jegliche politische Bedingungen liefere".

Zu den Referenten der Tagung gehörten neben den Professoren Meißner und Lemberg (BRD) Politologen aus den USA, Formosa und Emigranten aus Ost- und Südosteuropa. Das Organ der sudetendeutschen „Seliger-Gemeinde", „Die Brücke" (München), vom 24. 9. 1966 kommentierte die Zusammenkunft der antikommunistischen Ostexperten aus aller Welt u. a. wie folgt: „Insgesamt wird man die Tagung... als einen erfolgreichen Vorstoß bezeichnen dürfen, Mißverständnisse

diesseits und jenseits des Atlantiks auszuräumen und gemeinsame, elastisch der neuen Lage angepaßte Formen politischen Denkens und Handelns hinsichtlich Ost-Mitteleuropas zu entwickeln."

Der Einfluß der Landsmannschaften auf das öffentliche Leben in der BRD

Die Bedeutung der Landsmannschaften liegt aber nicht nur in ihrer Rolle als revisionistischer, militant antikommunistischer Stoßtrupp nach außen. Auch der Hinweis auf die internationale Zusammenarbeit der Landsmannschaften mit Rechtsextremisten und Reaktionären in aller Welt gibt noch kein umfassendes Bild von dem Wirken dieser Organisationen. Nicht weniger bedeutend ist die Rolle, die die Landsmannschaften bei ihren Versuchen spielen, im Inland jede Erörterung einer neuen Ostpolitik der BRD, einer Politik der Versöhnung und der Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu verhindern.

Die Landsmannschaftsfunktionäre und ihre Presse (Gesamtauflage etwa 1,6 Millionen) gebärden sich wie Kettenhunde gegen jeden Publizisten und Politiker, gegen jede Organisation und Einzelpersönlichkeit, die es wagen, vom Bonner Ostkurs abweichende Meinungen zu äußern. Die von den Leitungen der Landsmannschaften organisierten Verleumdungs- und Rufmordaktionen hatten z. B. einen bedeutenden Anteil bei der Entfernung nonkonformistischer Persönlichkeiten aus Rundfunk und Fernsehen. Die engen Kontakte zwischen den Führungen der Landsmannschaften und den Spitzen der Bundestagsparteien sorgten dafür, daß Mitglieder und Funktionäre der einzelnen Parteien, die sich für eine Anerkennung der Realitäten in Europa aussprachen, zur Ordnung gerufen wurden. Die Aktionen gegen die führenden Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche (Autoren und Befürworter der EKD-Ostdenkschrift), die bis zu Brandlegungen gingen, wurden im wesentlichen durch die Landsmannschaftsführungen angeheizt.

Der Umstand, daß die irreale, das politische Klima in Europa vergiftende Politik, die auf die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gerichtet ist, heute noch von vielen Politikern und Publizisten als Tabu behandelt wird, ist vor allem auch auf die Rolle der Landsmannschaften als Kettenhunde gegen jeden „Abweichler" zurückzuführen. So mancher Politiker und Journalist verschweigt seine Meinung zu Fragen der Deutschland- und Ostpolitik, weil er sich vor den massierten und organisierten Rufmordaktionen der Landsmannschaften fürchtet.

Will man die Rolle der Landsmanschaften im politischen Leben der BRD beurteilen, so darf man auch nicht den Einfluß außer Acht lassen, den die revisionistische Politik und ihre Träger durch das praktizierte System der sogenannten „Patenschaften" gewonnen haben.

Das Land Bayern übernahm die Patenschaft für die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Baden-Württemberg für die Landsmannschaften der Donauschwaben, Niedersachsen für die Landsmannschaft Schlesien, Nordrhein/Westfalen für die Landsmannschaft der Oberschlesier und die der Siebenbürger Sachsen, Schleswig-Holstein für die Pommersche Landsmannschaft. Die Landesregierungen verpflichteten sich in „Patenschaftsverträgen", die Landsmannschaften bei ihrer politischen und kulturellen Arbeit materiell und ideell zu unterstützen und alles zu tun, den Gedanken an die Heimatgebiete und deren Wiedergewinnung wachzuhalten.

So wie die einzelnen Bundesländer, übernahmen fast 400 Kreise und Städte der Bundesrepublik Patenschaften für „Heimatkreis- oder -ortsverbände" der Landsmannschaften.

Im Zuge dieser Patenschaften entstanden zahlreiche „Häuser des Deutschen Ostens", „Heimatstuben" und andere Einrichtungen. Es wurden „Kulturpreise" gestiftet. Die Patenschaftsträger — Länder, Kreise wie Kommunen — finanzieren z. B. selbst die Schulung landsmannschaftlicher Funktionäre. Durch Einrichtung einer Vielzahl von Schulpatenschaften wird zusätzlich zum „Ostkundeunterricht" der revisionistische Geist in die Schulen getragen. Länder und Kommunen sind dazu übergegangen, an Gedenktagen neben den Fahnen des eigenen Landes, bzw. der eigenen Stadt auch die der Paten aus dem Osten zu hissen. In vielen Regierungsgebäuden und Rathäusern wurden zum ständigen Gedenken an den Osten Gedenktafeln und Wappen der ehemaligen Ostgebiete angebracht.

Zahlreiche Kreisverwaltungen und Kommunen stellten Landsmannschaftsfunktionäre als hauptamtliche Mitarbeiter an, deren einzige Obliegenheit die Pflege des patenschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Kreis, bzw. der Stadt zu der betreffenden landsmannschaftlichen Vereinigung ist.

Das sind nur einige Fakten, die allesamt den einen Zweck verfolgen, den revisionistischen Geist, der auf die Rückgewinnung von Gebieten in Ost- und Südosteuropa gerichtet ist, in der Bundesrepublik wachzuhalten und neu zu schüren. Wenn man davon ausgeht, daß seit langem jedem politisch denkenden Menschen klar geworden sein müßte, daß jeder Versuch, die nach dem Hitlerkrieg entstandenen Grenzen in Europa zu verändern, zur Auslösung kriegerischer Verwicklungen führen muß, so kann man die vielschichtige Tätigkeit der landsmannschaftlichen Organisationen nicht anders denn als psychologische Kriegsvorbereitung bewerten.

Die Landsmannschaften wurden als zweckbestimmte Organisationen des Kalten Krieges, als Instrumente der Dulles-Adenauerschen roll-back-Politik hochgespielt. Diese Politik ist gescheitert. Aber die Landsmannschaften sind — nach wie vor politisch, materiell und moralisch unterstützt durch die Bundesregierung und die CDU/CSU — wie in den eisigsten Zeiten des Kalten Krieges tätig.

Im weltpolitischen Klima hat sich vieles geändert. Selbst der Präsident der USA Johnson ließ in seiner Rede vom 7. 10. 1966 anklingen, daß die USA die Grenze an Oder und Neiße nicht in Frage gestellt wissen möchten. Die Bundesregierung wird durch die weltpolitische Entwicklung wie auch durch ihre Verbündeten gedrängt, die Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen sozialistischen Ländern zu verbessern.

Die in letzter Zeit durch die Bundesregierung unternommenen Bemühungen, mit den Volksrepubliken Rumänien und Bulgarien engere Beziehungen aufzunehmen, können allerdings noch nicht als ernsthafte Versuche, einen Beitrag zur Schaffung einer Friedensordnung in Europa zu leisten, angesehen werden. Denn diese Bemühungen wurden mit der deutlich vernehmbaren Begleitmusik unternommen, die Beziehungen der Volksrepubliken zur Sowjetunion zu unterminieren und zum anderen durch solche Kontakte die DDR von ihren Partnern im Warschauer Pakt und im COMECON zu isolieren. Es ist nicht anzunehmen, daß solche Bonner Rechnungen aufgehen. Auf der politischen Tagesordnung bleibt nach wie vor, daß die BRD ihren Beitrag zur Friedenssicherung in Europa zu leisten hat.

Als Beitrag wird in Ost- und Westeuropa immer dringlicher gefordert: Verzicht auf jegliche Art von Verfügungsgewalt über Atomwaffen und die aktive Mitwirkung am Zustandekommen eines Nonproliferationsvertrages. Weiter: die Anerkennung der als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Europa und die Anerkennung der DDR.

Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß eine Anerkennung der in Europa entstandenen Grenzen durch die BRD nur dann als glaubhaft empfunden werden kann, wenn gleichzeitig das ganze System der revisionistischen Stimmungsmache und Aufputschung, wie es durch die Landsmannschaften mit Hilfe der politischen Führungskräfte in der BRD organisiert wurde, abgebaut wird. Das Verhältnis der politischen Parteien — auch der SPD — zu den Landsmannschaften, deren Führern und deren Politik wird über kurz oder lang als Prüfstein für ihre Bereitschaft, an einer stabilen Friedensordnung mitzuwirken, gewertet werden.

Friedhelm Baukloh

Politische Volksbildung unerwünscht

Zur Situation der Volkshochschulen

I

Bereits auf der Kieler Tagung des Deutschen Volkshochschulverbandes am 22. 4. 1966 wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, die im Oktober dieses Jahres auf dem Volkshochschulkongreß in Frankfurt noch einmal aus zwingenden Gründen der negativ fortschreitenden Entwicklung nachdrückliche Unterstreichung fand. In dieser Resolution heißt es zur Situation der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik:

„Im Verlauf der Diskussionen über die gegenwärtige Situation der Volkshochschulen... waren sich die Delegierten darüber einig, daß die Erwachsenenbildung ein unentbehrliches Element des Gesamtbildungssystems ist... Mit um so größerer Sorge mußten sie daher von der Entwicklung der Haushaltssituation des Jahres 1966 Kenntnis nehmen. In fast allen Bundesländern ist nicht nur eine Stagnation, sondern eine drastische Reduzierung der ohnehin viel zu geringen öffentlichen Mittel für die Volkshochschulen zu verzeichnen. Dies bedeutet, daß eine Einrichtung, die jährlich von Millionen unserer Mitbürger in Anspruch genommen wird und deren Wichtigkeit für Bestand und Fortentwicklung unserer Demokratie unbestritten ist, wesentliche Einschränkungen ihres Programms vornehmen muß. Berechtigte Sparsamkeit und steigende Pflichtleistungen dürfen

jedoch nicht dazu führen, daß wichtige Einrichtungen des öffentlichen Bildungswesens durch sachlich unbegründete und nach schematischen Gesichtspunkten vorgenommene Kürzungen in ihrem Bestand gefährdet werden." [1])

Die Kieler Resolution war in ihrem Ton noch zurückhaltend, was die eigentliche Konfliktsituation betrifft. Inzwischen haben maßgebliche Persönlichkeiten des Volkshochschulverbandes deutlich darauf hingewiesen, daß es bei dem Entzug öffentlicher Mittel für die Volkshochschularbeit um einen Anschlag auf die politische Bildungsarbeit im Rahmen der Erwachsenenbildung geht.

Soeben standen die Haushaltsvoranschläge der Länder und Kommunen zur öffentlichen Erörterung an. Noch ist kein Gesamtüberblick zu gewinnen, doch eins schält sich klar heraus: Die am stärksten von den Kürzungen der Kulturetats betroffene Institution ist — mit Abstand — die Volkshochschule. Im von der CDU regierten Bundesland Rheinland-Pfalz beispielsweise sollen, nach dem Willen der Landesregierung, die Mittel für Volkshochschulen um 40 Prozent gekürzt werden. In den Haushaltsplänen der Städte sind Kürzungen zwischen 20 und 30 Prozent die Regel. In manchen Städten soll die Volkshochschule mehr als ein Drittel der öffentlichen Gelder einbüßen. Wenn Nordrhein-Westfalen sich damit brüstet, statt 850 000 DM im Vorjahr nunmehr 1 Million DM an Landesmitteln auszuzahlen, so muß hinzugefügt werden, daß dies eine nachträgliche Leistung für 1965 ist: Das Volkshochschulgesetz von Nordrhein-Westfalen sieht eine fünfundzwanzigprozentige Deckung des Fehlbedarfs der Volkshochschulen durch Landesmittel rückwirkend vor. Die Ausweitung der Volkshochschultätigkeit im Jahre 1965 schlägt damit jetzt erst zu Buche. Die Schrumpfung, die für 1967 beabsichtigt ist, wird im Landeszuschuß erst 1968 zum Tragen kommen. Diese Verzögerung ist aber auch der einzige — höchst relative — Lichtblick, der von der Geschäftsführung des Volkshochschulverbandes derzeit gesichtet wird. Die aktuelle Frage ist: Wie kann die Öffentlichkeit rasch und nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß hier ein Attentat auf die demokratische Meinungsbildung in Szene gesetzt wird? Im Rahmen dieser Untersuchung braucht dabei nicht allgemein auf die mehrfach in den „Blättern" ausführlich erörterten Zusammenhänge zwischen den gigantisch anwachsenden Militärausgaben und dem als unmittelbare Folge davon sichtbar werdenden Abbau der Sozial- und Kulturleistungen in Bund, Ländern und Gemeinden eingegangen zu werden. Das als bekannt vorausgesetzt, verwundert dennoch, daß die Kürzungen der Mittel für die Erwachsenenbildung um das 2- bis 5fache die Kürzungen anderer Kulturmittel übersteigt. Hier ist also über die durchschnittliche Kulturdemontageabsicht hinaus ein gezieltes Extra zu verzeichnen. Das aber richtet sich gegen die Institution, die gerade die politische Bildung als Haupt-Programmpunkt aufzuweisen hat. Offensichtlich also ist diese politische Bildungsarbeit der Volkshochschulen, die heute in ihrer Substanz materiell erschüttert werden soll, den herrschenden politischen Kräften unbequem.

II

So stellt sich zunächst einmal die Frage: Was versteht der Verband der Volkshochschulen unter politischer Bildungsarbeit? Am 30. März 1966 hat sich dazu in einer Rede unter dem Motto „Politisch bilden — politisch handeln" der Präsident

[1]) Abgedruckt in Volkshochschule im Westen, Marl, 3/1966.

des Volkshochschulverbandes, Prof. Dr. Hellmuth Becker, geäußert. Beckers Rede war das Hauptreferat auf dem von den Volkshochschulen veranstalteten „Kongreß zur politischen Bildung" in Bonn.

Becker zog zunächst einmal das Fazit der bisherigen politischen Bildungsarbeit der Volkshochschulen: „Man kann ohne Übertreibung heute feststellen, daß die politische Bildung ein breites Engagement in fast allen Gruppen der Gesellschaft gefunden hat: in den sozialen, religiösen und unmittelbar politischen Gruppierungen ist die Tendenz zur politischen Bildungsarbeit seit 1945 in ständigem Ansteigen begriffen. Die Einrichtungen der die Gruppen verbindenden Erwachsenenbildung wurden mit kommunaler Hilfe in großer Anzahl errichtet. Hier lehren politisch engagierte Persönlichkeiten an neutralen Institutionen im Sinne einer die Parteien und Gruppen verbindenden politischen Bildung. Allein die Zahl der Volkshochschulen, an denen politische Bildung in diesem Sinne getrieben wird, liegt heute über 1200".[2])

Die Volkshochschulen waren gleichsam Einrichtungen der ersten Stunde der Nachkriegszeit. Bei aller Unzulänglichkeit der Notunterkünfte in Sälen und Schulen — erst 1955 wurde in Marl mit der „Insel" der erste repräsentative Volkshochschulbau eingeweiht, der die gesamten Einrichtungen der Volkshochschule dieser Stadt umfaßte — wies doch die Systematik und Methodik der politischen Bildungsarbeit bereits eine bemerkenswerte Klarheit auf. Die Institution der Erwachsenenbildung will Grundlagenbildung demokratischen politischen Verhaltens vermitteln. Darum hat der Volkshochschulverband in den bis heute nicht abgerissenen Auseinandersetzungen mit staatlichen Stellen seine Selbständigkeit verteidigt. Er will sich nicht zu einem politischen Schulungsinstrument der Staatsmacht machen lassen, sondern unabhängig von den jeweiligen Regierungen zu einem kritischen staatsbürgerlichen Verhalten den mündigen Einzelnen anhalten. So gehört das Widerstandsrecht des Staatsbürgers zu den in der Volkshochschularbeit nie vernachlässigten Gesichtspunkten der politischen Bildungsarbeit.

Eine Demokratie, die auf ihre Funktionsfähigkeit in dem Sinne bedacht ist, daß sie sich eine ihrer demokratischen Rechte und Möglichkeiten gewisse, wohlinformierte Gesellschaft wünscht, wird eine solche politische Bildungsarbeit gerade in ihrer Unabhängigkeit von allen machtpolitischen Usancen und Einflüssen zu stärken und zu festigen trachten.

Es ist ein Kriterium der Bundesrepublik, daß die Erwachsenenbildung, je mehr sich das establishment in Bonn einrichtete, zunehmend in ihrer Unabhängigkeit bedroht wurde. In den sechziger Jahren verfiel die Volkshochschularbeit endgültig dem Bonner Verdikt, sie zeige „radikaldemokratische Züge". Zum Beweis genügte der CDU — so dem ehemaligen Bundesgeschäftsführer Dufhues bei verschiedenen Anlässen — die Tatsache, daß zwei gleichfalls nicht parteigebundene Organisationen, die sich für eine Demokratie ohne Abstriche verwenden, nämlich die Humanistische Union und der Deutsche Gewerkschaftsbund, mehr und mehr zu natürlichen Gefährten der Volkshochschule wurden.

Von seiten der CDU, aber auch des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie, von der Springerpresse und auch von dem für Bildungsfragen

---

[2]) Prof. Hellmuth Becker, „Politisch bilden — politisch handeln", Vortrag, gehalten auf dem Kongreß zur politischen Bildung in Bonn am 30. März 1966, abgedruckt in Volkshochschule im Westen, Marl, 3/1966.

bei der katholischen Fuldaer Bischofskonferenz zuständigen Aachener Bischof Pohlschneider und seinen Ratgebern wurde dem Volkshochschulverband immer wieder angeraten, die politische Bildungsarbeit — nach den „Verdiensten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik" — nunmehr dem Staat und den Parteien zu überlassen und stattdessen sich einer gesellschaftlich neutralen formalen „Kulturpflege" zu widmen. Dazu erklärte, um eine der jüngsten Stimmen zu zitieren, Professor Dr. Joachim H. Knoll in der Verbandszeitschrift „Volkshochschule im Westen" noch in der Augustnummer 1966 unmißverständlich: „Bildungsromantik und metaphysische Schwärmerei haben in der Erwachsenenbildung keinen Platz mehr!" [3]) Noch deutlicher formulierte in einer redaktionellen Vorbemerkung der Chefredakteur des Verbandsorgans, Dr. Rolf Bläser, den Standpunkt der Volkshochschulen: „Die Entwicklung hat sich noch immer stärker als die Tradition erwiesen." Deshalb komme „Flucht in das alte Fahrwasser und damit in die pädagogische Bedeutungslosigkeit" nicht in Frage.[4])

III

In der Tat ist die vom Gesellschaftsprozeß abgewandte abstrakte „Kulturpflege" ein Fahrwasser, in das die Erwachsenenbildung in Deutschland in der Weimarer Zeit hineinzugleiten drohte, weshalb sie damals in den entscheidenden Phasen, in denen es um die Erhaltung der Demokratie ging, nicht mitsprechen konnte. Anderenorts, in manchen Großstädten, war sie so parteipolitisch verfilzt, daß sie nicht den Abstand hatte, um ihre Unabhängigkeit allgemeinverbindlich in die Waagschale zu werfen, wie sie das heute vielerorts, und gerade in den Industriestädten, als ein Forum der Gegner einer Notstandsgesetzgebung zu leisten imstande ist.

Gerade indem die Volkshochschule sich kraft ihres demokratischen Bildungsauftrags mitten in die Gesellschaft stellte, bekam sie einen höchst lebendigen Kontakt zu den Schriftstellern und Künstlern, die in dieser demokratischen Zielsetzung mit ihr einig sind. Und so konnte sie auch ihre kulturelle Arbeit mit den Impulsen der schöpferischen Künstler und Schriftsteller unserer Zeit auf gleicher Wellenlänge vollziehen.

Auf der Europäischen Erwachsenenbildungskonferenz, die vom 19. 8. bis 4. 9. 1962 in Hamburg stattfand, zeigte sich, daß die Erwachsenenbildner der Bundesrepublik mit ihrer Auffassung nicht allein stehen, sondern sich begegnen mit der Einschätzung der Rolle der Volkshochschule in den Schwesterorganisationen der anderen westeuropäischen Länder. (Die osteuropäischen Erwachsenenbildungswerke waren 1962 in Hamburg noch nicht vertreten, auch nicht die DDR. Doch ist inzwischen der Kontakt zu ihnen, auch der Kontakt von der Bundesrepublik zur DDR, in die Bahnen eines normalen Erfahrungsaustausches eingemündet, was sich auch in den durchweg objektiven Veröffentlichungen und zahlreichen Austauschbesuchen niederschlägt.)

Die in Hamburg beschlossenen Leitsätze für „Erwachsenenbildung in einer hochindustrialisierten Gesellschaft" lassen das weitgespannte Ziel der politischen Bildungsarbeit deutlich erkennen. Es heißt dort richtungsbestimmend:

---

3) Prof. Dr. Joachim H. Knoll, „Der Horizont des dritten Bildungswegs", Volkshochschule im Westen, Marl, 4/1966.
4) Rolf Bläser, „Die Erwachsenenbildung muß sich entscheiden", Volkshochschule im Westen, 4/1966.

„Die Erwachsenenbildung soll es möglich machen, daß durch die Entwicklung eines kritischen Bewußtseins und durch Wissensvermittlung den Menschen Hilfen zur Entscheidung gegeben werden. Über die Erziehung zur sozialen Verantwortung sollte sie zur aktiven Mitarbeit im politischen Leben führen." [5]) Damit ist der Erwachsenenbildung eine wesentliche Funktion im politischen Demokratisierungsprozeß zugedacht. Wie diese politische Bildung aussehen soll, wird im einzelnen umrissen: „Politische Bildung soll zunächst die Faktoren und Funktionen des politischen Lebens behandeln und erklären. Darüber hinaus sollte sie zur Einsicht in bestehende Machtverhältnisse und in die Phänomene der Machtbeeinflussung führen, mit dem Ziel, ein kritisches Verständnis für diese Faktoren zu gewinnen. Kritikfähigkeit verhindert blinden Konformismus und ist Voraussetzung zu mündiger Entscheidung." [6])

Beachtlich ist, wie in der politischen Bildungsarbeit der Volkshochschulen zum kritischen Studieren der Informationsmittel angehalten wird. In den Leitsätzen heißt es dazu: „Es muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß wir auf Informationen aus zweiter Hand angewiesen und dadurch besonders manipulierbar sind. Damit stellt sich die Forderung, die Fähigkeit zur Beurteilung von Informationen durch die Frage nach ihrer Herkunft und Bedingtheit zu entwickeln und eine isolierte Wissensvermittlung zu vermeiden." [7])

Unbequemer kann ein politisches Bildungsprogramm jenen Machthabern kaum erscheinen, die daran interessiert sind, die Öffentlichkeit nicht aufzuklären, sondern zu manipulieren. Unangenehm ist es in Bonn auch aufgefallen, daß die Volkshochschulen sich in jüngster Zeit angesichts der weltpolitischen Gesamtlage darangegeben haben, „eine Kategorie politischen Verstehens und Handelns" ins Zentrum der Betrachtung zu rücken, die schlicht „Der Friede" überschrieben ist. Dazu schreibt Hans J. Haferkorn in der „Volkshochschule im Westen" zur Begründung, „daß sich die Politikwissenschaft dem Frieden als einem individuell, sozial und intersozial bedingten und mithin geschichtlich wandelbaren Phänomen bisher nur sehr zögernd angenommen hat." [8]) Diese „Distanz", so meint Haferkorn, stehe „in einem auffälligen Gegensatz zu der ausführlichen Beschäftigung mit Fragen des heißen und kalten Krieges" in der Publizistik der Bundesrepublik. Haferkorn geht bei der Beschäftigung mit dem Frieden in der politischen Bildungsarbeit der Volkshochschule von folgender Situation aus:

„Die Freisetzung des Zerstörungspotentials nuklearer Waffen hat das Thema Frieden aktualisiert. Trotzdem hält sich daneben die überlieferte Vorstellung, daß internationale Streitigkeiten noch durch Kriege lösbar seien."

Er fügt die weitere Feststellung hinzu: „Die wachsende Fähigkeit, mit der Bombe leben zu können, hat dazu geführt, die permanente tödliche Bedrohung zu beschönigen. Die Verharmlosung hat die Beschäftigung mit den Problemen des Friedens beeinträchtigt."

Haferkorn hält es für eine vordringliche Aufgabe, allen pseudophilosophischen und pseudorationalen Argumenten entgegenzuwirken, mit denen heute für den Krieg geworben wird — bis hin zu den Demonstrationen im Notstandsbunker —,

---

5) Abgedruckt in Volkshochschule im Westen, Marl, 5/1962.
6) A. a. O.
7) A. a. O.
8) Hans J. Haferkorn, „Der Friede — eine Kategorie politischen Verstehens und Handels", Volkshochschule im Westen, Marl, 4/1966. Alle nachfolgenden Zitate am angegebenen Ort.

und er wirft den kriegspielenden politischen Kräften (samt ihren Propagandisten) vor, mit „irrationalem, aggressivem und für den anderen unvorhersehbarem Verhalten" zerstörten sie „den Frieden anderer und ziehen sie in den Strudel der eigenen Friedlosigkeit hinein".

IV

Wir haben uns in diesem Beitrag, schon aus räumlichen Gründen, nur auf einige Hauptgesichtspunkte aus der Vielfalt politischer Bildungsarbeit der Erwachsenenbildung beschränken müssen. Es dürfte aber deutlich geworden sein, mit welchem Ernst, welcher Verantwortung, welcher Eindringlichkeit die Gefahren, die der Demokratie und dem Frieden durch die antidemokratischen und militanten Tendenzen in der Bundesrepublik drohen, in den Volkshochschulen analysiert werden.

Deshalb dürfte es nicht mehr sehr schwerfallen, zu begreifen, warum sich bei der Kulturdemontage — im Zeichen einer weiteren Steigerung der Rüstungsausgaben und Bündniserhaltungskosten — das schwerste Geschütz gegen den Etat der Volkshochschulen richtet. Man hofft, so eine der unbequemsten Quellen der Volksaufklärung über die von der Bundesrepublik betriebene Politik auszutrocknen, und hat gleichzeitig — im Sinne der Regierung — am „sinnvollsten Ende" Kulturgelder für den entgegengesetzten (Kriegsrüstungs-)Zweck „locker gemacht". Man kennt ja aus der deutschen Geschichte zur Genüge die katastrophale Gewohnheit, mit dem Sparen immer zuerst bei der Kultur zu beginnen.

Die Auseinandersetzung um die Funktionsfähigkeit der Volkshochschulen ist eine politische Frage ersten Ranges. Die Instanzen, welche die Volkshochschule „zusammenstreichen" wollen, müssen gefragt werden — und es sind leider auch so manche SPD-Kommunen dabei kräftig mit von der Partie —, warum ihnen die politische Bildungsarbeit der Volkshochschulen zerstörungswert erscheint. Die Prioritäten bei der Kulturdemontage sind, wie Karl Heinz Klugert, der Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ausführte, allzu eindeutig gesetzt, als daß man nicht die Absicht faustdick dahinter verspürte [9]).

Freilich, der Weg eines Volkes in die Formierte Gesellschaft nach den Vorstellungen des industriellen Neufeudalismus und seines militanten Großmachtanspruchs setzt eine grundlegend andere politische Bildung voraus. Darum sind die Volkshochschulen heute genau so unerwünscht wie die eng mit ihnen zusammenarbeitende gewerkschaftliche Bildungsorganisation „Arbeit und Leben" und wie die gegen jede Art politischer und weltanschaulicher Inquisition sich wendende Humanistische Union, die auch in der Regel unter dem Dach der Volkshochschulen ihre Heimstatt hat. Während die Illustrierten uns aus der Sicht von Schirach, Speer, Emmi Göring und anderen Nazibankrotteuren klarzumachen versuchen, welche Herrlichkeit das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers darstellte, während im „Spiegel" die SS wieder salonfähig gemacht wird, während ein auf das Meinungsmonopol hindrängender Pressekonzern einen Chefredakteur, der schon zu den Programmatikern nationalsozialistischer Pressegleichschaltung gehörte, als Chefideologen des Antikommunismus verpflichtet, wird das Zentrum demokratischer, antimilitaristischer politischer Erwachsenenbildung zugunsten

[9]) Vgl. Karlheinz Klugert, „Prioritäten", Volkshochschule im Westen, Marl, 4/1966.

des Rüstungshaushalts der notwendigen öffentlichen Mittel entblößt. Eins fügt sich mit Konsequenz zum anderen. Doch sollte sich der mündige Staatsbürger die Zerstörung seiner verläßlichen politischen Bildungsinstitution nicht gefallen lassen. Alle, denen Geistesfreiheit, Demokratie und Aufklärung nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sollten bei den Haushaltsberatungen aufpassen, daß hier nicht mutwillig eine folgenschwere Bildungslücke gerissen werden kann. So gewinnen die beschwörenden Schlußworte von Präsident Becker auf dem Kongreß für politische Bildung im März dieses Jahres in Bonn eine dringliche Aktualität als Anruf an jeden Demokraten:

„Politische Bildung muß dem einzelnen die politische Relevanz seines Tuns in seinem gesellschaftlichen Umkreis deutlich machen. Sie muß die Entfremdung durch Aufklärung vermindern und die Vitalität des einzelnen und der Gruppe durch Aufzeigen von Aktionswegen an das politische Geschehen heranführen. Demokratische Rationalität und demokratische Vitalität vollziehen sich nicht von selbst, sondern sie bedürfen einer ständigen und intensiven Anstrengung. Deshalb kommt es auf jeden einzelnen an." [10])

Prof. Dr. Wilfried Gottschalch

Das Bildungssystem der DDR

Die Entwicklung der menschlichen Arbeitsteilung hat im Zuge der Industrialisierung in Ost und West zu einer Auffächerung des gesamtgesellschaftlichen Gefüges in eine Vielfalt von Subkulturen und sozialen Teilgebilden geführt, die heute oft als soziale Desintegration beschrieben wird. Ein Resultat dieses Vorganges ist auch die Übertragung vieler Erziehungsaufgaben, die mehr auf instrumentale Daseinsbewältigung, auf Bewährung im Produktionsprozeß zielen, von der Familie auf die Schule. Was von einigen Soziologen und Pädagogen als Institutionalisierung oder Verschulung der Erziehung beschrieben wird, wurde dadurch notwendig, daß in der gesteigert rationalen Technik und Wirtschaft unserer Tage zahlreiche Funktionen erst verständlich werden, „wenn eine vom Ernstfall abgelöste rationale Vorbildung allgemeiner Art stattgefunden hat", wie Wilhelm Flitner meinte [1]).

Man kann die pädagogische Funktionsteilung zwischen Familie und Schule auch so beschreiben, daß man sagt: Die Familie soll die Kinder in seelische Obhut nehmen, damit sie nicht wie kleine Wilde aufwachsen, die meinen, sie müßten

---

10) Vgl. Fußnote 2.

1) Wilhelm Flitner, Die vier Quellen des Volksschulgedankens, Hamburg 1941, S. 68.

ständig für sich selbst sorgen, und deren Verhalten nach Horkheimer [2]) von „dem zynischen Prinzip der früheren bürgerlichen Philosophie: homo hominis lupus" bestimmt wird. Aufgabe der Schule wäre es dann, zwischen der unmittelbaren Erfahrungswelt der Familie und der für das Kind doch ziemlich undurchsichtigen Arbeitswelt unserer Industriegesellschaft zu vermitteln. Die Schule soll den Kindern helfen, sich ein gewisses Maß an rationalem Wissen und technischen Fertigkeiten anzueignen. Aber sie darf sich nicht mit der Erfüllung dieser Funktionen begnügen, denn Wissen und Fertigkeiten reichen nicht aus, um in der gesellschaftlichen Situation von heute bestehen zu können.

Von den Angehörigen aller sozialen Gruppen werden bestimmte Grundeigenschaften verlangt, die Hellmuth Becker folgendermaßen bezeichnet: „Erstens Zuverlässigkeit, zweitens Mobilität, drittens Weltverständnis" [3]). Diese entfalten zu helfen, ist die zweite Hauptaufgabe der Schule unserer Zeit.

Vor Aufgabenstellungen dieser Art stehen die Bildungssysteme in Ost und West. Es ist hier nicht der Ort, ausführlicher über Schulen und Hochschulen der Bundesrepublik zu sprechen. Eine Bemerkung sei jedoch vorerst erlaubt: Viele besonnene Kritiker zählen heute die Bundesrepublik in bildungspolitischer Hinsicht zu den unterentwickelten Ländern. Was aber antworten die Bildungspolitiker der DDR auf die Herausforderungen der Gegenwart? Wie entwickelte sich das Bildungswesen im östlichen deutschen Teilstaat?

Nach der Niederlage von 1945 fehlten nahezu alle Voraussetzungen für einen ordentlichen Schulbetrieb. Hunger und Erschöpfung herrschten überall. Ein Viertel aller Schulen der sowjetisch besetzten Zone war unbrauchbar. Die alten Schulbücher aus der Hitlerzeit konnten nicht mehr benutzt werden. Es fehlten 40 000 Lehrer. Von den 37 000 Lehrern, die 1945 zur Verfügung standen, mußten 22 600 als ehemalige Mitglieder der NSDAP entlassen werden [4]). In dem Zentralorgan der KPD, der „Deutschen Volkszeitung", hieß es hierzu: „Es ist besser, wir haben jetzt weniger und pädagogisch nicht so vorgebildete Lehrkräfte als verkappte Nazis, die durch Bemerkungen und Quengeleien größten Schaden anrichten können."

Anfangs war noch gar kein geregelter Schulunterricht möglich. Immerhin nahmen im Juli 1945 in Berlin bereits 110 000 Kinder an einer „schulischen Kinderbeschäftigung" teil. Ab 1. Oktober 1945 konnte an fast allen Schulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wieder unterrichtet werden.

Das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der damals in der Ostzone noch selbständigen SPD erließen am 18. Oktober 1945 einen gemeinsamen „Aufruf zur demokratischen Schulreform", auf dessen Grundlage die schon im Juli 1945 gebildete Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" vorbereitete.

Die neue deutsche Schule sollte laut diesem Gesetz „die Jugend zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen erziehen, die fähig und bereit sind, sich voll in den Dienst der Gemeinschaft des Volkes zu

---

2) Max Horkheimer, Autorität und Familie in der Gegenwart, in: Erkenntnis und Verantwortung. Festschrift für Theodor Litt, Düsseldorf 1960, S. 167.
3) Hellmuth Becker, Quantität und Qualität der Bildungspolitik, Freiburg 1962, S. 220.
4) Für die Entwicklung bis 1960 vgl.: Geschichte der Erziehung. Redaktion: Karl Heinz Günther, Franz Hofmann u. a., Berlin (Ost) 1960, S. 571 ff.

stellen. Als Mittlerin der Kultur hat sie" — so war im Gesetzestext zu lesen — „die Aufgabe, die Jugend frei von nazistischen und militaristischen Auffassungen im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen".

Heute wird der Einfluß der sowjetischen Bildungsoffiziere und Pädagogen auf dieses Gesetz in beiden Teilen Deutschlands etwas überschätzt, im Osten, weil man sich der Sowjetunion zu Dank verpflichtet fühlt, bei uns, um den Inhalt des Gesetzes zu entwerten.

Tatsächlich wurde im „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" an die Bestrebungen des radikaldemokratischen Flügels der deutschen Schulreformbewegung der Weimarer Republik angeknüpft. „Kernstück der Schulreform" wurde die achtstufige Grundschule, die von allen Kindern im Alter von sechs bis vierzehn Jahren zu besuchen war. Man wollte die Forderungen der bürgerlich-demokratischen Revolution erfüllen, deshalb sollten Staatlichkeit, Weltlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens die Prinzipien der deutschen demokratischen Schule sein.

Diesem Schulgesetz stimmten seinerzeit weite Kreise der deutschen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone zu. Bis zum IV. Pädagogischen Kongreß in Leipzig bot es vielen Schulversuchen und differenzierten pädagogischen Diskussionen einen relativ weiten Rahmen. Es lohnt sich durchaus, die ersten vier Jahrgänge der Ostberliner Zeitschrift „pädagogik" zu lesen, die damals von Max Gustav Lange, Robert Alt und Rudolf Söhring redigiert wurde. Pädagogen, Philosophen, Psychologen und Soziologen leisteten hier gute Zusammenarbeit. Theodor Litt, Peter Petersen, Victor Klemperer, Hans Georg Gadamer, Wolfgang Schadewaldt, Heinrich Deiters, Otto-Walter Haseloff, Paul Heimann und viele andere gehörten zu den Mitarbeitern.

Gewiß wurden — ich meine, mit guten Gründen — die Vorstellungen der Irrationalisten aus der alten Schulreformbewegung von Anfang an zurückgewiesen. Der Kampf gegen die entschieden demokratischen Schulreformer begann aber erst nach der auf dem IV. Pädagogischen Kongreß im August 1949 erfolgten Gleichschaltung der Bildungspolitik der SBZ mit der der SU. Er wurde mit einer Borniertheit geführt, die häufig jene übertraf, die heute einige Kritiker bestimmten westdeutschen Kulturkontrolleuren zu Recht oder Unrecht vorwerfen. Viele aufgeschlossene Pädagogen wandten in der Folge der im Oktober 1949 gegründeten DDR verbittert den Rücken zu. Oft wurden die Fähigkeiten der Lehrer und Schüler verschleudert, ihre Schaffensfreude unterdrückt. Wir sollten die Beständigkeit und Tüchtigkeit derer anerkennen, die unter so schweren Bedingungen im Schuldienst ausharrten. Ähnliche Anerkennung verdienen übrigens auch viele Lehrer in Westdeutschland.

Die Schulpolitik der DDR wurde nach 1949 von einer ziemlich kritiklosen Orientierung am Vorbild der SU bestimmt. Man muß wissen, daß nach der Oktoberrevolution die sowjetischen Volksbildungsbehörden unter dem Einfluß von Anatol Lunatscharskij und der Krupskaja, der Witwe Lenins, ähnliche Bestrebungen durchzusetzen versuchten wie die Reformpädagogen in Deutschland. Allerdings scheiterten ihre Maßnahmen gemäß dem Gesetz der Verfrühung. Stalins Konzeption einer Drill- und Buchschule entsprach der damaligen Notsituation in der SU eher. Seinerzeit formulierte Makarenko die Prinzipien

der Sowjetpädagogik, wie sie auch heute noch gelten: bewußt-disziplinierte Unterordnung, Funktionärstum, Kollektivismus, Leistungswettstreit und Sowjetpatriotismus [5]). Die stalinsche Buchschule und die autoritären Prinzipien der Sowjetpädagogik drängten auch in der DDR Geist und Verfahren jener Schulreformer zurück, die 1945 gehofft hatten, nun könnten sie endlich ihre Zukunftsträume verwirklichen. Viele der damals vollzogenen Schritte ließen sich durchaus als Notmaßnahmen rechtfertigen. Wir dürfen nicht vergessen: Die meisten Lehrer hatten keine zureichende Ausbildung. Die Schulen waren überfüllt. Es fehlte an Lehr- und Lernmitteln. Daß man jedoch, was Not war, nur zu oft byzantinisch-masochistisch verklärte, rief bei demokratischen Erziehern Verachtung und Empörung hervor. Andererseits wurden eben doch mit Erfolg große Anstrengungen unternommen, dem Bildungssystem der DDR ein sicheres Fundament zu geben. Es berührt merkwürdig, wenn seinerzeit in Westdeutschland sehr geringschätzig über die Neulehrer gesprochen wurde, heute aber der Bildungsnotstand zwar nicht proklamiert, wohl aber zugegeben wird, u. a. dadurch, daß manche unserer Volksbildungsministerien zwanzig Jahre nach Kriegsende eine Art Neulehrerausbildung propagieren und durchführen.

So groß auch der Eifer war, mit dem sich manche Bildungsfunktionäre der SED für Stalins Lernschule einsetzten, sie kamen zu spät, hatte doch noch zu Lebzeiten Stalins der XIX. Parteitag der KPdSU (1952) den Übergang zur allgemeinen Oberschulbildung, der Zehnjahresschule, und die Verwirklichung der polytechnischen Erziehung beschlossen. Damit wurde auf Bestrebungen zurückgegriffen, die zur Zielsetzung der frühsowjetischen Reformpädagogik gehörten. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) kam auch in das Schulsystem der DDR neues Leben. Diesmal hatte man sogar den Mut, eigene Wege zu gehen, und wartete nicht erst ab, welche Maßnahmen die KPdSU in dieser Hinsicht ergreifen würde. An Hunderten von Schulen wurden Versuche durchgeführt mit dem Ziel, eine Didaktik und Methodik der polytechnischen Bildung und Erziehung zu entwickeln.

Das „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR" vom 2. 12. 1959 war ein erstes umfassendes Resultat der neuen Bestrebungen. Anstelle der achtstufigen Grundschule trat nun die „zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule". Ziel war es, sie bis zum Herbst 1964 überall einzurichten. Der Hauptweg zur Förderung des Hochschulnachwuchses sollte von nun an von der zehnklassigen Oberschule über die Berufsausbildung führen, für die ein differenziertes System geschaffen wurde. Daneben blieben die zwölfklassigen Oberschulen unter der Bezeichnung „erweiterte Oberschule" erhalten. An ihnen führte man die Möglichkeit einer vollen Berufsausbildung ein. Wer während seiner Schulzeit an der erweiterten Oberschule keinen praktischen Beruf erlernte, mußte vor Aufnahme des Studiums ein berufspraktisches Jahr absolvieren.

Bedeutsam war die mit dem neuen Schulgesetz verbundene „innere Schulreform" [6]). Die Lernschule der Stalinzeit wurde insofern abgeschafft, als die Lehrer, wie es im Schulgesetz hieß, auf „eine fortschrittliche Unterrichtsmethodik", „die auf der Aktivität und Selbsttätigkeit der Schüler beruht", verpflichtet wurden. Aufgaben des neuen Bildungssystems sollten sein:

---

5) Vgl. Wilfried Gottschalch, Autoritäre und antiautoritäre Aspekte in der politischen Pädagogik Makarenkos, in: Gesellschaft, Staat, Erziehung, 9. Jg. 1964, S. 412 ff.
6) Max Gustav Lange, Die pädagogischen Probleme der Arbeitswelt in Ost und West, in: Moderne Welt, 1. Jg. 1959/60, S. 284 ff.

1) Die enge Verbindung der Schule mit dem Leben und die Überwindung des Gegensatzes zwischen körperlicher und geistiger Arbeit.

2) Das Lernen durch Tun.

3) Das theoretische und praktische Kennenlernen der Grundlagen der Produktion. Darunter ist die polytechnische Bildung und Erziehung zu verstehen. Ihre inhaltlichen Bestandteile sind im wesentlichen: die mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen der Produktion; die technischen Grundlagen, die an Hand konkreter Beispiele in den Produktionsbetrieben vertraut gemacht werden sollen; Grundkenntnisse der politischen Ökonomie; und schließlich grundlegende technische, technologische und arbeitsorganisatorische Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die sich die Schüler durch produktive Arbeit in wichtigen Produktionsbereichen aneignen sollen.

Walter Ulbricht forderte Hinwendung zu „aktiveren Lehrformen". Nun wetterte auch er gegen die nach 1949 so fleißig geübte „Kreidephysik" [7]). Lehrervortrag und Lehrer-Demonstrationsversuch stehen seitdem nicht mehr so hoch in Ehren wie früher.

Die in dem Schulgesetz von 1959 gesetzten Ziele konnten nicht ganz erreicht werden. Es ist jedoch eine hervorragende Leistung, wenn heute mehr als 70 % aller Kinder die Zehnklassenschule besuchen und 14 % das Abitur erreichen [8]). Nur teilweise gelang das Experiment der polytechnischen Erziehung, die ja eigentlich keine Berufsausbildung sein soll, sondern die Vermittlung von Kenntnissen, „die für jeden Menschen jedes beliebigen Berufs notwendig sind". Es wird „nicht eine Unterweisung in allen Zweigen der Industrie, sondern eine Unterweisung in den Grundlagen der modernen Industrie überhaupt verlangt", kann man in dem weitverbreiteten sowjetischen Lehrbuch der Pädagogik der Autoren Jessipow und Gontscharow lesen [9]). Ähnliche Forderungen werden auch immer häufiger von westeuropäischen Fachleuten erhoben. Die überkommene Berufsausbildung gilt weithin als anachronistisch. Man sieht ein, daß es wenig Sinn hat, heute für Berufe auszubilden, die es morgen vielleicht gar nicht mehr gibt. Andererseits: wie soll man mit den überlieferten Methoden für Berufe ausbilden, die es heute noch nicht gibt? Der Facharbeiter alten Typs wird immer mehr vom hochqualifizierten Vielzweckarbeiter verdrängt. Dem ist aber mehr mit einer polytechnischen Berufsausbildung gedient als mit der inzwischen doch recht fragwürdig gewordenen Handwerkslehre. Doch kann sich eine wirksame polytechnische Bildung und Erziehung nur eine Gesellschaft mit Überschußproduktion erlauben. Hier liegt denn auch der Hase im Pfeffer. Wirtschaftliche Schwierigkeiten vereitelten die an und für sich wohlgemeinten Absichten der Bildungspolitiker. Mit Recht schreibt daher Siegfried Baske in den von Peter Ludz herausgegebenen inhaltsreichen „Studien und Materialien zur Soziologie der DDR", „für die Betriebe war nicht die Unterbringung der Schüler, sondern die Planerfüllung von vorrangiger Bedeutung. Die meisten Schwierigkeiten ergaben sich aus der Tatsache, daß die Arbeiter die Hauptlast der pädagogischen Betreuung der Schüler tragen sollten, dieser Aufgabe aber in der Regel nicht

7) Zitiert nach M. G. Lange, a.a.O. S. 297.

8) Lothar Oppermann, Für höchste Qualität bei der Verwirklichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Referat auf der 8. Tagung des ZK der SED. Neues Deutschland, 13. 2. 65.

9) Jessipow und Gontscharow, Pädagogik, Lehrbuch für pädagogische Lehranstalten, Berlin und Leipzig 1948, S. 30.

gewachsen waren" [10]). Diese und ähnliche Gründe mögen dazu geführt haben, daß die polytechnische Bildung und Erziehung zugunsten einer beruflichen Grundausbildung zurücktrat. Ein Politbüro-Beschluß vom 17. Mai 1960 sah vorerst lediglich eine berufliche Grundausbildung für die Klassen 11 und 12 der „erweiterten Oberschule" vor. Der gemeinsame Beschluß des Politbüros der SED und des Ministerrates vom 3. Juli 1963 verstärkte aber auch die Berufsorientierung des Unterrichts in den Klassen 7—10. Die Diskussion um die Verbesserung des Schulwesens wurde lebhaft fortgeführt. Schließlich beschloß die Volkskammer am 25. 2. 1965 das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen". Erstmalig in der Geschichte des deutschen Bildungswesens werden in ihm alle Glieder des Bildungssystems von den Einrichtungen der Vorschulerziehung über alle Stufen der allgemeinbildenden polytechnischen Schule, der berufsbildenden Einrichtungen bis hin zur Erwachsenenqualifizierung inhaltlich und strukturell so zusammengefaßt, daß sie eine geschlossene, in sich abgestimmte Einheit von wesentlich hoher Wirksamkeit bilden.

Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems soll laut § 1 sein: „Eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen." Als grundlegende Bestandteile des Bildungssystems werden genannt: die Entwicklungen der Vorschulerziehung, die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die Einrichtungen der Berufsausbildung, die zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen, die Ingenieur- und Fachschulen, die Universitäten und Hochschulen, die Einrichtungen der Aus- und Weiterbildng der Werktätigen.

Wichtig ist, daß jedem der Übergang zur jeweils nächsthöheren Stufe bis zu den Universitäten und Hochschulen möglich ist. Damit wurde ein System permanenter Auslese geschaffen. Es gibt keine Sackgassen mehr, in denen der soziale Aufstieg enden kann. Wer als junger Mensch den Wettbewerb um einen Hochschulplatz nicht bestanden hat, kann sich später um einen Platz beim Abend- oder Fernstudium bewerben, das er neben seiner Berufstätigkeit betreiben kann. Damit wurde ein Wesensmerkmal des Proletariers beseitigt, daß er nämlich, wie es Otto Heinrich von der Gablentz einmal ausdrückte, „meist ohne Laufbahn" [11]), d. h. ohne reale Aufstiegschancen ist.

Ähnliches gilt für den Lehrerberuf. In der Bundesrepublik sind die Gelegenheiten vertikaler Mobilität für Lehrer ähnlich gering wie für Industriearbeiter. Die Aussichten horizontaler Mobilität sind sogar geringer. In der DDR hat jeder Lehrer die Möglichkeiten, Zusatzprüfungen abzulegen und damit die Lehrbefähigung für höhere Schulstufen zu erwerben. Außerdem steht jedem Lehrer der Weg zur Promotion in pädagogischen Disziplinen und im gewählten Fach offen. Diese größeren Aufstiegschancen mögen ein Grund dafür sein, daß dort geringerer Lehrermangel herrscht als bei uns. Interesse verdient der Versuch des Gesetzgebers, der für notwendig gehaltenen Allgemeinbildung neue, dem Strukturwandel der Gesellschaft angemessene Inhalte zu geben. In § 3 des Gesetzes heißt es: „Bestandteile einer modernen, sozialistischen Allgemein-

---

[10]) Siegfried Baske, Das Experiment der polytechnischen Bildung und Erziehung in der „DDR", in: Peter Ludz (Herausg.), Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Köln und Opladen 1964, S. 197.
[11]) Otto Heinrich von der Gablentz und Carl Mennicke, Deutsche Berufskunde, Leipzig 1930, S. 143.

bildung sind die mathematische, naturwissenschaftliche, gesellschaftswissenschaftliche und moralische, die muttersprachliche, fremdsprachliche, ästhetische und körperliche Bildung und Erziehung."

Es kann hier nicht auf alle Bausteine des Bildungssystems der DDR eingegangen werden. Doch soll noch einiges über die Oberschule und die „Erweiterte Oberschule" gesagt werden. Die Oberschule — genau: „Zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule" genannt — gliedert sich in die Unterstufe mit den Klassen 1 bis 3, die Mittelstufe mit den Klassen 4 bis 6, die Oberstufe mit den Klassen 7 bis 10. Es ist bemerkenswert, daß die Unterstufe von vier auf drei Jahre verkürzt wurde. Man ist der Auffassung, daß das Leistungsvermögen der Sechs- bis Neunjährigen bisher von den Pädagogen unterschätzt wurde, hält es aber andererseits für gefährlich, wenn die einzelnen Fachwissenschaften einseitig bestimmen, was zum Grundwissen gehören soll [12]). Gute Erfahrungen scheint man mit dem systematischen Mathematikunterricht in der Unterstufe gemacht zu haben. Der Direktor des Instituts für Schulmathematik an der Humboldt-Universität erläuterte die neue Arbeitsweise an zwei Beispielen. Er sagt: „Wir beschränken uns in den ersten Schuljahren nicht mehr auf die sogenannten vier Grundrechenarten, sondern machen die Schüler auch mit einer Reihe anderer Eigenschaften von Zahlen, bzw. Beziehungen zwischen Zahlen vertraut. So behandeln wir die Beziehungen ‚ist kleiner als' und ‚ist größer als', ferner gerade und ungerade Zahlen, Primzahlen, Quadratzahlen und vielleicht in Zukunft noch anderes. Als zweites möchte ich das Arbeiten mit Variablen, also den Zeichen a, b, x usw. nennen, das schon im ersten Schuljahr beginnt. Das ist eine außerordentlich wichtige Vorarbeit für die Mittel- und Oberstufe und trägt vorzüglich zur Entwicklung des funktionalen Denkens bei. Mit Hilfe der Variablen kann man vieles kurz, klar und übersichtlich zum Ausdruck bringen. Das merken übrigens die Schüler sehr bald." So Professor Klaus Härtig [13]).

In der Mittelstufe beginnt der Russischunterricht. Wird in der Unter- und Mittelstufe der Deutschunterricht als erster Schwerpunkt der Unterrichtsarbeit genannt, so in der Oberstufe der mathematisch-naturwissenschaftliche Unterricht.

„Neben dem Russischunterricht wird in der Oberstufe eine zweite Fremdsprache obligatorisch gelehrt, in der Regel Englisch." [14]) An die Stelle des in der Klassen 1 bis 6 erteilten Werkunterrichts treten ab Klasse 7 Grundlehrgänge, zu denen das Unterrichtsfach „Einführung in die sozialistische Produktion", technisches Zeichnen und der „Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion" gehören. Mit den Ergebnissen des polytechnischen Unterrichts in den Klassen 7 und 8 scheint man sehr zufrieden zu sein. Dagegen berichtete der stellvertretende Minister für Volksbildung der DDR, Hans Kaiser, daß in den Klassen 9 und 10 die Produktionsarbeit in den Betrieben in den meisten Fällen keinen Leistungsanstieg gegenüber den Klassen 7 und 8 ergeben hat [15]). Hier werden die pädagogischen Absichten wohl noch oft von betriebsökonomischen Notwendigkeiten behindert. Erstrebt wird die Vereinigung des polytechnischen Unterrichts und

---

12) Prof. Dr. Gerhart Neuner, Die Schulzeit ist kein Gummiband, Neues Deutschland, 1. 4. 1965.

13) Prof. Dr. Klaus Härtig, Besser bedeutet nicht unbedingt schwerer! Neues Deutschland, 14. 1. 65.

14) § 16, Abs. 2 des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungswesen.

15) Hans Kaiser, Alles für eine hohe Qualität im polytechnischen Unterricht, in: Polytechnische Bildung und Erziehung, 8. Jg. 1966, Heft 2.

einer beruflichen Grundausbildung zu einer einheitlichen berufsbildenden polytechnischen Ausbildung [16]). Auch die Verbindung des Abiturs mit einer Facharbeiterprüfung ist inzwischen aufgegeben worden. Offenbar wird in Hinblick auf den polytechnischen Unterricht noch experimentiert. Auf jeden Fall werden die Probleme der polytechnischen Bildung in der DDR sehr freimütig und auf hohem Niveau diskutiert. Einig ist man sich darüber, daß nicht nur ökonomisch nützliche Fertigkeiten geübt werden sollen, sondern vor allem konstruktives, funktionales und wirtschaftliches Denken.

Daneben gibt es Spezialschulen technischer, mathematischer, naturwissenschaftlicher, sprachlicher, künstlerischer und sportlicher Richtung, die in der Regel zur Hochschulreife führen und Schüler mit hohen Leistungen und besonderen Begabungen aufnehmen. Hier unterrichten u. a. auch Universitätsprofessoren [17]). Die „Erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen", kurz: „Erweiterte Oberschulen" genannt, führen die Schüler mit abgeschlossener Oberschulbildung ebenso in zwei Jahren zum Abitur wie die Abiturklassen in den Einrichtungen der Berufsausbildung. Hier sollen die auf den vorhergehenden Stufen erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten gefestigt und weiterentwickelt werden. „Über die erweiterte und vertiefte Allgemeinbildung hinaus kann der Unterricht entsprechend der späteren Studienrichtung der Schüler differenziert werden." Weiter sieht das Gesetz vor, daß die Schüler durch „hochschulgemäße Formen und Methoden der Wissensaneignung und Fähigkeitsentwicklung, wie Übungen, Seminare, Selbststudien, Konsultationen ... an Methoden des selbständigen wissenschaftlichen Studierens zu gewöhnen" sind [18]). Daneben besteht nach wie vor die Möglichkeit, die Hochschulreife durch den Besuch von Spezialschulen und Spezialklassen, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Weiterbildung für die Werktätigen zu erreichen.

Es konnten hier nur einige Bestandteile und Aspekte des Bildungssystems im anderen Teil Deutschlands erörtert werden. Keinesfalls dürfen wir die Ernsthaftigkeit und Wirksamkeit dieser Anstrengungen um die Verbesserung des Bildungswesens unterschätzen. Nur einige Zahlen seien erwähnt: Es gibt keine einzige einklassige Schule mehr in der DDR. 1945 gab es 4114. Die durchschnittliche Klassenfrequenz lag 1959 bei 25,2 Schülern. Für die Fahrtkosten zum Besuch von Zentralschulen gab der Staat 1964 50 Millionen Mark aus. 55 % aller Vorschulkinder besuchen Kindergärten. Die Anzahl der Universitäten und Hochschulen stieg seit 1949 von 17 auf 48, die Zahl der Studenten von 23 623 auf 115 870. Das sind anerkennenswerte Leistungen.

Das Bildungssystem im anderen Teile Deutschlands scheint den Anfordernissen der modernen Arbeitswelt angemessener zu sein als das der Bundesrepublik. Der Stolz vieler Westdeutscher auf unser überkommenes Schulsystem erinnert mich an eine alte Anekdote: Zwei Gänseherden begegnen einander. Der Anführer der einen fragt den der anderen, warum er und sein Gefolge den Kopf so hoch trügen. Antwort: „Wir stammen von den Gänsen ab, die das Kapitol gerettet haben." Frage: „Und was habt ihr getan?" Antwort: „Wir — nichts." „Warum seid ihr dann so stolz?" „Wir stammen von den Gänsen ab, die das Kapitol gerettet haben."

---

16) Margot Honecker, Es geht um eine hohe Qualität des polytechnischen Unterrichts, in: Polytechnische Bildung und Erziehung, 8. Jg. 1966, Heft 8/9.
17) § 18 a.a.O. Vgl. auch Horst Köpke, Das Bildungssystem im anderen Deutschland, II. Folge, Mathematikunterricht schon für Schulanfänger, in: Frankfurter Rundschau, 25. 2. 1965.
18) § 21, Abs. 3 a.a.O.

Frau Hildegard Hamm-Brücher verdient Zustimmung, wenn sie vor „einer Art bildungspolitischer Hallstein-Doktrin" warnt [19]). Das heißt jedoch nicht, daß wir kritiklos das östliche Bildungssystem bewundern dürfen. Meine kritischen Fragen lauten:

Sehen die Bildungspolitiker und Pädagogen in der DDR, daß Erziehung nicht nur Einfügung und Disziplin zum Ziel haben darf, sondern auch Sachlichkeit, Selbständigkeit, Eigensinn und Zivilcourage?

Was wird getan, damit die Spannung zwischen Selbstbehauptung und Hingabefähigkeit, zwischen Selbständigkeit und Anpassung nicht wie bisher undialektisch zugunsten des Kollektivs vernachlässigt wird? Wann werden Schulen und Universitäten endlich auch Schulen der Kritik, an denen den Geführten gelehrt wird, an der Führung zu zweifeln?

Wird die enge Verbindung der Lehren von Marx mit den besten Überlieferungen des deutschen Idealismus in der pädagogischen Praxis fruchtbar gemacht? Für Marx war Freiheit eben nicht nur „Einsicht in die Notwendigkeit" — ein Freiheitsbegriff, der übrigens zuerst von Spinoza in der Periode des Frühkapitalismus formuliert wurde. Marx kennt, wie man im „Kapital" nachlesen kann, ein „wahres Reich der Freiheit", das erst jenseits des „Reiches der Notwendigkeit" beginnt und in dem sich die Menschen „zweckfreier Selbstverwirklichung" widmen können. Paßt hierzu die einseitige Überschätzung des Leistungsprinzips, wie sie in der Forderung, man müsse „eine gesellschaftlich nützliche Sache um ihrer selbst willen tun" [20]), zum Ausdruck kommt? Wann wird man einsehen, daß die Erziehung zum Genuß, zum Glücklichsein hier und jetzt heute so wichtig geworden ist wie die Erziehung zur Arbeit, wissen wir doch, daß vereitelte Glücksbedürfnisse sich in Aggressionen gegen Menschen und Sachen Luft verschaffen?

Und wie steht es mit der Erziehung zur Empfindsamkeit gegen Unrecht in einem Herrschaftssystem, das seine Bürger immer noch autoritärer Gängelung, überflüssiger Unterdrückung aussetzt? Mir scheint, den Vorzügen der Gestalt des Bildungssystems im anderen Teil Deutschlands stehen noch erhebliche Mängel im Gehalt gegenüber. Nimmt man sie ernst im Osten? Was sagt man im Westen dazu?

---

[19]) Hildegard Hamm-Brücher, Der Weg zur demokratischen Bildungsgesellschaft, in: Die Zeit, 2. 4. 65.

[20]) Walter Wolf, Arbeit und Erziehung, Probleme der sozialistischen Arbeitserziehung der heranwachsenden Generation, Berlin 1961, S. 20.

Fernseh-Spalte

KOLOSSAL-KULTURFILM

Der Süddeutsche Rundfunk hat es sich etwas kosten lassen, die „Sieben Weltwunder der Antike" in die Liliput-Dimension des Bildschirms zu transponieren. Die eigens dafür in die weite Welt geschickte Film-Expedition leistete Imponierendes. In Museen und Ausgrabungsstätten, auf dem Terrain der alten Kulturlandschaften wurden die antiken Bauwerke oder deren Reste, wurden Skulpturen, Reliefs, Säulen, Mauern, Statuen, Grüfte, Sarkophage, Gebrauchsgegenstände gefilmt und fotografiert. So entstand ein Kolossal-Kulturfilm in Kanzleipapier-Format. Nun, das Format ist eine technische Gegebenheit; aber gegen den Kulturfilm läßt sich einiges einwenden. Schon Siegfried Kracauer hat ihn als Instrument der Pseudobildung bloßgestellt.

Ich will nicht so weit gehen, diese achtteilige Fernsehserie der Pseudobildung zu bezichtigen. Aber angesichts des Aufwandes muß das Ergebnis entschieden kritisiert werden. In dem zugleich erschienenen Buch „Die Sieben Weltwunder" von Artur Müller (Text) und Rolf Ammon (Fotos), Scherz Verlag, München, schreibt Fernsehdirektor Jaedicke, der Süddeutsche Rundfunk habe die Weltwunder einordnen wollen in den großen geschichtlichen Zusammenhang. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hätte man zumindest einen anderen Autor beauftragen müssen. Artur Müller ist gewiß ein honoriger Mann und trägt seinen guten literarischen Namen zu Recht. Aber gerade hier macht sich seine Schwäche äußerst unangenehm bemerkbar: seine mystifizierende Weltschau, sein Hang zur irrationalen Geschichtsbetrachtung. Er reflektiert Mythologie und plaudert daher, als würde ihm der alte Cheops den Text souffleieren. Beispiel 1: „Es ist ein ewiges Leben und Sterben: Sterne tauchen auf und zersprühen, Kontinente steigen hoch und versinken, Völker brechen vor aus dem Nichts, errichten Wunderwerke und verschwinden wieder..." Beispiel 2: „...der Glaube an das Walten des Göttlichen und die Hoffnung auf die Unzerstörbarkeit des Schönen." Beispiel 3 :„Der wohlgeordnete Staat, die festgefügte Ordnung der Gesellschaft finden im Jenseits ihre Fortsetzung." Beispiel 4: „Die Frauen arbeiten und träumen von Liebe und Glück. Die Mütter gebären. Die Kinder turnen und tollen. Die Mädchen spielen und tanzen..." (Die Beispiele 3 und 4 beziehen sich auf das alte Ägypten.) Man könnte so fortfahren. Selten verweist Müller auf die gesellschaftspolitische Realität der antiken Reiche und Epochen, geschweige denn auf die Zweckmäßigkeit des privilegienerhaltenden Mythos. Der „wohlgeordnete Staat" der soundsovielten Dynastie: was war er wirklich? Die Riten und Tabus: wozu dienten sie? Mit ihrer Hilfe bewahrten sich die Herrscher jahrtausendelang ihre Machtvollkommenheit. Eine geradezu banale Feststellung, aber längst noch nicht Gemeingut. Zu reklamieren ist auch die Methode: Die Weltwunder werden als „Repräsentanten einer Epoche, einer Kultur, eines Landes" präsentiert. Das ist eine haarsträubende Simplifizierung. Die Semiramis-Gärten, das Halikarnass-Mausoleum, der Pharos von Alexandrien haben zweifellos ihre kulturhistorische Bedeutung. Aber es sind Monumente persönlicher Geltungssucht, übersteigerten Personenkults (Halikarnass zum Beispiel) oder einfach Zweckbauten, keinesfalls Ausstrahlungszentren kultureller oder politischer Epochen. Also mußten ausgiebige Abschweifungen den Anspruch der Sendereihe wenigstens akzentuieren. Trotzdem kam nichts Verbindliches dabei heraus. Man kann eben am Beispiel von Olympia oder Ephesos nicht die zentrale Bedeutung Athens demonstrieren, um es etwas überspitzt zu sagen.

Möglicherweise sind unsere Maßstäbe zu streng. Aber wir meinen, gerade der Fernsehkonsument sollte nicht mit Klischees gefüttert werden. Und ist diese Formel: „So steht der Mensch auf Erden: zwischen gut und böse, zwischen Krieg und Frieden, zwischen Ergebung und Auflehnung, zwischen Himmel und Hölle... Der Weg der Menschheit ist mit Glanz und Schönheit, aber auch mit Blut und Tränen gezeichnet" — ist diese Formel etwa nicht eine Seifenblase pastroraler Geschwätzigkeit?

E. H. Wahl

Die politische Satire

SCHÖNE BESCHERUNG!

Es ist erreicht. Der Satiriker hatte sich auf dem weihnachtlichen Gabentisch eigentlich etwas anderes erhofft. Nun sieht er sich — just zum Fest des Umsatzes und der Liebe — in die Schar derer eingereiht, die im Zuge der rückläufigen Konjunktur um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.

Denn: die Bonner Satire ist schlechthin nicht mehr überbietbar. Und Satire ist mit Satire schlechthin nicht mehr zu bewältigen. Es gilt jetzt, Pamphlete zu schreiben. Nun denn:

Die große Koalition marschiert. Von links nach rechts, das ist die SPD. Den Wehner an der Spitze, den großen Trommler, den Papen der sechziger Jahre. Wollte ihn immer mal zur Leichenrettungsmedaille vorschlagen. Verdient hätte er sie. Haben eben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, die Genossen. Haben eingesehen, was es für ein Fehler war, dem Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen. Wollen das jetzt wieder gut machen. Man muß schließlich den alten Nazis zeigen, daß es damals gar nicht so gemeint war. Wie wäre das schlagender zu tun, als daß man einen dieser bräunlichen Mitmarschierer auf den Schild hebt? Das hat doch Erfolg. Äußerte doch jüngst erst Speer im „Spiegel", er fühle sich besonders zur SPD hingezogen. Was Wunder? Vielleicht gäbe er einen ganz passablen Wohnungsbauminister ab? Und der Schirach könnte das Bundesministerium für Jugend und Familie übernehmen. Mengele als Gesundheitsminister würde sich dann ganz gut einfügen. Hat aus Proporzgründen jedoch keine Chance: er ist keine Frau.

Andererseits macht sich der Trend zum Fachminister jetzt eben doch bemerkbar. Der Schröder bringt sicher Erfahrungen für sein hohes Amt mit: Die SA war schließlich eine para-militärische Organisation. Und der Strauß versteht nachgewiesenermaßen auch etwas von Finanzen. Näher darauf einzugehen, erspart sich der Pamphletist — aus begründeter Furcht vor den sicherlich sehr weitreichenden pekuniären Konsequenzen einer eventuellen Verurteilung. Soll Augstein jetzt den Bundeshaushalt sanieren? Der Finanzfachmann, Student im zweiten Semester, hat so etwas sicherlich schon erwogen. Und dann: einen Diplomaten zum Kanzler. So etwas gab es seit Bismarck nicht mehr. Ein Fachmann aus dem braunen AA. Zwölf Jahre Widerstand, und keiner hat's gemerkt. — Ist das Diplomatie?

Wie billig dagegen der Brandt. Emigration — das war zu merken. Darum setzt er jetzt auch alles daran, das vergessen zu machen. Ist ihm schon fast gelungen. Genossen, wir danken! Da marschiert ihr nun — in die große Koalition. Links, rechts, links, rechts. Moment mal, wer hier noch einmal das Wort links in den Mund nimmt, hat den Saal zu verlassen, die SPD ist in der Regierung. Also rechts, rechts. Die 51-Prozent-Klausel ist uns sicher. Die gehen über Leichen — zuerst über die eigene. Haben das nur noch nicht gemerkt. Haben wohl das Bewußtsein verloren — das Selbstbewußtsein. Was soll's, Selbstmord ist in der Bundesrepublik nicht strafbar. Und die paar Stolperschritte in Hessen und Nordrhein-Westfalen wird der Wehner schon gleichschalten. Die werden auch noch formiert. Stratege Wehner hat aus den bayerischen Landtagswahlen gelernt, die 7,4 Prozent will er jetzt für die SPD. Das hat nur einen Vorteil: die FDP wird wieder eine liberale Partei.

Wer will das noch überbieten? Wissen Sie, was für mich der Gipfel der Satire ist? Wenn eines Tages der Minister Brandt seinen Ministerkollegen Strauß gegen die Angriffe der Opposition wird in Schutz nehmen müssen.

Nur: das stellt die ganze herkömmliche dramatische Konzeption auf den Kopf. Das Satyrspiel nach der Tragödie — hieß es bisher. Nun, das Satyrspiel haben wir jetzt — die Tragödie wird nicht auf sich warten lassen. Der Notstand marschiert: Aktion Weichhirnchen!

Quod Ehrhardt demonstrandum.

Dietrich Kittner

Bücher

War Stalin nicht an allem schuld?

Brian Gardner, 1945 oder Die versäumte Zukunft. Aus dem Englischen von Manfred und Erika v. Conta, Paul Zsolnay Verlag, Wien—Hamburg 1965, 407 S., Ln. 24,— DM.
Gar Alperowitz, Atomare Diplomatie: Hiroshima und Potsdam — Amerikas Bombe traf Japan, um Rußland zu beeindrucken. Rütten + Loening, München, 288 S., Ln. 19,80 DM.

Über das „Schicksalsjahr 1866" — viele Veröffentlichungen zum Thema Königgrätz in den zurückliegenden Monaten haben das bewiesen — kann kaum noch grundsätzlich Neues gefunden werden, was die damaligen Ereignisse selbst betrifft. Ganz anders verhält es sich mit dem uns näheren „Schicksalsjahr 1945". Obwohl es auch darüber inzwischen eine ganze Menge Literatur gibt, ist noch längst nicht alles Tatsachenmaterial bekannt, und daher sind Überraschungen auch in der Sache, nicht etwa nur in der Interpretation, durchaus möglich. Den jüngsten Beweis dafür liefern diese beiden Bücher; sie ergänzen sich und bringen, beide aus anglo-amerikanischer Feder stammend, neues Material, um nicht zuletzt die damalige Sowjetpolitik, vor allem auch Stalin persönlich, zu entlasten.

Gardner stützt sich primär auf zeitgenössische Berichte amerikanischer und britischer, aber auch neutraler Zeitungen aus dem Jahr 1945: sein Ziel ist eine anschaulich geschriebene politische Reportage über das globale Geschehen dieses Jahres und die Beantwortung der Frage, warum mit Kriegsende der Weltfriede nicht wirklich erreicht oder — dem deutschen Titel des Buches folgend — „die Zukunft versäumt wurde". Er hat dabei ein scharfes Auge für damalige westliche Versäumnisse und vor allem für die vielen Umstimmigkeiten zwischen Engländern und Amerikanern auf der einen und Angloamerikanern und Franzosen auf der anderen Seite. Schon in dieser Beziehung bringt er einige kaum bekannte Einzelheiten, wie u. a. General de Gaulles Versuche, nicht nur die seinerzeit französische Besatzungszone in Deutschland eigenmächtig zu vergrößern (Stuttgart), sondern ebenfalls Teile der italienischen Riviera (die Provinzen Imperia und Cuneo) und ihres Hinterlandes an Frankreich „anzuschließen". Aber das eigentlich Sensationelle des Buches liegt auf einem anderen Gebiet: danach war Stalin persönlich maßvoller als die seinerzeitige russische Politik, sein Vertrauen und seine Freundschaft zu Roosevelt waren echt, sein Bestreben, mit den Angloamerikanern auch weiterhin freundschaftlich zusammenzuarbeiten, ebenso. Stalin wollte damals die westlichen Partner auch keineswegs „übertölpeln oder hintergehen", aber der Diktator war angeblich in seinen diesbezüglichen Entscheidungen selbst nicht ganz souverän, sondern stand vielfach in Widerspruch und unter wachsendem Druck prominenter Berater, besonders Molotows und Bulganins, die — untereinander wiederum Rivalen — als führende Köpfe des „Permanenten Komitees des Politbüros" eine andere Politik im Auge hatten. Schon seit der Konferenz von Teheran (1943) war Stalin im Innern nicht mehr der selbstherrliche Diktator: in den Regierungsgeschäften auf den militärischen Bereich eingeengt, sei er in der Politik von einigen seiner Berater immer abhängiger geworden. Sie hätten sich dann Anfang 1945 mit ihren Ansichten endgültig durchgesetzt.

Noch im Herbst 1944 soll Stalin Churchill während dessen Moskau-Besuchs versichert haben, daß er — etwa zum Unterschied von Hitler — „sehr genau weiß, wann er aufhören muß". Während der Konferenz von Jalta griff er dieses Thema nochmals auf, diesmal gegenüber dem US-Außenminister Stettinius: „Sie irren, wenn Sie glauben, ich sei ein unbändiger Diktator wie Hitler... Aber ich habe z. B. mit Molotow viele Schwierigkeiten, der kaum zur Räson zu bringen ist." Molotow — so jetzt Gardner — „schöpfte Verdacht gegen Stalins Freundschaft zu Roosevelt seit der Konferenz von Teheran und hielt es für seine Pflicht, Stalin vor den angeblichen Ränken dieses amerikanischen Staatsmannes zu schützen... Seine Politik war reinster russischer Imperialismus..." Molotows Haltung, die den Anglo-Amerikanern grundsätzlich mißtraute, mochte sich aus jüngsten

Nach langer, gründlicher Vorbereitung erscheint:

»Eine großartige Sache, eine überaus gelungene verlegerische, editorische und kartographische Leistung.«
Die Welt, Hamburg

dtv-Atlas zur Weltgeschichte Band 2

Hermann Kinder/
Werner Hilgemann:
dtv-Atlas zur Weltgeschichte
Karten und chronologischer Abriß
Kartographie: H. u. R. Bukor

Band 2:
Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart
320 Seiten mit 105 mehrfarbigen Kartenseiten
Gesamtregister
Kartoniert DM 6,80
Leinen DM 9,80

Im 175. Tausend liegt vor:
dtv-Atlas zur Weltgeschichte
Band 1:
Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution
296 Seiten mit 128 mehrfarbigen Kartenseiten
Kartoniert DM 6,80
Leinen DM 9,80

dtv

Deutscher Taschenbuch Verlag

russischen Erfahrungen deuten lassen: hatte Stalin nicht einst (nach dem Pakt von 1939) ebenfalls Hitler allzu lange vertraut, obwohl ihn Molotow bereits seit 1940 vergeblich vor jenem zu warnen versuchte? Für Molotow war irgendwie auch Roosevelt „nicht besser als Hitler": im geeigneten Augenblick würde auch er Rußland in den Rücken fallen, aber ein zweites „1941" durfte es für Moskau nicht mehr geben! Als Roosevelt zwei Monate nach Jalta starb, war — nach Gardner — Stalins Bestürzung echt: „Mit Roosevelt hatte er einen seiner besten Trümpfe für den Umgang mit seinen Opponenten im Politbüro verloren: solange Roosevelt an der Macht war, konnte zumindest er damit rechnen, daß die USA auf keinen Fall die Führung in einem anti-sowjetischen Block übernehmen würden und Molotows Befürchtungen unbegründet waren. Aber jetzt?"

Gardner jedoch geht noch weiter: die eigentliche Konzeption der Opponenten gegen Stalins „Pro-Roosevelt-Kurs" entwarf dann nicht Molotow, der außenpolitisch repräsentierte, sondern Marschall Bulganin, damals nach außen noch kaum bekannt. Gardner über „Drahtzieher Bulganin": „Bulganin trat für eine sowjetische Nachkriegspolitik ein, die im Kern auch von jener Molotows abwich. Strebte Molotow danach, möglichst ganz Deutschland unter russischen Einfluß zu bekommen (daher auch die plötzliche Wendung während der Potsdamer Konferenz zur „deutschen Einheits"-Formel) und weiterhin gegen Westeuropa offensiv zu bleiben, war es Bulganins Hauptziel, einer anti-sowjetischen Blockbildung westlich der damaligen Interessendemarkation vorzubeugen. Bulganin rechnete mit einer westlichen Einkreisung der UdSSR nach Kriegsende und sah folgende Gegenmaßnahmen vor: Teilung Deutschlands und Sicherung der Sowjetkontrolle in Ostdeutschland und in Osteuropa. Zwar mußte dies die Bildung eines anti-sowjetischen Blocks und das Zerbrechen der Kriegsallianz noch beschleunigen, aber dies kalkulierte er ohnehin als unvermeidlich ein. Ohne jedoch im sicheren Besitz von Ostdeutschland und ganz Osteuropa zu sein, wäre Moskau dem Druck des Westblocks nicht gewachsen. Umgekehrt sei eben dadurch Rußland erst wirksam abgeschirmt und der Westblock bereits entscheidend geschwächt, wenn er nicht ganz Deutschland kontrollieren und auch gewissen Einfluß in Osteuropa ausüben kann."

Wird also Stalin möglicherweise zu Unrecht verteufelt, und war es Molotows Imperialismus, der in seinem Namen 45 und unmittelbar danach verwirklicht wurde, während anschließend auf Bulganins Konzeption umgestellt wurde, die über Stalins Tod hinaus im Grunde bis heute Rußlands Europa-Politik bestimmt? Leider sind bei Gardner keine Quellenangaben für seine sensationellen Behauptungen zu finden, was auch nicht Sache seiner „Reportage 1945" sein mochte. Zeitgeschichtler und Historiker werden in dieser Richtung allerdings nunmehr ein weites Forschungsgebiet vorfinden.

War Molotows Skepsis gegenüber der US-Politik, war Bulganins These von einer „zwangsläufigen Einkreisung Rußlands" in der Nachkriegszeit richtig? Mit anderen Worten: ist die bisherige Ansicht vom angeblichen „sowjetischen Beschwichtigungskurs der USA" und davon, daß „Truman die Politik Roosevelts zunächst fortzusetzen versuchte, bis ihn die Machtpolitik Moskaus etwa ab 1948 zu einer Kehrtwendung zwang", falsch? Waren es nicht vielmehr in der Tat die USA, die unmittelbar nach Roosevelts Tod ihre Haltung Rußland gegenüber von sich aus wandelten, und zeichnete Truman bereits 1945 für diese radikale Weichenstellung verantwortlich, die eine Verhärtung der russischen Position dann nur zur Folge hatte? Gar Alperowitz versucht eben dies in seinem Buch nachzuweisen, in dessen Mittelpunkt die Wirkung der Atombombe auf die US-Außenpolitik untersucht wird. Zwar ist Alperowitz's Buch besser dokumentiert als Gardner's, aber auch hier wird die Geschichtswissenschaft die einzelnen Thesen noch eingehend zu überprüfen haben.

Die Behauptung, daß der Abwurf der beiden US-Atombomben auf das ohnehin schon kapitulationsreife Japan strategisch nicht mehr notwendig und gerechtfertigt war, ist nicht mehr neu. Alperowitz erweitert diese These aber und versucht nachzuweisen, daß „Amerikas Bombe Japan traf, um Rußland zu beeindrucken", wie der Untertitel seines Buches lautet. Roosevelts Abmachungen mit Stalin schienen Trumans Ratgebern zu weitgehend. Mit der Atombombe in der Hand, rieten sie ihm daher, den Russen

„seinen Willen aufzuzwingen". Alperowitz will festgestellt haben, daß Trumans Politik sofort nach Roosevelts Tod darauf hinauslief, Stalin mit der Atombombe systematisch zu erpressen. Praktisch war also der Atombombenabwurf auf Japan „bereits die erste Machtdemonstration des West-Ost-Konfliktes". Weil er sich jedoch im Besitz des Machtmittels Atombombe wähnte, mit dessen Hilfe er bald das Kräftegleichgewicht zwischen Washington und Moskau entscheidend zu US-Gunsten zu verändern hoffte, legte Truman auch auf weitere präzise Abmachungen mit den Russen kaum noch Wert: der Rückzug der Amerikaner aus Thüringen und Mecklenburg, der Verzicht auf die Präzisierung der Zufahrts-Garantien nach Berlin, das Abblasen des US-Vormarsches nach Prag und das Überlassen aller Initiative während der Potsdamer Konferenz (die dann doch das meiste offen ließ) an die Russen — dies alles geschah in der Hoffnung, alles unter dem Druck der A-Bombe ohnehin demnächst über den Haufen werfen zu können! J. F. Dulles' spätere „roll-back-Politik" war also bereits in den Truman'schen Vorstellungen von 1945 vorgezeichnet, und es war in dieser Sicht der Westen, mit der USA an der Spitze, der sich über frühere gemeinsame Abmachungen hinwegsetzte und damit den Bruch der Anti-Hitler-Koalition provozierte. Daß sich Moskau durch die US-Atombombe nicht in dem erwarteten Umfang einschüchtern ließ, sondern vielmehr seine Anstrengungen zur kommunistischen Konsolidierung Osteuropas und Ostdeutschlands (Bulganins Konzeption?) eher beschleunigte, brachte Truman um den Erfolg seiner Spekulation. Dazu kam die damals hervorragende Zusammenarbeit der osteuropäischen Kommunisten mit ihrer Moskauer Zentrale, während Washington die nicht-kommunistischen osteuropäischen Führer schlecht informierte und weitgehend im unklaren über die eigentlichen US-Absichten ließ.[1]) Dieser

[1]) Einen traurigen Beweis dafür lieferte die Tätigkeit des damaligen US-Botschafters in Prag, Steinhardt, der den tschechoslowakischen Nicht-Kommunisten immer wieder zum Nachgeben gegenüber kommunistischen Forderungen riet, während Rußlands Botschafter an der Moldau in jener Zeit, Zorin, die tschechoslowakischen Kommunisten auf jene von Moskau gedeckte politische Eskalation vorbereitete, die schließlich mit der endgültigen KP-Machtübernahme von 1948 in der Tschechoslowakei endete. Dabei hätte gerade die Tschechoslowakei — seit 1946 als einziger osteuropäischer Staat von Sowjettruppen geräumt — zum frühen Modellfall der Koexistenz werden können, wenn die US-Osteuropa-Politik in jener Zeit realistischer gewesen und sich nicht nur auf den weltpolitischen „Druck auf Rußland durch die A-Bombe" verlassen hätte.

„Für Volksgemeinschaft und idealistische Lebensauffassung! Gegen Unzucht und Verleumdung der deutschen Volksseele! Ich übergebe den Flammen die Schriften von Lutz Lehmann und Rudolf Rolfs! — Gegen moralischen Verfall, gegen Anarchointellektuelle und Kryptokommunisten! Für Sitte, Familie und Staat! Ich übergebe den Flammen die Schriften von Rolf Seeliger und Prof. Flechtheim! — Gegen Frechheit und Anmaßung! Gegen Beleidiger unserer um die Freiheit kämpfenden amerikanischen Freunde! Verschlinge auch Flamme, die Schriften von Heinz Abosch und Bertrand Russel! — Dir, Flamme, übergebe ich die Zeitschrift PRO & CONTRA."

NOCH ist es nicht so weit!

NOCH dürfen Sie diese (und viele andere) Autoren lesen – in PRO & CONTRA, der brennbarsten Zeitschrift Deutschlands!

PRO & CONTRA

Unabhängige Zeitschrift für Politik und Kultur

8 München 60 · Aicherstraße 14

Fragen Sie bei Ihrem Kiosk! Oder fordern Sie ein Probeexemplar an (bitte DM 1.– in Briefmarken beilegen).

Mangel an Koordination besiegelte schließlich in den Jahren 1945-47 den endgültigen Mißerfolg des Truman'schen Versuches, die UdSSR mit Hilfe der A-Bombe zu weltpolitischen Zugeständnissen zu zwingen. Nur das Mißtrauen jener russischen Kreise (Molotow, Bulganin?), die der US-Politik schon von vornherein nicht trauten, schien sich damit zu bestätigen: als 1948 der Kalte Krieg begann und Deutschlands und Europas Teilung zementiert wurde, war dies bereits die erste Nachkriegsniederlage der USA als Resultat der Truman'schen mißglückten „Erpressungspolitik mit der Bombe".

Wenn die These von Alperowitz wissenschaftlich erhärtet wird, daß nicht die „bösen Russen" 1947/48, sondern die Amerikaner bereits unmittelbar nach Roosevelts Tod im Jahre 1945 mit der A-Bombe in der Hand den Kalten Krieg gegen ihren bisherigen russischen Verbündeten eröffenten, kehren sich Ursache und Wirkung für die Geschehnisse der ersten Nachkriegsjahre um. Dann war Moskaus oftmals mit überstürzter Gewalt durchgeführte „Sowjetisierung Osteuropas" und auch Ostdeutschlands nur der Gegenzug und die Antwort auf jene US-Erpressung durch Truman! Dann wiegt aber auch die amerikanische Schuld gegenüber Europa wesentlich schwerer: nicht nur dadurch, daß in der eitlen Hoffnung, „durch die Bombe doch ohnehin alles zu revidieren", bindende amerikanisch-sowjetische Kompromiß-Abmachungen über Mitteleuropa ignoriert oder versäumt wurden, sondern auch dadurch, daß die USA in Osteuropa selbst praktisch jene im Stich ließen, die dort auf die US-Karte gesetzt hatten [2]) und die auf einen präzisen Fahrplan von US-Seite warteten, während die osteuropäischen Kommunisten vom Kreml ihre genaue weltpolitisch abgestimmte Marschroute erhielten.

Der frühere russische Außenminister Litwinow (auch ihn zitiert Alperowitz), bestimmt ein Freund der Anglo-Amerikaner, der auch als erster jene plötzlich veränderte US-Politik gegen die UdSSR klar erkannte, sagte schon 1945 zu US-Außenminister Byrnes: „Warum habt ihr bis jetzt gewartet, um euch nun gegen uns zu stellen? Das hättet ihr vor zwei Jahren tun oder unterlassen sollen. Jetzt wird sich eure Politik schließlich gegen euch wenden." Litwinow sollte recht behalten: als die USA 1943/44 auf die von London empfohlene Balkan-Invasion verzichteten, haben sie geopolitisch-strategische Trümpfe aus der Hand gegeben, die auch die spätere A-Bomben-Erpressung nicht mehr wettmachen konnte, nur daß sich die USA dadurch vor der Welt ins Unrecht setzten! Auf die strategischen Fehler der USA (während des Krieges) folgten die politischen Fehlentscheidungen (der Nachkriegszeit): beginnend mit Trumans Sichverlassen auf die „moralische Wirkung der A-Bombe" auf den Kreml von 1945, womit er sich ebenso verkalkuliert hatte wie mit den europäischen Auswirkungen der späteren Einbeziehung des westdeutschen Teilstaates mit seinen offenen territorialen Forderungen in die NATO auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Es endete mit der US-unterstützten westdeutschen Wiederaufrüstung bis zur Bonner Forderung nach atomarer „Mitbestimmung", um die „Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren", und mit dem gleichzeitigen amerikanischen Verzicht auf einen wirklich demokratischen Aufbau des westdeutschen Staates. Die fatalen Ergebnisse dieser Politik, deren Opfer — wie schon 1945 anläßlich der damaligen Truman'schen Fehler — nicht zuletzt die bürgerlichen Elemente Mittel- und Osteuropas bis zum heutigen Tag sind, kennen wir inzwischen.

Jacques Otto Grézer

---

[2]) Prags Staatspräsident Benesch (abgesehen von anderen und früheren Fehlern, die ihm angelastet werden können) und sein Außenminister Masaryk, beides liberale Demokraten, standen damals den Kommunisten gegenüber nicht zuletzt darum auf „verlorenem Posten", weil sie keine zielbewußte US-Politik in ihrem Rücken wußten und daher unterschwellig mit der gleichen „Preisgabe" durch die Amerikaner rechnen mußten, wie 1938 schon einmal die Engländer (diese wohl mehr noch als die Franzosen) Prag gegenüber Hitler preisgaben. Alperowitz kommt heute der Wahrheit sehr nahe, wenn er in diesem Zusammenhang Trumans anti-sowjetische „Druckpolitik mit der Bombe" als einen typischen Fall von „Machtpolitik zwischen zwei Weltmächten" entlarvt, bei dem es nur propagandistisch, aber nicht tatsächlich um die angebliche „Freiheit der Völker Mittel- und Osteuropas" ging.

Europa à la Strauß

Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa. Seewald Verlag, Stuttgart 1966, 164 S., Ln. 12,80 DM.

Der vorliegende, seit längerem angekündigte Band des Führers der CSU ist gewandt geschrieben und hält sich frei von jeder Demagogie. Strauß gibt sich hier ganz als der national, aber nicht etwa nationalistisch denkende, nur der Sache ergebene Deutsche. Jede Zeile sucht den Eindruck zu vermitteln: endlich eine gründlich durchdachte außenpolitische Konzeption; nun kommt es nur noch darauf an, dem Autor Gelegenheit zu ihrer Verwirklichung zu geben.

Die Grundgedanken des in Wahrheit von hemmungslosem Ehrgeiz getriebenen Mannes sind bekannt. „Die Vereinigten Staaten von Europa, mit einer eigenen nuklearen Abschreckungsmacht, müssen in der Lage sein, sich selbst zu schützen, um eine gleichberechtigte Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika verwirklichen zu können" (S. 7). „Ein geeintes Westeuropa soll die Vorstufe zu den Vereinigten Staaten von Europa sein, zu dem ich auch alle Völker Mittel- und Osteuropas rechnen möchte" (S. 26). Frankreich und Deutschland sollten dabei den Anfang machen.

Schon hier sind Zweifel anzumelden. Strauß betont zwar ausdrücklich, „daß Deutschland in einem solchen europäischen System keinerlei nationale Kontrolle über Atomwaffen ausüben möchte" (S. 112). Aber er übersieht, daß kein Staat, und dies aus guten Gründen, uns auch nur die geringste Art von Mitverfügung über Atomwaffen geben will.

Aber der Haupteinwand gegen die Gedanken des Verfassers scheint mir ein anderer zu sein. „Unsere Aufgabe muß es heute sein, einen Gürtel zwischen Rußland und Westeuropa zu schaffen, ein ‚Zwischeneuropa', das weder unter sowjetischer noch unter westeuropäischer Herrschaft steht." Später sollte die Sowjetunion dann „vor die Entscheidung gestellt werden, entweder den gegenwärtigen Status quo mit allen seinen unvorhersehbaren Risiken europäischer Spannungen und mit deren Auswirkung auf die chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen beizubehalten oder der Idee eines autonomen Europa zuzustimmen" (S. 55). Dabei verkörpert die UdSSR für Strauß „als teilweise asiatische Macht ein solches Übergewicht, daß mit ihr, auch wenn man einmal die Frage des dort fest etablierten Gesellschaftssystems und seines ideologischen Auftrages außer acht ließe, ein Gemeinschaftseuropa niemals zustandekommen könnte" (S. 85). Das heißt doch im Grunde nichts anderes als: Wenn ihr Sowjets der Strauß'schen Konzeption nicht zustimmt, dann lauft ihr ‚unvorhersehbare Risiken'! Ich fürchte, daß unter diesen Umständen die Sowjetunion der Versicherung von Strauß, es sei keinerlei „militärische Drohung des Westens gegenüber Moskau" (S. 71) beabsichtigt, nicht ohne weiteres Glauben schenken wird. Schon damit dürfte seine ganze Rechnung ohne den Wirt gemacht sein. Aber auch die kleineren osteuropäischen Staaten werden sich schwerlich in eine Frontstellung gegen den großen Bruder hineinmanövrieren lassen wollen.

Auch der Gedanke „Eine als Aktionseinheit auftretende westeuropäische Staatengruppe könnte den Anspruch auf Wiedervereinigung des deutschen Volkes wirkungsvoll vertreten" (S. 81) schwebt in der Luft. Kein Mensch außerhalb der Bundesrepublik, am wenigsten aber de Gaulle, wird sich für eine Wiedervereinigung à la Strauß einsetzen. Und so läuft denn seine Weisheit auf unabsehbare Zeit nur auf die des alten Adenauer hinaus: „Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung für ganz Deutschland", „Wahrung der deutschen Rechtsansprüche auf seine Gebiete jenseits von Oder und Neiße" (S. 81/2) — womit wir nicht einen Schritt vorwärts gekommen sind.

Dennoch — oder gerade deshalb — sei das Buch von Strauß durchaus zur Lektüre empfohlen. Daß der Verfasser es persönlich mit der Wahrheit noch weniger genau nimmt als andere Politiker, wissen wir leider allzu gut. Seine jetzige Schrift zeigt, vorsichtig ausgedrückt, auch in der Sache keine Lösung der „Deutschen Frage" auf.

Harold Rasch

Die Menschenrechte — Haltepunkte des Rechts

Dr. Fritz Bauer, Auf der Suche nach dem Recht. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart 1966, 272 S., 16 Bildtafeln, Ln. 12,80 DM (Das moderne Sachbuch, Nr. 53).

Nicht zufällig häufen sich in unserem Jahrhundert in aller Welt politische Prozesse. Mag die negative Seite dieser Praxis in dem Wunsch zu suchen sein, die angestrebte Eliminierung politischer Gegner in legale Formen zu kleiden, — die Wurzeln reichen tiefer.

Die Menschheit, zusammengerückt wie nie zuvor, aber auch aufgesplittert, atomisiert wie nie zuvor, ohne einheitliche Auffassungen sogar innerhalb nationaler, soziologischer, weltanschaulicher Gruppen, sucht nach einem tragfähigen Fundament, nach zuverlässigen Normen für ihre Entscheidungen im Recht. Politik heute kann ohne Rechtsnormen — und seien sie auch fiktiv — nicht auskommen. Kaum je in der Geschichte war darum das Recht in solchem Maße ein Politikum. Es ist deshalb eine erstrangige Aufgabe staatsbürgerlicher Erziehung, ein grundlegendes Bild vom Recht, seiner Geschichte und seinen Möglichkeiten zu vermitteln.

Diese Aufgabe erfüllt in unübertrefflicher Weise das neue Buch des hessischen Generalstaatsanwalts. In mitreißender Sprache geschrieben, richtet es sich in erster Linie nicht an Juristen, sondern an breiteste Bevölkerungsschichten; zahlreiche sehr schöne Illustrationen erhöhen den Reiz.

Ohne eine chronologische Geschichte des Rechts zu bieten, zeigt und deutet Bauer die großen, zentralen Richtungen: Das „Aug um Auge" des Vergeltungsrechts, dessen schreckliche Tendenz nicht zuletzt deshalb so zählebig ist, weil sie zum Kausalitätsdenken der neuzeitlichen Wissenschaft gehört; der von Aristoteles gezeigte Gegensatz der Tauschgerechtigkeit zur verteilenden Gerechtigkeit, die das ganze moderne Recht prägt; das Präventiv- oder Abschreckungsrecht, das den schuldig gewordenen Menschen als Mittel zum Zweck mißbraucht, andere eventuell von Verbrechen abzuhalten (wobei die Kriminalstatistik erwiesen hat, daß die Rechnung nicht aufgeht); das „germanische Denken in Menschenrechten" als „tiefste Quelle von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit"; das modernste Strafrechtsdenken — das Maßnahmenrecht —, dessen entschiedener Verfechter Bauer selbst ist, das „Resozialisierung" als einzige Aufgabe der „Strafe" sieht usw. usw. Der Verfasser illustriert seine grundsätzlichen Gedanken durch große Rechtsfälle der Weltgeschichte: die Prozesse gegen Sokrates, gegen Jesus, gegen die Hexer und Hexen.

Die Fülle der modernen Rechtsprobleme, die Bauer behandelt, kann hier kaum angedeutet werden: die Todesstrafe, die Kriminalisierung von Eheverfehlungen, künstliche Befruchtung, Abtreibung, Sterilisierung, Selbstmord und Euthanasie, homosexuelles Verhalten und die Unzahl der Berufs-, der Wirtschaftsverbrechen, die sogenannte Weiße-Kragen-Kriminalität in den auf privaten Profit ausgerichteten Wirtschaftsformen.

Die eminent politische Bedeutung dieses Buches wird vor allem deutlich, weil Bauer „Recht und Gesetz" in den „Menschenrechten" kulminieren sieht, die „immer im Fluß sind, es immer waren und es heute noch sind".

Von größter, auch praktischer Relevanz ist, daß Bauer — im Einklang mit der Wirklichkeit — die Antinomie in allem Recht betont, jede Spur von „Positivismus" wie von „Idealismus" zunichte macht und damit sowohl dem Kollektivwesen Mensch wie dessen unvergleichlicher, weil durch eine unendliche Zahl von Faktoren determinierter Individualität gerecht wird. Bauer zeigt den Unterschied zwischen Ethik, Moral und Recht, den Wandel aller, der sittlichen, religiösen und Rechtsnormen in Raum und Zeit. Die tiefe Melancholie, die von dieser Relativität aller Wertnormen, von ihrem Bekenntnis-, nicht Erkenntnischarakter ausgeht, wird in diesem Buch aufgewogen durch die Einsicht, daß auch im Recht die Lösung der Probleme „nur aus dem Geist mitbürgerlicher, mitmenschlicher Verbundenheit durch das Band der Solidarität" gelingen kann, aus dem „Wesen der Freundschaft, das am vollständigsten wahrem Recht entspricht" (Aristoteles).

Das Buch schließt mit der optimistischen Forderung, daß „die Menschenrechte, die Haltepunkte, die nicht erklügelt, sondern erstritten wurden, immer wieder zu verteidigen und auszubauen sind".

Melitta Wiedemann

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Gottfried Wilhelm Leibniz, Politische Schriften I. Herausgegeben und eingeleitet von Hans Heinz Holz. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 212 S., kart. 12,— DM.

Hans G. Helms, Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Max Stirners „Einziger" und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewußtseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik. Verlag M. DuMont Schauberg, Köln, 619 S., kart. 29,— DM (Reihe „DuMont-Aktuell"). — Enthält die bisher wohl umfangreichste Max-Stirner-Bibliographie.

Xaver Berra, Im Paragraphenturm. Eine Streitschrift zur Entideologisierung der Justiz. Geleitwort von Adolf Arndt. Luchterhand Verlag, Neuwied, 154 S., kart. 11,80 DM (Reihe „Demokratie und Rechtsstaat/Kritische Abhandlungen zur Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik").

Die Spiegel-Affäre. Bd. I: Thomas Ellwein/Manfred Liebel/Inge Negt, Die Staatsmacht und ihre Kontrolle. 608 S.; Bd. II: Alfred Grosser/Jürgen Seifert, Die Reaktion der Öffentlichkeit. 522 S., Walter Verlag, Olten/Freiburg i. Br., kart. je Band 22,— DM, Ln. 28,— DM (Texte und Dokumente zur Zeitgeschichte).

Hans Steche, Indien. Glock und Lutz Verlag, Nürnberg, 480 S. mit 32 Fotos auf 24 Bildtafeln, Ln. 25,— DM (Kultur der Nationen, Bd. XIX).

Geschichte und Zeitgeschichte

Fischer Weltgeschichte / Bd. 1: Vorgeschichte. Herausgegeben von Marie-Henriette Alimen und Marie-Joseph Steve, 399 S. / Bd. 3: Die altorientalischen Reiche II. Das Ende des 2. Jahrtausends. Herausgegeben von Elena Cassin, Jean Bottéro, Jean Vercoutter, 374 S. / Bd. 7: Der Aufbau des Römischen Reiches. Die Mittelmeerwelt im Altertum III. Herausgegeben von Pierre Grimal, 375 S. / Bd. 8: Das Römische Reich und seine Nachbarn. Die Mittelmeerwelt im Altertum IV. Herausgegeben von

Thomas Ellwein

Einführung in die Regierungs- und Verwaltungslehre

Von Professor Dr. jur. Thomas Ellwein, Ordinarius für Politische Bildung, Frankfurt am Main

1966. 226 Seiten. Leinen DM 19,80
Band 1 von „Politik – Regierung – Verwaltung"

Verwaltungswissenschaft ist bisher vorwiegend von Juristen und unter juristischem Aspekt betrieben worden. Der Verfasser ist zwar auch Jurist, kommt aber von der Politologie her und versucht, die Verwaltungswirklichkeit und die sich daraus ergebenden Folgerungen unter einem erweiterten und veränderten Blickwinkel in den Griff zu bekommen. So unterscheidet er z. B. nicht nur – wie hergebracht – zwischen Eingriffs- und Leistungsverwaltung, sondern beschreibt und untersucht fünf Formen des Verwaltens: Ordnungs-, Dienstleistungs-, Organisationsverwaltung, wirtschaftende und politische Verwaltung.

Bemerkenswert und über die üblichen Kategorien hinausgehend ist vor allem die systematische Darstellung der Regierungstätigkeit, die „Regierungslehre", mit den Abschnitten Planung, Entscheidung, Koordination und Kontrolle, Repräsentation. Auch das letzte Kapitel „Führungsproblem im modernen Staat" sprengt den Rahmen dessen, was man allgemein unter Verwaltungslehre versteht.

Das Buch ist geistvoll geschrieben und anregend. Es ist sowohl Lehrbuch wie „Besinnungslektüre" für den Praktiker. Ihm liegen die Ergebnisse jahrelanger empirischer Forschung zugrunde. Sie bilden den Grundstock für die systematischen Darstellungen und Schlußfolgerungen, aber auch für die zahlreichen bezeichnenden und aussagekräftigen Beispiele aus dem Verwaltungsalltag, mit denen der Verfasser seine Thesen belegt.

100 JAHRE KOHLHAMMER

Verlag W. Kohlhammer
Stuttgart

Fergus Millar. 346 S. / Bd. 16: Zentralasien. Herausgegeben von Gavin Hambly, 365 S. / Bd. 32: Afrika. Von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart. Herausgegeben von Pierre Bertaux, 384 S. / Fischer Bücherei, Frankfurt, br. je Band 4,80 DM. — Insgesamt liegen von dieser bisher umfassendsten Weltgeschichte im Taschenbuch jetzt 14 Bände vor (Vgl. „Blätter", Heft 12/1965, S. 1052 f). Unter den neuerschienenen Teilen, die jeweils thematisch in sich abgeschlossen sind, befinden sich Originalarbeiten und Erstübersetzungen. Jeder Band ist mit Literaturverzeichnis und sorgfältig bearbeitetem Index ausgestattet.

Hermann Kinder/Werner Hilgemann, DTV-Atlas zur Weltgeschichte. Karten und chronologischer Abriß. Bd. 2: Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 312 S., kart. 6,80 DM, Ln. 9,80 DM (DTV Bd. 3002). — Eine gelungene Komposition von Daten und Kartenmaterial (105 Kartenseiten), die den früher erschienenen Bd. 1 (vgl. „Blätter", Heft 1/1965, S. 87 f) bis in unsere Tage fortführt. Leider haben sich bei der Aktualisierung zahlreiche Fehler und Unebenheiten eingeschlichen. Ein Gesamtregister erschließt beide Bände.

Jürgen Jensen, Presse und politische Polizei. Hamburgs Zeitungen unter dem Sozialistengesetz 1878—1890. Verlag J. H. W. Dietz, Hannover, 193 S., Ln. 22,80 DM.

Günther Welter, Bündische Jugend heute. Dipa-Verlag, Frankfurt, 232 S. mit 92 Tafeln und zahlr. Faksimile-Dokumentationen, kart. 24,— DM (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Jugendbewegung, B. 9).

Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar. Herausgegeben von Tankred Dorst. Mit einem Kommentar versehen von Helmut Neubauer. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 192 S., br. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 178.) — Zeugnisse u. a. von Rainer Maria Rilke, Gustav Landauer, Kurt Eisner, Oskar Maria Graf, Ernst Toller, Wladimir Iljitsch Lenin und Hinweise auf „Neuere Literatur zum Gegenstand dieses Buches".

Ernst Weisenfeld, De Gaulle sieht Europa. Reden und Erklärungen 1958—1966. Fischer Bücherei, 173 S., br. 2,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 813). — Im Anhang eine Biographie in Stichworten und eine Zeittafel der wichtigsten Ereignisse für die Jahre 1958 bis 1966.

Aktuelle Themen

Paul Sethe, Öffnung nach Osten. Weltpolitische Realitäten zwischen Bonn, Paris und Moskau. Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt, 203 S., Ln. 12,80 DM.

Günter Gaus, Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD versagt? Gespräche mit Herbert Wehner. Rowohlt Verlag, Reinbek, 123 S., br. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 942).

Georg Polikeit, Die sogenannte DDR. Zahlen, Daten, Realitäten. Eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands. Weltkreis-Verlag, Jugenheim/Bergstr., 328 S., Paperback 13,70 DM. — Das Buch berichtet (unter Verzicht auf jeden Kommentar) über fast alle Bereiche in Politik, Wirtschaft und Kultur. An mehreren Stellen werden die Angaben über die DDR den entsprechenden Zahlen über die Bundesrepublik gegenübergestellt.

Aake Anker-Ording, Betriebsdemokratie in Norwegen. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 132 S., Paperback 9,80 DM (Sammlung res novae, Bd. 34).

Alfred Stucki, Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen staatlicher Sozialleistungen unter Verwendung des Beispiels Schweden, 1946—1959. Verlag Hans Schellenberg, Winterthur 1965, 99 S., kart. 15,60 DM. — Mit ausführlichen Literaturverzeichnis und aufschlußreichen Tabellen. Ein besonderes Kapitel untersucht „Struktur und Ablauf des Außenhandels unter dem Einfluß staatlicher Sozialleistungen".

Urs Jaeggi/Rudolf Steiner/Willy Wyniger, Der Vietnamkrieg und die Presse. EVZ-Verlag, Zürich (Auslieferung in Deutschland: Chr. Kaiser Verlag, München), 126 S., kart. 6,80 DM (Evangelische Zeitbuchreihe Polis, Bd. 27). — Eine kritische Untersuchung der einseitigen Berichterstattung über den Vietnamkrieg, dargestellt am Beispiel einiger schweizerischer Zeitungen.

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (VII)

Vierte Sitzung der Konferenz der Oberhäupter der Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens

Teheran, 1. Dezember 1943

1. Sitzung während des Frühstücks

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr — Ende der Sitzung: 15.00 Uhr

HOPKINS: Die Aufforderung der Türkei zum Kriegseintritt hängt mit der Frage zusammen, welche Unterstützung Großbritannien und die USA der Türkei geben könnten. Außerdem muß der Kriegseintritt der Türkei mit der allgemeinen Strategie koordiniert werden.

ROOSEVELT: Mit anderen Worten, Inönü [1]) wird uns fragen, ob wir die Türkei unterstützen werden. Ich meine, diese Frage müßte einmal untersucht werden.

STALIN: Churchill hat erklärt, daß die britische Regierung die Türkei mit 20 bis 30 Flugzeugstaffeln und zwei bis drei Divisionen unterstützen wolle.

CHURCHILL: Die zwei bis drei Divisionen haben wir nicht zugesichert. Unsere in Ägypten stationierten 17 Flugzeugstaffeln werden vom britisch-amerikanischen Kommando gegenwärtig nicht eingesetzt. Sie könnten bei Kriegseintritt der Türkei zu deren Verteidigung eingesetzt werden. Außerdem hat sich England einverstanden erklärt, der Türkei drei Regimenter der Luftabwehr zur Verfügung zu stellen. Das ist alles, was die Engländer der Türkei versprochen haben. Von Truppen war nicht die Rede. Die Türkei verfügt allein über 50 Divisionen. Die Türken sind gute Kämpfer. Es fehlt ihnen jedoch an modernen Ausrüstungen. Die zwei bis drei Divisionen, von denen Marschall Stalin sprach, hat die britische Regierung zur Besetzung der Ägäischen Inseln bei Kriegseintritt der Türkei, nicht aber für die Unterstützung der Türkei vorgesehen.

ROOSEVELT (an Churchill gewandt): Stimmt es, daß die Operation gegen Rhodos eine große Anzahl von Landungsmitteln erfordern würde?

CHURCHILL: Die im Mittelmeer befindlichen Landungsmittel würden für diese Operation ausreichen.

ROOSEVELT: Da der amerikanische Stab noch nicht geprüft hat, wieviel Landungsmittel für die Vorbereitung der Operation „Overlord" in England und für den Indischen Ozean erforderlich sein werden, befinde ich mich in einer schwierigen Lage. Ich muß deshalb mit Versprechungen für die Türkei zurückhaltend sein. Solche Versprechungen, fürchte ich, könnten die Realisierung unserer gestrigen Übereinkunft beeinträchtigen.

STALIN: Außer dem Kriegseintritt wird die Türkei auch ihr gesamtes Territorium den Flugzeugen der Alliierten zur Verfügung stellen.

---

1) Ismet Inönü, Präsident der Türkei

CHURCHILL: Natürlich.

STALIN: Ich denke, damit ist die Frage abgeschlossen.

CHURCHILL: Wir haben nur das vorgeschlagen, was wir geben können. Wir boten den Türken drei neue Jagdstaffeln an, um die Gesamtzahl der Staffeln einschließlich der in Ägypten stationierten auf 20 zu erhöhen. Vielleicht werden auch die Amerikaner etwas dazu beitragen? Wir haben den Türken Luftabwehr-Einheiten, aber keine Truppen versprochen, weil wir keine haben. Was die Landungsmittel betrifft, so werden wir sie im März benötigen. Ich nehme an, daß wir sie in der Zeit nach der Einnahme Roms und vor dem Beginn der Operation „Overlord" werden beschaffen können.

ROOSEVELT: Ich möchte mich mit den Militärexperten beraten. Ich hoffe, daß Churchill recht hat, aber meine Berater sagen mir, daß beim Einsatz von Landungsmitteln nach der Einnahme Roms bis zum Beginn der Operation „Overlord" Schwierigkeiten auftreten könnten. Nach ihrer Meinung müßten wir die Landungsboote für die Operation „Overlord" unbedingt bis zum 1. April beschafft haben.

CHURCHILL: Ich sehe keine Schwierigkeiten. Wir haben der Türkei keinerlei Vorschläge unterbreitet, und ich weiß nicht, ob Inönü sie überhaupt annehmen würde. In Kairo[2]) wird er sich über die Lage informieren. Ich kann den Türken 20 Flugzeugstaffeln zur Verfügung stellen. Truppen werde ich ihnen nicht geben. Ich glaube auch nicht, daß sie welche benötigen werden. Allerdings kann ich nicht einmal sagen, ob Inönü nach Kairo kommen wird oder nicht.

STALIN: Ist Inönü etwa erkrankt?

CHURCHILL: Er könnte leicht erkranken. Sollte Inönü nicht bereit sein, sich mit mir und dem Präsidenten in Kairo zu treffen, dann werde ich eben mit einem Kreuzer zu ihm nach Adana fahren. Aber Inönü wird kommen, und ich werde ihm das Unangenehme ausmalen, das sich bei einer eventuellen Weigerung der Türkei, am Krieg teilzunehmen, ergeben würde. Im entgegengesetzten Fall werde ich ihm natürlich alles Angenehme schildern. Über die Ereignisse der Unterredung mit Inönü werde ich Sie hinterher informieren.

HOPKINS: Die Unterstützung der Türkei im Kriege ist von den amerikanischen Militärfachleuten nicht erörtert worden. Ich bezweifle deshalb die Zweckmäßigkeit, Inönü nach Kairo einzuladen, solange die Militärexperten diese Frage nicht geprüft haben.

STALIN: Demnach schlägt Hopkins vor, Inönü nicht einzuladen.

HOPKINS: Ich sage nicht, daß man von einer Einladung Inönüs absehen sollte. Aber meiner Meinung nach wäre es nützlich, vorher zu wissen, welche Unterstützung wir den Türken geben könnten.

CHURCHILL: Ich stimme Hopkins zu. Wir müssen uns über die mögliche Hilfe für die Türken einigen.

STALIN: Kann man das nicht ohne Militärfachleute?

CHURCHILL: Wir müssen die Frage der Landungsmittel gemeinsam mit den Militärexperten untersuchen. Möglicherweise wird es ihnen gelingen, mehr zu beschaffen, als wir annehmen, indem sie sie aus dem Stillen Ozean oder dem Indischen Ozean abziehen oder

---

2) Unmittelbar nach Beendigung der Teheran-Konferenz trafen sich Roosevelt und Churchill vom 2. bis 7. Dezember 1943 mit dem türkischen Präsidenten in Kairo

neue produzieren. Sollte das nicht möglich sein, so müssen wir auf einiges verzichten. Auf jeden Fall ist beschlossen worden, daß die Operation „Overlord" nicht darunter leiden darf.

ROOSEVELT: Meines Erachtens wäre es zweckmäßig, wenn ich kurz die Lage im Stillen Ozean im Zusammenhang mit der Frage des eventuellen Abzugs von Landungsmitteln aus diesem Gebiet, wie das Churchill vorschlägt, darlegen würde. Ich muß betonen, daß erstens die Entfernung vom Stillen Ozean bis zum Mittelmeer sehr groß ist. Zweitens stoßen wir im Stillen Ozean nach Norden vor, um den Japanern die Verbindungswege abzuschneiden. Und hierzu brauchen wir in diesem Raum Landungsmittel.

HOPKINS: Entspricht es den Tatsachen, daß Churchill und Eden mit der Türkei nicht über die Besetzung der Ägäischen Inseln gesprochen haben?

EDEN: Nein, ich habe nicht darüber gesprochen. Ich habe die Türkei lediglich gebeten, uns die Luftstützpunkte zur Verfügung zu stellen, ohne mit ihnen die Frage der Landungsmittel zu berühren.

ROOSEVELT: Bei meiner Begegnung mit dem türkischen Präsidenten werde ich ihm den Vorschlag unterbreiten, daß wir Kreta und die Dodekanesinseln besetzen werden, weil sie unmittelbar vor der türkischen Küste liegen.

CHURCHILL: Ich werde von den Türken die Luftstützpunkte im Gebiet von Smyrna erbitten, bei deren Anlage die Engländer geholfen haben. Sobald die Türken uns diese Luftstützpunkte zusichern, werden wir die deutschen Luftstreitkräfte von den Inseln verjagen. Dabei sind wir bereit, für jedes zu vernichtende deutsche Flugzeug, wenn es sein muß, ein eigenes Flugzeug zu opfern. Wir werden die deutschen Garnisonen von den Inseln vertreiben können, sobald wir in diesem Raum die Übermacht in der Luft haben werden. Wir brauchen die Insel Rhodos nicht im Sturm zu nehmen, sondern können die dort befindlichen 8000 Italiener und die 5000 Deutschen aushungern. Sollten wir die Stützpunkte in der Türkei bekommen, können unsere von Flugzeugen unterstützten Schiffe die Verbindungswege der Deutschen abschneiden. Somit wäre das Ziel erreicht.

STALIN: Das ist richtig. Soviel ich weiß, sind die 20 Flugzeugstaffeln in Kairo zur Zeit untätig. Wenn sie aber zum Einsatz kommen, wird von den deutschen Luftstreitkräften nichts übrig bleiben. Die Jagdstaffeln müßten jedoch durch einige Bombenflugzeuge verstärkt werden.

ROOSEVELT: Ich stimme dem Vorschlag Churchills zu, zur Verteidigung der Türkei 20 Flugzeugstaffeln und eine Anzahl Bombenflugzeuge bereitzustellen.

CHURCHILL: Wir bieten der Türkei eine begrenzte Luftdeckung und Luftabwehr an. Ein Einfall in die Türkei ist jetzt, während des Winters, unwahrscheinlich. Wir beabsichtigen, die Türkei weiter mit Waffen und Ausrüstungen zu versorgen. Die Türkei erhält zum größten Teil amerikanische Ausrüstungen. Wir bieten jetzt der Türkei die unschätzbare Möglichkeit, der Einladung der Sowjetregierung zur Teilnahme an der Friedenskonferenz nachzukommen.

STALIN: An welchen Ausrüstungen mangelt es der Türkei?

CHURCHILL: Die Türken haben Gewehre und keine schlechte Artillerie, ihnen fehlen aber Panzerabwehrartillerie, Flugzeuge und Panzer. Wir haben in der Türkei Militärschulen eingeführt, aber die Türken nutzen sie wenig. Sie können nicht mit Funkgeräten umgehen, da ihnen die Erfahrungen fehlen, doch sie sind gute Kämpfer.

STALIN: Wenn die Türkei den Alliierten ihre Flugplätze überläßt, ist es durchaus möglich, daß Bulgarien die Türkei nicht überfällt, die Deutschen aber einen Angriff der Türkei fürchten. Die Türkei wird die Deutschen nicht angreifen, sondern wird sich mit ihnen einfach nur im Kriegszustand befinden. Dafür erhalten die Alliierten aber die Flugplätze und die Häfen der Türkei. Eine solche Wendung der Ereignisse wäre auch nicht schlecht.

EDEN: Ich habe den Türken gesagt, daß sie den Alliierten ihre Luftstützpunkte zur Verfügung stellen könnten, ohne in den Kampf selbst eingreifen zu müssen, denn Deutschland würde die Türkei nicht angreifen.

ROOSEVELT: In dieser Beziehung könnte die Türkei als Beispiel für Portugal dienen.

EDEN: Numan[3]) wollte meinem Standpunkt nicht zustimmen. Er sagte, daß Deutschland darauf reagieren würde und die Türkei es vorzöge, aus freiem Willen dem Krieg beizutreten, anstatt hineingezogen zu werden.

CHURCHILL: Das ist richtig. Aber ich möchte folgendes sagen. Bitten Sie die Türkei, uns ihre Flugstützpunkte zu überlassen, um dadurch ihre Neutralität zu wahren, dann antworten Ihnen die Türken, daß sie einen wirklichen Krieg verzögern; sprechen Sie aber vom tatsächlichen Eintritt der Türken in den Krieg, entgegnen sie, daß sie keine Ausrüstungen hätten. Wenn die Türken unseren Vorschlag negativ beantworten sollten, müssen wir eben mit anderen Geschützen auffahren. Wir müssen ihnen sagen, daß sie in dem Fall nicht an der Friedenskonferenz teilnehmen könnten. Was England anbetrifft, so werden wir unsererseits wissen lassen, daß uns die türkischen Angelegenheiten nicht interessieren. Außerdem werden wir der Türkei keine Ausrüstungen mehr liefern.

EDEN: Ich möchte ganz genau festlegen, welche Forderungen wir der Türkei in Kairo stellen müssen. Mir ist klar, daß wir von den Türken verlangen müssen, am Krieg gegen Deutschland teilzunehmen.

STALIN: Besonders gegen Deutschland...

---

[3]) Numan Menemencioglu, Außenminister der Türkei

Weltweiten Ruf errang die Reihe

VERSCHWIEGENE SCHÄTZE

durch ihre Großbildbände
über die erotischen Darstellungen
in den europäischen, asiatischen und
amerikanischen Großkulturen

Im Frühjahr 1967 erscheint der 6. Band der Reihe,
über die erotischen Darstellungen in der persischen Kunst.
Der Text, mit einer Fülle von Zitaten aus der persischen Literatur,
wurde von einer hochgestellten Persönlichkeit
aus den ersten Familien des Iran verfaßt.
Sie schreibt unter dem Pseudonym
Robert Surieu

Das Bildmaterial zeigt auf weit über 100
größtenteils farbigen Tafeln Kunstwerke wie
Statuen, Keramiken, Porzellanminiaturen
aus allen Epochen der persischen Kunst bis in die Gegenwart.
Der Band wurde in Zusammenarbeit
mit Wissenschaftlern und Fachleuten des Iran zusammengestellt.

Ausstattung wie alle bisherigen Bände dieser Reihe.

Subskriptionspreis bis 31. 12. 1966	**DM 150,–**
Preis ab 1. 1. 1967	ca. DM 170,–

NAGEL **MÜNCHEN 42**

Dokumente zum Zeitgeschehen

Offener Brief von Prof. Dr. Werner Hofmann an Willy Brandt

Prof. Dr. W. Hofmann
Direktor des Soziologischen Institutes
der Philipps-Universität Marburg

3551 Wehrda bei Marburg, den 14. 11. 1966
Am Hang 2

An den
Regierenden Bürgermeister
von Berlin-West,
Herrn Willy Brandt
1 Berlin-West
Schöneberger Rathaus

Sehr geehrter Herr Brandt!

Als ein Mann, der weder Ihrer noch einer anderen Partei zugehört und der daher allein im eigenen Namen spricht, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihre Partei bei der anstehenden Entscheidung über die künftige Bundesregierung die Möglichkeiten wahrnehmen wird, die ihr die Gunst der Stunde in den Schoß wirft.

Es kann, es darf nicht Sache Ihrer Partei sein, der bisherigen Regierungspartei über die selbsterrichteten Hürden zu helfen. Eine Partei, in der es noch Politiker gibt, wird die Gelegenheit ergreifen, um zusammen mit den Freien Demokraten die siebzehnjährige Herrschaft einer Partei zu brechen, deren Ablösung überfällig geworden ist. Die von der bisherigen Regierung verfolgte Politik hat uns die Wiederkehr jener Kräfte beschert, die den demokratischen Ansätzen in Deutschland immer feindlich gewesen sind; sie hat den Staat den Händen der Wirtschaftsgewaltigen, der Militärs, der Geheimdienste überantwortet; sie hat den parlamentarischen Gedanken ausgehöhlt und unser Volk in jene stumpfe Apathie versetzt, die der günstigste Nährboden unkontrollierter Herrschaft ist. Die außenpolitische Unbeweglichkeit jener herrschenden Partei, das Pochen auf Revision der Ostgrenzen und der Anspruch auf Atomwaffen haben die Bundesrepublik in der Welt isoliert und ihren nächsten Verbündeten entfremdet.

Daß diese Partei, die heute vor einem Scherbenhaufen steht und die nichts mehr anzubieten hat als eine vervollständigte Notstandsdiktatur, dennoch den Mut besitzt, uns sogar einen Mann für ein wichtiges Ministeramt anzukündigen, der erst vor wenigen Jahren, anläßlich der Spiegel-Affäre, sein persönliches Verhältnis zur Rechtsstaatlichkeit bekundet hat, muß als ein Affront gegenüber der Öffentlichkeit gewertet werden. Eine Partei, die uns und der Welt solches in einem solchen Augenblick bieten darf, bezieht ihre Stärke nur noch aus der Schwäche ihrer Kontrahenten.

Nicht eine Person — eine Politik gilt es zu wechseln. Es ist deshalb die lebhafte Hoffnung des Unterzeichneten, daß Ihre Partei, hochgeehrter Herr Brandt, ihren eigenen langgehegten Machtanspruch nicht etwa mit solchen Kräften verbinden wird, die ihr alle politische Eigenständigkeit nehmen und sie in den Augen der Wähler hoffnungslos kompromittieren würde, sondern vielmehr mit einer Partei, mit der sie objektive Interessen verbinden und an deren parlamentarischer Fortexistenz Ihrer Partei selbst gelegen sein muß. Unser öffentliches Leben bedarf einer Erneuerung an Haupt und Gliedern. Die Stellung unseres Staates in einer Welt, die nach Frieden und Demokratie in Mitteleuropa verlangt, ist zutiefst erschüttert. Schon stehen die Kohorten einer äußersten Reaktion aufs neue bereit. Ergreifen Sie mit Ihrer Partei die geschichtliche Gelegenheit, bevor sich die Verfinsterung vollends auf unser Land senkt!

Dieses Schreiben geht als offener Brief auch an die Presse und an weitere Einzelpersönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Mit dem Ausdruck besonderer Hochachtung,

Ihr ganz ergebener
gez. Werner Hofmann

Erklärung des Kuratoriums „Notstand der Demokratie" zur Großen Koalition

Das Kuratorium „Notstand der Demokratie" hat mit Bestürzung davon Kenntnis genommen, daß die gegenwärtige Regierungskrise durch Bildung einer Großen Koalition von CDU/CSU und SPD gelöst werden soll. Das Kuratorium wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Versuch, der in Verbindung mit der geplanten Einführung eines Mehrheitswahlrechts die letzten Reste einer demokratischen Opposition aus unseren Volksvertretungen verdrängen würde.

Die Regierungskrise ist die Folge einer gescheiterten Regierungspolitik. Grundgesetzänderungen und Notstandsgesetze, die unserem Staatswesen autoritäre Züge verleihen und die Entfremdung zwischen Volk und Regierung vergrößern, können keinen Ausweg aus dieser Krise bieten. Gerade sie sind aber der wesentliche Inhalt des schon jetzt vom Kanzlerkandidaten der CDU/CSU bekanntgegebenen Regierungskonzepts.

Die Verwirklichung dieses Programms durch eine Große Koalition, die sich auf der Grundlage der geheimgehaltenen Erfahrungen des Manövers „Fallex 66" bildet, besäße trotz ihrer Abstützung durch eine große Bundestagsmehrheit keine demokratische Legitimation. Durch ihren Eintritt in die Regierung würde die SPD Beistand zur Verschleierung des Konkurses der Regierungspolitik leisten. Der völlige Offenbarungseid würde umgangen und die für die gescheiterte Politik verantwortlichen Kräfte gestützt werden. Es besteht die Gefahr, daß im Schutze einer Großen Koalition die von der Regierung Erhard verkündete „Formierte Gesellschaft" Wirklichkeit und die Verfassung mit den von der neuen Bundesregierung alsbald verabschiedeten Notstandsgesetzen zu einem Fetzen Papier wird.

Dieser Entwicklung kann nur durch eine demokratische Alternative begegnet werden, die einen klaren Schlußstrich unter die Mißwirtschaft der CDU/CSU zieht.

Wir fordern:

Abschaffung der Notstandsgesetze statt ihrer Legalisierung durch Grundgesetzänderungen;

eine Außenpolitik des Ausgleichs mit Ost und West, die auf die Nichtverfügung über Atomwaffen und auf Grenzrevisionen verzichtet und damit den Weg freigibt zur friedenssichernden Festigung der außenpolitischen Verhältnisse in Europa und zur Anerkennung der Bundesrepublik als eines stabilen friedensfördernden Landes;

Sanierung der Staatsfinanzen durch drastische Kürzungen des Rüstungshaushaltes;

eine Wirtschaftspolitik der Sicherung der Arbeitsplätze und des sozialen Besitzstandes der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Wir fordern die Erfüllung des Grundgesetzes als der Verfassung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates, denn nur so kann die Bundesrepublik ihre eigene innere Freiheit erhalten und ihrer geschichtlichen Verantwortung vor der Welt gerecht werden. Das Kuratorium „Notstand der Demokratie" fordert alle demokratischen Kräfte auf, ihren Protest überall wirksam zum Ausdruck zu bringen.

Frankfurt, den 28. November 1966.

Nach schwerem Siechtum verschied gestern im Deutschen Bundestag die sozialdemokratische

Politische Opposition

Dies zeigen an in großer Trauer und tiefer Bestürzung

F. Angern, stud. theol.
W. Babka, stud. theol.
W. Becker, stud. theol.
G. Benz, stud. theol.
H. Bredehöft, stud. theol.
W. Brücher, stud. theol.
H. Dembek, stud. theol.
H. Demmer, Vikar
B. Dietsche, stud. theol.
Ch. v. Eynern, stud. theol.
G. Finkenrath, Vikar
T. Goebel, Vikar
R. Heinrichs, stud. theol.
K. Herhaus, stud. theol.
O. Herlyn, stud. theol.
G. Hoffmann, stud. päd.
W. Höhler, stud. theol.
E. Höhmann, stud. theol.
J. Hufschmidt, stud. theol.
G. Hütter, stud. theol.
O. Jellema, stud. theol.
D. Johannsen, stud. theol.
Ch. Kaiser, stud. theol.
P. Kirchner, Vikar
H. Kirsch, Vikarin
K. Korell, stud. theol.
M. Krämer, stud. theol.
W. Markgraf, stud. theol.
Th. Meyer, stud. theol.
R. Müller, stud. theol.
E. Pollmann, stud. theol.
I. Rüping, stud. theol.
H. Schneider, stud. theol.
R. Schneider, stud. theol.
K. H. Schuck, stud. theol.
H. Schulz, stud. theol.
J. Schwope, stud. theol.
H. Steinbrecher, stud. theol.
U. Thomas, stud. theol.
M. Treutler, stud. theol.
T. v. d. Twer, stud. theol.
H. Ungerer, stud. theol.
E. Voswinkel, stud. theol.
Th. v. Weiß, stud. theol.
N. Wurmnest, stud. theol.

Auf der Suche nach einer wirksamen parlamentarischen Alternative blicken wir mit Sorge in eine beängstigende Zukunft.

Wuppertal, den 2. Dezember 1966

Bemerkungen

Alfons Vogel, Diplom-Volkswirt, geb. 1909 in Aachen, ist als Treuhänder in Aachen tätig. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Walter Fischer, geb. 1939 in Berlin, studiert Medizin in Bonn. Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Wir bitten unsere Bezieher und Leser, zum bevorstehenden Weihnachtsfest auch diesmal, wie in den vergangenen Jahren, von der Möglichkeit eines Geschenk-Abonnements auf die „Blätter" Gebrauch zu machen. Geschenk-Abonnements können bis zum 5. Januar 1967 bestellt werden.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Manz Verlags bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmuth Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Alfons Vogel, Diplom-Volkswirt, geb. 1909 in Aachen, ist als Treuhänder in Aachen tätig. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Walter Fischer, geb. 1939 in Berlin, studiert Medizin in Bonn. Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Wir bitten unsere Bezieher und Leser, zum bevorstehenden Weihnachtsfest auch diesmal, wie in den vergangenen Jahren, von der Möglichkeit eines Geschenk-Abonnements auf die „Blätter" Gebrauch zu machen. Geschenk-Abonnements können bis zum 5. Januar 1967 bestellt werden.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Manz Verlags bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | Dezember 1966 | Heft 12

Chronik des Monats November 1966

1. 11. — U N O. In geheimer Abstimmung richtet die Vollversammlung mit großer Mehrheit an Generalsekretär U Thant die Bitte, für eine weitere fünfjährige Amtsperiode zu kandidieren. — Am 18. 11. beginnt in der Vollversammlung die jährliche China-Debatte, in deren Verlauf u. a. der französische Vertreter einen von Albanien und anderen Staaten eingebrachten Antrag unterstützt, der Volksrepublik China anstelle Formosas alle Rechte innerhalb der Weltorganisation einzuräumen. Der Antrag erhält mit 47 gegen 57 Stimmen bei 17 Enthaltungen nicht die notwendige Mehrheit.

2. 11. — Regierungskrise. Auf einer Sitzung seiner Fraktion erklärt Bundeskanzler Erhard, daß er „in Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten zusammen mit den berufenen Organen der CDU und der CSU daran arbeite, eine von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Bundesregierung zu schaffen". — Am 8. 11. billigt der Bundestag mit 255 gegen 246 Stimmen eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Aufforderung an Erhard, dem Parlament „gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes alsbald einen Antrag vorzulegen, ihm das Vertrauen auszusprechen". Für die Vorlage stimmen die Abgeordneten der SPD und FDP. Der amtierende Bundeskanzler führt noch vor der Abstimmung aus, er werde „dem Ersuchen, das Vertrauen des Hauses für mich zu erbitten, unter gar keinen Umständen nachkommen". Sprecher der Minderheitsregierung, so der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel, verteidigen diese Stellungnahme. — Am 10. 11. nominiert die Bundestagsfraktion der CDU/CSU im dritten Wahlgang mit 137 Stimmen den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Dr. Kurt-Georg Kiesinger, zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien. Für Außenminister Schröder werden 81, für Dr. Barzel 26 Stimmen abgegeben. In München hatte zuvor der CSU-Vorsitzende Strauß eine Kandidatur Kiesingers unterstützt und einen entsprechenden Beschluß seiner Partei herbeigeführt. Kiesinger tritt in Verhandlungen mit der FDP und der SPD ein.

4. 11. — Kernwaffen. Die UN-Vollversammlung fordert in einer Resolution alle Staaten auf, die „notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den schnellstmöglichen Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen" zu erleichtern und sich „aller Handlungen zu enthalten, die zur Weiterverbreitung der Kernwaffen beitragen, oder die ein Hindernis auf dem Wege zum Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung sein könnten."

6. 11. — Hessen. Bei den Landtagswahlen kann die regierende Sozialdemokratische Partei ihre absolute Mehrheit behaupten. Die Nationaldemokratische Partei (NPD) zieht mit einem Stimmenanteil von 7,9 % erstmalig in ein Landesparlament der Bundesrepublik ein, während der BHE an der Fünf-Prozent-Klausel scheitert. Sitzverteilung im neuen Landtag: SPD 52, CDU 26, FDP 10 und NPD 8 Abgeordnete.

7. 11. — Syrien/VAR. Nach einwöchigen Verhandlungen des syrischen Ministerpräsidenten Youssef Zouayen in Kairo schließen beide Regierungen ein Verteidigungsabkommen, das sich „gegen jede Aggression" richtet und den „Kampf um die Befreiung Palästinas" als die Hauptaufgabe der „Massen des arabischen Volkes" bezeichnet. Noch am gleichen Tage läßt der Ministerrat in Bagdad erklären, der Irak werde dem Vertrag nicht beitreten, jedoch jedem arabischen Staat im Falle eines Angriffs seine Verteidigungsmittel zur Verfügung stellen.

8. 11. — USA. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus und die gleichzeitig durchgeführten Teilwahlen zum Senat ergeben für die Demokratische Partei Präsident Johnsons hohe Verluste. Die Republikaner gewinnen 45 neue Mandate im Repräsentantenhaus, drei neue Mandate im Senat und außerdem mehrere neue Gouverneursposten. Als erster Farbiger zieht der neugewählte Senator von Massachusetts, Edward W. Brooke, in das Capitol in Washington ein.

9. 11. — Frankreich/Sowjetunion. Der Generalsekretär des französischen Außenministeriums Alphand und Sowjetbotschafter Sorin unterzeichnen ein Abkommen über die Herstellung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Elysée und dem Kreml.

10. 11. — NATO. Der Rat der Nordatlantikpakt-Organisation hebt das „Röhrenembargo" auf, das den Mitgliedern untersagt hatte, Großröhren mit einem Durchmesser von mehr als 48 cm an Staaten des Ostblocks zu liefern. Der Rat stellt dazu fest, das Hauptsystem der Erdölpipeline zwischen der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern, deren Verlegung behindert werden sollte, sei trotz des Embargos „nahezu vollendet". — Am 17. 11. lehnt der amerikanische Senator Javits (Republikaner) auf der NATO-Parlamentarier-Konferenz in Paris jede Form von Mitbesitz und Kontrolle an Nuklearwaffen durch die Bundesrepublik ab und betont die Priorität eines Non-Proliferationsvertrages vor jeder multilateralen Nuklearstreitmacht.

— Großbritannien. Vor dem Unterhaus erläutert Premierminister Wilson die Haltung seiner Regierung zu einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Eine Überprüfung aller damit zusammenhängenden Aspekte habe ergeben, „daß ein neuer Vorstoß auf höchster Ebene" unternommen werden müsse, um festzustellen, „ob die Voraussetzungen für fruchtbare Verhandlungen und die Grundlage, auf der solche Verhandlungen stattfinden könnten, vorhanden sind oder nicht".

11. 11. — Ungarn. Das Parlament verabschiedet eine Vorlage über die Reform des Wahlrechts, die Möglichkeiten zur Aufstellung mehrerer Kandidaten in einem Wahlkreis vorsieht.

12. 11. — Berlin. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich lehnen das volle Stimmrecht für die Berliner Abgeordneten bei der bevorstehenden Wahl eines neuen Bundeskanzlers im Bundestag ab. Ein Sprecher der amerikanischen Botschaft in Bonn verweist auf einen Brief der drei westlichen Militärgouverneure vom 12. Mai 1959 an den damaligen Präsidenten des Parlamentarischen Rates, „demzufolge Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird, daß es jedoch eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme

an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaft benennen darf".

13. 11. — Israel/Jordanien. Einheiten der israelischen Armee dringen in die jordanische Ortschaft Samoa ein. Auch an den folgenden Tagen werden aus dem Grenzgebiet weitere Kampfhandlungen gemeldet. — Am 25. 11. verurteilt der Sicherheitsrat mit den Stimmen aller Großmächte das militärische Vorgehen Israels. — Am 27. 11. gibt die Regierung von Saudi-Arabien die Verlegung von Truppen nach Jordanien bekannt.

14. 11. — Österreich/Sowjetunion. Das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny trifft zu einem offiziellen Besuch in Wien ein. Während seines Aufenthalts warnt Podgorny bei verschiedenen Anlässen vor einem Anschluß Österreichs an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der mit dem Neutralitätsstatut des Landes unvereinbar sei.

15. 11. — Bulgarien. Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Bulgariens befürwortet der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breshnew, die Einberufung einer kommunistischen Weltkonferenz. Breshnew wirft der Führung der Kommunistischen Partei Chinas vor, „engstirnige nationalistische Ziele" zu verfolgen und die Interessen der kommunistischen Weltbewegung zu mißachten. Der erste Sekretär der KP Bulgariens, Todor Schiwkoff, äußert sich in seinem Bericht an den Parteitag in ähnlicher Weise.

17. 11. — Rhodesien. Die UN-Vollversammlung fordert die britische Regierung auf, das „illegale rassizistische Minderheitsregime" in Salisbury notfalls unter Anwendung von Gewalt zu stürzen.

18. 11. — Luxemburg. In einer überraschenden Motion der christlich-sozialen Fraktion, der sich auch die an der Regierung beteiligte Sozialdemokratische Partei und die Opposition anschließen, verlangt das Parlament unter Hinweis auf die veränderte internationale Lage die Abschaffung der Militärdienstpflicht. Die Regierung wird zur Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen mit der NATO ermächtigt. Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der beabsichtigten Maßnahmen kommt es jedoch zu Meinungsverschiedenheiten, die zum Rücktritt des Kabinetts führen.

20. 11. — Bayern. Aus den Landtagswahlen geht die Christlich-Soziale Union mit einer verstärkten absoluten Mehrheit hervor. Die Nationaldemokratische Partei kann die erforderlichen 10 % in einem Regierungsbezirk (Mittelfranken) erreichen, die Freien Demokraten scheitern an dieser Bestimmung des Wahlgesetzes und scheiden aus dem Landesparlament aus. Sitzverteilung im neuen Landtag: CSU 110, SPD 79, NPD 15 Abgeordnete.

22. 11. — Niederlande. Mit der Vereidigung eines „Übergangs-Kabinetts" unter Ministerpräsident Jelle Zijlstra, der der protestantischen „Antirevolutionären Partei" angehört, wird eine längere Regierungskrise vorerst beendet. An der Koalition beteiligt sich außerdem die Katholische Volkspartei. Die Sozialisten verlassen die Regierung. — Am 25. 11. löst Königin Juliana das Parlament auf und setzt Neuwahlen für den 15. Februar des kommenden Jahres an.

26. 11. — Große Koalition. Nach einer erneuten Zusammenkunft der Verhandlungskommissionen von CDU/CSU und SPD wird in Bonn mitgeteilt, die Voraussetzungen für ein Regierungsbündnis zwischen beiden Parteien seien jetzt gegeben. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei kommt es zu Protesten gegen die Entscheidung der SPD-Führung. In der CDU/CSU wird die große Koalition einhellig begrüßt.

28. 11. — Notstand. Das Kuratorium „Notstand der Demokratie" wendet sich gegen eine geplante große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, sowie gegen alle Versuche, durch eine Änderung des Wahlrechts „die letzten Reste einer demokratischen Opposition aus unseren Volksvertretungen" zu verdrängen. Alle demokratischen Kräfte müßten ihren Protest jetzt wirksam zum Ausdruck bringen. Das Kuratorium, das erstmalig seit dem am 30. Oktober veranstalteten Kongreß „Notstand der Demokratie" zusammentritt, bildet zur Fortführung seiner Aufgaben einen achtköpfigen Ausschuß. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen")

30. 11. — Barbados. Nach 339 Jahren britischer Kolonialherrschaft erlangt die östlichste der Kleinen Antillen (430 qkm — 0,2 Mill. Einw.) die Unabhängigkeit.